G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Paul Neuhöffer und Reinhard Opitz
Sozialliberale oder demokratische Politik

Dietmar Goralczyk
Ökonomische Integration kapitalistischer Staaten

Martin Hall, Los Angeles
Die USA nach den Wahlen

Matthias Albrecht und Hans-Rainer Kaiser
Zur bildungspolitischen Situation in der BRD

Eduardo de Sousa Ferreira
Internationales Kapital in Namibia (Südwestafrika)

Georgi Sogomonjan
Die Sozialdemokratie in den siebziger Jahren

12'72

Dezember 1972 Einzelheft 4,00 DM Im Abonnement 3,00 DM,
für Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Dezember 1972

CHRONIK DES MONATS NOVEMBER 1972 1245

KOMMENTARE UND BERICHTE

Auftakt zur Europa-Konferenz in Helsinki . . . . *Gunnar Matthiessen* 1248

Italien am Jahresende 1972 . . . . *Wilfrid Schilling, Gonte di Oggebbio* 1251

HAUPTAUFSÄTZE

Sozialliberale oder demokratische Politik
Paul Neuhöffer und Reinhard Opitz 1255

Möglichkeiten und Grenzen der ökonomischen Integration kapitalistischer Staaten. Ein Beitrag zur Analyse der EWG
Dietmar Goralczyk 1268

Die USA nach den Wahlen . . . . . *Martin Hall, Los Angeles* 1288

Zur bildungspolitischen Situation in der BRD
Matthias Albrecht und Hans-Rainer Kaiser 1297

Internationales Kapital in Namibia (Südwestafrika)
Eduardo de Sousa Ferreira 1315

AUS AUSLÄNDISCHEN ZEITSCHRIFTEN

Die Sozialdemokratie in den siebziger Jahren . . . *Grigori Sogomonjan* 1324

FERNSEH-SPALTE

Marginalien zur ZDF-Ideologie . . . . . *E. H. Wahl* 1338

BÜCHER

Dieter Mahncke, Nukleare Mitwirkung . . . . . *Wilfried v. Bredow* 1339

Walter Grab, Eroberung oder Befreiung? — Walter Grab / Uwe Friesel, Noch ist Deutschland nicht verloren . . . . . *Reinhard Kühnl* 1340

Peretz Merchav, die israelische Linke . . . . . *Dan Diner* 1342

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1345

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, paraphiert am 8. November 1972 1346

Dokumente und Erläuterungen, die mit dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR in Zusammenhang stehen 1347

Erklärung der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika, veröffentlicht am 9. November 1972 1360

Auftakt zur Europa-Konferenz in Helsinki

Die multilateralen Vorbereitungsbesprechungen sind, wie vorgesehen, am 22. November in Helsinki begonnen worden. Noch im Sommer 1973 kann die Konferenz zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit einberufen werden. So selbstverständlich, wie es seit kurzem in bundesdeutschen Journalen gern hingestellt wird, war die Pünktlichkeit, mit der die Gespräche aufgenommen wurden, sicherlich nicht. Vorausgegangen waren Jahre hartnäckiger Diskussion, immer neuer politischer und ideologischer Einwürfe, zähen Widerstandes und der Versuche erst der NATO insgesamt, heute immer noch von einflußreichen Kräften in ihr, die Konferenz zu verhindern, durch Belastung mit sperrigen, den gesamteuropäisch möglichen Konsens blockierenden Themen in Ergebnislosigkeit verflüchtigen zu lassen, durch Koppelung mit anderen Fragen, durch Junktims endlos zu verzögern und durch Forderungen zu belasten, die weder dem Prinzip der unteilbaren, d. h. all- statt einseitigen Sicherheit, noch der Nichteinmischung entsprechen.

Worin liegt das spezifisch Neue des Vorhabens von Helsinki? Bislang ging es um Vereinbarungen zwischen zwei, allenfalls vier Staaten, wie im vierseitigen Abkommen von Westberlin. Und diese, zunächst einzelnen Schritte zur Normalisierung und Entspannung in Europa, erwiesen sich noch als kompliziert, mit Schwierigkeiten und Hindernissen verknüpft und nur zu verwirklichen in harter politischer Auseinandersetzung. Aus ihrer Einzelheit beginnen sie zum System zusammenzuwachsen, gleichwohl noch ohne rechte Struktur und Verbindlichkeit, noch brüchig, weil zu sehr abhängig von je einzelnen subjektiven Zielen der beteiligten Staaten, die nicht eingebunden sind in multilaterale Verpflichtungen. Daß sich jetzt beauftragte Vertreter von 33 Staaten an einen Tisch gesetzt haben, ist — schon in Anbetracht des erst jüngst erlebten zähen Ringens um die friedliche Nachbarschaft und Zusammenarbeit in Europa — der Auftakt einer geschichtlichen Wende. In Helsinki hat Europa am 22. November 1972 nicht nur begonnen, eine Tagesordnung für die kommende Konferenz, sondern eine neue Tagesordnung für seine Zukunft auszuarbeiten. Dabei ist zugleich zweierlei anzumerken gegen den Überschwang, nun sei alles gelaufen:

— Allgemein gilt, daß das Alte sich nicht in einem Akt durch das Neue ersetzen läßt; daß die Konfrontation erst dann endgültig überwunden sein wird, wenn die sie tragenden und fördernden Institutionen überwunden werden; daß es schon kompliziert und widerspruchsvoll ist, das Alte zurückzudrängen, wesentlich widerspruchsvoller und komplizierter aber, etwas tragfähig Neues zu schaffen;

— Konkret ist zu bedenken, daß sich in vielen diplomatischen Kreisen und Kreisen der Öffentlichkeit in Europa noch keineswegs ein Bewußtsein der Notwendigkeit ausgebildet hat, in Europa das Alte, die militärpolitische und ökonomische Konfrontation, durch neue regionale Strukturen der Zusammenarbeit zu ersetzen, daß folglich die Verzögerungsstrategie von denen, die konservativ auf der militärpolitischen Ideologie von gestern beharren, bzw. von denen, die nur scheinbar von ihr abrücken, im Detail subtiler und verzweigter angewandt wird.

Diese Probleme stehen jetzt an, kommen in ihren wesentlichen Konturen zum Durchbruch und stellen die Aufgabe, sorgfältig in allen einzelnen Schritten zu beobachten, welche neuen Schwierigkeiten auftauchen oder er-

zeugt werden können. Was in Helsinki auf diplomatischer Ebene geschieht, geschieht ja — das zeigt sich schon an der umfangreichen Teilnahme — nicht mehr im Flair der Geheimdiplomatie, deren Wesen in der Machtpolitik, im Ausspielen gegeneinander besteht. Die Beurteilungs- und Einflußmöglichkeiten der öffentlichen Meinung sind daher wesentlich gewachsen. Der mögliche und mit Nachdruck wünschenswerte Verlauf zeichnet sich ab.

Die Vorbereitungsgespräche haben die Aufgabe, die Tagesordnung für die Konferenz und ihre einzelnen Modalitäten auszuarbeiten. Politisch-inhaltliche Festlegungen im einzelnen fallen nicht in ihren Bereich, was zu einer sehr schnellen Einigung beitragen und die Konferenz noch vor Weihnachten zum positiven Abschluß bringen kann. Anschließend treffen sich die Außenminister, um endgültig über die Tagesordnung zu befinden. Damit dies durch die Analyse der jeweiligen Themeninhalte sinnvoll geschehen kann, bilden sich parallel Expertengruppen, die die einzelnen zentralen Probleme herausarbeiten, zu denen ein Konsens herzustellen ist. Diese Expertengruppen bereiten entsprechende Dokumente vor. Auf der Konferenz werden diese Dokumente beraten und bestätigt.

Im Ablauf selbst wird die unmittelbare praktische Zielsetzung der Konferenz sichtbar:

— den allgemeinen Konsens aller beteiligten Staaten über die auf den bereits vorliegenden Vereinbarungen und Vorschlägen aufbauenden Prinzipien der Beziehungen zwischen den Staaten Europas herzustellen;

— damit die politischen Grundlagen für die allmähliche Ersetzung der Militärblöcke durch ein europäisches kollektives Sicherheitssystem zu schaffen;

— die Grundprinzipien, die allgemeinen, noch nicht im einzelnen festgelegten Verfahrensregeln und die zunächst zu erörternden Schwerpunkte der europäischen Zusammenarbeit zu diskutieren, die ihrer Bedeutung und möglichen Verwirklichung nach dem Interesse möglichst vieler europäischer Staaten entsprechen;

— dementsprechend ein permanentes Organ zu bilden, das die praktische Lösung der vereinbarten Aufgaben ermöglicht.

Die Konferenz ist somit ihrem Charakter nach wesentlich politisch, dies nicht zufällig, nichtsdestoweniger aber nicht unwidersprochen und allen einsichtig. Es gibt Auseinandersetzungen, offene und verdeckte, um Zusammenhänge und Prioritäten zwischen Abrüstung und Entspannung, Kooperation und Entspannung und ganz allgemein um Funktion und Dringlichkeit kollektiver Gewaltsverzichtserklärung gegenüber den konkreten bilateralen politischen und ökonomischen Vereinbarungen. Zusammengefaßt läuft diese Diskussion insbesondere im Hinblick auf die getrennte Behandlung der Truppen- und Rüstungsreduzierung oft auf die Frage hinaus: Was soll diese Konferenz in Helsinki überhaupt noch? Denkt man sich die Sicherheitskonferenz einmal weg, ist die Antwort bereits gegeben. Die europäische Entspannung bliebe mehr oder weniger an die Politik je einzelner Staaten, ihre innenpolitischen Wandlungen, ihre veränderten politischen Zielsetzungen gebunden. Die Abrüstungsbemühungen würden zwar fortgesetzt, zähflüssig wie schon früher, da das politische Mißtrauen weiter besteht, das Grundlage der Rüstung ist. SALT beispielsweise ist nicht denkbar ohne das sie begleitende und tragende politische Rahmenwerk, das zwischen den USA und der UdSSR vereinbart wurde. Wenn die politischen Bedingungen fehlen, können Abrüstungsschritte kaum wesentlicher Natur sein.

Ursache-Wirkungsverschiebungen bringen es aber mit sich, daß die Kräfte, die eine Aufrechterhaltung der Spannung der Rüstungsbudgets wünschen, hinreichend Spielraum behalten, das Feind-

bild als Legitimationsbasis aufrechtzuerhalten. Abrüstungsschritte berühren als solche dieses Feindbild noch nicht und drohen, durch dessen Existenz immer wieder vergeblich gewesen zu sein. Ebenso wenig wie Krieg kann auch Rüstung vom politischen Willen losgelöst werden — die gegenteilige Auffassung ist eine Ablenkung von der Notwendigkeit politischer Verständigung und Einigung. Politische Entspannung wird blockierbar durch eine Reihe mechanistischer Vorbedingungen, durch den Verweis auf technische Schwierigkeiten, auf den man sich allemal bei politischer Unlust zurückziehen kann und mit dessen Hilfe man zugleich das Eingreifen der Öffentlichkeit als willensbildender und treibender Faktor erschwert.

Die Verhandlungen über eine ausgewogene und gegenseitige Beschränkung der Rüstung und Truppen (MBFR) sind daher nicht zufällig im Prozeß der Einigung von der gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz zeitlich, räumlich und auch personell, was die teilnehmenden Staaten betrifft, abgetrennt worden. Sie können Anfang 1973 in Genf begonnen werden. Widerstand muß daher, weil es den Erfolg und möglichen schnellen Abschluß der KSZE in Frage stellt, gegen jeden Versuch unternommen werden, jetzt im Unterlaufen dieser Trennung ein Junktim herzustellen zwischen Erfolgen der Verhandlungen in Genf und in Helsinki, was schon von der inneren Logik wie vom benötigten Zeitaufwand beider, im Kompliziertheitsgrad wesentlich verschiedener Projekte her unmöglich ist. Zudem wird sich der Teilnehmerkreis unterscheiden. Ohne daß sich die MBFR-Verhandlungen gegen die europäischen Staaten abschließen, so sind doch vorerst einmal gerade jene betroffen und Hauptverhandlungspartner, in deren Bereich der Rüstungswettlauf wesentlich stattfindet, deren Sicherheitsinteressen dadurch besonders betroffen werden und über die andere Staaten nicht entscheiden können. Das sind acht bis zehn Staaten. Außerdem wird es nicht im Sinne zwingender Vorbedingung, aber im Sinne wechselseitiger Impulse eine enge inhaltliche Verbindung von SALT 2 und MBFR geben, da konventionelle und Atomwaffen nicht, bzw. nur sehr schwer und nur partiell zu trennen und in voneinander isolierte quantifizierbare Bündel zu schnüren sind. Solche Zusammenschau aber macht, wie SALT 1 zeigte, ausgewogene Rüstungsbeschränkungen, die die Sicherheit der beteiligten Staaten garantieren, erst möglich.

Dies alles spricht für die notwendige Konzentration auf die wesentlichen politischen Fragen im Rahmen der Konferenz von Helsinki. Sie hat nicht weniger, im ersten Schritt aber auch nicht mehr zur Aufgabe, als den Übergang von der Epoche des Kalten Krieges, von der militärpolitischen Spaltung Europas zu einer Epoche eines kollektiven Sicherheitssystems und der friedlichen Zusammenarbeit in Europa zu ermöglichen und praktisch einzuleiten.

Damit zugleich ist ausgesprochen, daß grundsätzliche Schwierigkeiten über die unmittelbare Tagespolitik hinaus erst beginnen. Welches der Inhalt und die Form des zukünftigen europäischen Sicherheitssystems sein werden und sollen, dafür gibt es weder praktische Erfahrungen, noch gibt es darüber schon einheitliche Vorstellungen. So spricht sich der Generalsekretär der NATO, Luns, gegen die Bildung eines gesamteuropäischen Organs aus, Brandt hält sie für möglich, Pompidou für notwendig. Da Europa kein abstrakter Begriff und nicht bloß eine Summe von roten, schwarzen und schraffierten Feldern auf dem Atlas ist, sondern aus Völkern besteht, ohne die die Regierungen nichts wären, bleibt mit Fug und Recht zu fragen, was deren Interessen und Bedürfnisse sind und wie diese durch die jeweilige Öffentlichkeit des Landes artikuliert werden und gesamt-

europäisch in Übereinstimmung gebracht werden können. Denn nicht allein durch formale Regelungen auf Staatsebene, sondern durch einen sich mit Hilfe zahlreicher Kontakte, umfassender gegenseitiger Information und sich vertiefender Zusammenarbeit einstellenden Bewußtseinswandel läßt sich der Übergang von der Konfrontation zur Kooperation praktisch verwirklichen.

Organe und Institutionen des angestrebten Sicherheitssystems müssen von der Öffentlichkeit gewollt, bestimmt, gefordert und getragen werden. Diese Erkenntnis konnten wir in der Bundesrepublik in der letzten Zeit gleich zweimal machen: im Zusammenhang mit der Ratifizierungsdebatte im Frühjahr und mit der Bundestagswahl vom 19. November, die beide auf eines verwiesen: die europäische Sicherheit muß völkerrechtlich verbindlich vereinbart werden von den Regierungen, getragen und gesichert werden muß sie durch die Öffentlichkeit. Deren Aufgabe ist es, die wünschenswerte Perspektive der europäischen Entwicklung und die daraus resultierenden Institutionen und Organe zu erörtern, die Formen und Schwerpunkte der Kooperation aufzuarbeiten und ihre weitere Entfaltungsmöglichkeiten zu prüfen, die Probleme des Verhältnisses und des Übergangs der alten, bestehenden Strukturen der europäischen Spaltung, der Militärblöcke und der ökonomisch in sich abgeriegelten Wirtschaftsregion EWG zu den sich herausbildenden gesamteuropäischen Beziehungen zu erörtern und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Im isolierten Nebeneinander verschiedener Kräfte, Gruppen, Institutionen und politischen wie wissenschaftlichen Fachrichtungen kann dies sinnvoll nicht geleistet werden, ebensowenig kann es im nur nationalen Rahmen geleistet werden, weil gesamteuropäische Lösungen die Übereinstimmung in den Grundprinzipien und die Abstimmung der nationalen Interessen auf ihr international Gemeinsames hin erforderlich machen. Die Initiativen, die Komitees in den verschiedenen Ländern wie ihre Zusammenführung durch das internationale Komitee in Brüssel stellen erste notwendige und nun weiter zu entwickelnde Ansätze dazu dar, unter Einbeziehung unterschiedlicher Auffassungen im Lande selbst, in zweiseitigen Kontakten zu anderen Ländern oder in gesamteuropäischer Form die Probleme der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit zu beraten, vorliegende Erfahrungen und Materialien zu sammeln, ihre Schwerpunkte herauszufiltern und breite Kreise der Öffentlichkeit mit den Ergebnissen vertraut zu machen. Denn welchen Weg, in längerer Frist gesehen, die Konferenz von Helsinki nimmt, welche praktischen Erfolge die gebildeten Organe in Zukunft werden verzeichnen können, wird auch vom aktiven Beitrag abhängen, den die Öffentlichkeit der europäischen Länder für sich und in ihrer Abstimmung untereinander dazu leistet.

Gunnar Matthiessen

Italien am Jahresende 1972

Die Wahl Giovanni Leones zum Präsidenten der Republik mit Hilfe der neofaschistischen Stimmen Ende 1971 war gleichzeitig der christdemokratische Grabeschor für die Mitte-Links-Regierung und Signal zur lange vom konservativen DC-Gros ersehnten Umorientierung nach rechts. Die angeborene Reformunwilligkeit der DC-Führung hatte den Inhalt der Mitte-Links-Formel völlig erschöpft. Die Gelegenheit war günstig, man ekelte die Sozialisten aus der Regierungsverantwortung hinaus.

Der gut eingefädelte rechtsopportunistische Balanceakt zur Erhaltung der Machtpositionen gelang. Die Rechtsdrehung wurde perfekt und gewann Namen und Gestalt in Giulio Andreotti. Die Neuwahlen im Mai, von Andreotti und Parteisekretär Forlani entsprechend ausgerichtet, waren ein Appell an die Instinkte all derer, die soziale Auseinandersetzungen und sozialen Fortschritt als Ruhestörung betrachten. Der Kommunistenschreck wurde auf Hochglanz poliert, wirtschaftliche Stabilität versprochen, daneben eine „vernünftige" Weiterführung der Reformen. Eine propagandistische Augenwischerei, denn woher sollten nach der Rechtsschwenkung der DC, gedacht zur Verhinderung der Reformen, diese herkommen?

Der große DC-Sieg stellte sich nicht ein, der auf absolute Mehrheit und Alleinherrschaft abzielte, sondern eher eine Aufteilung des Landes in zwei annähernd gleich große Blöcke. Also bastelte Andreotti mit den vernichtend geschlagenen Liberalen und den Sozialdemokraten unter republikanischer Duldung eine Mitte-Rechts-Koalition zusammen, unter dem Murren des linken DC-Flügels, der nach wie vor auf ein Zusammengehen mit den Sozialisten und auf den linken Weg aus ist. Die Regierung Andreotti/Malagodi stützt sich auf eine recht dünne und fragwürdige Mehrheit. In den wenigen Monaten ihres Wirkens kann weder von politischer noch von wirtschaftlicher Stabilisierung die Rede sein. Nichts unterscheidet die Situation von Verlegenheitslösungen ähnlicher Art, höchstens daß das Bestreben der Regierung, den Machthebel in der Hand zu behalten, noch dringlicher erscheint. Während Preise und Inflation weiter ansteigen, die Krise schwelt, das Chaos und die Schwindsucht des Staatsapparates wachsen, geht es auch ihr nur ums nackte Überleben. Derweilen redet Andreotti freundlich-diplomatisch an den Dingen vorbei, als ob sie nicht existent wären, oder auch, als ob es nur einer mehr oder minder großen Anstrengung bedürfe, sie ins Lot zu bringen. Das ist im Grunde keine Politik, sondern die Fiktion eines Silberstreifens am Himmel eines Morgens, der nicht anbrechen wird, solange ringsum aus der allgemeinen Stagnation heraus nichts als neue Konfusion entsteht.

In Wirklichkeit geht es darum, die Regierung Andreotti/Malagodi wenn irgend möglich über die Dauer der Legislaturperiode „kleben" zu lassen (ein kühnes Unterfangen), um alle sozialen Forderungen mit Hilfe des reaktionären Patentbremsers Malagodi abzublocken. Man möchte Zeit gewinnen. Daneben wurde sicher auch schon der Hintergedanke ventiliert, neuerdings die Kammern aufzulösen und Neuwahlen zu veranstalten. Gerade dieser Gedanke dürfte nach dem Wahlsieg Brandts nicht mehr sehr einladend erscheinen: zum erstenmal wurde die Möglichkeit bewiesen, die reaktionäre und machtbesessene Christdemokratie entscheidend zu schlagen. Diese Tatsache mag Andreotti und anderen führenden Christdemokraten wie Rumor, der Ermutigungs- und Solidaritätstelegramme an Barzel & Co. geschickt hatte, oder wie Flaminio Piccoli, dem DC-Fraktionschef, der wenig diplomatisch an CDU-Wahlversammlungen in der BRD teilgenommen hatte, als Menetekel erschienen sein. Oft verderben gute Beispiele schlechte Sitten, um so mehr, als auch die italienische Schwesterpartei tiefreaktionäre Impulse aus der Adenauerepoche und der politischen Sturheit ihrer Epigonen kultiviert hatte. Das so beliebte große deutsche Christdemokratenvorbild zieht nun nicht mehr; eine unersetzliche Idealvorstellung ist in Trümmer gefallen.

Einen ersten kleinen Hinweis in dieser Richtung ergaben die Teilwahlen zu Gemeinderäten und Provinziallandtagen vom 26. November, an denen rund 4 Millionen Wähler teilnahmen

und denen Testcharakter zugesprochen wurde. Gemessen an den Parlamentswahlen vom Mai 1972 erlitten in erster Linie Neofaschisten und Liberale Verluste, ferner die Christdemokraten (wo sie sich halten konnten, handelt es sich zweifellos um Zuzug von rechts). Zunahmen verzeichneten die Sozialisten, offenbar sozusagen im emotionellen Reflex auch die Sozialdemokraten. Abgesehen von kleinen Rückgängen von — 0,5 % in Triest und — 0,3 % in Pavia Stadt verzeichneten die Kommunisten andernorts erhebliche Zunahmen wie in der Hafenstadt La Spezia (40,9 % gegen 35,5 % im Mai; DC 29,2 % gegen 31,2 %) oder in der Provinz Viterbo (34,9 % gegen 31,9 %; DC 32,5 % gegen 38,7 %). In der autonomen Region Aosta schlug die vereinigte Linke (Kommunisten und Sozialisten) die DC und Sozialdemokraten, die nun einen Vertreter in den Senat nach Rom entsendet, in dem die Regierungsmehrheit damit an einer Hand abzuzählen ist.

Nach jener gedämpft zweckoptimistischen Regierungserklärung Andreottis vom Sommer sind die Schwierigkeiten nicht etwa geringer geworden, sondern größer. Es wurde sehr viel darüber geredet und viel theoretisiert. Dabei wird es bleiben. Und an Reformen ist nichts zu erwarten — also nehmen auch die sozialen Spannungen weiter zu. Das hat sich bei den Lohnverhandlungen zu Beginn des Herbstes gezeigt, die nach Ablehnung der gemeinsamen gewerkschaftlichen Vorschläge durch die Unternehmerseite zu gewaltigen Streiks der Metall- und Bauarbeiter und anderer wichtiger Gruppen führten. Es streikten die Lehrer und die Postangestellten. Ein Streik der Staatsangestellten legte den Staatsapparat, einen ohnehin schwerkranken Koloß, für zwei Tage lahm, und es sieht ganz danach aus, daß sich die Streikfront noch erheblich verbreitern und vertiefen wird. Und just in dieser Situation, wenig staatsmännisch und im tausendprozentigen Gegensatz zu den Sparsamkeitstiraden des Liberalen Malagodi, der Tag und Nacht von sparsamer Verwaltung spricht, und als ob sie noch Benzin ins Feuer gießen wollte, entschloß sich die Andreotti-Regierung zu einer seltsamen Reform: ohne das Parlament zu fragen, wurden die Gehälter von 7000 Superbürokraten aus Polizei, Justiz und Verwaltung verdoppelt und teilweise verdreifacht, was zudem nach einem monarcho-faschistischen Gesetz aus dem Jahre 1927 eine Verdoppelung der Ministergehälter automatisch mit sich bringt. Das bedeutet die Schaffung neuer Privilegien und eine Verschärfung der sozialen Gegensätze, eine Ermunterung der Unternehmer und eine klare Herausforderung der Massen. Die Reaktion auf diesen politischen und wirtschaftlichen Fehltritt war einhellige Empörung, die noch lange anhalten wird. (Selbst großbürgerliche Blätter wie der „Corriere della Sera" drückten über derartige „Stabilisierungsmaßnahmen" kritisches Erstaunen aus.) Andreotti rechtfertigte sich einigermaßen naiv damit, dem Staatsapparat seine Funktionsfähigkeit wiedergeben zu wollen. Zumindest eine eigenartige Staatsauffassung, die mit Geld und einem Federstrich ersetzen will, was organisch demokratisch gewachsen sein muß. In Wirklichkeit dient diese Art von Stabilisierung nur dazu, sich die Verwaltung, Justiz und Polizei usw. als Machtpfeiler abzusichern und im Hinblick auf kommende soziale Auseinandersetzungen oben mit vollen Händen auszuteilen, was unten gespart werden soll. Und dies in einer Situation, in der die Inflation fortschreitet, die Krise anhält, die Arbeitsplätze gesichert werden müßten, Millionen von Italienern ihr Brot jenseits der Grenzen verdienen, das Land anderthalb Millionen Arbeitslose zählt (nach amtlicher Statistik allerdings nur 727 000), von denen wiederum rund eine halbe Million junge Menschen unter 29 Jahre sind.

Eine weitere „Reform" der Mitte/Rechts-Regierung fällt unangenehm auf:

ein schon vor 15 Jahren einmal durchgefallener Gesetzesvorschlag, jetzt wieder aufgewärmt, wonach die Polizei befugt werden soll, einen „verdächtigen" Bürger statt wie bisher zwei Tage lang vier Tage zu inhaftieren, um ihn erst dann dem Untersuchungsrichter vorzuführen. Solche Absichten, klare Rückfälle in die Vergangenheit, erscheinen um so bedenklicher, als Valpreda immer noch zu Unrecht sitzt und Polizei und Justiz in all die faschistischen Terroranschläge der letzten Jahre bis heute noch kein Licht gebracht haben. Nachdem die Regierung nun auch noch in der Frage der landwirtschaftlichen Pachten ein weiteres unpopuläres Gesetz durchdrücken will, erhebt sich in der DC selbst ein deutliches Murren, so daß sich der Fraktionschef Piccoli veranlaßt sah, die Stimme mahnend zu erheben. Es müsse endlich mit Personalismen Schluß gemacht werden. Dies richtet sich überdeutlich an die Adresse Moros und des linken Flügels, die mit dem Rechtskurs nie einverstanden waren und für eine Rückkehr nach Mitte-Links plädieren. Für dieses Ziel hat sich theoretisch, und daher recht vage, auch der 39. Parteitag der Sozialisten in Genua ausgesprochen. Doch ist die Situation verfahrener denn je. Italien steht und fällt mit den Reformen, wenn es den Anschluß an die Zukunft erreichen will, und diese Reformen bedeuten „Links".

Angesichts dieser konkreten Notwendigkeit erscheint es im Grunde belanglos, wie lange Andreotti und Malagodi ihre politisch-elegischen Eiertänze wohl noch durchzuhalten in der Lage sein werden. Eher früher als später werden auch sie den Hut nehmen müssen, weil sie sich anachronistisch dagegen auflehnen, daß nur über eine grundsätzliche gesellschaftliche Neuordnung auf der Basis tiefeinschneidender sozialer Reformen ein Weg nach vorne weist.

Möglicherweise werden nach Andreotti und Malagodi noch andere Bremser gefunden werden, die das traditionelle Staatskarussell im Sinne der Privilegienverteidigung noch weiter ächzend im Gange halten und die dazu nötigen Formeln aufstellen. Doch um das Vertrauen in die Demokratie wiederherzustellen und dieser Glaubwürdigkeit zu verschaffen, bedarf es neuer, unverbrauchter Energien. Sie abzuwehren, wird das Eierballett bis zur totalen Erschöpfung des demokratischen Staates durchgetanzt werden. Namen sind dabei nur Schall und Rauch. Ist es heute Andreotti, kann es morgen Rumor, Forlani oder Fanfani sein. Am konkreten Kern der Dinge ändern sie alle nichts. Deshalb kann es auch zu keiner wirklichen Stabilität kommen, sondern lediglich zu Disputen darüber.

Wilfrid Schilling, Gonte di Oggebbio

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft

18 *Schwamborn* Handbuch für Kriegsdienstverweigerer. 200 S. DM 9,80
19 *Boris u. a.* Chile auf dem Weg zum Sozialismus. 320 S. DM 9,80
20 *Werner* (Hrsg.) Christen und Revolution. 150 S. DM 9,80
21 *Schuon* Wissenschaft, Politik und wissenschaftliche Politik. 264 S. DM 12,80
25 *Priester* Der italienische Faschismus. 336 S. DM 14,80
27 *Lange,* Wissenschaftlich-technische Intelligenz. 237 S. DM 12,80
28 *Rau* Verfall des Fortschrittsgedankens. 280 S. DM 12,80

Pahl-Rugenstein

Sozialliberale oder demokratische Politik

Von Paul Neuhöffer und Reinhard Opitz

I

Das, worauf es bei den Wahlen vom 19. November ankam, die Rückkehr der CDU/CSU in die Macht zu verhindern und die Chancen für weitere Entspannungsfortschritte und für demokratische Entwicklungen offenzuhalten, haben die Wähler durch ihr überraschend deutliches Votum gesichert. Das Entscheidende an diesem Votum ist, daß sich in ihm weit mehr ausdrückt als etwa nur eine flüchtige Stimmung. Es handelt sich um ein grundsätzliches, man möchte fast sagen historisches, weil tief in den Hauptströmungen unserer Zeit begründetes Abrücken von bestimmten politischen Positionen und ideologischen Syndromen der fünfziger und sechziger Jahre, die — anders als noch 1969 — von einer beachtlichen Mehrheit als obsolet empfunden und zurückgewiesen worden sind. Weder Barzel, der modern-elastische, noch Strauß, der ruppige Konservator des Kalten Krieges und der politischen Erbschaft Adenauers vermochten es diesmal noch, sich der Mehrheit als die passenden Männer für die Gegenwart und die Zukunft zu empfehlen. Der von ihnen und ihren Hintermännern in der Wirtschaft noch einmal in großem Stil unternommene Versuch antisozialistischer Panikmache verfing nicht mehr. Dies aber fügt sich ein in eine in ganz Westeuropa seit Mitte der 60er Jahre zu beobachtende Tendenz der Mißerfolge derjenigen Kräfte, die das westliche Nachkriegseuropa politisch begründet und seine Geschicke während der 50er und 60er Jahre bestimmt hatten. Und aus eben diesem heute in ganz Westeuropa zu beobachtenden Prozeß ihres Niederganges resultierte auch die auffällige Nervosität von CDU/CSU und Industrie, die beide sehr wohl spürten, daß es diesmal um mehr ging als nur um eine Entscheidung über die nächste Regierung. Sie führten vielmehr aus der viel allgemeineren Furcht vor einem möglicherweise das letzte Drittel unseres Jahrhunderts beherrschenden Gesamttrend zu einem immer weiter nach links treibenden Westeuropa einen Wahlkampf, als stünde ihr nacktes Leben auf dem Spiel.

Das eindrucksvolle, manch einen begreiflicherweise euphorisch stimmende Wahlergebnis läßt sich letztendlich nur durch eine Analyse der Ursachen dieses allgemeinen derzeitigen „Linkstrends" in den Hauptländern Westeuropas in seiner vollen Bedeutung erfassen. Es dürfte für diesen Trend im wesentlichen zwei Ursachen geben.

Die eine Ursache ist, daß die Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses in ihren Auswirkungen auf die europäische Politik mit wachsender Deutlichkeit spürbar wird. In der Bundesrepublik schlug sich diese Veränderung der weltpolitischen Kräftelage in der mehr und mehr auch breiten Kreisen der Bevölkerung bewußt werdenden Notwendigkeit einer Revision des bisherigen antikoexistenziellen Verhaltens zur Sowjetunion, zur DDR und den anderen sozialistischen Ländern nieder.

Die andere, ebenso wichtige Ursache ist, daß sich unter dem Einfluß der ökonomischen Konzentration und der wissenschaftlich-technischen Revolution in allen entwickelten kapitalistischen Industriestaaten die Veränderung der Sozialstruktur beschleunigt. Der fortschreitende Übergang des produktionsmittelbesit-

zenden und handeltreibenden mittleren und kleinen Bürgertums in eine objektiv proletarische Stellung im Produktionsprozeß nimmt der Großbourgeoisie diejenigen Kräfte, auf die sie sich in ihrer bisherigen Geschichte politisch stützen konnte. Das Proletariat wird immer größer, die produktionsmittelbesitzende Klasse rein numerisch immer kleiner und dadurch das Problem der Herrschaftsausübung für sie immer komplizierter. Diese strukturellen Veränderungen führen zu einem zunehmenden politischen Mentalitätswandel im gesamten Mittel- und Kleinbürgertum mit entsprechenden Auswirkungen auf alle von der kleinbürgerlichen Ideologie beeinflußten Arbeiterschichten. Ein Reflex dieses Vorganges ist die vom Unternehmertum so lautstark beklagte sogenannte „Reideologisierung" der Gesellschaft, d. h. das Wiederaufscheinen der grundlegenden Klassengegensätze der kapitalistischen Gesellschaft im Bewußtsein größerer Bevölkerungsteile. Nur ein kleiner Teil dieses heutigen Gesamtproletariats gelangt jedoch darüber zu einer Haltung prinzipieller Systemgegnerschaft; der Großteil erhofft sich die Möglichkeit von Systemkorrekturen in Blick auf die offenkundigsten Mängel, insbesondere die im je eigenen Bereich anzutreffenden, durch eine gemäßigte, aber reformwillige politische Kraft, als welche sich mit ihrer Mischung aus grundsätzlichem Bekenntnis zur gegenwärtigen Wirtschaftsordnung und doch gleichzeitiger Bekundung von Reformbereitschaft die Sozialdemokratie darstellt.

Tatsächlich sind Parteien des sozialdemokratischen Typs in ihrer gegenwärtigen Verfassung heute auch überall besser als die konservativen und rechtsliberalen Parteien, auf die sich das Großkapital bisher in der Hauptsache stützte, zur Einleitung systemkonformer Infrastrukturerneuerungen und zur Meisterung der umfangreicher gewordenen staatsmonopolistischen Steuerungsaufgaben imstande und damit zugleich auch an politischer Integrationskraft, wie eben die Wahlergebnisse vieler westeuropäischer Länder der jüngsten Zeit zeigen, diesen älteren politischen Kräften überlegen. Somit aber drängt in gewisser Weise das Selbsterhaltungsinteresse des Großkapitals selbst objektiv auf eine Verlagerung der politischen Ausführungsverantwortung auf neue integrationsfähige Kräfte, was die heute überall in Westeuropa sich allmählich durchsetzende Ablösung der konservativen Parteien durch sozialliberale oder sozialdemokratische erklärt.

Dies wiederum erklärt auch das jetzt, nach der Wahl, zu beobachtende Schwanken des deutschen Großkapitals bezüglich der Frage, auf welche Parteien man in der Bundesrepublik nun tatsächlich in Zukunft setzen solle. Auf der einen Seite hatte es noch nie eine so unverhüllte und hektische Konzentration der Anstrengungen des Unternehmertums zugunsten der CDU/CSU gegeben wie in diesem Wahlkampf. Auf der anderen Seite stellt sich ihm aber jetzt, nach dem Wahlausgang, die Frage, ob man mit dem Versuch einer weiteren Stärkung des Potentials um Strauß, mit einer der SPD durch weitgehendes eigenes Einschwenken auf Reformpolitik den Wind aus den Segeln nehmenden CDU oder vielleicht überhaupt unmittelbar mit der SPD, da sie nun einmal die derzeit größte Integrationskraft auf die Massen ausübt, am besten fährt. Zweifellos wird das Großkapital — hier einmal als Einheit gedacht — letztendlich mehrgleisig fahren, nämlich sowohl die CDU zu einer SPD-Konkurrenz in Reformimage zu entwickeln suchen wie auch Strauß und die übrige Rechte als Reserve- und Korrektivpotential gegen eine befürchtete Eigendynamik des Reformprozesses stabilisieren, im übrigen aber selbstverständlich zunächst und in allererster Linie bemüht sein, seine aktuellen Hauptziele über die regierende SPD realisieren zu lassen. Hierbei aber wird es im einzelnen innerhalb des Großkapitals ohne Zweifel noch lange Zeit unterschiedliche Neigungen geben, die Anlaß zu Kontroversen bieten können, so wie

es in Zukunft auch zu den verschiedenen Sachfragen der Politik mehr als bisher divergierende monopolkapitalistische Ansichten geben wird.

Die neue SPD-FDP-Regierung sieht sich somit also von vornherein höchst widersprüchlichen Erwartungen gegenüber. Einmal den Erwartungen des Monopolkapitals, zum anderen aber Erwartungen in ihrer Wählerschaft, die durchaus unterschiedlicher Natur sind. Denn einerseits haben ihr all diejenigen Kräfte zum Sieg über die CDU verholfen, denen es um systemverändernde Reformen und eine Realisierung der gebotenen Möglichkeiten zu europäischer Entspannung und Koexistenz zu tun ist, andererseits hat sie den Einbruch in bestimmte bisherige Wählerschichten der CDU gerade aufgrund der Glaubwürdigkeit ihres Versprechens erzielt, ganz gewiß nur Systemsanierung zu wollen. Auf jedes dieser drei Teilpotentiale könnte sich die SPD-Führung entsprechend dem, was sie selber will, in den kommenden Jahren vorwiegend stützen. Die entscheidende Frage für den Versuch eines Vorausblicks auf die Probleme und Auseinandersetzungen der vor uns liegenden Jahre ist somit zunächst diejenige nach den eigenen Ambitionen der heutigen sozialdemokratischen Führungsgruppe.

Die Beantwortung dieser Frage macht vorweg einen kurzen Blick auf die gegenwärtige allgemeine Funktion und Lage von sozialdemokratischen Parteien, international wie speziell in Westeuropa, erforderlich. Bei internationaler, weltweiter Betrachtung fällt zu allererst auf, daß die Sozialdemokratie eine im wesentlichen auf Westeuropa beschränkte Erscheinung ist. In den USA und in Südamerika, Chile ausgenommen, in Afrika, hier nur mit der Ausnahme Madagaskars, und in Asien, hier allerdings von Israel abgesehen und von Japan, ist sie de facto kaum existent. Sie ist somit keine wie Kapitalismus und Kommunismus die Welt durchziehende, unsere Epoche global bestimmende Kraft. Insbesondere ist sie keine sozial originäre politische Bewegung. Dies zeigt sich daran, daß sie selbst dort, wo sie — wie etwa in Schweden — stark und seit langem an der Regierung ist, die spezifische Fähigkeit originärer politischer Bewegungen zur Herausbildung eines eigenen Gesellschaftssystems nicht aufbringt. Sie ist ihrem Wesen nach eine zwischen den politischen Richtungen originären sozialen Ursprungs schwankende und stets auf die Anlehnung an eine von diesen angewiesene Kraft. So hat sie sich z. B. in Chile mit der antiimperialistischen und sozialistischen Bewegung verbündet. In Frankreich geht sie unter dem Druck der internationalen und innenpolitischen Kräfteverhältnisse wie der Systemschwierigkeiten offenbar ebenfalls zunehmend diesen Weg. In welche Richtung sich Sozialdemokraten in den verschiedenen Ländern orientieren und in welchem Grade sich diese Orientierung in einer Partei insgesamt durchsetzt, hängt offenkundig ebenso von den gegebenen globalen und regionalen Machtrelationen ab wie vom Grad der Zuspitzung der inneren Widersprüche des Systems und der politischen und sozialen Kräftelage im jeweiligen Land.

In der Bundesrepublik, deren Großkapital eine starke internationale Stellung im Rahmen des kapitalistischen Weltsystems und der EWG hat und wo das Kapital auch innenpolitisch stark ist, sich einer Arbeiterbewegung mit nur schwach entwickelten Klassenpositionen gegenübersieht, steht die Sozialdemokratie in allen wesentlichen Fragen im Bündnis mit dem Großkapital. Sie nimmt hier nach wie vor ihre traditionelle Rolle als systemverteidigende und beim Versagen der konservativen Kräfte in die Bresche springende Partei politisch und ideologisch offensiv wahr. Ihre Führungskader haben daher von sich aus ohne Zweifel auch jetzt das Bestreben, die Interessen des Großkapitals außen- und innenpolitisch

durchzusetzen, allerdings in einer Weise, die der breiten Masse des Volkes als in ihrem eigenen Interesse liegend erscheinen soll und diese somit in das herrschende monopolkapitalistische System integriert. Deswegen knüpfen sie mehr als die rechten Parteiführungen an Forderungen und Erwartungen der progressiveren Kräfte an. Dies freilich nur, um ihnen jeweils soweit entgegen zu kommen, wie es notwendig ist, um die Kapitalinteressen in der je konkreten Situation doch in der Hauptsache realisieren zu können. Dabei kann es unter starkem Druck der systemkritischen Kräfte durchaus dazu kommen, daß das Kapital auch größere Abstriche von seinen Optimalinteressen machen muß. Dies sind Augenblicke, in denen sich das Interesse des Großkapitals an situationsangemessener Systemverteidigung mit dem Reforminteresse breiterer Wählerschichten fast ununterscheidbar überschneiden kann. Doch alle solche Reformen bleiben notwendig ohne Demokratisierungseffekt, solange sie nicht die Qualität antimonopolistischer Reformen annehmen, d. h. solange sie nicht die Monopolmacht in der Bundesrepublik verringern. Diesen Charakter aber können sie nur gewinnen, wenn es ein fortschreitend stärker werdendes Potential bewußt antimonopolistisch-demokratischer Kräfte in unserer Gesellschaft gibt.

Die Wegbegleiter des kapitalistischen Systems, Ungleichheit, Rüstung und Inhumanität, bleiben unvermeidlich solange die bestimmenden Faktoren für die von der SPD neuerdings vielbeschworene „Lebensqualität", solange durch die Reformen nicht eine entscheidende Veränderung der derzeitigen gesellschaftlichen Machtstrukturen herbeigeführt wird. Diese den monopolisierten Kapitalismus begleitenden Grundübel lassen sich nur zurückdämmen, wenn die antidemokratische und ihrem Wesen nach mehrheitsfeindliche Macht des Monopolkapitals eingeschränkt und entsprechend diejenige der für die Mehrheitsinteressen kämpfenden progressiven Kräfte gestärkt wird. Das aber kann aufgrund ihrer gesamten Vorgeschichte und ihrer daraus hervorgegangenen Verflechtung mit den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik die Führung der SPD offensichtlicherweise nicht aus eigenem Antrieb anstreben. Sie wird allenfalls dann einen solchen Weg einschlagen, wenn sich innerhalb der Gesellschaft ein so entschiedenes Drängen auf machtverändernde, also tatsächlich demokratisierende Reformen entwickelt, daß sich ihm die Parteimitgliedschaft mehr und mehr anschließt.

Die Orientierung der SPD in den kommenden vier Jahren hängt somit also grundsätzlich davon ab, ob sich außerhalb ihrer Reihen die entschieden antimonopolistisch-demokratischen Kräfte zu einem die Atmosphäre bestimmenden, insbesondere mehr und mehr die Jugend und die Arbeiterschaft gewinnenden Faktor entwickeln oder nicht. Mit anderen Worten: Wenn in den Wochen vor dem 19. November und am 19. November alles darauf ankam, zunächst einmal dieser sozialliberalen Regierung die Möglichkeit des Weiterregierens zu verschaffen, so hängt jetzt alles davon ab, ob nun auch die systemkritischen politischen Kräfte unserer Gesellschaft so stark werden und einen solchen Einfluß gewinnen, daß die Regierung nicht den integrativen Weg systemstabilisierend-sozialliberaler, sondern den demokratischen Weg systemverändernd-antimonopolistischer Reformen geht.

Antimonopolistische politische Kräfte — das sind in unserer Gesellschaft, ganz nüchtern gesehen, nämlich entsprechend der in ihr immer weiter aufbrechenden Interessengegensätze, die Angehörigen all derjenigen Strömungen und Bewegungen, die — ob umfassend oder nur in einem speziellen Gesellschaftsbereich — den objektiven Interessenkonflikt mit dem Monopolkapital politisch artikulieren und austragen. Es sind somit keineswegs etwa nur diejenigen Gruppierungen,

die dieser Gesellschaft ein festumrissenes sozialistisches Gegenbild vorhalten. Es sind Liberale, die die Unvereinbarkeit von Monopolherrschaft und Freiheit sehen, Christen, die der Antihumanismus der kapitalistischen Profit- und Rüstungsgesellschaft auf die Suche nach einer neuen Gesellschaft treibt, Kommunisten, linke Gewerkschafter, Jusos, alle auf wirkliche Systemveränderung drängenden Sozialdemokraten. Nichts wird sich in der Bundesrepublik verändern lassen, wenn diese Kräfte den Kampf um Machtveränderung nicht gemeinsam zu führen lernen und damit zu einem ernstzunehmenden innenpolitischen Faktor werden.

Die SPD-Führung wird sicher versuchen, die ihr erreichbaren Teile dieser Kräfte, deren Elan sie an sich nicht mehr zu bremsen vermag, auf Ziele zu lenken, die sich im Rahmen kosmetischer Systemrenovation halten. Sie wird versuchen, ihre Aktivität auf die Mitarbeit an ohnehin geplanten Systeminnovationen auszurichten. Ohne die Frage nach dem sozialen Inhalt und der tatsächlichen politischen Stoßrichtung der je einzelnen Reformen wird sich daher in den kommenden Jahren weniger denn je Desorientierung und unfreiwilliges Fehlengagement vermeiden lassen. Die Aktionsinhalte, zu deren Durchsetzung sich die antimonopolistisch-demokratischen Kräfte auf den je einzelnen politischen Sachgebieten jeweils zusammenfinden, müssen also richtig gewählt sein, und dabei versteht sich, daß der Hauptstoß nach wie vor auf die rechten Kräfte aller Schattierungen — außerhalb wie innerhalb der SPD — und auf das Ziel ihrer weiteren Schwächung zu richten ist. Doch es versteht sich auch, daß dieser Kampf sich im Konkreten als ein Kampf um politische Sachinhalte vollzieht, weshalb Klarheit darüber vonnöten ist, wo von der Regierung rechte politische Inhalte in sozialliberalem Gewande angeboten werden und welches demgegenüber auf allen einzelnen Gebieten der Politik jeweils die demokratischen Inhalte sind, für deren Durchsetzung die antimonopolistisch-demokratischen Kräfte in den kommenden Jahren die öffentliche Meinung mobilisieren müssen.

II

Es besteht keinerlei Anlaß, die von der SPD-Führung im Verlaufe der jüngsten Zeit abgegebenen programmtischen Verlautbarungen über ihre außen- und innenpolitischen Vorsätze anzuzweifeln. Abgesehen vom Godesberger Programm hat sie die Grundlinien ihrer konkreten Vorhaben der nächsten Zeit vor allem in ihrem Wahlprogramm vom 13. Oktober 1972 und in ihrem spezifizierteren sogenannten „Langzeitprogramm", dem „Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973—1985" niedergelegt. Es gilt, diese Vorhaben zur Kenntnis zu nehmen, sie auf ihren gesellschaftlichen Gehalt hin zu prüfen und dementsprechend dann jeweils gegebenenfalls in Kontrast hierzu die demokratischen Positionen zu umreißen.

In der Außenpolitik bezeichnet die SPD als die bleibende Grundlage all ihrer Aktivitäten — auch ihrer ostpolitischen —, „das atlantische Bündnis und die europäische Integration" (Wahlprogramm). Darin ist eingeschlossen die erklärte „Bereitschaft, einen militärischen Beitrag zur NATO-Verteidigung zu leisten" (Wahlprogramm). Es ist darin weiter enthalten das volle Bekenntnis zum Programm der Zusammenfügung Westeuropas zu einem einheitlichen Binnenmarkt und einer Politischen Union, und zwar ohne einen erkennbaren Unterschied zu den gleichgerichteten Bestrebungen der herrschenden Gruppen des westeuropäischen Monopolkapitals. In der Summe bedeutet dies, daß die Grundlage der SPD-Außenpolitik identisch ist mit der ebenso von der CDU/CSU vertretenen Westpolitik des Großkapitals der Bundesrepublik.

Demgegenüber kann eine demokratische Politik sich selbstverständlich grundsätzlich nicht auf die USA, die NATO und ein supranational vertrustetes Konzern-Europa als Garanten ausgerechnet von Sicherheit und Friedenspolitik stützen. Es ist etwas anderes, ob das Vorhandensein dieser Bündnisse als Erbe einer unseligen Politik und somit als nun einmal gegebene Ausgangssituation von der eigenen Politik in Rechnung gestellt oder aber ihr deren Beibehaltung und weitere Festigung, wie es die SPD tut, zum Ziel gesetzt wird. NATO-Bindung bedeutet, sich an die Politik des stärksten NATO-Partners, der USA, das heißt aber an die Strategie und alle Weltabenteuer des amerikanischen militärisch-industriellen Komplexes mitzubinden. Die NATO ist kein vor Risiken abschirmender guter Begleiter, sondern ein erratischer Block auf dem Wege zur europäischen Entspannung, weshalb sich etwa ein Land wie Schweden stets von ihr ferngehalten hat. Und eine westeuropäische Integration, die den Charakter einer Verständigung der kapitalistischen Monopole über den Kopf der westeuropäischen Bevölkerungsmassen hinweg hat, stellt naturgemäß nur eine westeuropäische Kraftkonzentration mit notwendig expansiven Ambitionen dar und kann deshalb zu keinem Sicherheitsgaranten, sehr viel eher aber umgekehrt zu einem außenpolitischen Spannungsfaktor werden. Indem die EWG als ökonomisches Pendant der NATO fungiert, steht sie jedenfalls zu den Bestrebungen nach europäischer Entspannung, Abrüstung und Sicherheit in keinem sinnvollen Zusammenhang.

Demokratische Politik kann sich nur vom Ziel der Auflösung der Militärblöcke — in Europa also von NATO und Warschauer Pakt — und der Herstellung der Bedingungen friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit in ganz Europa leiten lassen. Das bedeutet, die Einstellung aller Programme zur weiteren Erhöhung der Rüstungsausgaben (wie EDIP) und die Verminderung der Rüstungen zu verlangen. Es bedeutet, die konkreten Möglichkeiten zur schrittweisen Auflösung von NATO und Warschauer Pakt herauszustellen und die öffentliche Meinung auf das Ziel der Ablösung der Militärblöcke durch ein kollektives europäisches Sicherheitssystem zu orientieren. Die auf der Theorie vom „Gleichgewicht des Schreckens" beruhende These, daß die „Sicherheits- und Verteidigungspolitik ... der Entspannungspolitik" dient (Langzeitprogramm), weil Frieden Parität der militärischen Rüstungen zur Voraussetzung habe, muß durch Aufklärung über die wirklichen Grundlagen des Friedens als Zweckideologie der Entspannungsgegner demaskiert und überwunden werden.

Zu Westeuropa-Enthusiasmus, wie ihn die Konzerne produzieren, hat die demokratische Opposition nicht den geringsten Anlaß. Ob sich Möglichkeiten einer Abmilderung des monopolistischen Charakters dieser Allianz durch eine Zusammenarbeit der westeuropäischen Gewerkschaften und Linkskräfte finden lassen, bleibt zu prüfen und insofern ein Objekt demokratischer Aufmerksamkeit.

Das große Prestige der SPD-FDP-Regierung in der Wählerschaft der Bundesrepublik und in der ganzen Welt resultiert aus ihrer Ostpolitik. Und in der Tat: hier hat sie mit den Verträgen von Moskau und Warschau und der Gesprächsaufnahme zur DDR den entscheidenden Fortschritt im Vergleich zu den früheren Jahren gebracht. Dabei ist allerdings nicht zu übersehen, daß die Bundesrepublik mit ihrer viel zu lange durchgehaltenen Politik der Nichtanerkennung der Nachkriegsrealitäten auch nach Westen hin in die Isolation geraten war. Schon zu Zeiten der CDU hatte die amerikanische Politik auf eine Kursänderung gedrängt, um über die Bundesrepublik die verlorengegangene westliche Manövrierfähigkeit gegenüber dem Osten wiederzugewinnen. Die CDU besaß nicht die Fähigkeit, diese Kurskorrektur zu vollziehen. Darüber hinaus war die Wirtschaft der Bun-

desrepublik in Gefahr, im Handel mit dem Osten gegenüber den westlichen Konkurrenten ins Hintertreffen zu geraten. In der öffentlichen Meinung gewannen die Forderungen, die Politik des Kalten Krieges zu beenden und endlich die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges in Europa entstandenen Realitäten, insbesondere die Grenzen an Oder und Neiße und an der Elbe, anzuerkennen, rapide an Einfluß. Diese Faktoren haben zusammen mit dem veränderten internationalen Kräfteverhältnis die SPD aus der außenpolitischen Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU hinausgetrieben und auf einen Weg geführt, der weitgehend von den europäischen und internationalen Bedingungen vorgezeichnet war.

Nachdem die außenpolitische Bewegungsfreiheit durch das Abstreifen der zu Fesseln gewordenen langjährigen ostpolitischen Dogmen wiedergewonnen ist, kommt nun alles darauf an, wozu diese Freiheit in Zukunft genutzt wird. Konsequente Weiterführung der Entspannungspolitik heißt nichts anderes als konstruktive Mitwirkung an der Europäischen Sicherheitskonferenz, und es heißt, auch nach innen hin die Konsequenzen aus den Verträgen von Moskau und Warschau zu ziehen, was nicht irgendeine sich auf Randerscheinungen beziehende Aufgabe darstellt, sondern in der Substanz nicht mehr und nicht weniger bedeutet als die endliche Erfüllung der Grundforderung des Potsdamer Abkommens nach sicherer Beendigung aller gegen die Völkerverständigung gerichteten Aktivität. Der Anfang einer solchen Beendigung müßte doch zumindest jetzt darin liegen, daß mit aller öffentlichen Subventionierung der Vertriebenenverbände, Soldatenvereine etc. Schluß gemacht wird. Und ebenso nötig ist die Beseitigung aller in der Verfassung und im sonstigen geschriebenen Recht enthaltenen Hoheitsansprüche der Bundesrepublik auf Territorien außerhalb ihrer heutigen Grenzen (vgl. hierzu den Aufsatz von Paul Neuhöffer, Notwendige innenpolitische Folgerungen aus den Ostverträgen, in: „Blätter", 6/72, S. 571 ff.). Selbstverständlich würde ein solches konsequentes Vollziehen auch der innenpolitischen Konsequenzen der begonnenen Entspannungspolitik sofort das vereinigte Wutgeheul der gesamten Rechten von der CDU/CSU bis zu den Vertriebenenverbänden und der NPD auf den Plan rufen — aber jetzt doch in einer Situation, in der der SPD alle Voraussetzungen zur Verfügung stünden, diese Kräfte, gestützt auf den weitaus größten Teil der Öffentlichkeit unseres Landes, entscheidend zu schlagen.

Freilich, der Quellgrund aller rechten politischen Tendenzen und aller rechten Mentalität ist in der Bundesrepublik nicht anders als in allen kapitalistischen Industriestaaten die monopolkapitalistische Machtstruktur, und daher werden sich rechte innenpolitische Kräfte solange immer wieder regenerieren, wie nicht die Kernfrage, d. h. die Eindämmung und Zurückdrängung der Monopolmacht, in Angriff genommen wird. Die Durchsicht aller programmatischen Erklärungen der SPD-Führung, ob Wahlprogramm oder Langzeitprogramm (gültig bis 1985!), ergibt aber, daß in dieser Richtung nicht die geringste Initiative von der neuen Regierung vorgesehen ist. Das geht bereits unmißverständlich aus der Art hervor, in der das Problem der Monopolmacht in den Programmen übereinstimmend aufgegriffen ist. Es ist nämlich nicht so, daß von der ökonomischen Machtkonzentration überhaupt nicht die Rede wäre. Doch sie wird stets nur als ungerechte Verteilung des Eigentums an Produktionsmitteln („Das Eigentum an Produktionsmitteln ist ... noch immer im Besitz einer kleinen Schicht", Wahlprogramm) apostrophiert, um damit den Begründungsrahmen zu schaffen für die von den Programmen geforderte Politik einer „breiteren" Streuung des Produktionsmitteleigentums durch „Vermögensbildung" in Arbeitnehmerhand, einer Stärkung des marktwirtschaftlichen „Wettbewerbs" durch Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen und für eine „Fusionskontrolle".

Durch keines dieser Vorhaben wird bekanntlich die Monopolmacht auch nur irgendwie angetastet, weshalb die monopolistischen Unternehmerverbände sie selbst in die Debatte brachten. Auch die vorgesehenen Abgaben aus dem Vermögenszuwachs von Großunternehmungen in Vermögensbildungsfonds ändern — ganz abgesehen davon, daß es sich nur um eine Art neuer Auszahlungsform des Lohnzuwachses handelt — prinzipiell nichts am weiteren Erstarken der Monopolmacht und am Wachstum ihrer Profite. Wenn das Langzeitprogramm auf der einen Seite postuliert: „Die ungerechte und zu wirtschaftlichem und politischem Machtmißbrauch führende Verteilung des Privateigentums an Produktionsmitteln ist schrittweise abzubauen", um auf der anderen Seite sofort — nämlich unverkennbar im Sinne einer Antwort auf die Frage nach dem Weg, auf dem dieses Ziel erreicht werden soll — anzufügen: „Die Vermögensbildung der Arbeitnehmer muß gefördert werden", dann handelt es sich hierbei mithin gerade um den programmatischen Verzicht auf eine schrittweise den monopolistischen Machtmißbrauch eindämmende Politik, die doch nur immer eine Politik der tatsächlichen Verringerung der bestehenden Monopolmacht wie der Unterbindung ihres noch weiteren Anwachsens sein könnte. Die Texte der SPD aber erklären: „Dabei" — bei der Politik der Vermögensstreuung — „wird bestehendes Vermögen nicht angetastet" (Wahlprogramm) und: „Sicher, technischer Fortschritt führt oft zur Entwicklung großer Unternehmenseinheiten. Die Entwicklung soll nicht gehindert werden. Das Entstehen von wirtschaftlicher Macht bedarf jedoch einer wirksamen Kontrolle. Wir werden alles tun, um den Wettbewerb zu stärken." (Ebenda). Durch staatliche Sorge für das subventionierte Fortbestehen auch einer Anzahl kleiner und mittlerer Unternehmen auf dem Markt wird freilich, wie allmählich doch wohl bald jedes Kind weiß, nichts weniger als „Kontrolle" über die Monopolunternehmungen wirksam — die Verwechslung von Marktkonkurrenz mit Kontrolle (unter der die breiten Wählerschichten auch noch Kontrolle in ihrem Sinne verstehen sollen) ist nichts anderes als ein abgeklapperter Topos apologetischer Unternehmerideologie.

Selbst der Anschein, daß jetzt die mittelständische Wirtschaft in den Genuß bevorzugter Förderung gelangen werde, ist eine Täuschung. Alle Aussagen zur wirtschaftlichen Strukturpolitik zeigen eindeutig, daß die programmatischen Vorstellungen der SPD aus den Wachstumsinteressen der Monopolwirtschaft abgeleitet sind, die sie entschiedener als jemals die CDU durch staatliche Maßnahmen zu fördern gedenkt. Brandts so auffällig hervorgestrichenes Bekenntnis zu einem starken Staat (auf dem Dortmunder Parteitag) liegt letztlich nichts anderes zugrunde als die Entschlossenheit der SPD, alle strukturpolitischen und gesellschaftlichen Hemmnisse des Hineinwachsens der Monopole in neue Größenordnungen durch eine erweiterte Staatstätigkeit aus dem Weg zu räumen. Wenn die SPD daher von Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung mittelständischer Unternehmen spricht, so wendet sich dies nicht im geringsten gegen die Machtpositionen des Großkapitals. Diese Art von Mittelstandspolitik gehört vielmehr, nicht anders als die bereits genannte Politik der Vermögensbildung, zum Instrumentarium der Maßnahmen, mit denen die SPD die aus der unangetasteten monopolistischen Machtstruktur resultierenden sozialen und politischen Widersprüche im Interesse der Stabilisierung eben dieser „Ordnung" aufzufangen sucht, statt zu ihrer notwendigen Austragung und Lösung zugunsten der breiten Bevölkerungsmehrheit beizutragen.

Wie fest und prinzipiell die Verbundenheit der SPD mit der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung ist, zeigen ihre Grundsatzaussagen zur Wirtschaftspolitik. Im Wahlprogramm heißt es: Die Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung unter

sozialdemokratischer Führung „war und ist die marktwirtschaftliche Ordnung, zu ihr bekennen wir uns ... diese Ordnung wollen wir stärken und ausbauen." Dementsprechend aber ist auch das konjunkturpolitische Instrumentarium, das die SPD einsetzen und durch dessen Anwendung sie die materiellen Voraussetzungen für innere Reformen schaffen will, damit aber zugleich auch schon diese Reformen inhaltlich vorstrukturiert, ein absolut systemkonformes, d. h. ein vom Wachstum der Monopolprofite her konzipiertes und die inneren Strukturreformen auf sie zuordnendes. Die ausschließlich auf die Verbesserung der Funktionsfähigkeit des heutigen Wirtschaftssystems gerichtete Tendenz fällt bei Durchsicht der proklamierten Reformpläne allenthalben ins Auge. Von den absolut nichts an den grundlegenden Mißständen im Gesundheitswesen ausräumenden Forderungen (man nehme etwa als Beispiel diejenige des Langzeitprogramms: „Privates Gewinninteresse darf die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln nicht unzumutbar verteuern und beschränken") über die letztendlich, bei aller Vielzahl organisatorisch-institutioneller Einzeländerungen, nur auf die Leistungseffektuierung, die Steigerung der „Leistungskraft und ... Leistungsbereitschaft der Lernenden und Lehrenden" gerichteten Reformprojekte im Bildungsbereich bis hin zur Forderung nach einem Abbau der Länderautonomie zugunsten eines künftigen „kooperativen Föderalismus" und nach Übertragung der Methoden des modernen Industriemanagements auf die öffentliche Verwaltung, um so u. a. den „Personalaustausch zwischen Wirtschaft und öffentlichem Dienst" zu erleichtern und die öffentlichen Besoldungssysteme und Beförderungsregeln dem in der Privatwirtschaft üblichen Leistungsprinzip anzupassen (Langzeitprogramm), sind die Belege für die großindustrielle Handschrift des sozialdemokratischen Programms der inneren Reformen erdrückend. Sehr deutlich zeigt sie sich darin, daß im Langzeitprogramm die prognostische Planung der Rüstungsaufwendungen bis 1985 nicht etwa deren fortschreitende Senkung, sondern ihre jährliche Steigerung um 4,8 % „mit einer Bandbreite von 4,1 v. H. bis 5,8 v. H." vorsieht.

Was demokratische Reformalternativen von diesen Vorhaben auf allen Einzelgebieten gleichmäßig unterscheiden muß, ist somit bereits die Grundintention. Eine Bildungsreform, eine Reform des Gesundheits- oder des Verkehrswesens usw. stellen solange keine demokratischen Reformen dar, wie sie nicht inhaltlich von den Mehrheitsinteressen ausgehen. Dabei ist sicher nicht immer leicht festzustellen, wann es sich der Tendenz und den Einzelheiten nach um demokratische, wann um systemstabilisierende Reformen handelt. Doch eines der sicheren Kriterien ist immer, auf wessen Kosten sie finanziert werden sollen. Und die politisch entscheidende Grundfrage ist stets, ob durch sie weiterer Spielraum für die Entwicklung der demokratischen Kräfte entsteht oder ob sie der noch umfassenderen Beherrschung der Gesellschaft durch das Monopolkapital Vorschub leisten.

Dies aber ist auch das Kriterium für eine demokratische Mitbestimmungspolitik. Im Langzeitprogramm der SPD heißt es: „Mitbestimmung will erreichen, daß überall dort, wo über andere Menschen Herrschaft ausgeübt wird, die davon Betroffenen an der Ausübung und Kontrolle dieser Herrschaft soweit wie möglich beteiligt werden." Demokratische Mitbestimmungspolitik will demgegenüber natürlich erreichen, daß die Herrschaft der Unternehmer über die Arbeiter, des Kapitals über die Lohnabhängigen und die ganze Gesellschaft, effektiv abgebaut wird.

Mitbestimmung in demokratischer Auffassung ist nicht eine in Übereinstimmung mit dem Unternehmerinteresse nach dem Arbeitsteilungs- und Selbstverwaltungsprinzip betriebene Beherrschung der Lohnabhängigen mittels ihrer eigenen Hilfe,

sondern tatsächliche Verringerung der Unternehmermacht, die den Arbeitern und Angestellten in den Unternehmungen eine bessere Ausgangsplattform zur Durchsetzung ihrer Interessen gegen die Unternehmerinteressen, auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene der lohnabhängigen Bevölkerung eine bessere Ausgangsplattform zur Durchsetzung ihrer Interessen gegen das Monopolkapital, verschaffen soll. Sie ist somit grundsätzlich kein Rezept zur „Versöhnung" von Unternehmern und Arbeitern, zur bloßen Sicherung des Betriebsfriedens durch Konfliktminderung und zur repressiven Harmonisierung der gesellschaftlichen Interessengegensätze, sie ist — jedenfalls demokratisch verstanden — genau umgekehrt ein offensives Konzept zur Stärkung der Arbeiter und aller Lohnabhängigen in ihrem Kampf gegen die Ausbeutung und Beherrschung durch den je einzelnen Unternehmer und das gesamte Monopolkapital.

Wenn die SPD in ihrem Wahlprogramm Mitbestimmung als einen Beitrag „zur Glaubwürdigkeit der Unternehmensordnung" bezeichnet und wenn Helmut Schmidt auf dem Dortmunder Parteitag erklärt: „Ich bin aus gewonnener Überzeugung nicht zuletzt deshalb für paritätische Mitbestimmung in den Großunternehmen, weil ich die Marktwirtschaft erhalten möchte", dann ist zu befürchten, daß die von den Koalitionsparteien wieder aufgegriffene Mitbestimmungsdebatte an den inhaltlichen Grundfragen einer demokratisierenden Mitbestimmung vollkommen vorbeigehen wird. Die SPD vertritt unter dem Einfluß der Forderungen des DGB und in Anlehnung an die Montanmitbestimmung eine paritätische, „gleichberechtigte" Vertretung von Kapital und Arbeit und kennzeichnet dies als ihre Maximalposition, von der sie zugunsten der FDP-Vorstellungen abzugehen bereit ist. So selbstverständlich sich das Interesse der Arbeitnehmerseite, und mit ihr der demokratischen Kräfte insgesamt, gegen eine institutionalisierte Dauerüberstimmung durch die Kapitalseite ausgerechnet in sogenannten Mitbestimmungsorganen wenden muß, so klar sollte sein, daß ein wirkliches „Gleichgewicht", eine stabile „Machtteilung" zwischen den antagonistischen Kräften natürlich gänzlich unmöglich ist und daß die Struktur des Profitsystems nicht etwa „gerechter" wird, wenn die große Mehrheit der Bevölkerung und ihre Vertreter gesetzlich — und in ihrem Denken und Verhalten — auf die permanente einverständliche Hinnahme einer garantiert „gleichberechtigten" Machtstellung der monopolkapitalistischen Minderheit gegenüber der arbeitenden Mehrheit eingeschworen werden.

Der Kampf um eine Mitbestimmung, die zur Demokratisierung beiträgt, muß daher über formale Aspekte wie Sitzverteilungen hinaus vor allem auch immer zugleich auf folgende Ziele gerichtet bzw. an folgenden Kriterien orientiert sein: daß 1) eine Mitbestimmungsregelung weder juristisch noch ideologisch auf die „sozialpartnerschaftliche" Bindung der Arbeitnehmerseite an ein fiktives Betriebs-, Unternehmens- oder „Gemeinwohl" hinausläuft; daß 2) die effektiven Mitentscheidungsbefugnisse nicht auf periphere Probleme beschränkt bleiben, sondern sich auf die zentralen Unternehmensentscheidungen erstrecken und den Arbeitnehmervertretungen zu diesem Zwecke auch der Zugang zu allen Entscheidungsinformationen geöffnet wird; daß 3) jede Mitbestimmung in den Unternehmensleitungen abgestützt ist auf die Mitbestimmungsaktivität im Betrieb, wo unter den gegenwärtigen Bedingungen eine Politik der Gegenmacht die wirksamsten Ansätze findet, weil hier mit Faktoren wie Betriebsrat, gewerkschaftlicher Vertrauensleutekörper, mit der Arbeit von Betriebsgruppen und mit der Einrichtung der Betriebsversammlung ein relativ dichtes Netz von nutzbaren Positionen existiert; daß 4) die Mitbestimmung über die Unternehmensebene hinaus in die kommunale, regionale und staatliche Entscheidungsebene hinüberreicht.

Politische Sachbücher

Beyer, Wilhelm Raimund
Vier Kritiken: Heidegger, Sartre, Adorno, Lukács
Kleine Bibliothek 5. 232 Seiten. DM 9,80.

Deppe, Fülberth, Kühnl, Steinhaus, Tjaden u. a.
BRD — DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme
Kleine Bibliothek 13. 442 Seiten. DM 12,80.

Deppe, Frank
Das Bewußtsein der Arbeiter
Kleine Bibliothek 12. 359 Seiten. DM 12,80.

Wortlaut und Kritik der verfassungswidrigen Januarbeschlüsse
Materialien für Studenten, Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst
97 Seiten. DM 5,—.

Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß
Herausgegeben von Dieter Halfmann
Kleine Bibliothek 14. 239 Seiten. DM 9,80.

Kon, I. S.
Soziologie der Persönlichkeit
Aus dem Russischen von Willi Hoepp.
496 Seiten. Leinen DM 19,80.

Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Handbuch
Herausgegeben von Werner Berthold, Gerhard Lozek, Helmut Meier, Walter Schmidt
566 Seiten. Leinen DM 28,—.

Lange, Hellmuth
Wissenschaftlich-technische Intelligenz Neue Bourgeoisie oder neue Arbeiterklasse?
Kleine Bibliothek 27. 237 Seiten. DM 12,80.

Autorenkollektiv des IMSF
Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Grundlagen, Möglichkeiten, Zielrichtungen
282 Seiten. Studienausgabe DM 10,—.

Ley, Hermann, und Thomas Müller
Kritische Vernunft und Revolution. Zur Kontroverse zwischen Hans Albert und Jürgen Habermas
Kleine Bibliothek 11. 267 Seiten. DM 9,80

Pätzoldt, Bjørn
Ausländerstudium in der BRD
Ein Beitrag zur Imperialismuskritik
Sammlung Junge Wissenschaft.
190 Seiten. DM 14,80.

Peter, Lothar
Literarische Intelligenz und Klassenkampf. „Die Aktion" 1911—1932
Sammlung Junge Wissenschaft. 221 Seiten, glanzkart. DM 17,80.

Priester, Karin
Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen
Kleine Bibliothek 25. 336 Seiten. DM 14,80.

Rau, Eugen
Der Verfall des Fortschrittsgedankens in der ökonomischen Theorie. Zum Irrationalismus in der bürgerlichen Ökonomie
Kleine Bibliothek 28. Etwa 300 Seiten. Etwa DM 14,80.

Schuon, Karl Theodor
Wissenschaft, Politik und wissenschaftliche Politik
Kleine Bibliothek 21. 264 Seiten. DM 12,80.

Semjenow, W. S.
Der Kapitalismus und die Klassen. Die Erforschung der Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft
Übersetzung aus dem Russischen. Etwa 370 Seiten. DM 20,—.

Streisand, Joachim
Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine marxistische Einführung
484 Seiten. Paperback. DM 7,80.

Suchodolski, Bogdan
Einführung in die marxistische Erziehungstheorie
Aus dem Polnischen übersetzt von Marian Kunze.
562 Seiten. Paperback. DM 9,80.

Treuheit, Werner
Sozialismus in Entwicklungsländern
Sammlung Junge Wissenschaft. 243 Seiten. DM 16,—.

Wahsner, Roderich
Erfassung und Integration als System. Militär- und Zivildienstpflicht in der BRD
Sammlung Junge Wissenschaft. 260 Seiten. DM 17,80.

Wygodski, S. L.
Der gegenwärtige Kapitalismus
Versuch einer theoretischen Analyse
Übersetzung aus dem Russischen. 548 Seiten. DM 14,50.

Wyniger, Willy
Demokratie und Plan in der DDR
Sammlung Junge Wissenschaft. 140 Seiten. DM 14,80.

Pahl-Rugenstein

Ist die Mitbestimmungskonzeption der SPD im ganzen als integrativ zu bezeichnen, so enttäuscht die SPD die von ihr geweckte Erwartung, mehr Demokratie zu schaffen, auch durch ihren programmatisch ausgesprochenen Verzicht auf wesentliche Demokratisierungsschritte im Staat. Sie begründet ihn im Langzeitprogramm mit der These, daß der Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen „im staatlichen Bereich ... weitgehend gesichert ist". Dementsprechend beschränken sich ihre Reformankündigungen für den Bereich „Parlament, Regierung, Parteien" auf Rationalisierungsmaßnahmen wie Entlastung des Parlaments von „Kleinarbeit", Ausbau des Petitionswesens usw. Sie denkt keineswegs an die Beseitigung derjenigen offenkundigsten Mängel, die selbst gegen ein rein formalistisches Demokratieverständnis verstoßen, das ganz darüber hinwegsieht, daß in der BRD die tatsächlichen Inhalte der staatlichen Entscheidungen alles andere bezeugen als deren maßgebliche Beeinflussung durch die Interessen der Bevölkerungsmehrheit. Sie bleibt stumm gegenüber alle denjenigen Wahlrechtsbestimmungen und Maßnahmen, die die Funktion haben, das Aufkommen neuer politischer Kräfte zu verhindern und so den Prozeß der freien politischen Meinungs- und Entscheidungsbildung von vornherein zugunsten eines Parteienoligopols zu deformieren, wie dies insbesondere die Aufgabe der 5-Prozent-Klausel ist. Auch auf dem Gebiet der Medienpolitik geht die SPD keineswegs gegen die Konzerne der Meinungsmanipulation an. Hinsichtlich der Sicherung der Freiheit der Journalisten gegenüber den Verlegerinteressen fordert sie vielmehr entgegen allen demokratischen Erwartungen im Langzeitprogramm genau umgekehrt: „Die publizistischen Aufgaben und Belange der Journalisten müssen in Einklang mit den wirtschaftlichen Interessen der jeweiligen Inhaber gebracht werden ..."

Auf der Grundlage nichtverwirklichter politischer, ökonomischer und publizistischer Chancengleichheit und einer zugleich immer engherzigeren Auslegung ihres eigenen rhetorischen Bekenntnisses zum politischen Meinungspluralismus durch immer extensivere Auslegung der Verdammungsformel vom „Links- und Rechtsradikalismus" propagiert die SPD nun aber die Idee einer neuen gesellschaftlichen Solidarität. Das bedeutet in der Tendenz nichts anderes als den Versuch, die Gesellschaft auf den Nenner einer einzigen politischen Meinung zu integrieren und überhaupt nur noch dieser einen Meinung Legitimität zuzuerkennen: derjenigen Meinung nämlich, die sich durch ein grundsätzliches Einverständnis mit der konzerngesteuerten Marktwirtschaft auszeichnet. Und diese dogmatische Identifikation von marktwirtschaftskonformer mit demokratischer Grundposition bildet nicht nur die Grundlage aller administrativen Maulkorb- und Knebelungsmaßnahmen gegen die anwachsende demokratische Bewegung in unserer Gesellschaft, die dem Klima in der Bundesrepublik einen Polizeistaatsgeruch beimischen, sondern von hier eskalieren diese Maßnahmen auch, da die SPD an der Identifikation von bestehender Wirtschaftsordnung und Demokratie festhält. Das zeigt sich bereits jetzt z. B. daran, daß die Berufsverbote für marxistisch orientierte Lehrer unvermindert weitergehen. Der Kampf der einen, konzernorientiert-marktkonformen Meinung gegen den erstarkenden demokratischen Geist in unserem Lande wird mit Hilfe der Ministerpräsidentenbeschlüsse vom 28. Januar 1972, auf deren Praktizierung die SPD nicht verzichten will, polizeistaatlich administrativ geführt, um an den Schulen und Universitäten keine anderen Lehrinhalte als die vom Monopolkapital erwünschten um sich greifen und so auch im Lande keine Alternativmöglichkeit zu den bestehenden Herrschaftsverhältnissen bewußtwerden zu lassen. Darin nämlich liegt der einzige Sinn der Berufsverbotspolitik.

Nicht zuletzt an diesen derzeit offenkundigsten Freiheits- und Gleichheitsverletzungen, da sie die ganze Gesellschaft betreffen, setzt der Kampf um demokratische Entwicklungen an. In diesem Kampf aber erweist sich — wie ein Blick auf die Kräfte zeigt, die ihn führen —, daß es innerhalb der SPD und des ihr enger verbundenen Potentials durchaus auch andere Kräfte gibt, die sich keineswegs auf die Seite des Monopolkapitals, sondern dort, wo es konkret um Freiheit, Demokratie und die Mehrheitsinteressen der Lohnabhängigen geht, auf die Seite der demokratischen Bewegung stellen. Die offiziellen Reformprogramme der SPD-Führung spiegeln die Monopolinteressen wider und geben vom Vorhandensein jener anderen demokratischen Kräfte in den SPD-Mitgliedermassen nur indirekt insoweit Kunde, als sie ihnen durch ihre Phraseologie die monopolkapitalistischen Inhalte schmackhaft zu machen versuchen. Draußen im Lande aber sind diese Kräfte real, sie sind politisch aktive Kräfte in unserer Gesellschaft und mit der demokratischen Bewegung vielfach in tätiger Verbindung oder doch auf dem Wege an ihre Seite. Ganz ähnlich verhält es sich mit dem um die FDP gescharten Potential.

Kampf um demokratische Alternativen aber ist im wesentlichen die Zusammenführung aller demokratischen Kräfte in der Aufgabe, auf allen Einzelgebieten der Politik und in allen Parteien die rechten Kräfte immer weiter zurückzudrängen. Rechte politische Kräfte — das sind heute diejenigen, die gegen die Volksinteressen die Interessen des Monopolkapitals durchzusetzen versuchen. Der Kampf um ihre Schwächung und schließliche Isolierung — also der Kampf um Demokratisierung — muß den Inhalt des Kampfes der demokratischen Bewegung in den vor uns liegenden Jahren ausmachen. Dieser Kampf kann jedoch nicht die Sache einer demokratischen Gruppierung in Konkurrenz zu anderen gleichfalls demokratischen Gruppierungen, sondern selbstverständlich nur deren gemeinsamer Kampf sein. Jedenfalls kann er nur als solch gemeinsam oder doch koordiniert geführter Kampf Erfolg haben — da er schließlich doch gar nichts anderes ist als ein Kampf um die ständige Vergrößerung des demokratischen Gesamtpotentials in unserer Gesellschaft und somit auch um das weitere politische Erstarken der demokratischen Bewegung selbst, die auch nicht irgendeine einzige Gruppe zu ihrem Träger oder Begründer hat, sondern gerade die Summe aller in unserer Gesellschaft aktiven demokratischen politischen Kräfte ist und auch immer nur als solch eine Summe eine wirkungsvolle Bewegung sein kann, die die Verhältnisse in Bewegung zu bringen vermag.

Auf die Stärkung des demokratischen Potentials kommt es in den nächsten Jahren an, wenn es mit der Demokratisierung und der Entspannung vorangehen soll. Geht es hier nicht nach vorn, dann kann die Alternative nur ein allgemeiner politischer Rückfall der Bundesrepublik sein.

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Möglichkeiten und Grenzen der ökonomischen Integration kapitalistischer Staaten

Ein Beitrag zur Analyse der EWG

Von Dietmar Goralczyk

I. Notizen zur aktuellen Entwicklung der westeuropäischen Integration

In einer Zeit, in der die EWG den Charakter einer bloßen Zollunion endgültig abstreift und sich die generellen Züge einer Währungsunion, perspektivisch sogar Merkmale einer Wirtschaftsunion langsam herausschälen, ist es kein Wunder, daß sowohl in der theoretischen Diskussion als auch im politischen Leben die Reflexion über Ziel, Wesensbestimmung, Umfang und Tiefe der kapitalistischen Integration erneut in den Vordergrund tritt. Hinzu kommt, daß in den Ländern Westeuropas, die jetzt der EWG neu beigetreten sind, diese Diskussion noch keineswegs abgeschlossen ist; sie bringt neue Elemente in den Prozeß der Integration ein.

Zwei Ereignisse waren es dabei vor allem, die aktuell die Integration in den Vordergrund rückten und sie schlagartig zum Thema erneuter politischer Konfrontation und theoretischer Auseinandersetzung werden ließen: die westeuropäische Gipfelkonferenz vom 19. bis 21. Oktober in Paris sowie die Volksabstimmungen in Dänemark und Norwegen. Beide Ereignisse beleuchten jeweils einen Grundaspekt der westeuropäischen Integration. Ging es in Paris vor allem darum, den Prozeß der Integration zu vertiefen, sie mit neuen Elementen anzureichern, so ging es bei den Volksabstimmungen in Dänemark und Norwegen um die Frage der Erweiterung der EWG, um die Einbeziehung Skandinaviens. Wir glauben, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, die marxistische Diskussion um die Grundfragen der Integration kapitalistischer Länder zu intensivieren, um der erhöhten Relevanz der Integrationsbewegung für die Analyse kapitalistischer Gesellschaften und ihrer Veränderung gerecht zu werden. Dieser Aufsatz geht aus von den aktuellen Geschehnissen der letzten Monate, um von dem Nachweis und der Analyse der weiterbestehenden Grundkonflikte in der EWG zu einer prinzipiellen Bewertung des Integrationsprozesses vorzustoßen.

Betrachten wir die Oberfläche des Integrationsprozesses, so ragt die westeuropäische Gipfelkonferenz, aufgrund ihrer Bedeutung für die Vertiefung der Integration, über die übrigen Ereignisse hinaus. Es ist jedoch nicht allein die Gipfelkonferenz, sondern vor allem auch das harte Ringen um ihr Stattfinden, das uns ein Bild von den Grundkonflikten innerhalb der EWG vermittelt. Vorherrschend blieb dabei der Kampf zwischen Frankreich und der BRD um Tempo, Ziel und Ausgestaltung des Integrationsprozesses. Die große Währungskrise vom Jahr 1971 hatte zugleich mit dem Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods den auf der Gipfelkonferenz von Den Haag im Jahr 1969 beschlossenen Schritten zum Aufbau einer Währungs- und Wirtschaftsunion den Boden entzogen. Der Werner-Plan, der die stufenweise Errichtung einer westeuropäischen Währungs-

und Wirtschaftsunion vorgesehen hatte, wurde ad acta gelegt. Frankreich, das dem Werner-Plan negativ gegenübergestanden hatte, konnte die Diskussion um die Fortschreibung der Integration von der Zoll- zur Währungsunion nun unter günstigeren Voraussetzungen als 1969 führen.

Pompidou schlug deshalb die Abhaltung eines neuen Europa-Gipfels in der zweiten Jahreshälfte 1972 vor. Themen sollten, nach französischer Vorstellung, vor allem die Errichtung eines Politischen Sekretariats in Paris sowie die Schaffung eines europäischen Währungsverbundes sein. Dazu kam die Neuordnung der außenpolitischen Rolle der EWG, konkret eine gegen die USA gerichtete Konzeption der EWG in der Frage der Reform des Weltwährungssystems. Mit dieser Themenliste für einen neuen Europa-Gipfel entbrannte erneut der Kampf der gegensätzlichen Standpunkte in der EWG. Es war von vornherein klar, daß Frankreich darauf abzielte, seine Grundkonzeption für ein integriertes Europa durchzusetzen. Da war zuerst der Vorschlag, ein Politisches Sekretariat der EWG zu errichten — natürlich nicht in Brüssel, sondern in Paris. Das entsprach der französischen Zielvorstellung eines Europa der souveränen Nationalstaaten mit möglichst geringer Abgabe nationalstaatlicher Souveränität an ein übergeordnetes supranationales Organ in Brüssel. Es entsprach überhaupt dem langfristigen strategischen Plan des französischen Kapitals, die Befugnisse der supranationalen Europäischen Kommission zu durchlöchern, die in den Römischen Verträgen an dieses übergeordnete Gemeinschaftsorgan gegebenen Rechte zurückzunehmen und es so in ein technisch-statistisches Vollzugsorgan des Ministerrats zu verwandeln. Die politisch-ökonomische Gewalt der Gemeinschaft sollte vom Ministerrat, als einem Organ der kooperierenden Nationalstaaten, auf gar keinen Fall jedoch vom supranationalen Gemeinschaftsorgan, der Kommission, ausgehen.

Das Integrationsziel Frankreichs hieß und heißt also Kooperation der Nationalstaaten, nicht ihre Verschmelzung. Sodann war in dem Themenkatalog Pompidous keine Rede mehr von einer wie auch immer gearteten Parallelität von Währungs- und Wirtschaftsunion, einer Entwicklung, die bereits 1969 in Den Haag nach dem Werner-Plan als beschlossene Sache gegolten hatte. Frankreich visierte nur noch die Schaffung eines europäischen Währungsverbundes an, um die Errungenschaften der Integration, vor allem die Agrarmarktordnung, von der monetären Seite abzusichern. Außerdem sollte ein zu schaffender europäischer Währungsfonds den Zahlungsbilanzausgleich innerhalb der Gemeinschaft erleichtern und den Kreditspielraum erweitern. Außenpolitisch, man sollte vielleicht besser außenwirtschaftlich sagen, zielte Pompidous Plan vor allem darauf ab, die EWG dazu zu benutzen, die französischen Vorstellungen zur Reform des Weltwährungssystems durchzusetzen und den US-Dollar als Reserve- und Interventionsmedium des internationalen Zahlungsverkehrs endgültig abzulösen.

Die französischen Vorschläge stießen besonders bei der BRD auf Ablehnung. Das betraf natürlich in erster Linie das die jeweiligen Grundkonzeptionen von der EWG am meisten tangierende Objekt des Politischen Sekretariats der EWG in Paris. Die BRD, und mit ihr vor allem die Benelux-Länder, waren auf keinen Fall gewillt, eine neue politisch-ökonomische Gewalt, und gar noch in Paris, zu errichten. Das wäre einer Kapitulation vor den französischen Plänen einer Minderung und schließlich Abschaffung der supranationalen Komponente, verkörpert in der Europäischen Kommission, gleichgekommen und hätte der westdeutschen Strategie, nämlich über eine starke supranationale Behörde mit weitreichenden Exekutivfunktionen Einfluß auf die Volkswirtschaften und die Politik

der anderen Mitgliedstaaten zu gewinnen, den Boden entzogen. Gemeinsam mit den Benelux-Ländern lehnte die BRD deshalb die Realisierung dieses Planes entschieden ab. Er widersprach diametral ihrem strategischen Projekt, der Schaffung eines europäischen Bundesstaates, und hätte die Weichen ein für allemal in Richtung Kooperation, nicht in Richtung Verschmelzung der Mitgliedstaaten gestellt. Mit derselben Härte lehnte die BRD das Projekt eines europäischen Währungsverbundes sowie eines europäischen Währungsfonds ab, ohne gleichzeitig eine klare Regelung für den Bereich der Wirtschaftspolitik zu schaffen. Das BRD-Kapital war nicht bereit, im Rahmen eines europäischen Währungsverbundes den Ländern mit hoher Inflationsrate (vor allem Frankreich und Italien) die zur Saldierung ihrer Zahlungsbilanzen notwendigen Kredite zu geben, ohne gleichzeitig durch die Übertragung wirtschafts- und finanzpolitischer Befugnisse auf ein Gemeinschaftsorgan Einfluß auf die ökonomischen Prozesse in diesen Ländern zu gewinnen. Die antiamerikanische Grundtendenz dieses Währungsverbundes machte seine Realisierung noch unwahrscheinlicher, da die BRD auf der Beibehaltung der atlantischen Partnerschaft mit den USA bestand.

Es standen sich also zum Zeitpunkt des Vorschlags eines neuen Europa-Gipfels die alten strategischen Grundkonzeptionen der BRD und Frankreichs mit unverminderter Härte gegenüber. Zusätzlich kompliziert wurde die Lage durch den Beitritt Englands, das seine eigenen Interessen auf diesem Gipfeltreffen kräftig wahrzunehmen gedachte. Schwerpunkt seiner Forderungen war die Schaffung eines europäischen Fonds für Regional- und Entwicklungspolitik für strukturell schwache Gebiete innerhalb der EWG; ein von Italien schon lange gefordertes Projekt. Frankreich und die BRD waren gegen die Schaffung dieses Fonds, da sie aus ihm kaum profitiert hätten. Sie sahen in ihm nur einen neuen internationalen Umverteilungsmechanismus auf EWG-Ebene, der ihnen noch mehr Kapital entzogen hätte.

Die Erfolgsaussichten für das Gipfeltreffen waren also nicht besonders günstig. Doch die politische Lage änderte sich sprunghaft. Im Frühjahr 1972 einigte man sich auf der Grundlage der Beschlüsse der Washingtoner Währungskonferenz, die Ende 1971 die große Währungskrise beendet hatte, auf eine „verminderte Bandbreite" der EWG-Währungen untereinander und ein neues europäisches Interventionssystem am Devisenmarkt. Damit war der erste Schritt in eine Währungsunion getan und während der Währungskrise verlorenes währungspolitisches Terrain zurückgewonnen. Um bei der Gipfelkonferenz mit starkem Rükkenwind verhandeln zu können, unternahm Pompidou den Versuch, das französische Volk zu einem positiven Votum zur EWG zu veranlassen. Dieser Versuch schlug jedoch fehl. 40 % der französischen Bürger gingen erst gar nicht an die Wahlurnen oder enthielten sich der Stimme. Von den verbliebenen Wahlberechtigten stimmten nur 38 % für Pompidous Pläne. Durch dieses Fiasko wurde Pompidou, statt gestärkt aus der Volksabstimmung hervorzugehen, in seiner Verhandlungsposition geschwächt und seine Regierung in eine Krise gestürzt. Diese wurde erst mit der Ablösung von Chaban-Delmas als Regierungschef durch den Alt-Gaullisten Messmer aufgefangen. Das Resultat dieses gescheiterten Manövers und der dadurch gestärkten Position der BRD war, daß die Forderung nach Schaffung eines Politischen Sekretariats in Paris von der Tagesordnung des Europa-Gipfels verschwand.

Von nun an konzentrierte Frankreich seine gesamte Kraft darauf, die Gipfelkonferenz zur reinen Währungskonferenz umzufunktionieren, um für Frankreichs Kapital negative politische Entscheidungen zu verhindern. Die französische Tak-

tik bestand jetzt darin, das Gipfelgespräch überhaupt in Frage zu stellen, wenn nicht wenigstens *ein* handfestes Resultat, nämlich die Schaffung eines europäischen Währungsfonds, dabei herauskäme. Die anderen Mitgliedstaaten der EWG waren gezwungen, das französische Pokerspiel mitzuspielen, um den Versuch einer Vertiefung der Integration nicht erneut zu gefährden. Ohnehin war ja, wie erwähnt, durch die Währungskrise 1971 die Realisierung der Währungsunion hinausgeschoben worden. Jetzt drohte der Prozeß der Integration vollends zu stagnieren. Der erneute Ausbruch der Währungskrise um das chronisch unterbewertete Pfund Sterling ließ die Mängel des währungspolitischen Integrationsstandes der EWG offenbar werden. Zwar brach die „verminderte Bandbreite" nicht auseinander, und der neue Interventionsmechanismus bewahrte vor Schlimmerem. Der Preis für diese Erhaltung des ohnehin hinter den Erwartungen zurückbleibenden Integrationsstandes auf währungspolitischem Gebiet war jedoch die Entlassung Englands aus dem Währungsverbund für die Zeit der Krise und die Gewährung von Sondervergünstigungen an Italien.

Damit war klar, daß die Gipfelkonferenz stattfinden mußte, um die zweite Stufe der Währungsunion vorzubereiten. Alles andere hätte größere Gefahren für die EWG mit sich gebracht. Frankreich spielte diese Karte voll aus. Allein sieben Sonderkonferenzen der Außen-, Landwirtschafts-, Wirtschafts- und Finanzminister gingen dem Gipfelgespräch voraus. Zeitweise schien die Gipfelkonferenz zu platzen. Doch am 11./12. September einigten sich die Wirtschafts- und Finanz- sowie die Außenminister auf die endgültige Themenliste. Das französische Kapital hatte einen Sieg errungen. Die Gipfelkonferenz wurde in erster Linie eine Konferenz zur Schaffung des europäischen Währungsfonds. Über die von der BRD verlangte Parallelität von Wirtschafts- und Währungsunion fielen nur vage Andeutungen, während die Errichtung eines europäischen Währungsfonds vor der eigentlichen Konferenz schon beschlossene Sache war. Das Politische Sekretariat stand nicht mehr auf der Tagesordnung; aber auch alle anderen deutsch-niederländischen Pläne für Direktwahlen zum Europa-Parlament und Stärkung der supranationalen Komponente sollten nicht zur Entscheidung gebracht werden. Ebenfalls blieben die Außenbeziehungen, vor allem das Verhältnis zu den USA, eine Sache der Diskussion; entschieden werden sollte auf dieser Konferenz darüber nichts.

Während so im Ringen um die Vertiefung und das Fortschreiten der Integration die Grundkonzeptionen der beiden kapitalistischen Hauptmächte der EWG, der BRD und Frankreichs, bei der Vorbereitung und auf der Konferenz selbst aufeinanderprallten und damit die Verwurzelung der Integrationsbestrebungen in den Profitinteressen der einzelnen nationalen Kapitale sowie die dadurch bedingte Brüchigkeit und Instabilität der Integration deutlich wurden, gehen auf der anderen Seite die Auseinandersetzungen um die Frage der Erweiterung der EWG weiter. Zwei Ereignisse sind es hier, denen in letzter Zeit zentrale Bedeutung zukommt: die Volksabstimmungen in Norwegen und Dänemark.

Schon bei dem Beitritt Englands hatte es harte Konfrontationen gegeben. Die Labour-Party, in die Opposition gedrängt, wechselte ihren Kurs und wurde zur Verfechterin einer Anti-EWG-Politik. Den stärksten Rückhalt fanden die Beitrittsgegner Englands jedoch in den britischen Gewerkschaften. Diese befürchteten von einem Beitritt zur EWG erhöhte Steuern und Preise, noch stärkere Arbeitslosigkeit und eine allgemeine Verschlechterung der sozialen Position der Arbeiter. Das britische Kapital dagegen war und ist für den Beitritt, da dies seine Verwertungs- und Realisierungschancen beträchtlich erhöhen würde. Die Linie zwi-

schen Beitrittsbefürwortern und Beitrittsgegnern ist also im wesentlichen die Linie zwischen Arbeit und Kapital. Ähnlich, wenn auch mit unterschiedlichen Nuancen, sah es bei den Volksabstimmungen in Norwegen und Dänemark aus, zu der es in England nicht gekommen war. Auch hier war die Befürchtung groß, daß der soziale Standard der Werktätigen beim Eintritt in die EWG sinken würde. Mehr jedoch als im Falle Englands spielten in diesen relativ kleinen skandinavischen Ländern auch nationale Belange eine Rolle, nämlich die Befürchtung, die nationale Souveränität könnte geschmälert werden. In Norwegen konnte die Volksbewegung gegen den EWG-Beitritt einen eindrucksvollen Sieg verbuchen. In Dänemark, wo eine Woche später abgestimmt wurde, mobilisierte das Kapital daraufhin seine gesamten Reserven und startete einen beispiellosen Feldzug der Angstmacherei, um eine Niederlage wie in Norwegen zu verhindern. Der Einschüchterungsversuch gelang, das Kapital verbuchte einen knappen Sieg. Dennoch bleibt die Niederlage in Norwegen ein empfindlicher Schlag für die kapitalistische Integration Westeuropas. Es wurde daher auch nichts unterlassen, um die souveräne Entscheidung des norwegischen Volkes zu diffamieren. Von der „Finnlandisierung" Skandinaviens wurde gesprochen und davon, daß einfache Leute vom Schlage der Fischer, Bauern und Arbeiter Norwegens eben zu dumm seien, um die reichen Gaben an Wohlstand und Freiheit zu erkennen, die ihnen der Beitritt zur EWG gebracht hätte.

Das Abstimmungsergebnis von Norwegen verstärkte natürlich auch in anderen Ländern den Kampf gegen den Beitritt zur EWG bzw. gegen die Verschlechterung des sozialen Standards innerhalb der EWG. Auf der Gipfelkonferenz in Paris versuchte deshalb vor allem der Bundeskanzler der BRD, Willy Brandt, in das Bild der EWG eine neue soziale Komponente zu zeichnen. Das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die EWG ein Instrument des internationalen Kapitals ist. Deutlich erwies sich dies erst jüngst wieder in den sozialen Auseinandersetzungen auf EWG-Ebene, bei denen es um die Stillegung von Teilen der Produktion des multinationalen Konzerns Enka-Glanzstoff ging. 5600 Arbeitsplätze in Breda (Holland), Zwijnaarde (Belgien) und Wuppertal-Barmen (BRD) sollten Anfang September 1972 wegrationalisiert werden. Es hieß, dies sei aufgrund der weltweiten Überkapazitäten im Chemiefaserbereich dringend notwendig, um den Konzern wieder auf eine gesunde Rentabilitätsbasis zu stellen. In Wahrheit ging es jedoch darum, das Kapital aus diesen Teilen Westeuropas, wo es nur zu einer relativ niedrigen Profitrate verwertet werden konnte, in ausgesprochene Niedriglohnländer, z. B. Spanien, zu exportieren, um hier eine weit höhere Rendite zu erzielen. Die gut geplante Betriebsbesetzung der holländischen Chemiearbeiter in Breda brachte allerdings das Konzept des Konzerns durcheinander. Er wurde durch die internationale Solidarität, die sich an die holländische Aktion anschloß, gezwungen, seine Stillegungspläne rückgängig zu machen.

Dies ist jedoch nur ein Fall von vielen in der letzten Zeit. Sie alle demonstrieren, daß die Gründung der EWG Kapitalkräfte freigesetzt hat, die danach drängen, eine neue Produktions-, d. h. eine neue Monopolstruktur im EWG-Bereich durchzusetzen. Schon die ersten Ansätze der Herausbildung dieser neuen Arbeitsteilung, wie sie in letzter Zeit hervortreten, zeitigen schwerwiegende Folgen für die soziale Lage der Arbeiterschaft im Bereich der EWG. Dem Fall Enka-Glanzstoff gingen ähnliche Fälle voraus, so z. B. die geplante Verlegung des Hoesch-Konzerns von Dortmund an die holländische Küste. Je tiefer die Integration der Mitgliedstaaten der EWG sich gestaltet, desto stärker werden diese Prozesse in Erscheinung treten. Damit einher geht die Verschärfung der Unsicherheit der

sozialen Lage der Arbeiter im EWG-Bereich. Es ist deshalb auch kein Zufall, daß gerade jetzt die nationalen Gewerkschaftsverbände in eine neue Phase der Strategiediskussion zu Fragen der europäischen Integration eintreten. Die Entwicklung der Integration in der EWG läßt den Gewerkschaften keine andere Wahl. Immer häufiger werden sie vom auf internationaler Ebene agierenden Kapital zu Abwehrreaktionen gezwungen, denen Erfolg nur dann beschieden ist, wenn sie ebenfalls international koordiniert werden.

An der internationalen Abstimmung der nationalen Aktionen der Gewerkschaften mangelt es jedoch noch beträchtlich. Das liegt nicht zuletzt daran, daß dieser Abstimmung die Spaltung der internationalen Gewerkschaftsbewegung im Wege steht. Vor allem der DGB weigerte sich bisher konstant, Kontakt mit den größten französischen und italienischen Gewerkschaften aufzunehmen. Er verlangt vorab eine Distanzierung dieser Gewerkschaften von ihrer klaren prinzipiellen Einschätzung der klassenmäßigen Basis der EWG, was von diesen natürlich abgelehnt wird. Zu Schwierigkeiten kam es auch aufgrund der Ablehnung der EWG durch den britischen Gewerkschaftsbund TUC. Demgegenüber nimmt der DGB eine sehr widerspruchsvolle Haltung zu den Integrationsprozessen innerhalb der EWG ein. Einerseits wird die Forderung der Mitgliedschaft nach Abwehr der unsozialen Praktiken des internationalen Kapitals immer größer und wächst die Einsicht, daß diese Praktiken nur durch internationale Koordination der gewerkschaftlichen Aktionen wirksam bekämpft werden können. Andererseits jedoch läßt es der DGB an einer prinzipiellen Beurteilung des Integrationsprozesses fehlen, was die Strategie ebenfalls widerspruchsvoll gestalten muß, und weigert sich anzuerkennen, daß Millionen organisierter Gewerkschaftler in Frankreich, Italien und England anders über diese Prozesse denken. Ein Grund für die fehlende prinzipielle Einschätzung der Integration Westeuropas ist selbstverständlich, daß die Führungsspitze des DGB, unter anderem wegen ihrer engen Verbundenheit mit der SPD-Spitze, prinzipiell positiv zur EWG-Integration steht und sich ihr Kampf nur gegen einige unsoziale „Auswüchse" dieser Integration richtet. Das versperrt den Blick für das wesentliche des Integrationsprozesses in der EWG, nämlich daß sie eine kapitalistische Integration ist und daß demzufolge die beobachteten unsozialen Praktiken des internationalen Kapitals keine Auswüchse sind, sondern notwendig mit dem Wesen der kapitalistischen Integration verbundene Widersprüche, die um so schärfer werden, je mehr die Integration fortschreitet.

Es sei auch noch auf ein drittes aktuelles Problem der westeuropäischen Integration eingegangen. Nicht nur der Kampf um die Vertiefung und Erweiterung der EWG beschäftigte die Mitgliedstaaten und die in ihnen lebenden sozialen Gruppen, sondern auch die neue Rolle, die ein integriertes Westeuropa in der Welt zu spielen gedenkt. Vor allem war es dabei das Verhältnis zu den USA, das in den letzten Monaten zu hitzigen Debatten geführt hat. Der Integrationsprozeß Westeuropas war von den Vereinigten Staaten von Beginn an mit gemischten Gefühlen gutgeheißen worden. Die Gründe dafür liegen in der strategischen Relevanz, die ein geeintes starkes Westeuropa beim Versuch der Zurückdrängung des Sozialismus besaß. Notwendig verbunden mit der politischen und ökonomischen Stärkung Westeuropas war jedoch sein Heranreifen zum ökonomisch-politischen Rivalen im Kampf um die Aufteilung der dem Imperialismus verbliebenen Herrschaftssphäre. Deshalb gab es von Anfang an in den USA starke Kräfte, die gegen eine Integration Westeuropas auftraten. Eine unüberhörbare Artikulation dieser Kräfte war der nach dem Zweiten Weltkrieg zur Neuordnung Europas vorgelegte Morgenthau-Plan.

Die ambivalente Haltung des US-Kapitals zu den Integrationsprozessen in Westeuropa mußte sich im Verlauf der Herausbildung der EWG zur Zoll- und jetzt zur Wirtschaftsunion verschärfen. Der „Hähnchenkrieg" während der Kennedy-Runde des GATT, die sich permanent verschärfenden Kontroversen um die Reform des internationalen Währungssystems sowie der Agrarprotektionismus der EWG sind Wegmarken für diesen sich ausbreitenden Konflikt. Kurz vor der Pariser Gipfelkonferenz verschärfte sich der Konflikt enorm durch die bekanntgewordenen Pläne der EWG, ihre Assoziations- und Präferenzpolitik auf die gesamte Mittelmeerzone auszudehnen. Die USA sehen darin eine akute Gefährdung der Absatzchancen ihres Kapitals und die Gefahr des Verlustes einer ihrer entscheidenden Einflußzonen in der Welt. Der Mittelmeerbereich mit über 180 Mill. Einwohnern, mit der wohl bedeutendsten Erdölbasis der Welt ist für die USA eine der strategisch relevantesten Nahtstellen der Weltpolitik. Sie protestierten deshalb sofort energisch gegen die Pläne der Europa-Kommission und drohten, wie so oft schon, mit militärpolitischen Repressalien. Keinesfalls, so argumentierten sie, sei man bereit, die Verteidigungslast für die gesamte Mittelmeerzone zu tragen, aber die ökonomische Ausbeutung dieses Bereichs den Mitgliedstaaten der EWG zu überlassen. Das war eindeutig. Wie immer, wenn ökonomische Positionen des US-Kapitals bedroht sind, verknüpfen die USA auf ihre Art und Weise Ökonomie und Politik. Sie führen dann ihre Ausgaben für die Sicherung des kapitalistischen Gesamtsystems ins Feld, drohen mit ihrer Kürzung und erreichen damit meistens sehr schnell, daß die anderen kapitalistischen Staaten ökonomisch zurückstecken. Am häufigsten wurde dies zweifellos auf dem Gebiet der internationalen Währungsbeziehungen geübt. Doch trotz dieser Drohungen konnten und können die Vereinigten Staaten natürlich nicht verhindern, daß die Mitgliedstaaten der EWG als ökonomische Rivalen immer stärker werden und sich so die Konflikte tendenziell verschärfen. Es ist also in Zukunft damit zu rechnen, daß die ökonomische Rivalität zwischen den USA und der EWG zunimmt, je umfassender der in der EWG integrierte Bereich und je tiefer die Integration gestaltet wird. Mit der endgültigen Einbeziehung Englands, Irlands und Dänemarks in die EWG erweitert sich deren Assoziations- und Präferenzraum um die Länder des Commonwealth. Dadurch entsteht ein erstrangiges ökonomisches Kraftfeld, das freilich seinerseits in neun Nationalstaaten gespalten ist, deren unterschiedliche Ausgangspositionen eine weitgehende Homogenität ihrer Interessen nicht zustande kommen lassen. Dennoch übt dieser westeuropäische Wirtschaftsblock genug weltwirtschaftlichen Einfluß aus, um die innerkapitalistische Position der USA tendenziell zu schwächen.

Die dargestellten Widersprüche — einerseits der Kampf der nationalen Kapitale innerhalb der EWG um die Durchsetzung jeweils ihrer strategischen Zielvorstellungen bei der Ausgestaltung des Integrationsprozesses, andererseits der Kampf der verschiedenen Fraktionen der internationalen Arbeiterklasse entweder gegen die Einbeziehung ihres Landes in die EWG (England, Norwegen, Dänemark) oder gegen die immer deutlicher werdenden Auswirkungen kapitalistischer Integrationsprozesse auf die soziale Lage der Arbeiter und Angestellten — zwingen uns, das Wesen kapitalistischer Integrationsprozesse zu analysieren, die Oberfläche der Erscheinungen zu durchstoßen. Dabei wird sich ergeben, daß die oben geschilderten strategischen Grundkonzeptionen der jeweiligen nationalen Kapitale den Erfordernissen des jeweiligen Reproduktionsprozesses entsprechen, ihre Wurzel also in der Ökonomie der einzelnen Länder haben. Diese Begriffsbestimmung kapitalistischer Integrationsprozesse ist aber noch von einem anderen Punkt her äußerst notwendig. Nur von einer solchen Analyse her erschließt

sich nämlich eine sinnvolle Perspektive des Kampfes der Arbeiterklasse und eine prinzipielle Bestimmung ihrer jeweiligen Strategie und Taktik. Die zentrale Bedeutung einer solchen Analyse gerade zum jetzigen Zeitpunkt ergibt sich auch aus dem derzeitigen Stand der Gewerkschaftsbewegung, die verstärkt nach Abwehrtaktiken gegen das internationale Kapital sucht. Nur eine exakte Bestimmung des Wesens des kapitalistischen Integrationsprozesses kann hier vor Fehleinschätzungen bewahren.

II. Kurzer Abriß der Grundlagen kapitalistischer Integrationsprozesse

Die rasche Reintegration des kapitalistischen Weltmarktes nach dem Zweiten Weltkrieg war ein Phänomen, das viele Theoretiker in Erstaunen setzte. Man hatte allgemein mit einer Phase der Stagnation gerechnet, ähnlich der Situation unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg. Abgesehen von den durch die besondere Nachkriegssituation bedingten Faktoren ist die Schaffung und Expansion des kapitalistischen Weltmarktes jedoch eine zutiefst in der Natur des Kapitals wurzelnde Erscheinung. Parallel mit der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft, ja sogar im historischen Vorlauf, entwickelte sich der kapitalistische Weltmarkt, die handelsmäßige Verflechtung der kapitalistischen Länder untereinander und ihre Verflechtung mit den jeweiligen Kolonialgebieten.

Nicht zufällig also fallen Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und Schaffung des Weltmarktes in eins. Es ist dies eine Äußerung der Natur des Kapitals. Mit dem Zweck der kapitalistischen Produktion — der Schaffung und Aneignung des Mehrwerts, der ständigen Erweiterung der Produktion, ihres expansiven Wachstums — ist notwendig ein ständiges Wachstum der Austauschprozesse verbunden, denn der vergrößerte Wert, der als Resultat des kapitalistischen Produktionsprozesses geschaffen wird, muß sich gegen eine größere Masse Zirkulationsmittel, sprich Geld, austauschen, um erneut seinen Kreislauf zu beginnen. Auf diese Weise bezieht die kapitalistische Produktionsweise, wenn sie erst einmal an einigen wenigen Punkten Fuß gefaßt hat, immer mehr Bereiche der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in ihren Umkreis ein. Sie gestaltet schließlich die Totalität des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses um. Ständiges, von zyklischen Krisen periodisch unterbrochenes Wachstum der kapitalistischen Warenproduktion und damit des Warenaustausches sind notwendige Folge der auf der Produktion und Realisierung des Profits fußenden kapitalistischen Produktionsweise. Sie erweitert damit die wenigen Punkte der Kapitalproduktion zur kapitalistischen Produktion auf gesellschaftlicher Ebene und die wenigen Punkte des Warenaustauschs zum inneren Markt des jeweiligen Nationalstaates.

Sie bleibt jedoch nicht an den Grenzen der Nationalstaaten stehen, sondern strebt über diese hinaus zur Einbeziehung der gesamten Welt in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß. Der Weltmarkt ist somit angelegt in der Natur des Kapitals und entwickelt sich historisch mit der Entwicklung der Kapitalproduktion. Vermittelndes Medium der Natur des Kapitals und ihrer Äußerung ist die Konkurrenz, die Wirkung vieler Kapitalien aufeinander. Sie zwingt die Kapitalien zur enormen Entwicklung der Produktivkräfte, zum expansiven Wachstum der Produktion, als ob nur die unendliche Bedürftigkeit der Menschen die letzte Schranke der Produktion wäre. Dabei stößt das Kapital jedoch periodisch an die ihm immanente Schranke. Kapitalproduktion ist Produktion nicht um der Bedürfnisbefriedigung der Menschen willen, sondern zur Schaffung und Realisierung des Mehrwerts. Diese Realisierung des Mehrwerts gelangt jedoch sehr schnell an die Schranke der im Kapitalismus systemimmanent begrenzten zahlungs-

fähigen Nachfrage. Die periodisch auftretenden Krisen sind Äußerungen dieser widerspruchsvollen Natur des Kapitals, die Produktion ins Universelle zu steigern und dabei die Grenzen der Realisierung zu ignorieren. Dabei kommt der Krise die Doppelfunktion zu, die Widersprüche der Kapitalproduktion auf die Spitze zu treiben und sie zugleich partiell und temporär zu lösen, denn sie ermöglicht durch Kapitalvernichtung die Wiederaufnahme der Produktion. Der periodisch auftretende Widerspruch zwischen Produktion und Markt ist aber zugleich eine der wichtigsten Triebkräfte zur Entwicklung des Weltmarkts, denn er treibt das Kapital zur Realisierung des Profits über die Grenzen des inneren Marktes auf den Weltmarkt und integriert so die handelsmäßig verflochtenen Staaten in ein Netz gegenseitiger arbeitsteiliger Organisation.

Bei der Konstituierung des kapitalistischen Weltmarktes spielen jedoch auch noch andere, ebenfalls der Natur des Kapitals entspringende Faktoren eine Rolle. So ist die kapitalistische Produktion anarchische Produktion, d. h. der arbeitsteilige Zusammenhang der getrennt voneinander produzierenden Kapitalien einer Volkswirtschaft offenbart sich erst auf dem Markt, bei der Realisierung des Profits. Das hat notwendig zur Folge, daß sich die Sektoren der kapitalistischen Industrie, angefangen von den zwei Grundabteilungen der Produktion, der Konsumgüter- und der Produktionsgüterabteilung, bis hin zu einzelnen Sektoren innerhalb der beiden Grundabteilungen nicht proportional, sondern disproportional entwickeln. Das Resultat ist, daß z. B. die Branche der kapitalistischen Industrie, die sich überproportional entwickelt, keinen Abnehmer für ihre Waren in der ihr produktionstechnisch nachgeordneten Branche findet. Eine der Möglichkeiten, dieses Realisierungsproblem zu lösen, ist das Ausweichen auf den Weltmarkt.

Eine weitere Triebkraft der Entwicklung des Weltmarktes ist der mit der Expansion des kapitalistischen Produktionsprozesses ständig wachsende Rohstoffverbrauch, der allein aus den Naturschätzen der kapitalistischen Länder nicht gedeckt werden kann. Er war ein wesentliches Motiv für die Okkupation nichtkapitalistischer Gebiete der Welt und ihrer Umwandlung in Kolonien. Wesentliches Element neben dem Widerspruch zwischen Produktion und Markt war aber bei der Schaffung des Weltmarktes das relativ überschüssige Kapital. Im vormonopolistischen Kapitalismus wurde der Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktion und der begrenzten zahlungsfähigen Nachfrage nur periodisch akut und auch periodisch, durch die Kapitalvernichtung in der Krise, gelöst. Mit der Entstehung gewaltiger Akkumulationsfonds in den Händen großer Monopole wurde das Problem der Überproduktion und Überakkumulation jedoch zum strukturellen Problem der Kapitalentwicklung, das allein durch periodische Kapitalvernichtung nicht mehr zu lösen war. Die Gefahr der Stagnation der bürgerlichen Gesellschaft, Ausfluß des Vorhandenseins ständig brachliegenden Kapitals, das den Fall der Profitrate nicht mehr durch die Erhöhung der Masse des Profits zu kompensieren in der Lage war, wurde plötzlich akut.

Zu diesem Zeitpunkt begann das Phänomen des Kapitalexports enorm an Bedeutung zu gewinnen. Der Kapitalexport integrierte die gesamte nicht-kapitalistische Welt nicht nur, wie der Warenexport, durch die gegenseitige Handelsverflechtung, sondern schuf in Ansätzen, durch Umwandlung der kleinen Warenproduzenten in lohnabhängige Arbeiter, Zentren kapitalistischer Produktion in diesen Gebieten. Er zerstörte also endgültig ihre feudale Struktur und bezog sie unwiderruflich in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß mit ein. Jedoch haben wir mit dem Widerspruch zwischen Produktion und Markt, der Dispropor-

tionalität der Kapitalentwicklung und dem relativ überschüssigen Kapital als notwendigen Ausflüssen der widersprüchlichen Natur des Kapitals nur die allgemeinsten Elemente der Konstituierung des kapitalistischen Weltmarktes benannt. Warenexport und Kapitalexport sind als Bestandteile der Weltmarktzirkulation des Kapitals natürlich der historischen Entwicklung unterworfen, und daher kann ihnen nur im Zusammenhang mit den historischen Prozessen ein analytischer Wert für die Beurteilung der kapitalistischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg abgewonnen werden.

Wenn wir daher jetzt die Wandlungen in der Struktur des Welthandels und des Weltkapitalexports in den letzten fünfzig Jahren kurz untersuchen, so werden wir auf fünf wesentliche Phänomene stoßen. Der Welthandel, auf ein Minimum geschrumpft durch die desintegrierende Wirkung zweier Weltkriege und der zwischen ihnen liegenden Weltwirtschaftskrise hat nach dem Zweiten Weltkrieg einen geradezu sprunghaften Anstieg zu verzeichnen. Von 1950 bis 1967 stiegen die gesamten Welthandelsumsätze von 476,7 Mrd. DM auf 1572,8 Mrd. DM, was einer Steigerungsrate in diesen siebzehn Nachkriegsjahren von 330 % entspricht. Die prozentuale und absolute Steigerung des Welthandels spiegelt jedoch nicht die Veränderungen wider, die in der Struktur des Welthandels vor sich gegangen sind. War der Welthandel vor dem Zweiten Weltkrieg derart strukturiert, daß sein größter Teil der Versorgung der kapitalistischen Welt mit den Rohstoffen aus dem nichtkapitalistischen Teil der Welt diente (57 % des Welthandels diente dem Umsatz von Nahrungsmitteln und Rohstoffen und nur 43 % dem Umsatz von Industriewaren), so änderte sich dies in den Nachkriegsjahren sehr schnell (jetzt diente nur noch 45 % des Welthandels dem Umsatz von Nahrungsmitteln und Rohstoffen und 55 % dem Umsatz von Industriewaren). Übersetzt heißt dies, daß die Sphäre des internationalen Austauschs in ihrer Struktur sich tendenziell dem Binnenhandel nähert oder, anders ausgedrückt, daß sich der Welthandel immer mehr zwischen den kapitalistischen Staaten selbst und immer weniger zwischen den kapitalistischen Staaten und den ehemaligen Kolonialgebieten abwickelt. Noch anders ausgedrückt heißt das, daß sich die Bedeutung des Austauschmechanismus zwischen den Industrieländern und den relativ unterentwickelten Ländern verringert und sich die Bedeutung der Arbeitsteilung zwischen den kapitalistischen Industrieländern selbst erhöht.

Auch der Kapitalexport hat sich in den letzten fünfzig Jahren strukturell gewandelt. Es fand sowohl eine sektorale wie auch eine, eng mit der sektoralen verbundene, regionale Umschichtung der Kapitalexporte statt. Gingen diese bis zum Zweiten Weltkrieg in der Hauptsache in die jeweiligen kolonialen Einflußgebiete und dienten sie hier zumeist der Erschließung der Rohstoffquellen, so kehrte sich dies nach dem Zweiten Weltkrieg langsam aber sicher um. Jetzt wurden Kapitalexporte in der Hauptsache in den technologisch am fortgeschrittensten Industriezweigen getätigt und gingen mehr und mehr in die kapitalistischen Länder selbst. Also auch auf dem Gebiet des Kapitalexports, des zweiten wesentlichen Elements der Weltmarktexistenz des Kapitals, beobachten wir eine immer größer werdende gegenseitige Verflechtung der kapitalistischen Staaten untereinander und die abnehmende Bedeutung der Verflechtung der hochindustrialisierten kapitalistischen Länder mit den ehemaligen kolonialen Einflußgebieten. Bei der strukturellen Umschichtung des Kapitalexports muß jedoch noch auf das fünfte Phänomen der Änderung in der Struktur des internationalen Kapitals aufmerksam gemacht werden. In der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg wurden die Kapitalexporte zumeist als zinstragendes Kapital getätigt, also als Anleihen, während nach dem Zweiten Weltkrieg der Kapitalexport in Form von Anleihen

fast völlig seine Bedeutung verlor (er existiert heute fast ausschließlich als staatlicher Kapitalexport) und eine relativ neue Form dominierte: die Direktinvestition.

Als relevanteste Erscheinung seit dem Zweiten Weltkrieg bei der Strukturwandlung der Weltmarktexistenz des Kapitals kann also die Tatsache betrachtet werden, daß der Weltmarkt zusehends ein Mechanismus der gegenseitigen, arbeitsteiligen Organisation der hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten wurde, wobei angemerkt werden muß, daß die weltwirtschaftlichen Beziehungen dieser Staaten mit den ehemaligen kolonialen Einflußgebieten natürlich weiterhin ihre Bedeutung behalten. Festzustellen ist also, daß nach einer Phase der Desintegration der weltwirtschaftlichen Beziehungen diese nach dem Zweiten Weltkrieg einen enormen Aufschwung nahmen und dabei die verstärkte Integration der kapitalistischen Nationalstaaten untereinander das beherrschende Phänomen war und ist.

Wenn man nach den Ursachen dieser verstärkten Integration der kapitalistischen Nationalstaaten sucht und sie dabei als Resultat der allgemeinen widersprüchlichen Bewegung des Kapitals in ihrer historischen Konkretion betrachtet, als historisches Moment in der prozessualen Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise, so sind drei Ursachenkomplexe, die untrennbar miteinander verwoben sind, herauszuarbeiten. Zum einen ist es die sprunghafte Entwicklung der Wissenschaft und die Schnelligkeit der Überführung ihrer Ergebnisse in den industriellen Produktionsprozeß, die die Modifikation der Struktur der Weltmarktexistenz des Kapitals bewirkte und zur engeren Verflechtung der kapitalistischen Nationalstaaten beitrug. Es ist also die Revolution der Produktivkraftentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, welche mitbewirkte, daß diese Veränderungen eintraten; denn rasche Entwicklung der Produktivkräfte war es, die die Investition in die technologisch fortgeschrittensten Bereiche der Volkswirtschaft am profitabelsten machte und so die Umschichtung der Waren- und Kapitalexporte vorbereitete. Die Umwälzung der Technologie hatte dann unter anderem zur Folge, daß die Produktion stärker als bisher auf gewisse infrastrukturelle Vorlagen des industriellen Produktionsprozesses zurückgreifen mußte, so z. B. auf eine hochqualifizierte Arbeiterschaft, auf ein engmaschiges, reibungslos ineinandergreifendes Transportnetz usw.

Weiterhin ist ein Markt nötig, der die Produkte moderner Technologie aufnehmen kann. Diese Voraussetzungen sind in vielen relativ rückständigen Ländern nicht gegeben, was, im Zusammenhang mit dem Ersatz alter Rohstoffe durch neue und der agrarischen Überproduktion in den kapitalistischen Ländern (ebenfalls Auswirkungen der technologischen Revolution), die Umschichtung der Kapitalexport- und Warenexportströme entscheidend beeinflußte. Diese Revolution der Produktivkräfte hatte naturgemäß gewisse Anpassungsprozesse bei den Produktionsverhältnissen zur Folge. Hier erschließt sich uns der zweite Ursachenkomplex. Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals, kurz die Monopolisierung, machte gewaltige Fortschritte. Diese verstärkte Monopolisierung, ausgelöst durch die Entwicklung der Produktivkräfte und das rasche Wachstum, erwies sich aber nun als gewaltiger Hebel bei dem expansiven Wachstum des Weltmarktes und der Änderung seiner Struktur. Wie schon erwähnt, war das Wachstum des Welthandels notwendig verbunden mit der Änderung seiner Struktur. Es bildete sich tendenziell eine weltweite Arbeitsteilung zwischen den kapitalistischen Nationalstaaten heraus. Diese Arbeitsteilung erfolgte auf monopolkapitalistischer Basis. Das aber heißt nichts anderes, als daß diese erweiterte

Arbeitsteilung zwischen den kapitalistischen Nationalstaaten potenziert wurde. Jedes Monopol versuchte, sich durch Spezialisierung und Produktdiversifizierung einen möglichst abgeschirmten Markt zu schaffen, um auf diese Art und Weise die Konkurrenz auszuschalten. Es ist einsichtig, daß diese Zerlegung der Produktenmärkte in Märkte einzelner Firmen zu einer ungeheuren Aufblähung des Außenhandels führen mußte und die gegenseitige handelsmäßige Verflechtung der kapitalistischen Länder verstärkte. Dem schnellen Monopolisierungstempo nach dem Zweiten Weltkrieg ist es auch zuzuschreiben, daß der Kapitalexport heute vornehmlich in der Form der Direktinvestition vorgenommen wird und nicht mehr in der Form der Anleihe: denn es geht jetzt nicht mehr um das Sammeln relativ kleiner Akkumulationsfonds zum Auflegen von Anleihen, sondern um die internationale Strategie internationaler Konzerne, die über Direktinvestitionen in den Realisierungs- und Anlagesphären anderer Nationalstaaten Fuß fassen wollen und damit zugleich ihre strategische Linie auf internationalen Boden stellen, d. h. dahin streben, nicht mehr von jeweils einer nationalen Entwicklungsstufe der Kapitalverwertungsmöglichkeiten abhängig zu sein.

Die Monopolisierung war ebenfalls ein Hebel weiterer Konzentration und Zentralisation auf dem Weltmarkt. War ein Konzern erst einmal in den Weltmarkt hineingewachsen, so mußte er, da die Konkurrenz ihn bei Strafe des Untergangs dazu zwang, den Schritt der internationalen Monopolisierung mitmachen. Mit dem dritten Ursachenkomplex der raschen Expansion des Weltmarktes und seiner Strukturänderung sowie der sektoralen und regionalen Umschichtung des Kapitalexports sind wir auf der Ebene der spezifischen, politisch-ökonomischen Erklärungen für die Integrationsprozesse innerhalb der kapitalistischen Welt und insbesondere für diejenigen innerhalb Westeuropas angelangt. Einbezogen werden muß in die Betrachtung dieser Ursachen nämlich die Veränderung der politisch-ökonomischen Lage vor und nach dem Zweiten Weltkrieg.

Der Periode der Reintegration des kapitalistischen Weltmarktes nach dem Zweiten Weltkrieg war die der Desintegration der weltwirtschaftlichen Beziehungen durch die zwei Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise vorausgegangen. Die Volkswirtschaften Westeuropas lagen zerstört am Boden. Was nicht durch den Krieg an Fabrikanlagen vernichtet worden war, war vielfach veraltet. Das Kolonialsystem der westeuropäischen Staaten fiel durch den Ansturm der revolutionären Befreiungsbewegungen auseinander, Osteuropa formierte sich in der sozialistischen Umgestaltung. Diese politischen und ökonomischen Faktoren verhinderten, daß die USA — das einzige kapitalistische Land, das vom Krieg profitiert hatte, dessen Währung intakt und dessen ökonomische Kraft ungebrochen war — die Chance zur endgültigen Niederwerfung ihrer Rivalen in West- und Mitteleuropa nutzen konnten.

Im Gegenteil waren die Vereinigten Staaten gezwungen, die Staaten Westeuropas zu stützen und ihre ökonomisch-politische Stärke erneut aufzurichten, um ihre Strategie der Eindämmung, des „Roll-back", gegen den sich formierenden Sozialismus in Osteuropa zu entfalten. Nur ein gestärktes und vor allem einiges Europa hatte die Chance, als Bollwerk gegen den Sozialismus zu wirken. Die USA unterstützten und forcierten daher den Integrationsprozeß in Europa in jeder Weise. Die Veränderung der politischen Lage hatte also zur Folge, daß, um der Gefahr des Sozialismus zu begegnen, die Tendenz zur Integration Westeuropas starke Impulse erhielt. Gleichzeitig waren wertvolle Absatzmärkte für die westeuropäische Industrie durch die Integration Osteuropas in das sozia-

listische Weltsystem sowie durch den Zerfall des Kolonialsystems verloren gegangen. Zudem wurde die langfristige Kapitalanlage in diesen ehemaligen Kolonialgebieten immer unsicherer.

All diese Faktoren waren weitere Triebkräfte der Reintegration des kapitalistischen Weltmarktes, vor allem aber der verstärkten Integration des westeuropäischen Marktes. Es ist schon gesagt worden, daß das tragende Gebäude der raschen Expansion des Welthandels das rasche Wachstum in den kapitalistischen Nationalstaaten war. Diesem Wachstum lagen sowohl die schon genannten allgemeinen Faktoren der Kapital-Entwicklung zugrunde als auch spezifische Nachkriegsfaktoren. Dazu zählten unter anderem der durch den Krieg angestaute ungeheure Nachholbedarf für langlebige Konsumgüter, die ebenfalls durch den Krieg angestaute Notwendigkeit der Erneuerung des fixen Kapitalteils, die lokalen Kriege, die dem Zweiten Weltkrieg folgten, sowie die durch den Kalten Krieg ins Ungeheure steigenden Rüstungsausgaben des Staates. Auf diese Weise war ein großer Nachfrageüberhang in den westeuropäischen kapitalistischen Ländern entstanden, der durch die qualifizierte Arbeitskräftestruktur und die Marshall-Plan-Gelder die nötigen Voraussetzungen bekam, um sich als Initialzündung einer langen Hochkonjunktur auszuwirken.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte Reintegration des kapitalistischen Weltmarktes sowie dessen Strukturveränderung in Richtung auf eine stärkere wechselseitige handels- und kapitalmäßige Durchdringung der kapitalistischen Industriestaaten ist also das Resultat komplexer Bedingungen. Sie ist das Resultat der Verflechtung allgemeiner Faktoren der widersprüchlichen Bewegung des Kapitals mit spezifischen Bedingungen, oder, genauer gesagt, sie ist die widersprüchliche Bewegung des Kapitals auf einer bestimmten Stufe ihrer historischen Konkretion, die widersprüchliche Natur des Kapitals als ins Universelle strebende und doch ihre Schranke an sich selbst findende Tendenz auf einer bestimmten historischen Stufe ihrer Entfaltung. Die Tendenz des Kapitals, den Weltmarkt zu schaffen, die bornierten nationalstaatlichen Schranken niederzureißen, sich selbst Existenz als Weltkapital zu verschaffen, richtete sich unter den spezifischen Bedingungen der Nachkriegszeit auf die Schaffung eines integrierten Marktes der kapitalistischen Nationalstaaten, auf eine enorme Vertiefung der kapitalistischen Arbeitsteilung. Diese Tendenz schuf sich in den überstaatlichen Organen wie dem IWF, dem GATT, der ORCD, der EWG und der EFTA Ansätze eines politisch-ökonomischen Überbaus, Ansätze staatlicher Autorität auf der Ebene des kapitalistischen Gesamtsystems oder zumindest auf überstaatlicher Ebene innerhalb einer Region.

Auf dieser Ebene ist auch der Integrationsprozeß Westeuropas, wie er sich heute in der erweiterten EWG darstellt, zu begreifen: nämlich als widerspruchsvoller Ausdruck der Tendenz des Kapitals, sich als Weltkapital zu gebärden, auf einer bestimmten historischen Stufe ihrer Entfaltung binnenmarktähnliche Verhältnisse zwischen den kapitalistischen Industriestaaten herzustellen. Damit ist notwendig verbunden eine Haltung zur westeuropäischen Integration, die das Widerspruchsvolle dieses Prozesses erkennt und ihn nicht als Ausdruck irgendwelcher historischer Notwendigkeiten hypostasiert. Dies herauszuarbeiten ist notwendiger Bestandteil einer Analyse der kapitalistischen Integration, die den Anspruch der Vollständigkeit erhebt. Wichtigstes Postulat einer solchen Analyse ist, den Weltmarkt nicht nur als Bewegungsform der Gesetzmäßigkeiten, sondern, damit untrennbar verbunden, ihn auch als Bewegungsform der kapitalistischen Widersprüche zu begreifen.

Dabei ist anzusetzen an den widersprüchlichen Elementen der Kapitalentwicklung, wie sie im ersten Teil dieser Analyse entfaltet wurden. Der Widerspruch zwischen Produktion und Markt, das relativ überschüssige Kapital, die Disproportionalität der kapitalistischen Produktion sind keine Phänomene, die auf den Bereich der nationalen Produktion beschränkt sind. Die Produktion und die Realisierung des Mehrwerts treffen auf dem Weltmarkt auf dieselben immanenten Schranken wie innerhalb des Nationalstaates. War der Weltmarkt in den Perioden seiner Herausarbeitung und Expansion ein Feld der partiellen und temporären Lösung der Widersprüche, wie sie sich aus der nationalen Kapitalentwicklung ergeben, so ist er dennoch nicht allein unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Er ist nicht nur Lösungsfeld nationaler Widersprüchlichkeiten der Kapitalentwicklung, sondern auch und gleichzeitig ein Feld des Zusammenhangs der jeweils nationalen Kapitalproduktionen, d. h. er ist zu betrachten wie der Markt eines jeden Nationalstaates. Auf ihm herrschen tendenziell dieselben Gesetze der Konkurrenz, des Werts, der Durchschnittsprofitrate und ihres Falls, der Akkumulation wie innerhalb des Nationalstaates. Er stellt genauso wie der innere Markt jedes kapitalistischen Nationalstaates den Zusammenhang der isoliert voneinander produzierenden Kapitale her. Von diesem Gesichtspunkt aus stößt die Kapitalproduktion und -realisierung auf dieselbe, aller Kapitalproduktion immanente Schranke der Zahlungsfähigkeit wie innerhalb jedes Nationalstaates. Je mehr sich tendenziell das Kapital als Weltkapital gebärdet, gleiche Verwertungsbedingungen auf der Ebene der miteinander verbundenen kapitalistischen Industriestaaten schafft, d. h. die Mobilität von Kapital und Arbeit herstellt, desto deutlicher arbeitet sich dieser Charakter des Weltmarktes als Vermittlungsebene der jeweils isoliert arbeitenden Kapitale heraus und desto deutlicher treten damit die allgemeinen Gesetze der Kapitalentwicklung auch auf dem Weltmarkt in Aktion.

Getragen von dem enormen Wachstum und der mit ihm verbundenen Strukturwandlung des Weltmarkts hat diese Tendenz nach dem Zweiten Weltkrieg einen großen Schritt nach vorn getan. Je mehr sich aber diese Tendenz äußerte, desto klarer entwickelten sich die mit ihr notwendig verbundenen Widersprüchlichkeiten. Vor allem ist es die im nationalen Bereich auftretende Disproportionalität der Sektoren und Regionen, die sich auf internationaler Ebene als Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der nationalen Kapitalproduktion äußert, die die Widersprüche der Tendenz des Kapitals, den Weltmarkt herzustellen, gleiche Verwertungsbedingungen zu schaffen, aktualisiert. Denn genau wie auf dem nationalen Markt ist das Wachstum der Kapitalproduktion auf dem Weltmarkt ungleichmäßiges Wachstum. Auf dem inneren Markt des Nationalstaates wird dieser Widerspruch auf der Grundlage der Mobilität von Kapital und Arbeit durch die Konkurrenz gelöst, die die Kapitale zur Anpassung an das jeweils produktivste Kapital zwingt oder zum Untergang verurteilt. Es sind also die Gesetze der Durchschnittsprofitrate und ihres tendenziellen Falls, die die Widersprüche partiell lösen. Auf dem Weltmarkt müssen sich mit der langsamen Herstellung gleicher Verwertungsbedingungen, also der tendenziellen Herstellung der Mobilität von Kapital und Arbeit, dieselben Gesetze etablieren, muß sich mit der Forträumung der Abschirmung der nationalen Kapitalproduktion durch Zölle und nichttarifäre Hindernisse die Konkurrenz in ihrer ganzen Kraft entfalten. Es ist nicht anders möglich, als daß die Folge einer solchen Herstellung gleicher Verwertungsbedingungen das Einpendeln der Durchschnittsprofitrate auf einem niedrigeren Niveau als im jeweiligen Nationalstaat wäre, als Resultat der Anpassung der Kapitale an das jeweils produktivste Kapital auf dem Weltmarkt auf

dem Wege einer Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals sowie damit verbunden eine Verschärfung des Zentralisierungsprozesses des Kapitals. Dabei ist davon auszugehen, daß sich das Wertgesetz auf dem Weltmarkt wie auf dem nationalen Markt im Gefolge der zyklischen Krisen durchsetzt, also diese Anpassung an das jeweils höchste Niveau der Kapitalproduktion über die Krise vermittelt wird. Hier genau jedoch stößt die Tendenz des Kapitals, den Weltmarkt als inneren Markt zu gestalten, auf die ihr immanente Schranke. Da die Durchsetzung dieser Tendenz ökonomische Krisen größeren Ausmaßes zwangsläufig zur Folge hätte, gar nicht zu sprechen von den politisch-sozialen Erschütterungen, die die Herausbildung dieser neuen Struktur des Weltmarktes zur Folge hätte, bleibt diese Tendenz eben Tendenz, wird aber an ihrer endgültigen Durchsetzung durch die dazwischentretenden Nationalstaaten gehindert, die es nicht zulassen, daß größere Teile des nationalen Kapitals durch die Weltmarktkonkurrenz vernichtet werden. Hinzu kommt, daß es den Monopolen bei der Öffnung der Märkte der Nationalstaaten zum Weltmarkt nicht gelingt, die Monopolbedingungen, also die partielle Aufhebung der Gesetze der Durchschnittsprofitrate, auf dem Weltmarkt zu reproduzieren. Das aber wäre eine entscheidende Voraussetzung, um unter monopolkapitalistischen Bedingungen die Vertiefung der kapitalistischen Arbeitsteilung entscheidend voranzutreiben. Um diese Monopolbedingungen jedoch auf dem Weltmarkt zu reproduzieren, wäre, ähnlich wie im Nationalstaat, die Schaffung eines politischen Überbaues vonnöten, also eines ideellen Gesamtkapitalisten auf der Ebene der kapitalistischen Industriestaaten. Das aber ist bei der dargelegten Unterschiedlichkeit der ökonomisch-politischen Ausgangsposition sowie der unterschiedlichen Interessenlage nicht zu erwarten. Ein Kautsky'scher Ultraimperialismus verlangt eine Homogenität der Interessen, wie sie derzeit und erst recht in der Zukunft nicht eintreten wird.

Innerhalb Westeuropas hat diese Tendenz zur Herstellung gleicher Verwertungsbedingungen besondere Resultate aufzuweisen. Anders als auf der Ebene des gesamtkapitalistischen Systems beschränkte sich hier die gegenseitige handels- und kapitalmäßige Verflechtung nicht auf die Schaffung einer nur monetären und handelspolitischen Vermittlungsebene (IWF, GATT), sondern schuf sich in den Organen der EWG Ansätze eines politischen Überbaues. Die besonderen Bedingungen politischer Art — wie die integrationsfördernden Auswirkungen der verstärkten Konfrontation zwischen Sozialismus und Kapitalismus auf dem europäischen Kontinent nach dem Zweiten Weltkrieg, der Zerfall des Kolonialsystems, der Wegfall traditioneller osteuropäischer Märkte, die Konkurrenz zwischen den USA und den Staaten Westeuropas — sind schon genannt worden. Hinzu kommt, daß das schnelle Wachstum in den westeuropäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg, die sowieso schon vorhandene enge handelsmäßige Verflechtung, die durch geographisch-politische Faktoren bedingte partielle Interessenparallelität die Entstehung der EWG förderten. Besonders relevant für die Analyse der Bedingungen, die zur fortgeschrittenen Integration in Westeuropa führten, dürfte auch die Tatsache sein, daß im Prozeß des expansiven Wachstums auf der Grundlage der technischen Revolution und der spezifischen Nachkriegsbedingungen und der damit organisch verbundenen verstärkten Monopolisierung für immer mehr Kapitale der enge nationale Markt zu klein wurde und sich damit (denn diese Situation traf mehr oder weniger für alle Mitglieder der EWG zu) eine gewisse Interessenidentität bei der Forträumung der Zölle und der Schaffung eines größeren Marktes für die größten Kapitale ergab.

Doch abgesehen von diesen spezifisch westeuropäischen politischen und ökonomischen Bedingungen gelten natürlich auch für die regionale Integration dieselben allgemeinen Entwicklungsgesetze der Kapitalproduktion wie auf der Ebene aller kapitalistischen Industriestaaten [1]). Das heißt mit anderen Worten, daß auch hier im westeuropäischen Raum, und gerade hier, da hier die Integration besonders weitgehende Resultate hatte, die Tendenz zur Schaffung binnenmarktähnlicher Bedingungen, zur tendenziellen Vereinheitlichung der Verwertungsbedingungen die Kräfte der Konkurrenz freisetzt, die, könnten sie sich ungehindert entfalten, zur Reinigung des westeuropäischen Marktes von weniger produktiven Kapitalen und zur Herausarbeitung einer neuen arbeitsteiligen Industriestruktur im Verlaufe der zyklischen Krisen auf EWG-Ebene führen müßten. Und auch hier gelingt es den Monopolen nicht oder nur unzureichend, die Monopolbedingungen auf der EWG-Ebene zu reproduzieren, da dies eine sehr viel weitergehende Homogenität der Interessen, als sie derzeit vorhanden ist, verlangen würde.

Es muß aber dennoch die konkrete Ausbildung der Integration in Westeuropa und ihre Perspektive analysiert werden. Die Integration Westeuropas fand statt auf der Grundlage der allgemeinen Tendenzen der Kapitalentwicklung sowie spezifischer Nachkriegsbedingungen. Aufgrund der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Ausgangspunkte mußte das Wachstum der Nachkriegszeit notwendigerweise ungleichmäßiges Wachstum der Mitgliedstaaten der EWG sein. Dieses ungleichmäßige Wachstum muß, bei sich verstärkender Tendenz zur Herstellung gleicher Verwertungsbedingungen in Westeuropa sowie auf der Ebene des Weltmarktes, zu stärkerer handels- und kapitalmäßiger Verflechtung führen. Es muß weiterhin tendenziell zur verschärften Konkurrenz auf dem neuen größeren Markt und zur Herausbildung einer neuen Arbeitsteilung auf EWG-Ebene bei Vernichtung relevanter Teile nationaler Kapitale führen. Grundlage der Integration war das expansive Wachstum der Nachkriegszeit, die lange währende Hochkonjunktur. Diese war auch gleichzeitig der Grund dafür, daß sich nicht sofort, sondern erst allmählich die Widersprüchlichkeiten der Tendenz zur Vereinheitlichung der Verwertungsbedingungen zeigten. Das lang andauernde Wachstum hatte zur Folge, daß trotz der verschärften Konkurrenz und der sinkenden Profitrate die Drohung des Untergangs für wichtige nationale Kapitalteile nicht akut wurde, sondern nur latent vorhanden war. Das rasche Wachstum des inneren und äußeren Marktes ließ auch für die weniger produktiven Kapitalteile viele Marktlücken übrig. Bei dieser Konstellation der ökonomischen Faktoren waren alle relevanten Kapitalfraktionen an der Öffnung zum Weltmarkt und an der westeuropäischen Integration interessiert, was dazu führte, daß dennoch nicht ausbleibende strukturelle Krisen gewisser Branchen durch gemeinsame Kompromißpolitik der Mitgliedstaaten gemildert wurden.

Je mehr sich jedoch die Vereinheitlichungstendenzen innerhalb des EWG-Raumes durchsetzten und je öfter die immer noch anhaltende Hochkonjunktur von zyklischen, strukturellen und monetären Krisen in einzelnen Mitgliedstaaten unterbrochen wurde, desto klarer traten die mit dieser Vereinheitlichungsten-

[1]) Damit soll nicht geleugnet werden, daß die regionale Integration im Gegensatz zur globalen auch andere Probleme aufwirft und teilweise spezifische Gesetzmäßigkeiten entwickelt. Ein für die nächste Zeit überaus relevantes Thema bei der Diskussion der Integrationsprozesse wird die Rolle der regionalen Integration innerhalb des Gesamtsystems der kapitalistischen Weltmarktbeziehungen sein, also etwa Fragen wie die nach der Funktion regionaler Integrationsgebilde bei der Abwehr der Weltmarktkonkurrenz. In diesem Zusammenhang wird auch die vor allem von sowjetischen Autoren vertretene Theorie der drei Zentren des kapitalistischen Weltmarktes (USA, EWG, Japan) sowie die der Rückzugsbasis EWG bei niedergehender Weltkonjunktur anstelle des jeweiligen Nationalstaates zu diskutieren sein. Offen sind auch noch die Fragen, die sich aus der mit der regionalen Integration notwendig verbundenen, nur partiellen Integration des kapitalistischen Weltmarktes und der nur partiellen Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt ergeben.

denz verbundenen Gefahren für nationale Kapitalteile ins Bewußtsein der Bourgeoisie der einzelnen Mitgliedstaaten. Noch waren es nur vereinzelt auftretende Strukturkrisen, in einigen Fällen mit Zahlungsbilanz- oder Währungskrisen verbunden, die die Gefahren aufzeigten, die durch die Integration der Märkte der Mitgliedstaaten für das jeweils nationale Kapital drohten, wenn sich die ganze Kraft dieser Tendenz im EWG-Raum ungehindert durchsetzen würde. Es war deshalb auch kein Zufall, daß der Integrationsfortschritt merklich verlangsamt wurde, die Ansätze zur Supranationalität, also zur Schaffung eines ideellen Gesamtkapitalisten, verkamen. Es war auch kein Zufall, daß gerade die strukturell schwächeren Kapitale in der EWG, vor allem Frankreich, das Tempo der Integration minderten und supranationale Zugeständnisse zurücknahmen und andererseits das wirtschaftlich stärkste Mitgliedsland der EWG, die BRD, auf eine Forcierung der Integration drängte. Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung machte das Kapital der BRD, genauer gesagt seine Hauptfraktionen, zum Protagonisten der Vereinheitlichung der Verwertungsbedingungen im EWG-Raum und auf der Ebene des kapitalistischen Gesamtsystems, weil es im EWG-Raum zweifellos die beherrschende Kraft wäre, und das französische Kapital zur Inkarnation der die Integration in Westeuropa hemmenden Kraft [2]).

Aber auch auf der Ebene des kapitalistischen Gesamtsystems erleben wir eine Zunahme der desintegrierenden Faktoren, ausgelöst durch die Entfaltung der Konkurrenz auf der Grundlage des integrierten Weltmarktes. Die Flucht in protektionistische Maßnahmen bei drohender Gefahr für das nationale Kapital nimmt zu, die Gefahr der Handelskriege zwischen den Nationalstaaten steht wieder am Horizont. Das alles geschieht bei zunächst noch auf Weltebene vorherrschendem Wachstumstrend. Wenn sich jedoch die Weltkonjunktur [3]) auf dem absteigenden Ast befinden sollte und die Konkurrenz auf dem Weltmarkt in voller Schärfe entbrennt, d. h. sich das Wertgesetz vermittelt über die Krise durchsetzt, es also nicht mehr um das größte Stück vom ständig wachsenden Kuchen, sondern um die Abwälzung der Verluste geht, wird die weltwirtschaftliche Integration auseinanderfallen, d. h. die Nationalstaaten werden die krisenhafte Durchsetzung des Wertgesetzes auf Weltebene verhindern, und auch für die EWG schlägt dann die Stunde der Wahrheit [4]). Das Auseinanderbrechen der EWG ist dann um so wahrscheinlicher, je weiter die ökonomische Verflechtung der Mitgliedstaaten gediehen ist und je mehr der Prozeß der Schaffung eines ideellen Gesamtkapitalisten hinterher hinkt. Die ganze Wucht einer niedergehenden Konjunktur auf Gemeinschaftsebene, bei natürlich unterschiedlicher Wirkung auf den je nationalen Zyklus, bei Nichtvorhandensein eines staatlichen Regulierungs-

2) Es ist klar, daß dieser Prozeß hier idealtypisch geschildert wird und daher nicht bedeutet, daß nicht alle Nationalstaaten auf dem Felde all ihrer Funktionen tätig werden. Das jeweilige Niveau der Kapitalproduktion sowie der Grad der Integration des jeweiligen nationalen Kapitals in den Weltmarkt oder in Formen regionaler Integration bestimmen nur den Schwerpunkt der Tätigkeit des Staates, also ob er mehr auf dem Gebiet der Abwehr der Weltmarktkonkurrenz oder mehr auf dem Gebiet der Forcierung der weltwirtschaftlichen Vereinheitlichung tätig ist.

3) Dem Autor ist bewußt, daß der Begriff Weltkonjunktur nur in einer sehr vorläufigen und relativen Bedeutung gebraucht werden kann. Da den Tendenzen zur ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitals — denen im Innern des Nationalstaates durch das Wertgesetz in doppelter Weise, nämlich einmal als ständiger Zwang zur Anpassung der Produktivität der Einzelkapitale an das jeweils produktivste Kapital und zum anderen durch die Mobilität des Kapitals im gesamtgesellschaftlichen Rahmen, entgegengewirkt wird — auf internationaler Ebene nicht in gleicher Weise begegnet werden kann, sind der Herausbildung einer Weltkonjunktur Grenzen gesetzt. Das darf jedoch nicht zu der Annahme führen, das Wertgesetz spiele im internationalen Austausch keine Rolle. Auch im internationalen Austausch setzt es sich vermittelt über die Modifikation seiner Wirkungsweise tendenziell durch, bilden sich also Momente einer Weltkonjunktur heraus.

4) Die Krise ist damit Träger einer doppelten Funktion. Einerseits kann sich das mit der Durchsetzung des Wertgesetzes auf Weltmarktebene verbundene höhere Niveau der Produktivität des Kapitals nur über die Krise realisieren, also dieses höhere Niveau zum Durchschnittsniveau der auf dem Weltmarkt agierenden Kapitale machen — andererseits ist mit dieser Funktion der Krise die Verschärfung der Konkurrenz und damit die Drohung des Untergangs für relevante Teile nationaler Kapitale verbunden, also Kapitalvernichtung als Voraussetzung des Wiederaufschwungs; damit aber provoziert die Krise notwendig die Verhinderung der Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt, konkret das Dazwischentreten des Nationalstaates zum Schutz der jeweils eigenen Industrie.

apparates, ähnlich dem in den Nationalstaaten, wird dann das Kapital treffen. Ist schon der Regulierungsapparat der Nationalstaaten den Krisen relativ hilflos ausgeliefert und mehr reaktiv als bewußt steuernd tätig, so bleibt dann auf der Ebene der EWG nur der Rekurs der nationalen Kapitale auf die Basis ihres jeweiligen Nationalstaates.

Die Perspektive der Integration Westeuropas ist also keineswegs die geradlinige Herausbildung eines europäischen Bundesstaates im Gefolge der wirtschaftlichen Integration, sondern wahrscheinlicher ist die tendenziell stärkere Äußerung der Widersprüchlichkeit der Tendenz des Kapitals zur Vereinheitlichung der Verwertungsbedingungen. In deren Gefolge werden die desintegrierenden Faktoren zunehmen, und es ist eine Frage des Konjunkturverlaufs, wann diese desintegrierenden Faktoren quantitativ stark genug sind, um die Richtung der Weltwirtschaft und damit der EWG qualitativ zu ändern, d. h. die Integration zu sprengen. Dazu steht die aktuelle Entwicklung der westeuropäischen Integration nicht im Widerspruch. Im Gegenteil sind die aktuellen Geschehnisse nur Ausdruck dessen, daß Integration und Desintegration keine sich ausschließenden Prozesse sind, sondern sich gegenseitig bedingen. Die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg und auch unsere Analyse zeigen ja gerade, wie die Integration die Desintegration erzeugt und umgekehrt und wie beide als Ausdrucksweisen der widersprüchlichen Tendenz des Kapitals zur Vereinheitlichung der Verwertungsbedingungen, als Ausdruck des Charakters des Weltmarktes, Bewegungsform der Gesetzmäßigkeiten und Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise zu sein, begriffen werden müssen und es grundverkehrt wäre, die eine oder die andere Seite dieses dialektischen Prozesses zu verabsolutieren oder für das Ganze des Prozesses zu halten [5]).

III. Das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital als Bestimmungsfaktor für die Möglichkeiten der Integration kapitalistischer Staaten

Bisher haben wir nur die Auswirkungen der Herstellung gleicher Verwertungsbedingungen auf dem erweiterten Markt der EWG auf die jeweiligen Reproduktionsprozesse der jeweiligen nationalen Kapitale der einzelnen Mitgliedstaaten untersucht. Dabei wurde festgestellt, daß sie im wesentlichen die Herausbildung einer neuen arbeitsteiligen Monopolstruktur intendieren, die sich, vermittelt über das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, durchsetzen würde, träte nicht der Nationalstaat dazwischen, um die damit verbundene Vernichtung relevanter nationaler Kapitalteile zu verhindern. Die Gesetze der Integration und Desintegration des kapitalistischen Weltmarktes und damit auch im wesentlichen des Gemeinsamen Marktes auf EWG-Ebene haben ihren Ursprung in der widersprüchlichen Natur des Kapitals. Diese zwingt das Einzelkapital zur Realisierung und Anlage auf dem Weltmarkt. Im Prozeß seiner Konstitution als eines arbeitsteiligen Zusammenhangs von durch den anarchischen Charakter der kapitalistischen Produktion isoliert voneinander produzierenden Einzelkapitalen reproduzieren sich auf ihm jedoch dieselben Gesetze wie auf dem inneren Markt eines jeden Nationalstaates, reproduziert sich die widersprüchliche Natur des Kapitals auf Weltebene. Konkret heißt das, daß sich auch auf dem Weltmarkt die Pro-

[5]) Diese Analyse darf nicht zu dem Kurzschluß verführen, als billige der Autor dem westeuropäischen Integrationsprozeß keine weiteren Entwicklungshorizonte mehr zu und als prognostiziere er den baldigen Untergang der EWG. Erstens kann die Analyse nur die allgemeinen Grenzen der Integration kapitalistischer Staaten aufzeigen, wie sie sich aus dem Charakter des Weltmarktes als Bewegungsform der Gesetze und Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise ergeben, die aber niemals als absolute Grenzen verstanden werden dürfen; ein solches Verständnis wäre Ignoranz in bezug auf die vor unseren Augen vor sich gehende Entstehung der Währungsunion. Zweitens ist die Analyse gar nicht in der Lage, den genauen Zeitpunkt der Desintegration innerhalb der EWG zu bestimmen, da dies die Prognostizierung des Eintritts der Krise auf dem kapitalistischen Weltmarkt implizieren würde. Es können nur die Bedingungen dargestellt werden, unter denen die Krise heranreift, und damit im Zusammenhang die Grenzen der staatlichen Intervention auf internationaler Ebene in den Reproduktionsprozeß des Kapitals.

bleme des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt, der Disproportionalität der kapitalistischen Entwicklung und des relativ überschüssigen Kapitals in aller Schärfe stellen.

Allerdings ist die Entwicklung dieser Widersprüchlichkeiten auf dem Weltmarkt Modifikationen unterworfen, da der Nationalstaat die volle Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt nicht gestattet. Vermittelndes Medium der Natur des Kapitals als Wirkung der Kapitalien aufeinander ist die Konkurrenz. Damit ist sie auch das vermittelnde Medium integrierender und desintegrierender Momente im Prozeß der Herausbildung des Weltmarktes; sie treibt das Kapital zur Realisierung und Anlage auf den Weltmarkt, ist also das Medium, vermittels dessen die Natur des Kapitals als ins Universelle strebende Kraft sich äußert, und sie ist zugleich das Medium, vermittels dessen auch die immanente Schranke des Kapitals sich äußert, ist also die Triebkraft der Absperrung des inneren nationalen Marktes vom Weltmarkt bei Drohung der Vernichtung relevanter nationaler Kapitalteile durch die Weltmarktkonkurrenz. Als Natur, als Wesen des Kapitals hatten wir jedoch die Schaffung und Realisierung des Mehrwerts festgemacht. Somit muß notwendig die Existenz und Entwicklung der Mehrwertproduzenten, der Arbeiter, in die Analyse der Integrationsprozesse mit aufgenommen werden. Das muß in mehrfacher Hinsicht geschehen. Zum einen ist nicht nur isoliert der ökonomische Reproduktionsprozeß des Kapitals auf nationaler Ebene zu betrachten, sondern in gleichem Maße muß der Reproduktionsprozeß des Kapitals als gesamtgesellschaftlicher Reproduktionsprozeß begriffen werden, als Reproduktion des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital und dessen Geschichte. Erst wenn man nämlich den ökonomischen Reproduktionsprozeß, besser gesagt den Kreislauf des gesellschaftlichen Kapitals, zum Reproduktionsprozeß der Gesamtgesellschaft erweitert, zur Reproduktion des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital, kann man zu einer adäquaten Erfassung der Möglichkeiten der Vertiefung der kapitalistischen Arbeitsteilung, also der Herstellung integrierter Wirtschaftsräume kommen.

Allzu schnell wird in den gängigen Integrationstheorien von der Entwicklung der Produktivkräfte auf die geschichtliche Notwendigkeit integrierter Wirtschaftsräume, wie der EWG, geschlossen und daraus eine angebliche Irreversibilität der von uns beobachteten Integration kapitalistischer Staaten in Westeuropa behauptet. Das ist jedoch als ein typischer Kurzschluß zu bezeichnen. Die Erfordernisse der Produktivkraftentwicklung, wie z. B. beschleunigte Konzentration und Zentralisation des Kapitals als Voraussetzung der Innovation (Raumfahrttechnik, Atomreaktorbau, Flugzeugbau usw.) oder vergrößerte, integrierte Märkte als Voraussetzung der Realisierung des in den genannten Zweigen angelegten Kapitals usw. stellen eine Kraft dar, die vom Standpunkt der vergesellschafteten Produktion die Internationalisierung des Kapitalverhältnisses, die Integration früher abgeschlossener Wirtschaftsräume fordern. Man kann jedoch nicht die Erfordernisse der vergesellschafteten Produktion zur Erklärung der Integration heranziehen, ohne zu bedenken, daß diese Produktivkraftentwicklung innerhalb antagonistischer Produktionsverhältnisse stattindet, sich also nur widerspruchsvoll gestalten kann. Keinesfalls ist sie deshalb das Unterpfand für eine angebliche Irreversibilität der Integrationsprozesse. Nicht allein die Erfordernisse der Produktivkräfte, sondern die Bewegung des Kapitalverhältnisses als des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital bestimmt die Möglichkeiten der Herstellung gleicher Verwertungsbedingungen, der Integration kapitalistischer Nationalstaaten. Von daher läßt sich auch der Nachweis führen, daß der kapitalistische

Nationalstaat die Basis der Kapitalentwicklung ist und bleibt, denn er allein, als ideeller Gesamtkapitalist, ist der politische Garant des Überlebens der kapitalistischen Produktionsweise.

Das internationale Kapital kann unter den Bedingungen antagonistischer Produktionsverhältnisse gar nicht die Souveränität der jeweiligen Nationalstaaten allzu sehr aushöhlen, also zu viele Befugnisse auf internationale Gremien übertragen, ohne sich zusehends der Gefahr auszusetzen, die politische Gewalt, als die Garantie der antagonistischen Produktionsverhältnisse, entscheidend zu schwächen. Dem Kapital steht die Arbeiterklasse als ständige Existenz der Negation der kapitalistischen Produktionsweise gegenüber. Dieser Drohung der Überwindung des Systems kommt gerade im Verlauf des Integrationsprozesses immer größere Bedeutung zu, da die Herstellung eines integrierten Wirtschaftsraumes auf EWG-Ebene mit der Schaffung einer neuen Monopolstruktur verbunden ist; diese vollzieht sich jedoch unter den Bedingungen des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate und der Unmöglichkeit, Monopolbedingungen auf EWG-Ebene zu reproduzieren — was die Vernichtung großer Kapitalteile nach sich zieht. Häufiger und schärfer auftretende Strukturkrisen sowie zyklische Krisen, die durch die tendenzielle Herausbildung eines EWG-Zyklus, der die jeweils nationalen Zyklen überlagert (also durch eine weitaus stärkere Parallelität des Konjunkturverlaufs auf EWG-Ebene als bisher), sehr viel wuchtiger sein werden als die nationalen Zyklen und in denen die Möglichkeiten, die Krise zu exportieren, durch deren gleichzeitigen Eintritt in allen Mitgliedstaaten der EWG sehr viel geringer wären, wären die Folgen einer rasch voranschreitenden Integration in Westeuropa.

Daß die Aktualisierung der ökonomischen Widersprüche die politischen und sozialen Konfrontationen verschärfen würde, ist ohne weiteres einsichtig. Welche Gefahren aus einer machtpolitischen Konstellation für die Bourgeoisie erwächst, deren Merkmale wachsende Radikalisierung der Arbeiterklasse bei gleichzeitiger Schwächung der nationalstaatlichen Souveränität sind, dürfte ebenfalls klar sein. Von diesem Standpunkt aus ist die weitgehende Schwächung der nationalstaatlichen Gewalt ohne gleichzeitige Installierung einer adäquaten Instanz auf internationaler Ebene für die Bourgeoisie undenkbar. Diese Instanz könnte jedoch nur ein mit allen Mitteln staatlicher Macht ausgestatteter ideeller Gesamtkapitalist auf EWG-Ebene sein. Dafür fehlt aber die alle Bereiche der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion umfassende Interessenhomogenität der beteiligten Staaten. Somit bleibt die Basis des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses der Nationalstaat und die Integration, d. h. die Tendenz des Kapitals zur Herstellung binnenmarktähnlicher Bedingungen auf globaler und regionaler Ebene eben nur Tendenz, die zwar reale Resultate zeitigte, deren letztgültige Durchsetzung innerhalb der antagonistischen Produktionsverhältnisse jedoch undenkbar ist.

Damit wird auch klar, daß alle Strategien zur Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise sich an deren ökonomischer Basis orientieren müssen. Ökonomische Basis hier im zweifachen Sinne verstanden: einmal als die Basis der Verwertung des Einzelkapitals und zum anderen als die Basis der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion. Zwar haben in Zeiten weltweiten Wachstums potente Einzelkapitale die Chance, diese Basis zu transzendieren und ihre Verwertung auf eine multinationale Ebene zu stellen. Gegen die Praktiken dieses Kapitals muß sich die gewerkschaftliche Aktion richten. Die Basis der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion und damit die Basis der gesamtgesellschaftlichen Veränderung ist weiterhin der Nationalstaat, und auch die einzelnen Teile multi-

nationaler Konzerne sind gezwungen, sich in Zeiten der Desintegration wie Teile des jeweils nationalen Kapitals zu verhalten, dem sie angehören, oder unterzugehen. Theorien, die beim Klassenkampf auf EWG-Ebene, in dem Sinne gleichzeitiger gesamtgesellschaftlicher Umwälzung im EWG-Raum, ansetzen, sind dazu angetan, vom Wesentlichen abzulenken und die Orientierung der Arbeiterklasse zu stören. Sie sind Ausflüsse der sozialdemokratischen Ideologie, quasi das „linke" Pendant zur sozialdemokratischen und reaktionären Integrationseuphorie.
Abschließend sei noch einmal darauf hingewiesen, daß dieser kurze Aufsatz natürlich die einzelnen Aspekte der Integration nur streifen konnte. Es mag auffallend sein und irritieren, daß viel vom Weltmarkt und seinen Konstituierungsprozessen, weniger von der konkreten Ausgestaltung der regionalen kapitalistischen Integration innerhalb der EWG die Rede war. Das liegt jedoch daran, daß dieser Aufsatz, als erster einer Reihe von Arbeiten über die Integrationsprozesse der kapitalistischen Weltwirtschaft und insbesondere der innerhalb Westeuropas sich vollziehenden, sich auf die wesentlichen und allgemeinen Grundzüge der Integrationsprozesse kapitalistischer Staaten beschränken mußte, ob sie nun globalen oder regionalen Charakter tragen. Eine sich von hier aus schrittweise der phänomenalen Ebene nähernde Analyse globaler und regionaler Integrationsformen steht damit noch aus.

Die USA nach den Wahlen

Von Martin Hall, Los Angeles

I

Am 8. Oktober 1968 hatte Richard Nixon erklärt: „Einer Regierung, die den Krieg in Vietnam nicht innerhalb von vier Jahren beenden kann, sollte man keine zweite Chance einräumen."

Das ganze Jahr 1971 hindurch hatte Richard Nixon versichert, zum Zeitpunkt der Wahlen des Jahres 1972 werde der Krieg kein Thema mehr sein.

Während des Wahlkampfes trugen Zehntausende von Amerikanern Ansteckplaketten mit der Aufschrift „Remember October 8". Der Krieg lieferte noch immer Schlagzeilen.

Dennoch wurde Richard Nixon am 7. November 1972 für eine zweite Amtsperiode als Präsident wiedergewählt. Wiedergewählt mit einer überwältigenden Mehrheit: 61 % aller abgegebenen Stimmen gingen an Nixon, 38 % an McGovern. In allen Staaten, von zwei Ausnahmen abgesehen, errang Nixon eine klare Stimmenmehrheit. Die Ausnahmen waren Massachussetts und der District of Columbia (identisch mit Washington und seiner vorherrschend schwarzen Bevölkerung). Zum erstenmal in der Geschichte der USA gewann ein republikanischer Präsidentschaftskandidat alle Staaten des Südens. Aber: 46 % der registrierten Wähler waren überhaupt nicht zur Wahlurne gegangen.

Für ihre Nichtbeteiligung gibt es eine Vielzahl von Gründen, die jedoch alle darauf hinauslaufen, daß sie kein Vertrauen zum Wahlverfahren und auch kein Vertrauen zu den beiden Präsidentschaftskandidaten hatten. Seit 1948 haben sich nicht mehr so viele registrierte Wähler der Ausübung ihrer demokratischen Rechte und Pflichten enthalten. Wir haben hier absichtlich den Begriff der „registrierten" Wähler gebraucht. In den USA erhalten Männer und Frauen mit 18 Jahren das Wahlrecht. Man muß sich jedoch, um dieses Recht ausüben zu können, bei einem Wahlamt registrieren lassen. Der potentielle Wähler muß die Initiative ergreifen, zu seiner örtlichen Meldestelle gehen und seinen Namen in die Wahllisten eintragen lassen. Wechselt ein Amerikaner seinen Wohnsitz, so muß er sich jeweils an seinem neuen Wohnort erneut eintragen lassen. Jeder wegen eines kriminellen Delikts Verurteilte verliert sein aktives Wahlrecht auf Lebenszeit. Die erstgenannte Bestimmung schließt eine große Anzahl von Menschen von der Wahl aus, vor allem die Armen, viele junge Leute, die „auf der Straße leben", viele Wanderarbeiter in Landwirtschaft und Industrie, alles sogenannte „Treibgut" dieses Landes größter Mobilität. Die zweite Bestimmung schaltet alle diejenigen jungen Leute aus, die Gefängnisstrafen verbüßt haben, weil sie gegen die Wehrdienstgesetze verstoßen haben, und viele andere, die für Bürgerrecht und bürgerliche Freiheit kämpfen.

Zeigte die niedrige Wahlbeteiligung schon eine allgemeine Apathie, ja sogar einen Ekel vor der Politik an, so ist doch andererseits die klare Niederlage der Republikanischen Partei bei den Kongreßwahlen von entscheidender Bedeutung. Kaum jemals in der amerikanischen Geschichte ist ein Präsident, der seinen Wahlsieg einem „politischen Erdrutsch" verdankt, nicht in der Lage gewesen, gleichzeitig eine starke Mehrheit für seine Partei im Senat und im Repräsentantenhaus zu gewinnen. Nixon beginnt seine zweite Amtsperiode mit einem Kongreß, der ihm noch ablehnender gegenübersteht als vorher. Die Demokraten gewannen zu ihrer bereits vorhandenen Mehrheit im Senat noch zwei weitere Sitze hinzu — und im Senat werden die außenpolitischen Fragen diskutiert und müssen dort eigentlich auch entschieden werden. Im Repräsentantenhaus nahm die starke demokratische Mehrheit nur geringfügig ab; sie ist keineswegs gefährdet. Die Zusammensetzung des Kongresses hat sich begrüßenswert verändert: fünf schwarze Amerikaner sind hinzugekommen, drei weitere Frauen und viele jüngere und liberalere junge Abgeordnete sind an die Stelle ultrakonservativer, verkalkter Oldtimer getreten. Manches einflußreiche Amt eines Ausschußvorsitzenden kann nun mit Liberalen besetzt werden.

II

Warum nun hat Nixon das, was „Newsweek" am 20. November treffend als sein „einsames Mandat" bezeichnete, gewonnen? Es ist praktisch unmöglich, den amtierenden Präsidenten abzuwählen. In der Geschichte der USA ist es nur viermal vorgekommen, daß einem Präsidenten die zweite Amtsperiode verweigert wurde. Während sein Herausforderer jede Sendezeit im Fernsehen bezahlen muß, kann der Präsident sich kostenlos an die Nation wenden, vorausgesetzt, er erklärt, seine beabsichtigte Ansprache sei „unpolitisch" in dem Sinne, daß er als Präsident der Nation Bericht erstatten, nicht aber als Kandidat um Stimmen werben wolle.

Geld strömte massenweise in die Kassen des „Komitees zur Wiederwahl des Präsidenten". Schätzungen haben ergeben, daß der Wahlkampf die beiden großen Parteien rund 100 Mio. Dollar gekostet hat, von denen rund 60 Mio. von den Republikanern ausgegeben wurden. Der größte Teil dieses republikanischen

Geldes resultierte aus großen Spenden einzelner Geldgeber oder Körperschaften, und bei weitem nicht alles davon war „sauberes" Geld. Etwa so: Die International Telephone and Telegraph (ITT) gab 400 000 Dollar, und ein schwebendes Anti-Trust-Verfahren wurde eingestellt. Die Organisation der Molkereien und Milchhändler spendete reichlich, und die Milchpreise durften dank einer verständnisvollen Preisbehörde steigen. Martin Stone aus Chicago stellte gelassen eine persönliche Spende in Höhe von einer Million zur Verfügung, stellte jedoch „vollkommen klar" (um einen von Mr. Nixons Lieblingsausdrücken zu gebrauchen), daß er erwarte, zum US-Botschafter in England ernannt zu werden.

Das Geld wurde wohlüberlegt eingesetzt: Über eine Million Dollar sollen von der in allen Teilen der USA aktiven Bewegung „Demokraten für Nixon" ausgegeben worden sein. Vorsitzender dieser Bewegung war der texanische Demokrat John Connally, was erklärtermaßen dem Zweck diente, so viel Stimmen unzufriedener Demokraten wie nur immer möglich anzuziehen. Nicht alles war jedoch eine Frage des Geldes. Der ehemalige Vorsitzende Hoffa der Transportarbeitergewerkschaft wurde vorzeitig, um nicht zu sagen rechtzeitig, aus dem Gefängnis entlassen. Ein gegen den amtierenden Vorsitzenden dieser Gewerkschaft laufender Prozeß wegen mißbräuchlicher Verwendung gewerkschaftlicher Geldmittel wurde eingestellt. Die Gewerkschaft der Transportarbeiter unterstützte den Präsidentschaftskandidaten Nixon.

Aufgedeckt wurde ein von den Republikanern angestifteter Einbruch in die Büros des Nationalausschusses der Demokratischen Partei: fünf Personen, unter ihnen frühere CIA-Agenten, wurden bei dem Versuch festgenommen, die Telefone hochgestellter Demokraten anzuzapfen. Mitglieder des Komitees für die Wiederwahl des Präsidenten waren in die Angelegenheit verwickelt. Der Prozeß ist jedoch passend bis zum kommenden Januar verschoben worden. Nixons Stellungnahme: Kein Kommentar. Als Wahlkampfmaterial wurden in zahlreichen Staaten Briefe verteilt, die angeblich von Demokraten stammen sollten. Geschrieben waren sie auf gestohlenem oder gefälschtem Briefpapier, auch die Unterschriften waren gefälscht. Die schlimmsten Fälle in dieser Sache kamen in Florida ans Tageslicht.

Das alles waren jedoch vergleichsweise nur Nebenfaktoren. Die Hauptgründe für Nixons Sieg waren politischer Natur; man könnte sie auch als psychologische Gründe bezeichnen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß es Nixon gelungen ist, die öffentliche Aufmerksamkeit von seinen deutlichen Mißerfolgen bei der Lösung der nationalen Wirtschaftsprobleme abzulenken — von der Tatsache, daß die Arbeitslosenzahl noch immer viel zu hoch ist, daß die Inflation andauert, daß das neue System von Lohn- und Preiskontrollen die Löhne niedrig gehalten, die Preise jedoch hat steigen lassen und daß die Profite der großen Konzerne noch nie höher waren. In allen diesen Fragen hat Nixon versagt. In seiner Wirtschaftspolitik mußte er eine Kehrtwendung um 180 Grad vollziehen. Früher äußerte er ständig seinen Abscheu vor jedem Eingriff der Regierung in die Privatwirtschaft und wandte sich scharf gegen jedes deficit spending. Jetzt ist er jedoch nach eigenem Bekunden ein Keynes-Anhänger geworden, und das Defizit ist während der letzten vier Jahre von Jahr zu Jahr größer geworden. Versprochen hat er „Gesetz und Ordnung" — die Verbrechensquote ist jedoch in alarmierender Weise gestiegen.

Anscheinend ist es Nixon gelungen, die Wähler diese offensichtlichen Debakel seiner Politik vergessen zu machen und ihre Aufmerksamkeit stattdessen auf

das gut orchestrierte Feuerwerk seiner Außenpolitik zu richten. Gewiß, auch hier hat er eine völlige Kehrtwendung gemacht. Der gleiche Mann, der die Politik des Kalten Krieges mit dem Ziel der Isolierung Chinas unterstützt hat, der bei riesigen Ausgaben des amerikanischen Steuerzahlers die Schaffung der NATO als Schutz vor der Gefahr „russischer Horden, die über Europa hereinbrechen", befürwortete, dieser gleiche Mann wurde der erste Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, der — nachdem er dort nachgefragt hatte, ob er das auch dürfe — nach Peking flog, der später nach Moskau reiste, der mit beiden kommunistischen Mächten Handelsbeziehungen aufnahm, die der gleiche Nixon als Beschwichtigungspolitik, wenn nicht als Verrat bezeichnet hätte, wenn ein demokratischer Präsident es gewagt hätte, ihm so etwas vorzuschlagen.

Im Kontext zu diesen dramatischen Schritten ließ Nixon sich auf ein Glücksspiel ein; das ging so weit, daß er sogar massive Bombardierungen Nordvietnams und die Verminung der Häfen unmittelbar vor seiner Reise nach Moskau anordnete, so sicher war er, sein Ausspielen Pekings gegen Moskau und Moskaus gegen Peking werde es ihm ermöglichen, triumphierend als Stifter eine „Generation des Friedens" heimzukehren. All das entschied er selbst, ohne jede Beratung mit dem Kongreß, stattdessen jedoch mit Hilfe Dr. Kissingers, eines Mannes, der niemals in irgendein Amt gewählt wurde und faktisch, wenn auch nicht dem Titel nach, so etwas geworden ist wie der Außenminister der USA.

Am 9. November faßte die „New York Times" das Wahlergebnis wie folgt zusammen: „Präsident Nixons diplomatische Öffnung nach China und Rußland hat ihm deutlich zu vielen Wählern verholfen. Die Bombardierung Nordvietnams, verbunden mit der aggressiven und immer sichtbareren Führung von Friedensverhandlungen, ist offensichtlich von der Mehrheit honoriert worden. An der innenpolitischen Front bedeutet Nixons Keynes-Verfahren des pump-priming hohe Haushaltsdefizite, es kurbelte jedoch eine müde Wirtschaft wieder an. Politisch gesehen war es nicht wirklich wichtig, ob diese Innen- und Außenpolitik innere Widersprüche aufwies, nicht einmal, ob sie greifbare Resultate ermöglichte. Was politisch am meisten zählte, war, daß man sah: Nixon war aktiv und, so sahen es viele Wähler, er ‚tat sein Bestes'."

Wir sind der Meinung, daß die Wähler der Mittelschicht ebenso wie die Wähler höherer Einkommenslagen, vor allem aber die Wähler der unteren Einkommensklasse aus Angst wählten: Angst vor noch größerer wirtschaftlicher Instabilität, Angst, in Friedenszeiten gutbezahlte Arbeitsplätze zu verlieren, Angst vor den Minderheiten, Angst vor einer steigenden Verbrechensrate und, was nicht übersehen werden sollte, Angst vor den zurückkehrenden Vietnamveteranen. Die letztgenannte Furcht wird durch die Nachrichtenmedien und durch die Presseverlautbarungen der Regierung ständig geschürt. Der zurückkehrende Veteran braucht einen Arbeitsplatz in einer Gesellschaft mit hoher Arbeitslosenquote. Der heimkehrende Veteran wird seine Drogengewohnheiten mitbringen, er ist in der Ausübung von Gewalt ausgebildet worden und wird seine Frustrationen und seinen Haß an seinen hilflosen Nachbarn auslassen. Und, wie neueste Presseinformationen besagen, er wird nicht festgestellte und nicht feststellbare Gonorrhöe in epidemischem Ausmaß mitbringen. Der aus einem unpopulären Krieg heimkehrende Soldat wird auch unter den besten Umständen nicht als Held willkommen geheißen. Zuerst verheizt ihn das Kapital, jetzt baut es ihn als Bedrohung der Gemeinschaft auf . . .

III

Am 26. Oktober 1972 rüttelte eine Sensation die Welt auf, als die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam über Rundfunk eine Erklärung verbreitete, ein Neun-Punkte-Abkommen über einen Waffenstillstand und eine schließliche Beendigung des Krieges sei mit Präsident Nixon ausgehandelt worden. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Henry Kissinger und Le Duc Tho war das Abkommen fertig zur Unterschrift, die an einem von den USA festgesetzten Datum, dem 31. Oktober, vollzogen werden sollte. Die Nordvietnamesen veröffentlichten diese dramatische Information über die bis dahin geheimgehaltenen Verhandlungen, weil sie argwöhnten, Nixon werde unter dem Druck des Pentagon und Saigons versuchen, von der Vereinbarung wieder Abstand zu nehmen. Die Regierung der DRV appellierte in ihrer Erklärung an alle ihre Verbündeten, an die Weltöffentlichkeit und an die amerikanische Bevölkerung, „einen entschiedenen Kampf zu führen, um die US-Regierung zu drängen, unverzüglich das zu verwirklichen, was zwischen den Vereinigten Staaten und der Demokratischen Republik Vietnam vereinbart worden ist ..." Hanoi muß gewußt haben, daß die Veröffentlichung über einen unmittelbar bevorstehenden Frieden Nixons persönlichen Sieg sicherstellen würde. Man muß dort der Meinung gewesen sein, die Veröffentlichung und nur sie könnte die Vereinbarung davor retten, sabotiert zu werden.

Henry Kissinger bestätigte in einer Rundfunkansprache die Vereinbarung. Nur kleinere Details müßten noch ausgearbeitet werden, nur noch eine Sitzung zwischen ihm und Le Duc Tho sei notwendig. Am 27. Oktober trug die „New York Times" die Schlagzeile: „Kissinger ungehalten über die Idee, die Vorschläge könnten ein US-Manöver sein." Der durch Erfahrung klug gewordene Beobachter mußte sich jedoch fragen: Warum gab der Präsident nicht selbst einen derartigen Durchbruch bekannt? Warum sprach stattdessen Kissinger? Konnte das nicht daher rühren, daß der Präsident sich einen möglichen Rückzug offenhalten wollte, um unter eventuellem Druck Kissinger desavouieren zu können?

Jeder, der solches geargwöhnt hätte, wäre von der Wahrheit nicht weit entfernt gewesen. Der 31. Oktober als vorgesehenes Datum konnte nicht eingehalten werden, angeblich weil Präsident Thieu nicht überzeugt werden konnte. Das mächtigste Land der Welt versteckte sich hinter einer Marionette.

In einer Rundfunkansprache erklärte Kandidat McGovern, schon ein einziger Tag des Tötens weniger werde den Preis eines Nixon-Wahlsieges wert sein. Und er werde alle Friedensbemühungen unterstützen. Aber erst kostbare Tage später, erst nachdem Nixon alles eingeheimst hatte, was es an politischem Profit in dieser Sache einzuheimsen gab, bezeichnete McGovern das ganze Manöver als „Schwindel". In den allerletzten Tagen des Wahlkampfes endlich attackierte er mit aller Schärfe die Lüge vom „unmittelbar bevorstehenden Frieden", das lügenhafte Versteckspiel hinter Thieu, die grausame Täuschung der amerikanischen Hoffnungen auf Frieden und auf eine Freilassung der Kriegsgefangenen.

Zu diesem Zeitpunkt wußte McGovern, daß ihm eine Niederlage großen Ausmaßes bevorstand. In Miami, in der Stunde seines größten Triumphes, hatte seine Niederlage begonnen. Die traditionellen Inhaber der Macht in der Demokratischen Partei hatten auf dem Nominierungskongreß eine Abfuhr erlitten. Sie werden ihm nie verzeihen, daß er eine Parteireform durchgesetzt hat, die den neu zusammengesetzten Kongreß erst möglich machte. Während der Vorwahlen

hatten die Vertreter der alten Parteilinie jeden Schritt McGoverns bekämpft. Sie kämpften auf dem Parteikongreß, sie kämpften gegen ihn, wenn auch nicht offen, während des Wahlkampfes, und sie kämpften gegen ihn in jedem Bezirk eines jeden Staates der USA.

McGovern ist nicht der Radikale, als den ihn seine Gegner in und außerhalb der Demokratischen Partei hingestellt haben. Er ist ein Konservativer im wahren Sinne des Wortes, ein Mann, der an den Idealen und an der Moral festhält, auf die dieses Land gegründet wurde. Sein Appell „Come home, America!" ist ein Ruf zur Rückkehr in vergangene Zeiten. Das zeigt sich deutlich in seiner Einstellung zu den kleinen Farmern, denen er jede mögliche Unterstützung zusagte, um die Familienfarm am Leben zu erhalten. Vielleicht rührt seine Niederlage im Herzen Amerikas, in seinem Heimatstaat Süd-Dakota, daher, daß der kleine Farmer besser Bescheid weiß und McGovern daher keinen Glauben schenkt, weil der Besitzer einer Farm in der Größe eines Familienbetriebes weiß, daß er mit den großen Landwirtschaftskonzernen nicht konkurrieren und daß niemand in Fragen der Technologie die Uhr zurückdrehen kann.

Der Senator aus Süd-Dakota strebte nach dem Präsidentenamt in einer Gesellschaft, die von tiefwurzelnden wirtschaftlichen Problemen bedrängt wird und moralisch von Grund auf krank ist. Er wandte sich jedoch kaum an die großen urbanen Zentren, wo alle wirtschaftlichen und moralischen Leiden in ihr virulentes Stadium getreten sind. Auch war es völlig falsch, zu den neuen Beziehungen zur Sowjetunion oder zu China überhaupt keine Stellung zu beziehen. Es hatte den Anschein, als bestehe die Welt außerhalb der Vereinigten Staaten nur aus Indochina und Israel, soweit es jedenfalls McGoverns Wahlkampagne anbetraf. Der Anwärter auf das Präsidentenamt der Vereinigten Staaten entwickelte kein Programm für die Beziehungen der USA zu den überaus wichtigen Ländern Lateinamerikas, kein Programm für das Verhalten gegenüber der Dritten Welt, dem Block der sozialistischen Länder oder auch den europäischen Verbündeten, abgesehen von dem Bereich militärischer Sicherheit. Was er über Israel zu sagen hatte, war an den jüdischen US-Wähler adressiert. Es war kein konstruktives Programm zur Lösung der Konflikte im Nahen Osten; oder mit anderen Worten: hätte man seine Äußerungen zu einem solchen Programm gemacht, so wäre das Risiko einer Ausweitung des Krieges die Folge gewesen, und die USA wären möglicherweise auf Kollisionskurs gegenüber der Sowjetunion gebracht worden.

McGoverns Standpunkt in der Indochinafrage ist bewundernswert, und das bereits seit langem. Aber er sieht das Eingreifen der USA in Indochina als einen isolierten unmoralischen Akt. Es ist unmoralisch, aber es ist nicht isoliert. McGovern versteht den Charakter des Imperialismus nicht, und aus diesem Grunde verbindet er das Verhalten der USA in Indochina nicht mit dem früheren Vorgehen in Indonesien, in Guatemala, in vielen anderen Teilen der Welt und insbesondere in Lateinamerika.

McGovern hatte seine Kampagne vor zwei Jahren begonnen und führte sie bis zum letzten Tage als der Mann, der die Moral verkörpert und versucht, die amerikanische Gesellschaft zurück zu einem moralischen way of life zu führen. Für die meisten Leute dieser kranken und verbitterten Gesellschaft ist jedoch ein moralischer Mensch unglaubwürdig. Und sie glaubten McGovern nicht. Eine Minderheit hielt ihn für unaufrichtig. Einer großen Mehrheit vermittelte er jedoch den Eindruck des sprichwörtlichen Kindes im Walde, eines Predigers, dem die Fähigkeit fehlt, mit der realen Welt zurechtzukommen.

IV

Die Perspektive, für vier weitere Jahre eine Regierung Nixon zu haben, ist finster genug. Der dominierende politische Faktor wird sein, daß der Präsident während seiner letzten Amtsperiode weit weniger Hemmungen haben wird als zu einer Zeit, in der er noch die Chancen seiner Wiederwahl in Rechnung zu stellen hatte. Die Tatsache, daß er noch immer mit einem Kongreß konfrontiert ist, in dem seine Partei sich in der Minderheit befindet, wird ernsthafte Probleme aufwerfen. Das bedeutet jedoch nur, daß sich die Verfassungskrise verschärfen wird, die durch die Usurpierung von Kongreßbefugnissen durch das Weiße Haus geschaffen wurde. Das gilt ganz besonders im Feld der Außenpolitik. In letzter Zeit gilt es jedoch auch zunehmend für die innenpolitische Szene, wo Nixon Geldmittel mit Beschlag belegt hat, deren Verwendung bereits vom Kongreß festgelegt war. Er tat das unter dem Vorwand, die ursprünglich vorgesehenen Maßnahmen würden inflationäre Auswirkungen zeitigen. Ein Präsident, dessen Hemmungen geringer geworden sind, wird mit Sicherheit jede sich bietende Gelegenheit ergreifen, um dem Kongreß seinen Willen aufzuzwingen. Schon jetzt hat er das Ende der „Ära, in der alles gestattet ist", angekündigt. Das bedeutet Repression im eigenen Lande, mehr Macht für die Polizei, stärkere Einschüchterung der Opposition durch das Abhören von Telefonen, härtere Urteile in politischen Prozessen, etwa im bevorstehenden Prozeß gegen Daniel Ellsberg und seinen Freund Russo wegen der Affäre um die Pentagon-Papiere. Wenn Nixon seine Haltung nicht noch ändert, wird es keine Amnestie für Wehrdienstverweigerer geben. Tausende junger Männer, die ins Ausland gingen, um dem militärischen Einsatz in Vietnam zu entgehen, werden nicht heimkommen können. Vom Justizministerium wird bereits eine neue Anti-Streik-Gesetzgebung vorbereitet. Diejenigen Gewerkschaftsführer, die wie George Meany, Fitzgerald von der Transportarbeiter- und Able von der Stahlarbeitergewerkschaft offen Nixons Wiederwahl unterstützt haben, werden wahrscheinlich die einzigen seiner Anhänger sein, die auf lange Sicht keinen Profit aus ihrem Verrat an den Arbeitern ziehen dürften. Bezeichnenderweise hat die US-Handelskammer eine Ausweitung der regierungsamtlichen Lohn- und Preiskontrollbehörde nach dem 1. April 1973 (an diesem Tage sollte das bisherige Kontrollverfahren auslaufen) angekündigt. Die Geschäftswelt ist zuversichtlich, daß mit dieser Behörde die Löhne niedrig gehalten werden, während die Inflation weitergeht. Nixon wird damit beginnen müssen, seinen großen Wahlkampfspendern als Gegenleistung neuen Auftrieb in Form von Steuerkrediten zu verschaffen sowie durch eine wesentlich liberalere Einstellung der Preiskontrollbehörden gegenüber den Forderungen der Industrie, für ihre Produkte höhere Preise verlangen zu dürfen.

Man sollte auch nicht vergessen, daß Nixon, erhält er auch nur ein weiteres Mal die Gelegenheit, einen Bundesrichter am Supreme Court zu ernennen, dann über eine Mehrheit von ihm ernannter Richter am obersten Gerichtshof des Landes verfügt. Mindestens zwei von ihnen (die Richter Douglas und Black) sind kränklich; die Chancen des Präsidenten sind daher ausgezeichnet, einen Supreme Court zu bekommen, der auf seiner politischen Linie liegt.

Die Aushöhlung der bürgerlichen Freiheiten, der Machtzuwachs der Exekutive gegenüber dem Kongreß, das lückenlose System einer Überwachung des Privatlebens der Bürger und eine Verringerung des gerichtlichen Schutzes vor derartigen Eingriffen in die Privatsphäre werden Auswirkungen zeitigen. Was Henry Steele Commager, einer der führenden Historiker Amerikas, vor ungefähr zwei Jahren als „Diktatur durch Übereinkunft" beschrieben hat, ist heute reale politische Möglichkeit.

Dies alles ist um so mehr der Fall, als die inneren Widersprüche der amerikanischen Gesellschaft immer sichtbarer und die Schwierigkeiten, mit den von ihnen verursachten Problemen in der Außen- und Innenpolitik fertigzuwerden, immer größer werden. Denn über keines der wirklich lebenswichtigen Themen wurde am 7. November mit den Wahlen eine Entscheidung getroffen. Die Inflation geht weiter, die Arbeitslosenziffer steigt unvermindert an. Die Kluft zwischen Reichen und Armen wird tiefer.

Die internationale Finanzkrise ist nicht gelöst worden. Die wachsende wirtschaftliche Stärke des Gemeinsamen Marktes und Japans wird die Aussichten auf die Bereitschaft dieser Länder verringern, zum Ausgleich der negativen amerikanischen Handelsbilanz Opfer zu bringen. Der Trend, amerikanische Fabriken zwecks billigerer Produktion im Ausland zu gründen und auf diese Weise günstigere Wettbewerbspositionen auf dem Weltmarkt zu erobern, wird auch weiter anhalten. Die wichtigste innenpolitische Folge ist ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Die Notwendigkeit, die Investitionen in den Entwicklungsländern zu verstärken, führt immer mehr zu Situationen, in denen genau die Ausweitung solcher Investitionen politische oder sogar militärische Garantien als Schutz vor Verlusten durch plötzliche Nationalisierung erfordern. In der Südafrikanischen Union und in Rhodesien haben beispielsweise die amerikanischen Investitionen eine Summe von einer Milliarde Dollar erreicht. Im Jahre 1971 beliefen sich die Einkünfte aus diesen Investitionen durchschnittlich auf nicht weniger als 17 %. Kein Wunder, daß die Regierung der USA nicht sehr begeistert von Sanktionen gegen die betreffenden rassistischen Regime ist; sie sind diejenigen, die die Sicherheit der Investitionen des US-Kapitals garantieren. Das US-Handelsministerium hat wie auch in anderen Ländern die Sicherheit privater Investitionen in Indochina vor dem Risiko der Nationalisierung garantiert. Die meisten dieser Investitionen wurden zur Erschließung von Erdölquellen getätigt. Man muß schon sehr naiv sein, um die politischen Implikationen der Projekte des amerikanischen militärisch-industriellen Komplexes in allen Teilen der Welt nicht zu sehen.

In seiner zweiten Amtszeit im Weißen Haus wird Richard Nixon mit der wachsenden antiamerikanischen Einstellung nicht nur in der Dritten Welt, sondern sogar bei Amerikas traditionellen Verbündeten fertig werden müssen. Seine Tendenz, wichtige außenpolitische Entscheidungen einseitig ohne Konsultation der Alliierten zu treffen, sein Traum von einer ausgleichenden Weltmacht durch bilaterale Abkommen mit China und der Sowjetunion — wobei einer gegen den anderen ausgespielt werden soll, wo immer das möglich ist — hat die Isolation, der sich die USA in den Vereinten Nationen gegenübersehen, bereits verschlimmert. Für Nixon waren die Vereinten Nationen nur so lange von Interesse, wie er dieses Gremium beherrschen konnte. Heute sehen sich die USA in eben diesem Gremium häufiger isoliert als nicht isoliert.

Nixons Politik des Alleingangs hat unter den Verbündeten der USA überall Mißtrauen hervorgerufen. Pakistans plötzlicher Entschluß, aus der SEATO auszutreten, ist nur *ein* Beispiel aus der jüngsten Zeit. Die Philippinen könnten das nächste Land sein. Des weiteren: wenn Nixon denkt, er könne mit der Taktik massiven Drucks durchkommen, wie Connally sie gegen den Gemeinsamen Markt und in seinen Verhandlungen mit Japan praktiziert hat, dann wird es für ihn ein rauhes Erwachen geben. In seiner letzten Amtsperiode wird der Präsident mehr als je zuvor versucht sein, das gefährliche außenpolitische Spiel fortzusetzen, von dem er hofft, es werde ihm einen Platz in der Geschichte sichern.

Um Nixon zu seiner Konzeption von der Rolle Amerikas in der Welt zu zitieren, sei hier eine Äußerung wiedergegeben, die im jüngsten Buch von G. Wills („Nixon Agonistes") zu finden ist: „Amerika muß wieder einen Kreuzzugseifer entwickeln, nicht nur um das Unsere zu halten, sondern um die Welt zu verändern, einschließlich der kommunistischen Welt, und um zu gewinnen."

Was wird passieren, wenn — was unvermeidlich scheint — Nixons fehlendes Verständnis für die innenpolitischen Probleme Amerikas, seine schon angekündigten Pläne, die Etats aller sozialen Leistungen, nicht jedoch die Rüstungsausgaben zu kürzen, die trügerische Ruhe in den Gettos der Großstädte, an den Universitäten und auf den Straßen beenden werden? Welchen neuen dramatischen Schritt auf dem Felde der Außenpolitik werden Nixons Berater ihm empfehlen, damit er noch einmal versuchen kann, die öffentliche Aufmerksamkeit von seinen Mißerfolgen im eigenen Lande abzulenken? Und welche Garantie haben wir eigentlich, daß ein derartiger Schritt nicht das prekäre Gleichgewicht der Macht stört und daß der Abgrund eines neuen, größeren Krieges sich auftut?

Schließlich kann man auch nicht die Tatsache übersehen, daß die Wahlen am 7. November 1972 die traditionelle Koalition erschüttert haben, auf der die vergangene Stärke der Demokratischen Partei basierte: die Stimmen des vorherrschend konservativen Südens, die Stimmen der Gewerkschaftsbewegung und die Stimmen der ethnischen und rassischen Minderheiten. McGoverns Bündnis eines guten Teils der jungen Leute und der Frauen, der Armen, der Schwarzen und der meisten Amerikaner mexikanischer Abstammung zusammen mit den liberalen Kräften des Bürgertums und den Intellektuellen reichte nicht aus, um Nixon zu schlagen. Jedoch haben die Kongreßwahlen, in denen er eine wirkliche Niederlage hinnehmen mußte, klar gezeigt: Im Bereich der Innenpolitik ist das Land nicht willens, die Uhr zurückstellen zu lassen gegenüber den sozialen Fortschritten, die im Laufe der Jahre erreicht worden sind. McGoverns Beitrag, die Verfahrensweisen innerhalb der Demokratischen Partei für eine Mitbestimmung durch die einfachen Mitglieder zu öffnen, kann durch die jetzigen Versuche der alten Garde, erneut Kontrolle auszuüben, nicht mehr ungeschehen gemacht werden. Ein Aufrechterhalten der unnatürlichen Koalition von reaktionären und liberalen Kräften als Grundlage für die Stärke der Partei könnte sich als unmöglich erweisen. Unter diesen Umständen kann sich der Verlust der Südstaaten, die schon so lange eine liberale und progressive Politik verhindert haben, unter Umständen als verborgener Segen herausstellen. Das endgültige Ergebnis könnte dann ein klarerer Unterschied zwischen den beiden Parteien sein, was wiederum den Wähler vor eine klarere Wahl stellen würde, als das im November 1972 der Fall war.

Ein liberalerer Kongreß, der gegen eine machthungrige Exekutive um sein Leben kämpft, könnte gezwungenermaßen eine Schlacht an der innenpolitischen Front beginnen, wo Nixon am schwächsten ist.

Zur bildungspolitischen Situation in der BRD

Von Matthias Albrecht und Hans-Rainer Kaiser

„Ihr Schreiben vom 31. Oktober 1972 macht besonders deutlich, welche Verständigungsschwierigkeiten in der Hochschulpolitik zwischen den staatlichen Stellen und anderen Beteiligten des Hochschulwesens bestehen. Zweifellos liegt dies zu einem Teil daran, daß die Zusammenhänge kompliziert, die vom Bund und den Ländern erarbeiteten Materialien auch oft zu umfangreich und unübersichtlich sind, um den nicht unmittelbar Beteiligten eine Auswertung und Bewertung zu ermöglichen.

Ich weiß, daß diese Lage auch für Sie unbefriedigend ist. Bund und Länder werden in ihrer Informationspolitik hierauf zukünftig stärker achten müssen. Es ist deswegen offenbar auch noch nicht gelungen, deutlich zu machen, was tatsächlich von seiten des Staates für die Hochschulen geschehen ist." So schreibt der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft v. Dohnanyi an den Verband Deutscher Studentenschaften (VDS), nachdem er dem VDS in der Presse vorgeworfen hatte, „uninformiert zu sein und mit falschen Zahlen zu operieren" („Frankfurter Rundschau", 28. Oktober 1972).

Dieser Aufsatz soll versuchen, die Zusammenhänge aufzudecken und eine „Bewertung zu ermöglichen", damit deutlich sichtbar wird, wie die gegenwärtige Lage im Bildungswesen aussieht und „was tatsächlich von seiten des Staates" geschehen bzw. nicht geschehen ist.

Denn die letzten Monate brachten eine Reihe von sehr wichtigen bildungspolitischen Entscheidungen, die allerdings in der öffentlichen Diskussion weitgehend unbeachtet blieben. Daß für Dohnanyi und die SPD-Führung Bildungspolitik „kein Wahlkampfthema" war, tat ein übriges dazu. Diejenigen, die der Meinung waren, daß Bildungspolitik auch und gerade im Wahlkampf eine Rolle spielen müßte — schließlich trat die erste Brandt/Scheel-Regierung mit der Priorität Nr. 1 Bildung an — mußten eine „Mauer des Schweigens" durchbrechen (VDS in der „Frankfurter Rundschau", 26. Oktober 1972).

Diese bildungspolitischen Entscheidungen der letzten Monate sollen genauer beleuchtet werden, an Hand konkreter Beispiele soll die Praxis der augenblicklichen Bildungsplanung aufgedeckt werden, und für die kommenden Monate und Jahre sollen einige Aufgaben für die fortschrittlichen Kräfte genannt werden, die in der Bildungspolitik durch ihren Arbeitsplatz engagiert sind oder in Parteien, Jugendorganisationen und Gewerkschaften fortschrittliche bildungs- und gesellschaftspolitische Konzeptionen vertreten.

Kurzcharakterisierung neuester Planungskonzeptionen

Die in jüngster Zeit von verschiedenen Planungsgremien vorgelegten Konzeptionen und getroffenen Entscheidungen zur Bildungsplanung tragen eindeutig restriktive Züge, vom großen, alle Bereiche des Bildungswesens umfassenden Bildungsgesamtplan ist nicht mehr die Rede, finanzpolitische Streichungen ersetzen bildungspolitische Konzeptionen. Und das angesichts einer Lage im Bildungswesen, die — von der Vorschulerziehung bis zur Hochschule — von

schlimmsten materiellen Mangelerscheinungen gekennzeichnet ist: überfüllte Kindergärten und Schulklassen, fehlende Lehrer und massenhaft ausfallende Schulstunden, Lehrlingsausbeutung statt -ausbildung, Numerus clausus.

Bei den Konzeptionen und Maßnahmen handelt es sich um

— die „Vorschläge für die Durchführung vordringlicher Maßnahmen" der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung vom 6. Juli 1972 (Prioritätenkatalog),

— den 2. Rahmenplan für den Hochschulbau vom 7. Juli 1972,

— das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 1972 zum Numerus clausus,

— den Entwurf eines „Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen" der KMK vom 6. Oktober 1972 (NC-Staatsvertrag),

— die „Drucksache 49/72" der Bund-Länder-Kommission vom 30. August 1972 (BLK-Papier),

— die Vorlage des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft für den Hochschulbauplanungsausschuß vom 15. September 1972 (Dohnanyi-Reformkalender),

— die Entscheidung des Finanzplanungsrats vom 14. September 1972 zur mittelfristigen Bildungsfinanzierung, die auf eine Beschränkung der Bildungsausgaben für 1975 auf 53 Mrd. DM hinausläuft.

1969: weitgesteckte Reformvorhaben und die Vorstellung einer „monolithischen Hochschulformierung"

Noch in seinem Jahresbericht 1969/70 forderte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) eine „Bildungspolitik aus einem Guß", die Regierungserklärung der SPD/FDP-Regierung erklärte die Bildungspolitik zur Aufgabe Nr. 1, der Bildungsbericht '70 der Bundesregierung formulierte als Ziel ein integriertes und differenziertes Bildungssystem „von der Vorschule bis zur Weiterbildung" [1]). Im Jahre 1970 erfolgte die Einrichtung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung, des Hochschulbauplanungsausschusses und zahlreicher Forschungsinstitutionen für die Bildungsplanung, wie etwa das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Erlangen oder die Bildungstechnologischen Zentren in Wiesbaden und Paderborn.

In zahlreichen politökonomischen Analysen, die im Zusammenhang mit der Studentenbewegung erstellt wurden, wurde angesichts dieser „Planungsoffensive" und angesichts der zahlreichen neuen Planungsgremien von einer „monolithischen Hochschulformierung" ausgegangen, die sich sozusagen wie eine Dampfwalze vorwärtsbewegt.

Wenn wir jetzt sehen, daß die „Bildungspolitik aus einem Guß" ausgeblieben ist, daß z. B. von der einst analysierten zentralen Studienreform an den Hochschulen noch nichts zu sehen ist, daß das Hochschulrahmengesetz gescheitert ist, daß der Bildungsgesamtplan, der die verschiedenen Bereiche des Bildungswesens entwicklungsmäßig zwingend vorschrieb, gescheitert ist, dann können wir besser über den „monolithischen Charakter" der gegenwärtigen Hochschul- und Bildungsformierung urteilen.

Mehr denn je zeigt sich heute, daß die verschiedenen Bereiche des Bildungswesens in der Planung aufgrund der Sparprogramme auseinanderfallen und weni-

1) Bildungsbericht '70, Die bildungspolitische Konzeption der Bundesregierung, Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Bonn, Juni 1970.

ger denn je von einem „integrierten und differenzierten Bildungssystem" gesprochen werden kann. Wir müssen heute die Frage beantworten, was es z. B. bedeutet, wenn im „Prioritätenkatalog", der insgesamt nur noch ein reduziertes Spektrum des Bildungsgesamtplans darstellt, gefordert wird, daß selbst diese Maßnahmen „nur zum Teil kostenwirksame Auswirkungen" haben sollen?

Was bedeutet die Entscheidung des Finanzplanungsrates über die Kürzung der Mittelfristigen Bildungsfinanzierung von 58 Mrd. auf 53 Mrd. DM bis 1975?

Bevor wir uns einer Beantwortung dieser Fragen anhand der konkreten Konzeptionen und Entscheidungen zuwenden, wollen wir einen kurzen theoretischen und zum Verständnis notwendigen Exkurs machen.

Staatsmonopolistische Formierung von Wissenschaft und Ausbildung

Produktion und Distribution; Fertigung, Leitung und Verwaltung; kurz: die Entwicklung aller gesellschaftlichen Arbeitsprozesse ist von einer zunehmenden Organisierung, Technisierung und Verwissenschaftlichung gekennzeichnet. Freilich entspringt dieser wissenschaftlich-technische Fortschritt unter kapitalistischen Verhältnissen nicht einer gesamtgesellschaftlich rationalen, planvollen Entwicklung der Produktivkräfte, sondern dem Zwang zur Sicherung und Erweiterung der Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals unter verschärften und sich verschärfenden Konkurrenzbedingungen. Gleichermaßen wie die Kapitalverwertung die Produktivkräfte auf einen weiter technisierten und verwissenschaftlichen Stand treibt, so treibt dieser Fortschritt der Produktivkräfte das Kapital in wachsende Verwertungsschwierigkeiten: steigende tote Kapitalmassen, sinkende Profitraten, Uberakkumulation und Überproduktion. Der Staat wird als Organisator und „Subventionsgeber" des Verwertungsprozesses bemüht [2]). Hier soll einem anderen Aspekt des Funktionszuwachses des Staates nachgegangen werden: Wissenschaft entfaltet sich im Widerspruch zum Kapitalverwertungsprozeß. Die durch Wissenschaft freigesetzten produktiven Kräfte widersetzen sich dem Wertgesetz des Kapitals, das die unmittelbar angewandte Arbeitszeit zum Maß aller Dinge macht: „In dem Maße aber, wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirtschaftlichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit, als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder, deren powerfull effectiveness selbst wieder in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand von Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie, oder der Anwendung dieser Wissenschaft auf die Produktion. Die Entwicklung dieser Wissenschaft, besonders der Naturwissenschaft und mit ihr aller anderen, steht selbst wieder im Verhältnis zur Entwicklung der materiellen Produktion" [3]). Forschungsprozeß und Qualifikationsprozeß, der zunehmend der Aneignung theoretischer Fähigkeiten dient, entziehen sich der unmittelbaren Verwertbarkeit. Ihre konkreten Notwendigkeiten lassen sich nicht auf sofortigen ökonomischen Ertrag abstellen und ihre Ergebnisse weisen über die einmalige Anwendbarkeit hinaus. Wissenschaftliche Ergebnisse und Qualifikationen lassen sich nur deformiert in die Warenform der kapitalistischen Produktionsweise pressen.

In dem Maße, wie eine entfaltete Qualifikations- und Forschungsstruktur wesentlicher Bestandteil der allgemeinen Produktionsbedingungen der kapitalistischen

[2]) Vgl. die Diskussion in der Zeitschrift „Sozialistische Politik" über die Problematik Uberakkumulation-Entwertung zu den Aufsätzen von Hess und Boccara.
[3]) Marx, Grundrisse, S. 592.

Gesellschaft wird, in dem Maße werden Bildung und Wissenschaft notwendig vom Staat organisiert. Die Tendenz zur Verstaatlichung ist in sich jedoch äußerst widersprüchlich. Der Widerstand des Kapitals gegen Entzug von Arbeitskraft, sein Drang, die Produktionskosten der Arbeitskraft minimal zu halten — und zu den Reproduktionskosten zählen ja auch die Kosten für Ausbildung — und die Ausbildungsinhalte dem unmittelbaren Verwertungs- und Herrschaftsbedürfnissen gemäß zu strukturieren, dieser Drang prägt auch die staatliche Institutionalisierung und Konzentrtaion der Ausbildung.

Die Ausbildungsgänge an den Schulen und Hochschulen werden unter den gleichen kostenmäßigen Beschränkungen und „Rentabilitäts"-Gesichtspunkten gesehen wie die Produktion von Kühlschränken und von Panzern. Unter kapitalistischen Bedingungen vollzieht sich der Ausbildungsprozeß auch als staatlich organisiert im Widerspruch zwischen notwendiger umfassender fachlicher und gesellschaftlicher Qualifikation und der Anpassung an kurzfristige Verwertbarkeit bzw. an die „Wellenlängen der Konjunktur" (Leussink).

Dieser Widerspruch ist vermittelter Ausdruck der antagonistischen Interessen von Lohnarbeit und Kapital, er ist Ausdruck privater Aneignung gesellschaftlicher Arbeit. Er ist nicht nur ökonomischer, sondern politischer und ideologischer Widerspruch gleichermaßen, und das besonders angesichts der Herausbildung des Monopolkapitals, das bestrebt und in der Lage ist, sämtliche Sphären der Gesellschaft sich politisch zu unterwerfen. In der Vereinigung von Monopolkapital und Staat zum staatsmonopolistischen System, das die Beherrschung von Wissenschaft und Ausbildung einbegreift und dessen Entwicklung selbst wiederum von den Erfordernissen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bestimmt wird, zeigt sich gerade der politische Charakter der Formierung von Qualifikations- und Forschungsprozeß unter die Interessen der Großkonzerne. Die fehlenden Gelder für Schulen und Hochschulen bei gleichzeitig enormer Expansion des Rüstungshaushalts: an dieser Diskrepanz wird das politische Interesse des Großkapitals an der Priorität der unmittelbaren Herrschaftssicherung nach innen und außen deutlich. Rüstung realisiert zwar die kurzfristigen Verwertungsinteressen der Monopole — als sozial schädliche, politisch parasitäre und den historischen Fortschritt hemmende Maßnahme — das heißt ihrer konkreten Form nach ist Rüstung eindeutig politisch bestimmt.

Die staatliche Organisation von Ausbildungs- und Forschungsprozeß hebt den Widerspruch von wissenschaftlich-technischem Fortschritt nicht auf, sondern treibt ihn auf die Spitze im Funktionsgefüge des Staates selbst. Die oft zitierte „öffentliche Armut" existiert lediglich im Bereich des Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesens, im Bereich etwa des Rüstungshaushalts oder des Subventionshaushalts kann nur von „öffentlichem Reichtum" für private Profite gesprochen werden. Die Unterinvestitionen in den erstgenannten Bereichen sind keineswegs mehr Übergangserscheinungen, vielmehr tragen sie chronische Züge. Von der langfristig angesetzten Regulierung von Ausbildung und Forschung durch den Staat bleibt in diesem Gefüge von materiellen Restriktionen, kurzfristigen Notmaßnahmen und Prioritätsverlagerungen nicht viel mehr als ein Zerrbild einer rationalen, planvollen Entwicklung.

Mit der wachsenden Bedeutung von Wissenschaft für den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß erweitern und vergesellschaften sich die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft. Die lohnabhängig arbeitende Bevölkerung gewinnt, aus dem Zwang heraus zum Verkauf ihrer Arbeitskraft, ein wachsendes Interesse an einer hohen, disponiblen Qualifizierung entsprechend den Anforderungen der

Produktivkraftentwicklung. Dieses objektive Interesse der arbeitenden Mehrheit steht den herrschenden Tendenzen zur Unterentwicklung des Ausbildungswesens diametral entgegen; diese Interessen wirken als aktivste und entschiedenste Katalysatoren für eine konsequente demokratische Bildungspolitik und für einen zügigen Ausbau des Bildungswesens. Ein Beispiel bilden die zahlreichen „Aktionen Kleine Klasse", in denen Eltern und Lehrer für eine grundlegende Änderung der Schulpolitik und für die dringendsten Verbesserungen der Ausbildung ihrer Kinder kämpfen. Im steten Widerspruch mit den Verwertungs- und Herrschaftsansprüchen des Großkapitals spitzt sich dieser materielle Interessenkampf politisch zu, von dieser Seite her ist das politische Interesse aller Auszubildenden objektiv angelegt, den Bildungsbereich und alle gesellschaftlichen Bereiche zu demokratisieren.

Widersprüchlichkeit und Totalität der Formierung

Wir wollen den Charakter der Formierung am Beispiel der Hochschule etwas genauer bestimmen. Der Formierungsprozeß der Hochschule im Interesse des Monopolkapitals verläuft in sich widersprüchlich und uneinheitlich, um nicht zu sagen: anarchisch. Das heißt nun nicht, daß „Freiräume" im Hochschulbetrieb, die demokratisch nutzbar wären, geschaffen würden oder erhalten blieben. Im Gegenteil: Die prinzipielle Unfähigkeit der Herrschenden, Ausbildung und Forschung planvoll im Interesse der gesamten Bevölkerung und den Erfordernissen der Produktivkräfte entsprechend zu entwickeln, schlägt sich unmittelbar in verschärfter politischer Disziplinierung, in blanker Absicherung der Herrschaftsinteressen nieder. Die materielle Hochschulmisere wird unter diesen Bedingungen immer zugleich von politischen Knebelungsversuchen begleitet: rechte Professorenbünde wie der „Bund Freiheit der Wissenschaft" lassen, wie in Heidelberg, kritische Reformbestrebungen im Verein mit der Kultusbürokratie scheitern und zwingen kritische Rektoren wie Rendtorff zum Aufgeben. Berufsverbote „ersetzen" die konsequente Reform der Studiengänge und -inhalte. Die staatsmonopolistische Hochschulformierung ist „total" im Sinne einer nahtlosen und umfassenden Unterwerfung der Hochschulen unter das Verwertungs- und Herrschaftsinteresse des Monopolkapitals. Im Sinne der krisenhaften Entwicklung des Hochschulwesens mit ihren zahllosen Brüchen und Widersprüchen — die wir gleich konkret beleuchten werden — ist die Hochschulformierung uneinheitlich und widersprüchlich, „anarchisch". Und diese anarchische Entwicklung wird auf den verschiedenen Ebenen stets neue Fehlleistungen, Engpässe, Gegensätze und praktischen Widerstand produzieren. Es ist deshalb durchaus berechtigt, von einer allgemeinen Krise des spätkapitalistischen Hochschulwesens im Rahmen einer allgemeinen Krise des gesamten Bildungswesens zu sprechen. In ihrem Kern ist diese Krise immer auch eine ökonomische Krise — abhängig von den Krisenerscheinungen im Produktionssektor, von den Währungskrisen z. B. —, die sich in unzulänglichen Arbeits- und Studienbedingungen ausdrückt und mit scharfen politischen Regulierungsversuchen durch die herrschenden Kräfte in der BRD einhergeht.

Prioritätenkatalog der Bund-Länder-Kommission

Es sollen im folgenden einige wichtige Pläne und Maßnahmen behandelt werden. Dabei wird das Schwergewicht auf dem Hochschulbereich liegen, jedoch soll versucht werden, die Probleme so darzustellen, daß auch für andere Bereiche des Bildungswesens Rückschlüsse gezogen werden können.

Der Prioritäten-Katalog, am 6. Juli 1972 von der Bund-Länder-Kommission verabschiedet und mittlerweile von KMK und Ministerpräsidentenkonferenz gebilligt, stellt weitgehend einen Auszug von Maßnahmen aus dem Zwischenbericht zum Bildungsgesamtplan dar, mit Akzentsetzung auf wenige Bereiche: Elementarerziehung, berufliche Bildung, Orientierungsstufe, Lehrerbedarf und „Hochschulausbau".

„Die vordringlichen Maßnahmen (müssen) ihre Priorität auch bei einem beschränkten Finanzrahmen behalten" (S. 7). Demzufolge haben „die vorgesehenen Maßnahmen . . . nur zum Teil kostenmäßige Auswirkung" [4]) (S. 6). Für 1975 wurde ein finanzieller Orientierungsrahmen von 53 Mrd. DM angesetzt — gegenüber einem Betrag von 57,8 Mrd. DM, wie er noch im Zwischenbericht vorgesehen war. Was ist mit den rund 5 Mrd. gekürzten DM geschehen?

Einmal wurde der Anspruch — wie er noch bei Antritt der Bund-Länder-Kommission bestanden hatte — aufgegeben, ein Bildungs-Gesamtsystem „von der Vorschule bis zur Erwachsenenbildung" zu schaffen. Stattdessen konzentriert sich die Bildungsplanungsarbeit der Kultusbürokratie auf wenige Bereiche. Was auf der Strecke bleibt, das sind die Ausbildungsinteressen der Schüler, Lehrlinge und Studenten. So soll beispielsweise „die gegenwärtige Situation der beruflichen Bildung durch eine aus den Gegebenheiten der Wirtschaftswelt erwachsene außerordentliche Vielfalt der Schularten, Bildungsgänge und Abschlüsse" (S. 23), kurz die bestehende Lehrlingsausbildung, schmackhaft gemacht und zementiert werden.

Zum anderen resultieren die Einsparungen im Prioritätenkatalog aus materiellen Verschlechterungen in den „Prioritäts"-Bereichen selbst: Im Abschnitt „Elementarbereich" wird die Zahl von 3,9 m² je Platz im Jahre 1985 auf 3,5 m² reduziert und die Sachmittelausstattung je Platz im Jahre 1985 von 300 bis 330 DM auf 225 DM. Die ständige Zurückschreibung der verschiedenen Entwürfe zum Bildungsgesamtplan geht nunmehr über zu statistischen Betrugsmanövern (die von der GEW aufgedeckt wurden): „Durch Zahlenakrobatik soll der Lehrermangel vertuscht werden. Angeblich ist die Zahl der Schüler in den Klassen 5 bis 10 im Jahre 1975 um 400 000 niedriger als ursprünglich angenommen. Diese Differenz erklärt sich dadurch, daß man 1) mögliche Wiederholer nicht mehr berücksichtigt und 2) davon ausgeht, daß 15,8 % der Zehn- bis Elfjährigen sich noch in der Grundschule befinden (wo sie zwar als Schüler in der Statistik wieder auftauchen, angesichts der schlechten Schüler/Lehrer-Relation aber weniger Geld kosten). Dabei muß daran erinnert werden, daß die ca. 400 000 ausländischen Kinder, von denen ca. 250 000 trotz Schulpflicht nicht die Schule besuchen, schon im Bildungsgesamtplan unberücksichtigt blieben."

Bei diesen Zahlenschiebereien kommt es hin und wieder zu Diskrepanzen zwischen den Planungsansätzen der verschiedenen Formierungsgremien. Im Falle der Ermittlung des Lehrerbedarfs tritt dies eklatant zutage. Die GEW schreibt: „Eine Berechnung des Lehrerangebots durch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft vom 29. Mai 1972 wurde von der Arbeitsgruppe Personal im Bildungswesen der BLK (Bund-Länder-Kommission) auf ihrer Sitzung am 5. Juni als nicht in die Landschaft passend vom Tisch gefegt. Das BMBW war dabei davon ausgegangen, daß 100 % der Hochschulabsolventen in den Beruf gehen (eine zu optimistische Rechnung) und daß eine jährliche Netto-Abgangsquote von 5 % aus dem Beruf besteht. Diese Zahl ist von einem Expertengremium von Bund und

[4]) Prioritätenkatalog der Bund-Länder-Kommission, in Hochschulpolitische Materialien VDS, Nr. 18, S. 36.

Ländern ermittelt worden. Die tatsächliche Zahl der letzten Jahre schwankt zwischen 6 und 10 %. Die Arbeitsgruppe der Bund-Länder-Kommission erklärt diese 5 % jetzt plötzlich als zu hoch, ohne anzugeben, mit welcher Zahl sie selber gerechnet hat. Durch Veränderungen der Schülerzahl und damit des Lehrerbedarfs und entsprechend optimistische Vorausschätzungen des Lehrerangebots wird ein rechnerischer Ausgleich des Lehrermangels schon in der zweiten Hälfte der Siebziger Jahre ermöglicht. Das BMBW schreibt dagegen in seiner Vorlage wörtlich: ‚Aus der Tabelle folgt, daß gegenüber ta 36/72 relativ geringfügig geänderte Annahmen (andere Angebotsprognose, Verweilzeit 1980 in der Sekundarstufe II noch drei Jahre) im Jahre 1980 der Lehrerbedarf noch nicht gedeckt werden kann, sondern ein ungedeckter Bedarf bis zu 50 000 Lehrern bestehen bleibt.' " Dabei geht das BMBW von minimalen Verbesserungen der Schüler-Lehrer-Relation aus!

Zum Hochschulbereich:

a) „Ausbau der Plätze im Hochschulbereich / Ausbau nach fächermäßiger Verteilung":

Im wesentlichen fielen die hier gemachten Vorschläge auf eine Bekräftigung der Positionen des Bildungsgesamtplanes ab: Festlegung von Aufnahmequoten nach einheitlichen Kriterien, Ausbau der zentralen Registrierung von Studienbewerbern, Legalisierung des Numerus clausus.

Bewußt wird ein Mangel an Studienplätzen einkalkuliert: Bis 1976 sollen gemäß 2. Rahmenplan für den Hochschulbau 666 000—699 000 Studienplätze geschaffen werden. Die Länder erwarten für 1976 jedoch rund 745 000 Studenten (S. 169). Lapidar wird festgestellt, daß „die Instrumente zur vollen Ausnutzung der vorhandenen Studienplätze und zur Lenkung der Studentenströme ... noch nicht in wünschenswertem Umfang zur Verfügung (stehen)" (S. 171). Hiermit wird klar ausgesprochen, was die staatlichen Planungsgremien unter „Ausbau" verstehen: Eine Bewirtschaftung des Mangels im Interesse der Großkonzerne. Dementsprechend heißt es: „Die Planvorstellungen gehen dahin, daß der Ausbau für die dreijährigen Studiengänge sowie für die unter den Bereich ‚Natur- und Ingenieurwissenschaften' fallenden Fächer besonders forciert wird" [5]).

In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf die Entwicklung der Studentenzahlen nach den Angaben der verschiedenen Planungsentwürfe sinnvoll. Der in seinen Berechnungen noch sehr optimistische Bildungsbericht '70 ging für 1980 von 75 000—800 000 Studienplätzen bei 1 000 000 Studenten, also von einem Kapazitätsfehlbestand von 250 000 aus. Die Bildungsgesamtplan-Entwürfe I V gehen für 1975 alle von 654 000 Studenten aus; der 2. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz 1973—1976 geht von 745 000, die Länderanmeldungen dazu laut Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum 2. Rahmenplan sogar von 760 000 aus. Studienplätze werden jedoch laut 2. Rahmenplan nur 660 000—699 000 vorhanden sein, Dohnanyi spricht neuerdings von 686 000. Im günstigsten Fall fehlen also bereits in den Planungen 61 000, im ungünstigsten Fall 91 000 Studienplätze für 1975. Die gegenwärtige Situation ist die, daß 1972 587 000 Studenten 445 000 Studienplätzen gegenüberstehen [6]).

[5]) Prioritätenkatalog der Bund-Länder-Kommission, S. 175, in: Hochschulpolitische Materialien des VDS, S. 90.
[6]) 2. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz vom 7. 7. 1972, in Hochschulpolitische Materialien des VDS, Nr. 18, S. 27.

Sehen wir die weitere Entwicklung also realistisch, dann können wir nach allen Erfahrungen davon ausgehen, daß sich der Fehlbestand 1975 nicht im prognostizierten Rahmen halten, sondern diesen sicherlich überschreiten wird. Doch wir sehen vielleicht die Dinge zu schwarz, hören wir einen Zeugen, der die „komplizierten" Zusammenhänge besser durchschaut: „Es ist falsch, zu sagen, 1976 werden dann 80 000 Studenten vor der Tür stehen. Denn heute gibt es etwa 445 000 Studienplätze und 587 000 Studenten, weil wir eine Überbelegung von 100 (Studienplätzen) zu 132 (Studenten) tolerieren. 1976 wird immer noch eine gewisse Überbelegung in Kauf genommen werden müssen. Aber die Relation ist dann 100 : 109. Nach Auffassung der Bundesregierung ist diese Überbelegungsquote vertretbar" [7]). Wie seitens der Bundesregierung mit Zahlen umgegangen wird, soll noch an zwei Beispielen erläutert werden.

In der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zur Bildungspolitik der Abgeordneten Meinecke, Grüner und Fraktionen der SPD und FDP kann man lesen: „Die Bundesregierung hat seit 1970 etwa 80 000 Studienplätze an wissenschaftlichen Hochschulen schaffen helfen. Demgegenüber ist die Zahl der Studierenden in diesem Bereich vom WS 1969/70 bis zum WS 1971/72 um etwa 73 000 angewachsen. Der Zuwachs an Studienplätzen an wissenschaftlichen Hochschulen ist in diesem Zeitraum erstmalig höher als die Steigerungsrate der Studenten.

Den Bemühungen der Bundesregierung und der Länder ist es daher gelungen, 1972 die höchste Zuwachsrate von 97 000 Studenten gegenüber 1970 zu bewältigen, ohne daß sich das Verhältnis von neugeschaffenen Flächen zur Studentenzahl verschlechtert hat [8]).

„Ferner erwähnen Sie nicht, daß die Zahl der Studienanfänger in der Medizin in den letzten Jahren gestiegen ist. Die Zahlen sehen wie folgt aus: 1968 — 4570, 1969 — 4520, 1970 — 4890, 1971 — 5410, 1972 — 5800 (nach Angaben der Zentralen Registrierstelle)", schreibt Minister v. Dohnanyi an den VDS und vergißt „ferner" zu erwähnen, daß damit noch nicht einmal die Zahl der deutschen Studienanfänger von 1962 (5900) wieder erreicht wurde und daß die Zahlen aufgrund des Numerus clausus in diesem Fach 1968 bis auf 3495 abgesunken waren [9]). Zentralen Platz nehmen die Maßnahmen zur Verankerung und Vereinheitlichung des Numerus clausus (NC) ein. Hier ist ein konzertiertes Vorgehen mit Ministerpräsidentenkonferenz, Kultusministerkonferenz und Bundesverfassungsgericht festzustellen, einen Staatsvertrag zum NC zu schaffen, der den NC als Planungs- und Lenkungsinstrument ausbaut — verbunden mit zynischen Beteuerungen, eine „größere Gerechtigkeit und Chancengleichheit" schaffen zu wollen.

b) „Studienjahr":

Die Priorität, das Studienjahr — 9 Monate Vorlesungszeit im Jahr — einzuführen, reiht sich ein in die Maßnahmen zur Straffung des Studiums. Auf wenige Semester zusammengedrängt, läßt sich der Lernstoff in Kurzstudiengänge verpacken. Die noch bestehenden Möglichkeiten einer intensiven wissenschaftlichen Beschäftigung mit Studienthemen — in der Regel in den Semester„ferien" — werden eliminiert, die Forschung wird weiter aus den Hochschulen verdrängt. Insgesamt bedeutet dies eine weitere Verschulung des Hochschulstudiums, oder anders ausgedrückt: statt die Möglichkeiten wissenschaftlicher Betätigung in Lehre und

7) Schreiben vom 7. 11. 1972 von Bundesminister v. Dohnanyi an den Vorstand des VDS, S. 5.
8) Deutscher Bundestag 6. Wahlperiode, Drucksache VI/3828, S. 7.
9) Ärzteanalyse; Zahl, Struktur und Nachwuchsbedarf der Ärzte, hrsg. vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Bonn, Januar 1970, S. 217, Tabelle 66.

Forschung auf die Fachhochschulen und Akademien auszudehnen, wird deren weitgehend verschulter Betrieb auf die Universität ausgeweitet. Von einer Vermittlung „wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden" — im Zwischenbericht zum BGP noch als Anspruch formuliert —, geschweige denn von einer kritischen Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Funktion des jeweiligen Faches und des perspektivischen Berufsfeldes, kann keine Rede sein.

Die Einführung des Studienjahres wird als ein Mittel der weiteren Formierung des Studiums im Verwertungs- und Herrschaftsinteresse des Monopolkapitals eingesetzt. Die Einführung des Studienjahres unter den gegebenen Studienbedingungen zeigt andererseits klar den anarchischen Verlauf der Hochschulentwicklung in der BRD auf: Ungeklärt bleibt etwa die Frage, wie der Ausfall der für viele Studenten notwendigen Verdienstmöglichkeiten ausgeglichen werden soll angesichts der chronischen Bafög-Misere. Ungeklärt bleibt auch die Frage, wie die materiellen Studienbedingungen verbessert werden können, um ein intensives Studium zu ermöglichen.

Nach Angaben des Deutschen Studentenwerkes müssen heute ca. $^2/_3$ aller Studenten neben ihrem Studium arbeiten, während es noch 1968 „nur" 50 % waren.

c) Studienreform:

An diesem Punkt zeigt sich besonders deutlich die rein quantitativ restriktive Ausrichtung der Planungsmaßnahmen. Von einer „Neuordnung des Studiums" und von der Studienreform als „Kernstück der Hochschulreform" ist nicht mehr die Rede. Stattdessen wird — ganz im Sinne von Stoltenberg, der kürzlich offenlegte, daß „die Reform der Studiengänge mit dem Ziel einer zeitlichen Begrenzung der Studienzeiten das Kernstück der Hochschulreform sei" — nur noch von „Regelstudienzeiten", „Einrichtung praxisnaher kürzerer Studiengänge" und „Erlöschen der Immatrikulation" (sprich: Zwangsexmatrikulation) gesprochen. Das Spektrum der „Innovationen" im Hochschulbereich wird auf den Aspekt der quantitativen Rationalisierung und Formalisierung beschränkt. Bildungstechnologie beispielsweise soll nicht zur Eröffnung neuer hochschuldidaktischer Möglichkeiten und Lerngebiete eingesetzt werden, sondern rigide für die Straffung des Studium funktionalisiert werden: „Eine breitere Verwendung moderner Lehrmittel, wie z. B. audio-visioneller Techniken, sowie der Ausbau von Fernstudienmöglichkeiten dürften zur Verringerung der Verweilzeiten dienen" (S. 183).

Der Prioritätenkatalog ist voll von Formeln sozialer Demagogie. Ebenso wie das Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Zementierung des NC als eine Maßnahme zur Herstellung von „mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit" hingestellt wird (vgl. „Frankfurter Rundschau", 20. Juli 1972), so werden materielle Restriktionen verkauft: „Durch eine Verkürzung der Studienzeiten sollen Kapazitäten im Hochschulbereich freigesetzt werden, damit mehr Studenten in einem gegebenen Zeitraum ausgebildet werden können" (S. 181). Nicht genug hiermit, wird denjenigen — wie der vds —, die sich entschieden gegen die Verschärfung der materiellen Studiensituation zur Wehr setzen und eine Ausweitung der Bildungsausgaben zu Lasten der Konzernprofite und des Rüstungsetats fordern, „mangelnde Solidarität mit den Wegen des NC vor den Hochschulen sitzen Gebliebenen" vorgeworfen (so am 14. Juli in einer Dohnanyi-Sendung des WDR).

Groß ist der Jubel im Lager der CSU/CDU angesichts dieses Sparprogramms. CDU-Martin erklärte: „Mit dieser Entscheidung der Bund-Länder-Kommission ist

es unter dem Vorsitz eines CDU-Kultusministers endlich gelungen, die utopischen bildungspolitischen Wunschvorstellungen durch realistische Planungen abzulösen." Und in Bayern konnte es sich Kultusminister Maier nicht verkneifen, in einer Presseerklärung verlauten zu lassen: „Die Schwerpunkte dieses Programms bedeuten eine Absage an unrealistische Vorstellungen, an die Utopien der bildungspolitischen Linken, an der die Bildungspolitik der sozialliberalen Koalition im gleichen Maße gescheitert ist wie an der von ihr verschuldeten Finanzkrise."

Dazu noch einmal Wissenschaftsminister v. Dohnanyi: „Soweit Sie den bayrischen Kultusminister Maier zur bisherigen Arbeit der Bund-Länder-Kommission zitieren, sind Sie selbst den Verdrehungen der CDU/CSU im Wahlkampf zum Opfer gefallen. In Wahrheit konnte aber in der Bund-Länder-Kommission ein weitgehend einheitliches Konzept für die langfristige Reform des Bildungswesens, wie es sich im Zwischenbericht für den Bildungsgesamtplan findet, nur aufgrund der beharrlichen Arbeit der sozialdemokratischen Kultusminister und der Bundesregierung erreicht werden" [10]).

Hier muß die Frage gestellt werden:

Wie kommt es dann, daß dieses „weitgehende einheitliche Konzept", zustandegekommen „aufgrund der beharrlichen Arbeit der sozialdemokratischen Kultusminister", „kein Wahlkampfthema" werden konnte? Wie kommt es, daß ausschließlich die Reaktion in Gestalt der CSU/CDU mit dem Prioritätenkatalog hausieren geht und ihn als großen Erfolg gegen sozialdemokratische Bildungspolitik propagiert?

NC-Urteil und NC-Staatsvertrag

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Numerus clausus reiht sich argumentativ und instrumentell in die restriktiven Bildungsplanungstendenzen in der BRD ein. So untersucht das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil nicht die Frage, ob der Staat in der Folge des Art. 12 Abs. 1 Grundgesetz gezwungen ist, alles zu tun, um das Ausbildungswesen auszubauen. Obwohl das Gericht in seinem Urteil das (in Art. 12.1 in Verbindung mit Art. 3.1. Grundgesetz und dem Sozialstaatsgebot enthaltene) Recht auf Zulassung zum Hochschulstudium ausdrücklich unterstreicht, wird die bestehende Praxis des NC in allen wesentlichen Punkten bestätigt. Der Numerus clausus wird also keineswegs nur als Notmaßnahme, sondern als Instrument der Bildungsplanung akzeptiert.

Während über die bislang von Bund und Ländern angekündigten unzureichenden Maßnahmen hinaus keinerlei staatliche Verpflichtung zur Erweiterung der Ausbildungskapazitäten in dem Urteil festgestellt wird, wird — unter dem Vorwand „strenger formell- und materiellrechtlicher Voraussetzungen" hinsichtlich der vorhandenen Ausbildungsstätten — eine rigide Straffung des Studiums als verfassungsrechtlich geboten bezeichnet. Darüber hinaus werden die einschneidenden Auswirkungen des Numerus clausus zum Anlaß genommen, den weiteren Abbau der Autonomie der Hochschulen und umfassende staatliche Kontrollrechte zum Kriterium verfassungskonformer Handhaben zu machen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist somit ein Beitrag zur Durchsetzung der im HRG und den Landeshochschulgesetzentwürfen von Bayern und Schleswig-Holstein sowie den neuesten Bildungsplanungskonzeptionen vorgesehenen Hochschulformierung, der gegen die Bemühungen um eine demokratische Hochschul- und Studienreform gerichtet ist.

[10]) Schreiben von Wissenschaftsminister v. Dohnanyi an den Vorstand des VDS, 7. 11. 1972, S. 9.

Durch den Bezug auf das Grundgesetz ist das NC-Urteil in seiner Diktion widersprüchlich. So heißt es an einer Stelle: „Die Problematik absoluter Zulassungsbeschränkungen ist dadurch gekennzeichnet, daß die vorhandene Kapazität nicht ausreicht, um jedem hochschulreifen Zulassungsberechtigten seinen Studienplatz zuzuteilen. Würde sich die verfassungsrechtliche Betrachtung von Anfang an auf die Teilnahme am Vorhandenen verengen, ginge sie daher am Kern der Schwierigkeiten vorbei" [11]) (S. 36). Trotzdem kommt das Bundesverfassungsgericht zu einer Legitimation der restriktiven NC-Praxis. Ein absoluter Numerus clausus ist nach Ansicht des Senats auf jeden Fall verfassungsmäßig, „wenn er in den Grenzen des unbedingt erforderlich unter erschöpfender Nutzung der vorhandenen, mit öffentlichen Mitteln geschaffenen Ausbildungskapazitäten angeordnet wird" (S. 43). Bemessung und Ermittlung dieser Kapazitäten sind jedoch nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts ausschließlich Angelegenheit des Gesetzgebers. Für die Beteiligung der Hochschulen bleibt in diesem Zusammenhang kaum noch Raum. Der Senat vertritt insoweit das vor allem im Hochschulrahmengesetz vorgesehene Konzept, die Hochschulen „unter Entlastung des Gesetzgebers zur Regelung solcher Angelegenheiten heranzuziehen, die sie betreffen, die sie in überschaubaren Bereichen am sachkundigsten beurteilen können und auf deren Veränderungen der Gesetzgeber seinerseits oft nicht rasch genug reagieren könnte" (S. 49). Um die mit der „Ermächtigung autonomer Körperschaften verbundenen spezifischen Gefahren" zu vermeiden, wird das „Erfordernis staatlicher Mitwirkung" zur verfassungsrechtlichen Notwendigkeit erhoben. Auf diese Weise werden die Bestrebungen zur Einschränkung der Hochschulautonomie und zum umfassenden staatlichen Einfluß auf die Hochschulen verfassungsgerichtlich sanktioniert. Durch staatlichen Druck sollen gewisse Kapazitätsverbesserungen durch inhaltliche Studienformierung erreicht werden, das heißt, die Hochschulen sollen „andere, schonendere Maßnahmen, vor allem auf dem Gebiet der Studienreform zur Vermeidung von Zulassungsbeschränkungen treffen" (S. 44 f.). Hier wird die Tendenz zur Studienreform rein unter Gesichtspunkten der Kapazitätspolitik deutlich. Auch die Auswahl der Zulassungskriterien legt das Bundesverfassungsgericht wegen der einschneidenden Bedeutung in die Hand des staatlichen Gesetzgebers. Den Universitäten bleibt im Rahmen ihrer Satzungsautonomie nur die Entscheidung über „Einzelfragen fachlich technischen Charakters" (S. 53). Was die Auswahlkriterien im einzelnen betrifft, so stellt sich das Bundesverfassungsgericht hinter die bisher übliche Praxis (Leistungsprinzip, Jahrgangsprinzip und Bereitstellung eines Teils der Studienplätze für soziale Härtefälle und für Ausländer). Zwar wird zugegeben, daß „eine Korrelation zwischen guten Schulergebnissen und Studienerfolg nicht hinreichend nachweisbar sei" (S. 56), dennoch soll die Beurteilung der Qualifikation grundsätzlich nach den Abiturnoten erfolgen.

Der am 6. Oktober 1972 von der KMK verabschiedete Entwurf eines NC-Staatsvertrages erfüllt die vom Bundesverfassungsgericht gesetzten unsozialen Normen voll und ganz. Auf der einen Seite wird ein allmächtiger Verwaltungsausschuß eingerichtet, dem allein staatliche Vertreter angehören. Dieser Verwaltungsausschuß beschließt:

„1) über die Einbeziehung von Studiengängen in das Verfahren der Zentralstelle;

2) Vorschläge für die von den Ländern zu erlassenden Rechtsverordnungen;

3) Grundsätze für eine einheitliche Kapazitätsermittlung und Festsetzung unter Berücksichtigung der von dem Planungsausschuß nach dem Hochschulbauförderungsgesetz ermittelten Richtwerten;

[11]) Urteil des BVG zum Numerus clausus vom 18. 7. 1972, in Hopomat 18, VDS, S. 105.

4) über die statistische Auswertung der bei der Zentralstelle anfallenden Daten."

Festlegung der Kapazitäten, Festlegung der Berechnungsverfahren: das ist allein Sache des Staates. Die Hochschulen dürfen in einem „Beirat" ihre beratende Stimme vernehmen lassen. Auch sieht der NC-Staatsvertrag vor, daß letzten Endes jeder Studiengang in das zentrale Auswahl- und Registrierverfahren einbezogen wird. In Art. 8 ist geregelt: „In das Verfahren der Zentralstelle ist ein Studiengang sobald wie möglich einzubeziehen, wenn für ihn für alle ihn anbietenden staatlichen Hochschulen die Zahl der höchstens aufzunehmenden Bewerber festgesetzt und zu erwarten ist, daß die Zahl der Bewerber die Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Plätze übersteigt. In das Verfahren der zentralen Stelle soll ein Studiengang einbezogen werden, wenn für ihn für die Mehrzahl der ihn anbietenden staatlichen Hochschulen Höchstzahlen festgesetzt sind. Andere Studiengänge und Studiengänge, zu deren Zugangsvoraussetzungen das Bestehen einer Aufnahmeprüfung gehört, können in das Verfahren der Zentralstelle einbezogen werden." Selbst Hochschuleingangssonderprüfungen sind in diesen Vertrag bereits eingebaut!

Durch den Staatsvertrag wird ein zentrales Planungs- und Lenkungsinstrument des Staates geschaffen, das in kurzer Zeit die Kontrolle über die Vergabe sämtlicher Studienplätze in allen Fächern besitzen wird.

Den Hochschulen werden keine Entscheidungskompetenzen zustehen. Zulassungskriterien bleiben die alten. Entscheidend ist die Abiturnote — ein politisch und wissenschaftlich völlig unhaltbares Kriterium.

Besonders eklatant wirkt sich die Befestigung des Numerus clausus in den medizinischen Fächern, aber auch zunehmend in den Lehrerausbildungsfächern aus. Bereits jetzt werden 84 % der Bewerber für das Fach Medizin, 92 % der Bewerber für das Fach Zahnmedizin und 93 % der Bewerber für Pharmazie zu den Hochschulen nicht zugelassen. Die GEW hat errechnet, daß bei Erfüllung minimaler Ausbauforderungen für das Schulwesen derzeit ein Fehlbestand von 360 000 Lehrern zu verzeichnen ist (350 000 Lehrer sind vorhanden).

BLK-Papier

Die Drucksache 49/42 der Bund-Länder-Kommission [12]) (BLK-Papier) wird von Vertretern der Kultusbürokratie als „unverbindliches Arbeitspapier" hingestellt. Wie verbindlich jedoch die Sparvorschläge zu nehmen sind, das zeigt sich daran, daß dieses BLK-Papier sich streng an den vom Finanzplanungsrat gesetzten Finanzdaten orientiert. Details hier und da mögen verschiebbar sein, als Sparprogramm zeigt es doch, was auf die Hochschulen und Schulen zukommt, wenn der Finanzrahmen von 53 Mrd. für 1975 eingehalten wird.

Ausgangspunkt für die Sparvorschläge ist die Feststellung, daß die Richtwerte des Zwischenberichts zum Bildungsgesamtplan für 1970 mittlerweile nicht mehr mit den tatsächlichen Werten übereinstimmen (S. 9). Dies ist der Ausgangspunkt für eine ganze Reihe von Zahlenmanipulationen, die zu einem „bereinigten Zwischenbericht" führen. Während für 1975 mit mindestens 745 000 Studenten zu rechnen ist (Angaben der Länder an den Wissenschaftsrat), heißt es im BLK-Papier kurz und bündig: „Für das Jahr 1975 wird mit der vom Planungsausschuß nach dem Hochschulbauförderungsgesetz beschlossenen Studentenzahl von 665 0000 gerechnet" (S. 14).

[12]) Drucksache 49/42 der Bund-Länder-Kommission vom 30. 8. 1972, in Hopomat 18, VDS, S. 143 ff.

Bei der Relation Studenten/Lehrpersonal wird mit Hilfe eines „kleinen Tricks" gearbeitet. Der „Prioritätenkatalog" der BLK wiederholt die Werte des Zwischenberichts zur Relation Studenten/Lehrpersonal und führt dann weiter aus: „Die heute bestehende Relation von Studenten zu lehrendem Personal differiert insgesamt nur unerheblich von den im Zwischenbericht angegebenen Planwerten. Die vorstehende Tabelle aber gibt keinen Aufschluß über die Diskrepanzen, die sich im Verhältnis Studenten zu Lehrpersonal bei einer Aufschlüsselung nach einzelnen Fächern ergeben würden" [13]).

Ausgangspunkt für die auf die Relation Studenten/Lehrpersonal bezogenen Sparvorschläge ist im BLK-Papier 49/72 vom 30. August 1972 (!) die Feststellung, daß die Richtwerte des Zwischenberichts für 1970 mittlerweile nicht mehr mit den tatsächlichen Werten übereinstimmten. Dies ist der Ausgangspunkt für eine ganze Reihe von Zahlen- und Definitionskunststückchen, die zu einem „bereinigten Zwischenbericht" führen. Im „bereinigten Zwischenbericht" beruft sich die BLK plötzlich — was die Zahlen der Studenten angeht — auf den 2. Rahmenplan 1973—76 und nicht mehr auf den Wissenschaftsrat mit seinen Empfehlungen zum 2. Rahmenplan, nach dem laut Voranmeldungen der Länder für 1975 mit 745 000 bzw. 760 000 Studenten zu rechnen sei. Im BLK-Papier 49/72 heißt es kurz und bündig: „Für das Jahr 1975 wird mit der vom Planungsausschuß beschlossenen Studentenzahl von 665 000 gerechnet" [14]).

Plötzlich heißt es zudem nicht mehr „Relation Studenten/Lehrpersonal", sondern lediglich „Personalrichtwerte", die Werte stammen aber aus den Erhebungen des Wissenschaftsrates bei der Vorbereitung des 2. Rahmenplans vom 5. Mai 1972 (!!!): „Die tatsächliche Zahl des Personals liegt mit 133 000 weit über der im Zwischenbericht angenommenen Zahl von 114 000. Daraus ergibt sich eine wesentlich verbesserte Personalrelation als im Zwischenbericht angenommen" [15]). Die Bedeutung dieses Zahlenspiels kann man sich nur vor Augen führen, wenn man sich die entsprechenden Zahlen des Wissenschaftsrates ansieht: für 1971 Personal an allen Hochschulen einschließlich PH und Fachhochschulen = 163 932; davon Wissenschaftliches Personal einschließlich PH und FH: 63 189, nur für die Universitäten stellt sich das Verhältnis Personal/Wissenschaftliches Personal dar wie 140 987 : 49 303. Dabei schreibt der Wissenschaftsrat: „Die Übersicht zeigt, daß der Anteil der Professoren und Dozenten nahezu unverändert geblieben ist, während der Anteil des sonstigen Wissenschaftlichen Personals von 3,2 % auf 7 % gestiegen ist" [16]).

Unter diesen — nicht genannten — Voraussetzungen folgert das BLK-Papier: „Für 1975 werden die im Zwischenbericht durch die für 1970 neu ermittelten Werte ersetzt, weil diese bereits günstiger sind als die im Zwischenbericht für 1975 angesetzten Relationen (eine Ausnahme bildet nur das geisteswissenschaftliche dreijährige Studium). Dabei wird unterstellt, daß bis 1975 keine Verbesserung angestrebt wird; die Werte für 1975 entsprechen also den tatsächlichen Werten für 1970" [17]).

Schaut man sich die angegebenen Werte genauer an, so sind es die vom Wissenschaftsrat für 1971 ermittelten (S. 31 WR-Empfehlungen) für Geisteswissenschaften: 14,9; Naturwissenschaften: 7,5; Ingenieurwissenschaften: 8,8; ermittelt für die Universitäten während sich die Angaben der BLK im Papier 49/72 auf alle Hoch-

13) Prioritätenkatalog. a.a.O., 6. 7. 1972, S. 185.
14) Drucksache 49/72 der BLK, a.a.O., S. 14.
15) Drucksache 49/72 der BLK, a.a.O., S. 15.
16) Wissenschaftsrat: Empfehlungen zum 2. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz, 5. 5. 1972,
17) Drucksache 49/72 der BLK, a.a.O., S. 15.

schulen beziehen. Ausgenommen hiervon sind die Zahlen Relation PH-Studenten/Personal, die als einzige sich weit verschlechtert darstellen gegenüber den Zwischenberichts-Richtwerten.

Doch selbst die auf der Basis der WR-Empfehlungen im BLK-Papier angegebenen haben schwere rechnerische und methodische Mängel:

1) Man rechnet nicht mehr mit „Lehrpersonal", sondern mit „Wissenschaftlichem Personal", es werden also auch solche Wissenschaftler mit eingerechnet, die z. T. oder gar nicht in der Lehre tätig sind.

2) Der vorhandene Bestand an Personal mit Bezahlung aus Mitteln Dritter ist mitgerechnet worden, obwohl es sicherlich nur zum geringsten Teil in der Lehre tätig ist. Der WR gibt diesen Teil mit 10,6 % vom Gesamtpersonalbestand an (WR-Empfehlungen, S. 20). „Weiter ist in den Flächenzielwerten der zusätzliche Flächenbedarf für Forschung noch nicht berücksichtigt. Er entspricht teilweise der Fläche, die das aus Mitteln Dritter finanzierte Personal benötigt. Dieser Raumbedarf entspricht schätzungsweise dem Flächenbedarf von 16 000 Studienplätzen, und zwar von 4000 in Geisteswissenschaften, 4000 in Naturwissenschaften und 8000 in Ingenieurwissenschaften. Geht man davon aus, daß der Anteil der Fläche, der für das aus Drittmitteln finanzierte Personal erforderlich ist, im Jahre 1976 dem des Jahres 1971 entspricht, so ergibt sich ein Flächenbedarf von insgesamt 21 000 Studienplätzen und zwar 5000 in Geisteswissenschaften, 6000 in Naturwissenschaften und 10 000 in Ingenieurwissenschaften. Damit reduziert sich die Zahl der nach den Flächenzielwerten berechneten Studienplätze um weitere 21 000 auf 714 000" (S. 62). Und schließlich: „Wegen der erfahrungsgemäß auftretenden Verzögerungen bei der Baufertigstellung und Schwierigkeiten der Finanzplanung muß ein Unsicherheitsfaktor von etwa 5 % des Zuwachses angenommen werden" (S. 62).

3) Die überaus günstig erscheinenden Werte des Wissenschaftsrates für die Universitäten konnten auch nur deshalb erreicht werden, weil alle Stellen für Wissenschaftliches Personal der Verwaltungen, Bibliotheken, sonstigen zentralen Einrichtungen und nicht verteilte Stellen mitgerechnet wurden (S. 100), in einer Größenordnung von 2705 Stellen = 0,5 %.

4) Überträgt man die Rechnung des Wissenschaftsrates auf die Ingenieurschulen und PH so kommt man auf einen Wert von 16,4 Studenten/Wissenschaftliches Personal; dieser Wert kommt dem Wert für PH-Studiengänge aus dem BLK-Papier nahe. Der BLK-Wert für PH-Studiengänge ist wohl auch deshalb der einzig realistische bzw. nicht völlig frei erfundene, weil an den PH praktisch nur „Lehrpersonal" existiert.

Nach allerlei solchen Schiebereien kommt das Papier schließlich zu einem notwendigen Finanzansatz für 1975 von 58,0 Mrd. DM.

Nun wird, um Sparvorschläge ansetzen zu können, auf jedes weitere bildungsplanerische Gesamtkonzept verzichtet. Stattdessen nimmt die Bund-Länder-Kommission zur Richtschnur, was die Länder „urwüchsig" ohnehin bereit waren, zu tun. Deren Finanzansatz beläuft sich für 1975 (Umfrageergebnis) auf 52, Mrd. DM. Damit sind — nach der Logik der Bund-Länder-Kommission — massive Einsparungen bereits gerechtfertigt: „Der Orientierungswert für die Bildungsausgaben im Jahre 1975 von etwa 53 Mrd. DM ist auf der Grundlage des Ergebnisses der Umfrage bei Bund, Ländern und Gemeinden über die in den Haushalts- und Finanzplänen vorgesehenen Bildungsausgaben für die Jahre 1970 bis 1975 festgelegt worden" (S. 26 f.). Es werden daraufhin Einsparungs-Varianten („Alter-

nativen") zwischen 3 und 7 Mrd. DM für 1975 durchgespielt, die insgesamt zu Vorschlägen führen sollen, „deren Gesamtkosten unter dem Kostenvolumen des bereinigten Zwischenberichts liegen" (S. 26).

Die Einsparungen beziehen sich im wesentlichen auf den Schul- wie auf den Hochschulbereich, wo Personalrelationen, Sachmittelausstattung, usw. festgeschrieben werden nach dem Stand von 1970. Bestimmte Reformvorhaben, wie z. B. der Einsatz von Medien oder die Einführung von Ganztagsschulen werden fast völlig zusammengestrichen.

Zum Hochschulbereich:

„Der Schwerpunkt der Einsparungen liegt im Bereich der Ausbildungsförderung" (S. 34). „Bei der Ausbildungsförderung wird der Anteil der zu fördernden Schüler und Studenten auf den status quo festgeschrieben. Außerdem tritt keine reale Verbesserung der Ausbildungssätze von 1972 bis 1975 ein" (S. 29). Die Personalrelationen werden, wie bereits festgestellt, ja sogar bei einer Einsparungs-„Alternative" um 10 % gegenüber 1970 verschlechtert. Während im Zwischenbericht noch von einer Steigerung der Sachausgaben um 33 % die Rede war, werden jetzt die Sachmittel nur um 17 % angehoben, im schlechtesten Fall beim jetzigen Stand belassen — und das angesichts der quantitativen Expansion des Hochschulwesens! Bei der allgemeinen Forschungsförderung wird eine Kürzung der Steigerung der Förderungsmittel von 1972 bis 1975 um 20 bis 35 % eingeplant.

Das BLK-Papier räumt dem Prioritätenkatalog absolute Priorität ein, denn schließlich wird bei den dort vorgesehenen Straffungsmaßnahmen kein Geld ausgegeben, sondern eher eingestrichen. Interessant ist die Selbstbewertung, die in dem BLK-Papier zu den geringfügig divergierenden Notprogrammen angeführt wird.

Die Kürzung um 3 Mrd. DM wird für „bildungspolitisch noch vertretbar" gehalten. Dagegen kommt das BLK-Papier beim Finanzrahmen von 53 Mrd. DM zu dem Schluß: „Der Ausbau von Personal und Raum findet nur noch im Umfang der Zunahme der Schüler und Studenten statt. Es bleibt nur in Teilbereichen ein geringer Spielraum für die Bildungsreformen." Bei Einsparungen um 7 Mrd. DM gegenüber dem Zwischenbericht zum Bildungsgesamtplan für 1975 werden die Bildungsplaner noch deutlicher: „Die Folgen aus dem verminderten Gesamtkostenbetrag bei der Alternative III sind bildungspolitisch nicht vertretbar. ... Reformmaßnahmen in allen Bereichen, die nicht unter das Programm der vordringlichen Maßnahmen fallen, werden nicht eingeleitet" (S. 38).

Im Zusammenhang mit finanziellen Restriktionen in der Bildungspolitik ist auch der Haushaltsrahmen 1973 des Bundes, den Wirtschafts- und Finanzminister Helmut Schmidt vorgelegt hat, wert betrachtet zu werden. Die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung belaufen sich auf 5,6 Mrd. DM, das sind 0,8 Mrd. DM mehr als 1972. Für „Verteidigung" hingegen sollen 26 Mrd. DM ausgegeben werden, das sind 1,5 Mrd. DM mehr als 1972. Dies schließt noch nicht die zahlreichen Nebenposten des Militärhaushalts ein, über die der Bundeswehretat verstreut ist. So wurde der Haushaltsposten „Verschiedenes" (allgemeine Finanzverwaltung) beispielsweise auf 15,3 Mrd. DM angesetzt, das sind 3 Mrd. = 25,7 % mehr als 1972. Hierzu bemerkt „Die Welt" (!) vom 8. September 1972: „Wie schon 1972, so wurde auch für 1973 wieder unter dem Sammelposten „Allgemeine Finanzverwaltung" ein Betrag versteckt, der eigentlich in den Verteidigungshaushalt gehört. Es handelt sich um Mittel für den Kauf von Phantomkampfflugzeugen und Hubschraubern in Höhe von 700 Mio. DM."

Zweiter Rahmenplan für den Hochschulbau 1973—1976/Dohnanyi-Reformkalender

Im zweiten Rahmenplan für den Hochschulbau wird die Tendenz deutlich, die Hochschulbauplanung zur umfassenden Bildungsplanung auszubauen. So hat der Planungsausschuß für den Hochschulbau in seinen Zielkatalog auch aufgenommen:

— Die aufeinander abgestimmte Entwicklung von Raum- und Personalkapazität;

— Zentrale Raumverteilung Stundenplanprogramm;

— Zentrale Verteilung von Studienplätzen;

— Weiterentwicklung der Zugangsregelungen;

— Festlegung von Aufnahmequoten;

— Festlegung der Lehrverpflichtungen der Hochschullehrer;

— Studienberatung;

— Verkürzung der Studienzeiten;

— Einführung des Studienjahres.

Ganz in diesem Sinne versucht auch Dohnanyi die Hochschulbauplanung für die Durchsetzung restriktiver Formierungsmaßnahmen insgesamt nutzbar zu machen. Über den Geldhahn sollen die Hochschulen gezwungen werden, das Formierungsprogramm des Staates durchzusetzen: „Bevor neue Bauten errichtet werden, müssen unter anderem die jeweiligen Möglichkeiten der Studienreform und der besseren Nutzung der vorhandenen Kapazitäten ausgeschöpft sein."

Der Dohnanyi-„Reformkalender" konzentriert sich darauf, die verschiedenen Pläne zur Verwaltung der materiellen Hochschulmisere auf einen Nenner zu bringen und sie in einen zeitlichen Rahmen einzuordnen: Bis 1974 soll eine Koordinierung der Raum- und Kapazitätsplanung aufgebaut werden. Ebenfalls bis 1974 sollen Tätigkeitsfelder für dreijährige Studiengänge erkundschaftet sein. Ab 1974 soll eine Reglementierung des Lehrangebots gemäß verordneten Lehrplänen erfolgen. Im Jahre 1976 erfolgt die generelle Einführung des Studienjahres, ab 1977/78 soll die Regelstudienzeit eingehalten werden, und bis 1980 soll ein „System gestufter Abschlüsse" geschaffen werden.

Im Dohnanyi-Kalender wird die Studienreform im Sinne der Verwaltung der materiellen Hochschulmisere primär als Kapazitätsproblem gesehen. Zunächst geht es Dohnanyi darum, daß „die Studien- und Prüfungsordnungen von weniger wichtigen Wissensstoffen und Pflichtlehrveranstaltungen entlastet und ... auch Studiengänge und Studienabschlüsse geschaffen werden, mit denen in kürzerer Zeit als im bisherigen Studium an wissenschaftlichen Hochschulen berufsqualifizierende Abschlüsse erworben werden können." Überflüssigerweise heißt es dann: „Studienreform ist damit auch Kapazitätspolitik für die Hochschulen." In bekannter HRG-Manier wird eine a-priori-Festlegung von Studienzeiten gefordert. In Perversion jeder vernünftigen Curriculumentwicklung wird dann gefordert, daß „Lehrangebot und Studienorganisation der Fachbereiche und Prüfungsverfahren ... so gestaltet werden, daß die Studenten die Regelstudienzeit einhalten können." Die ganze Anarchie der Studienformierung wird zudem darin deutlich, daß die breite Einführung von Kurzstudiengängen nicht einer absehbaren Entwicklung der Arbeitsplatzstruktur folgt, sondern allein in bildungsökonomischen Gesichtspunkten begründet liegt. Dohnanyi fordert für seine Kurzstudiengänge die entsprechenden Tätigkeitsfelder! „Hier sind die späteren Arbeitgeber — Staat und freie Berufswelt — in besonderem Maße verpflichtet, präzise Vorstellungen zu formulieren."

Als Instrument der inhaltlichen Studienformierung sollen „verbindliche Regelungen für die Lehrverpflichtungen getroffen werden". Es soll dabei sichergestellt werden, „daß von den Hochschulen die nach den Studienordnungen erforderlichen Lehrstoffe in ein konkretes und die Hochschullehrer verpflichtendes Lehrangebot umgesetzt werden". Wer nun gemeint hat, daß neben dem verpflichtenden Lehrangebot noch Raum gelassen wird für eine kritische wissenschaftliche Betätigung, der wird eines besseren belehrt: Für Fächer mit absolutem Numerus clausus heißt es: „Auf das Lehrdeputat der Hochschullehrer (werden) nur die Lehrveranstaltungen angerechnet ..., die zum erforderlichen Lehrangebot gehören." Diese Einvernahme des Lehrdeputats der Hochschullehrer durch das normierte Lehrprogramm wird sich nun nicht auf wenige Fächer beschränken, im gleichen Maße wie sich der Numerus clausus nicht auf wenige Fächer beschränken wird! Auch hier wird wieder mit materiellen Sanktionen gearbeitet: Im Dritten Rahmenplan für den Hochschulbau soll bei der Aufstellung oder Anwendung von Personalrichtwerten oder bei Berechnung von Personalkapazitäten von der Erfüllung der „verbindlichen Regelungen für die Lehrverpflichtungen" ausgegangen werden.

Der Dohnanyi-Kalender zeichnet sich durch eine gewisse Resolutheit aus. Es sei bisher zuviel geredet worden, wird festgestellt. Jetzt sei es an der Zeit, „die Zielvorstellungen in die Tat umzusetzen. In der Realisierungsphase werden die Interessen der Beteiligten erneut aufeinandertreffen. Divergierende Reformbestrebungen dürfen sich jedoch nicht gegenseitig aufheben und die weitere Entwicklung lähmen. Der Bund wird das seine dazu tun, den Ländern bei der Überwindung dieser Schwierigkeiten zu helfen, auch wenn hierzu gegenwärtig noch als unpopulär empfundene Maßnahmen erforderlich sind." Das war sehr klar gesprochen!

Politische Schlußfolgerungen und Aufgaben

Abschließend soll — nach diesen recht eng ausgewählten Beispielen — auf einige Schlußfolgerungen eingegangen werden. Wir haben uns zwar im wesentlichen auf den Hochschulbereich konzentriert, meinen aber, daß man aus diesen Beispielen auch Schlüsse für politische Aufgaben im gesamten Bildungsbereich ziehen kann. Die krisenhafte Entwicklung des Bildungswesens ruft den wachsenden Widerstand der Betroffenen hervor.

Die demokratische und sozialistische Studentenbewegung ist nicht denkbar ohne die krisenhafte Entwicklung ihrer Arbeits- und Studiensituation. Unter den Wissenschaftlern zeichnet sich eine klare politische Polarisierung ab. Das Forschungspersonal der Max-Planck-Gesellschaft beginnt für Mitbestimmungsrechte zu kämpfen.

Unter den Lehrern nimmt die Bereitschaft zur Vertretung konsequenter gewerkschaftlicher Forderungen zu.

Der Angriff des Monopolkapitals auf die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen der Lehrenden und Lernenden macht ein fortschrittliches Bündnis im Bildungsbereich objektiv möglich — und notwendig. Die Notwendigkeit dieses Bündnisses ergibt sich umso mehr angesichts der Integrations- und Spaltungstaktik der Herrschenden. So werden beispielsweise die NC-betroffenen Schüler gegen die Studenten ausgespielt, so wird die Lehrlingsausbildung gegen das Hochschulstudium ausgespielt. Die Spaltungsdemagogie verläuft nach etwa folgendem Schema: Der materielle Notstandskurs im Bildungswesen wird für naturgegeben hingestellt. Soziale Gerechtigkeit vollzieht sich dann an der Verteilung knapp bemessenen Ressourcen.

Die Bedeutung von Bildung und Wissenschaft für den gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß verleiht auch den politischen Aktionen im Ausbildungs- und Forschungssektor gesamtgesellschaftliche Relevanz. In dem Maße jedoch, wie die krisenhafte Entwicklung dieses Sektors nicht in sich selbst begründet liegt, sondern in dem Widerspruch von gesellschaftlicher Arbeit und privater Aneignung, in der Herausbildung des umfassenden staatsmonopolistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungssystems, in dem Maße wird der Hochschulkampf, will er erfolgreich sein, Teil des gesamtgesellschaftlichen demokratischen Kampfes sein müssen. Insbesondere ist das Bündnis von lernender und studierender Jugend mit der Arbeiterklasse notwendig. Es kommt auf einen gemeinsamen Kampf um Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, um Mitbestimmung, um Sicherung des Friedens an.

Deshalb muß jetzt unter den Bedingungen einer erneuerten SPD/FDP-Regierung noch konsequenter auf die Realisierung wirklicher Reformen im Bildungsbereich hingearbeitet werden. Das bedeutet auch eine Auseinandersetzung mit denjenigen Kräften in SPD und FDP, die diese Regierung vor sozialen und politischen Forderungen aus dem Bereich der Gewerkschaften, der Studenten, der Arbeiterjugend „tabuisieren" wollen. Wer wie SPD-Vorstandssprecher Schulz oder FDP-Generalsekretär Flach nur solche Forderungen zuläßt, „die die neue Bundesregierung gutheißen kann" bzw. gegen „materielle Forderungen" an die neue Bundesregierung polemisiert, weil dies hieße, „dem Nachbarn in die Tasche zu greifen" (Flach am 3. Dezember 1972), muß sich fragen lassen, woher er die Berechtigung nimmt, das Wahlergebnis vom 19. November in so dreister Weise zu verfälschen. Glauben etwa diese Herren, daß SPD und FDP z. B. aufgrund ihrer Bildungspolitik gewählt worden sind? Nein, denn diese Wahlen brachten eindeutig zum Ausdruck, daß die Arbeiter und Angestellten der BRD, vor allem auch die Jugend der BRD sich bewußt gegen Politik und Praktiken der CSU/CDU gewandt haben — und damit auch gegen jene, die immer wieder mit der CDU/CSU gemeinsame Sache machen.

Wie sie am 19. November nicht für Berufsverbote eingetreten sind, so müssen sie in den kommenden Monaten für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf, in Schule, Hochschule, Betrieb und Verwaltung eintreten.

Wie sie nicht für die Verschärfung des Numerus clausus votiert haben, so müssen sie jetzt verstärkt für Gleichheit der Ausbildungschancen in der Schule, für eine Integration von schulischer und beruflicher Ausbildung eintreten.

Wie sie nicht für Steuererhöhungen und andere „Opfer" gestimmt haben, so müssen sie jetzt für drastische Senkung der Rüstungsausgaben, für Streichung der Subventionen für die Konzerne, für Erhöhung der Sozial- und Bildungsausgaben zu Lasten der Konzernprofite eintreten.

Sie haben gegen Strauß, Barzel und Dregger gewählt, gegen die Allmacht der Großen aus Wirtschaft und Banken, und fordern jetzt konsequente Verwirklichung der Mitbestimmung in Betrieb und Hochschule.

Nur so kann aus der Bildungsmisere ohne Ende der Anfang einer demokratischen Bildungspolitik werden.

Internationales Kapital in Namibia (Südwestafrika)

Von Eduardo de Sousa Ferreira

Es besteht heute kein Zweifel daran, daß das gesamte Australafrika *) zu einer Beute des internationalen Kapitals geworden ist, wobei dieses die Minderheitsregierungen und ihre Bestrebungen, die weiße Herrschaft zu perpetuieren, unterstützt, um seinerseits die Türen für ertragreiche Investitionen geöffnet zu bekommen.

Erklärtes Ziel dieser Investitionen ist die Realisierung höherer Profite, als dies im Herkunftsland des Kapitals möglich wäre. Reiche Bodenschätze und eine nahezu unbegrenzt mögliche Ausbeutung der afrikanischen Arbeitskraft begründen das Interesse an Investitionen im südlichen Afrika. Das ausländische Kapital wird in diesen Ländern vornehmlich in die Industrie, d. h. vor allem in die Bergwerke, investiert, die Erzeugnisse dieser Industrie werden exportiert und stellen eine reiche Profitquelle dar. Die Gewinne aus der Ausbeutung der afrikanischen Arbeitskraft und dem Abbau der Bodenreichtümer werden dann in die Metropolen transferiert. Aber selbst wenn dies nicht der Fall wäre, würde der Ertrag aus den Investitionen weder der wirtschaftlichen Entwicklung der südafrikanischen Länder noch der Verbesserung des Lebensstandards der in ihnen lebenden Afrikaner dienen, sondern den weißen Minderheiten, die Wirtschaft und Politik dieser Länder kontrollieren. Hierfür bedarf es keines Beweises, die Realität spricht für sich selbst: in Australafrika wurden von westlichen Ländern mehr als 5 Mrd. US-Dollar investiert — daß diese Summe die Situation der afrikanischen Bevölkerung nicht verbessert hat, ist allgemein bekannt, während auch bekannt ist, daß die Industrieländer sich an den dort getätigten Investitionen bereichern und die herrschenden weißen Minderheiten in Australafrika über Industrien, eine entwickelte Agrarwirtschaft und einen allgemein hohen Lebensstandard verfügen.

Die Vorherrschaft mächtiger Konsortien südafrikanischen, englischen und amerikanischen Kapitals ist ein Charakteristikum Australafrikas. Die wichtigsten Interessen gehören vier großen Gesellschaften, die in Zentral- und Australfrika operieren und deren Kapital insgesamt ca. 450 Mio. Pfund Sterling ausmacht. Es sind dies die Anglo-American Corporation of South Africa, Charter Consolidated (England), Selection Trust und Lonrho (England). Im Jahre 1965 beliefen sich die Nettogewinne, die diese vier Gesellschaften in der ganzen Welt machten, auf 26 Mio. Pfund Sterling [1]). Die Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Charter Consolidated verdeutlicht die internationale Zusammenarbeit des Kapitals: H. F. Oppenheimer ist Präsident von zwei der Verwaltungsräte dieser Gesellschaften, von der Anglo-American Corporation of South Africa und der Charter Consolidated. Chester Beatty, Präsident des Verwaltungsrates der Selection Trust, ist ebenfalls Mitglied des Verwaltungsrates der Charter Consolidated. Zugleich sind die Anglo-American Corporation und die Charter Consolidated beide Großaktionäre der Lonrho Ltd.[2]).

*) „Australfrika" = politisch-geographischer Raum, der Südafrika, Namibia, Angola, Mozambique, Rhodesien und Malawi umfaßt.
1) Objectif: Justice, hrsg. Service l'information des Nations Unies, vol. 2 no. 2, April 1970, S. 16.
2) Ebda., S. 17.

Die Ausbeutung Namibias

Namibia kann zu den Ländern des südlichen Afrika gerechnet werden, die am stärksten von der Ausbeutung durch das internationale Kapital betroffen sind. Grund dafür sind die Anstrengungen Südafrikas, der ablehnenden Haltung einiger Länder und internationaler Organisationen gegenüber seiner Herrschaft über Namibia durch forcierte Investitionen entgegenzuwirken, mit dem Ziel, durch die wirtschaftliche Integration Namibias eine Trennung dieses Landes von Südafrika unmöglich zu machen. Mit Bezug auf eines der größten Projekte, die gegenwärtig anlaufen, das von Portugal und Südafrika in Angola und Namibia durchgeführte Kunene-Staudammprojekt, schreibt die „Financial Times": „The scheme will aid development there, and is a vital factor in South Africa's overall strategy in retaining her hold over the mandated territory" [3]).

Das Interesse an Namibia veranlaßte Südafrika, die Reichtümer Namibias dem internationalen Kapital zu öffnen, in der Erwartung, daß die dort investierenden internationalen und mächtigen Firmen dann, um ihre dortigen Interessen zu schützen, Südafrika in seiner Namibia-Politik unterstützen werden. Das internationale Kapital seinerseits ist bestrebt, sowohl seine eigenen Investitionen in Namibia geschützt zu sehen, als auch die Position Südafrikas zu stärken, da Südafrika in seiner Funktion als Nebenmetropole, als Wächter des Imperialismus im südlichen Afrika für Stabilität sorgt [4]).

Diese Interessenkongruenz führte zu einem vermehrten Eindringen des internationalen Kapitals in Namibia. „Alle großen internationalen Firmen sitzen hier in Windhoek", erklärt der Bürgermeister dieser Stadt [5]).

Alle Regionen werden gründlich erforscht. Internationale Firmen führen zusammen mit der Verwaltung von Namibia das aus, was in den ersten zehn Jahren dieses Jahrhunderts von der deutschen Kolonialverwaltung an Dämmen, Elektrizitätsbauten, Bahnen und Fabriken geplant war. Allein für Prospektierungsarbeiten sind Ausgaben in Höhe von 25 Mio. Dollar eingeplant. „Ein System, das sich rentiert. Denn seither sind viele neue Rohstoffvorkommen entdeckt worden, die Südwestafrika wahrscheinlich zum größten Rohstoffreservoir des afrikanischen Südens machen werden" [6]).

Bodenschätze sind eine Voraussetzung für Investitionen, die jedoch nicht ausreichen würde, um das Interesse der internationalen Monopole zu wecken, wenn nicht die Übertragung des Apartheidsystems auf Namibia unverhältnismäßig billige Arbeitskraft zur Verfügung stellen würde. Die ausländischen Investitionen werden immer in arbeitsintensiven Industriezweigen getätigt, in denen die Arbeit (abgesehen von der Führungsarbeit) fast ausschließlich von Afrikanern bestritten wird. Ein afrikanischer Arbeiter bekommt einen Lohn — zwischen 24 und 63 Dollar im Monat —, der durchschnittlich unter dem Existenzminimum liegt, wenn man berücksichtigt, daß ein Afrikaner, der eine Familie von Durchschnittsgröße zu erhalten hat, mindestens 109 Dollar braucht, wenn seine Gesundheit nicht leiden soll. Ein weißer „mine captain" erhält einen Mindestlohn von 609 Dollar im Monat [7]).

3) „Financial Times", 23. 7. 1969.
4) Über die Rolle Südafrikas als Nebenmetropole siehe Eduardo Ferreira und Bernd Kalkum, Der Dialog oder Südafrika als Nebenmetropole, in: „Neues Rotes Forum", 4/71, Heidelberg 1971.
5) Südafrika, hrsg. Presse- und Informationsabteilung der Südafrikanischen Botschaft, Köln, Nr. 2, Juli 1970, S. 19.
6) Ebda., S. 17.
7) Objectif: Justice, Quarterly Magazine Covering United Nations Activity Against Apartheid, Racial Discrimination and Colonialism, Vol. 4, No. 1 Jan./Febr./March 1972, S. 10.

Unter solchen Umständen fühlt sich eine Fachzeitschrift dazu veranlaßt, zu schreiben: „Südwestafrika ist ein wahres Paradies für Mineraliensammler" [8]). Heute gibt es 44 ausländische Firmen in Namibia. Die nachstehende Tabelle gibt Aufschluß über die wichtigsten und ihre Verflechtung.

A) In Namibia produzierende Firmen und Beteiligungen

Charter Consolidated of the UK (30 % der SWA *) Co. Ltd., 33 % der Selection Trust Ltd.)
Consolidated Gold Fields Ltd. of the UK (2 % der SWA Co. Ltd., 60 % der Vogelstruisbult Metal Holdings Ltd., 37 % der Kiln Products Ltd.)
Selection Trust Ltd. of the UK (14 % der American Metal Climax, 14 % der Tsumeb Corporation)
South West Africa Company of the UK (7,5 % der Tsumeb Corporation, 25 % der Tsumeb Exploration Co. Ltd. Kontrolliert von Charter Consolidated 30 %, Consolidated Gold Fields 2 %, Vogelstruisbult Metal Holdings 29 %, Anglo American 30 %)
American Metal Climax Inc. of the US (29 % der Tsumeb Corporation, 33 % der O'okiep Copper Co.)
Navarro Exploration Company of the US (SWA-Tochtergesellschaft: Navarro Exploration Co. (Pty) Ltd.)
Newmont Mining Corporation of the US (29 % der Tsumeb Corporation, 33 % der O'okiep Copper Co.)
Falconbridge Nickel Mines of Canada (SWA-Tochtergesellschaften: Falconbridge of SWA (Pty) Ltd., Oamites Mining Co. Ltd.)
Anglo-American Corporation of S.A. (30 % der SWA Co. Ltd., 100 % der De Beers Consolidated Mines Ltd.)
De Beers Consolidated Mines Ltd. of S.A. (97 % der Cons. Diamond Mines of SWA Ltd., 2,5 % der Tsumeb Corporation)
Consolidated Diamond Mines of SWA Ltd. (83 % der Marine Diamond Corporation, 91 % der Orama Holdings, 53 % der Sca Diamond Corporation, 66 % der Tidal Diamonds of SWA, SWA Finance Corporation, Marmora Mines and Estates 100 %)
Federale Volksbeleggings of S.A. (Beteiligung an Federale Mynbou/General Mining, Marine Products Ltd. und Suid Kumene Ltd. MF/GM und MP Ltd. kontrollieren die Klein Aub Copper Co. Ltd. of SWA)
Iron and Steel Corporation of S.A. (Beteiligung an Uis Tin Mining Co. (SWA) Ltd. und Imcor Zinc (Pty) Ltd.)

B) In Namibia prospektierende Firmen

British Petroleum Company of the UK (BP Development Co. of S.A. Ltd., gemeinsame Exploration mit Shell Exploration SWA (Pty) Ltd.)
Rio Tinto Zinc Corporation of the UK (Rio Tinto South Africa (Pty) Ltd., gemeinsame Entwicklung mit der S.A. Atomic Energy Authority und General Mining/Federale Mynbou)
Shell Company of the UK (Shell Exploration SWA (Pty) Ltd., gemeinsame Exploration mit BP Development Co.)
South West Africa Company of the UK (gemeinsame Prospektierung mit der Tsumeb Corporation durch die Tsumeb Exploration Company Ltd.)
Bethlehem Steel Corporation of the US (im Konsortium mit der Tsumeb Corporation. Bethlehem ist Anteilseigner der Newmont Mining Corp.)
Chevron Oil of the US (SWA-Tochterfirma, Chevron Oil Co. of SWA hält eine off-shore-Konzession und ein gemeinsames Prospektierungsunternehmen mit Regent Petroleum SWA. Chevron ist eine Tochterfirma der Standard Oil of California)

*) SWA — Südafrika, SA — Republik Südafrika.
8) „Blick durch die Wirtschaft", 4. 9. 1970.

Gulf Oil Company of the US (Gulf Oil Co. of S.A. hält eine Konzession)
H.M. Mining and Exploration Company of the US (off-shore-Konzession und Prospektierungsrechte im Konsortium mit: Syracuse Oils of the US. Woodford Oil and Gas Company of the US.)
Nord Mining Corporation of the US (SWA-Tochtergesellschaft Nord Mining and Exploration (Pty) Ltd.)
Phelps Dodge of the US (Prospektierungsrechte in ganz Namibia)
Texaco of the US (Regent Petroleum SWA (Pty) Ltd. im Konsortium mit Chevron Oil Co. of SWA)
Tsumeb Corporation of SWA. (Newmont Mining/American Metal Climax-Beteiligung, prospektiert in Verbindung mit SWA Co. Ltd.)
United States Steel Corporation (15 % Beteiligung an den Prospektierungsunternehmungen der Africa Triangle Mining, Prospecting and Development Co. (Pty) Ltd.)
Brilund Mines of Canada. (SWA-Tochtergesellschaften, Etosha Minerals (Pty) Ltd., Etosha Petroleum Company)
Anglo-Transvaal Consolidated Investments of S.A. (Beteiligung über die Africa Triangle, Mining Development Co. (Pty) Ltd. an Exploration und Prospektierung
Federale Volksbeleggings of S.A. (Beteiligung an FEDSWA, ein Explorations-Konsortium in SWA)
Johannesburg Consolidated Investment Company Ltd. of S.A. (Exploration im Konsortium mit Federale Mynbou/General Mining)
De Beers Consolidated Mines Ltd. of S.A. (Konzession über CDM of SWA, Unterkonzession an Chevron Oil und Texaco)
De Beers Oil S.A. Ltd. (SWA-Tochtergesellschaft De Beers Oil Holdings SWA (Pty) Ltd. hält eine gemeinsame Prospektierungsgesellschaft mit Société Nationale de Pétrole d'Aquitaine)
Société Minière et Métallurgique de Perranoya of Fr. (100 % Tochtergesellschaft Vendrome S.A. (Pty) Ltd.)
Société Nationale de Pétrole d'Aquitaine of Fr. (SWA-Tochter Aquitaine SWA gemeinsame Prospektierung mit De Beers Oil)
Quelle: „Peace News", London, 25. Februar 1972

Seit 1965 veröffentlicht Südafrika keine amtlichen Zahlen mehr über Namibia, was eine Analyse der namibischen Wirtschaft erheblich erschwert. Es läßt sich jedoch dennoch feststellen, daß die Bergwerksindustrie den wichtigsten Wirtschaftsfaktor Namibias darstellt und daß gerade hier sich das Hauptinvestitionsfeld des ausländischen Kapitals befindet. Von den 70 Mio. Dollar in Fischerei, Bergwerken und Manufakturen investierten Überseekapitals gingen 60 % in den Minensektor, was auf die hohe Ertragsrate dieses Sektors zurückzuführen ist. Der Wert der geförderten Mineralien betrug 1969 175 Mio. Dollar, während die gesamten Investitionen der hier beteiligten Firmen wahrscheinlich unter 140 Mio. Dollar liegen — ein deutliches Zeugnis der Rentabilität dieses Industriezweigs [9]). Der Durchschnitt der Überseeinvestitionen beträgt jährlich 75 Mio. Dollar. Die Produktion ausländischer Gesellschaften macht 66 % des Bruttosozialprodukts Namibias aus, der Minensektor bestreitet allein 60 % des gesamten Exports. Die Gewinne und die an die ausländischen Angestellten der ausländischen Firmen ausgezahlten Gehälter führen dazu, daß 20 % des Bruttosozialprodukts das Land verlassen [10]).

Da die Investitionen besonders der Entwicklung dieser ertragreichen Industrien dienen und die Gewinne ins Ausland exportiert werden, ist nicht zu erwarten, daß die Investitionen der Verbesserung der Infrastruktur des Landes dienen können.

9) „Rapport du Conseil des Nations Unies pour la Namibie", Dokument A/8024, New York 1970, S. 42.
10) „Rapport du Conseil des Nations Unies pour la Namibie", UNO-Dokument A/8424, New York 1971, S. 37.

Zu berücksichtigen sind weiterhin noch die hohen Beträge, die die ausländischen Firmen in Form von Steuern an den südafrikanischen Staat zahlen. Diese gehen seit 1969 direkt an die South Africa Treasury in Pretoria. 1970 nahm Südafrika von Namibia rund 145 Mio. Dollar an Steuergeldern ein, von denen der weitaus größte Teil von den ausländischen Gesellschaften stammte. Der Bergwerkssektor allein trägt durchschnittlich mit 70 % zu den öffentlichen Einnahmen Namibias bei. Auf die Problematik der hohen Steuerabgaben ausländischer Firmen wird später noch einzugehen sein. Es sei hier bereits darauf hingewiesen, daß mit diesen Steuern das ausländische Kapital in hohem Maße dazu beiträgt, Südafrika in seiner Politik der Befestigung seiner Herrschaft über Namibia zu unterstützen.

Die intensive Ausbeutung des Landes läßt Experten schätzen, daß die Bodenvorkommen Namibias, sofern nicht neue entdeckt werden, in ungefähr 25 Jahren erschöpft sein werden. Dazu äußerte sich Herero-Chief Kapuuo: „Was wir fürchten, ist, daß, wenn unser Land endlich die Freiheit erreicht hat, es seine ganzen Reichtümer an Mineralien verloren hat" [11]).

Im folgenden werden die zwei größten ausländischen Gesellschaften analysiert, an deren Beispiel das oben Gesagte konkretisiert und verdeutlicht wird.

Die „Consolidated Diamond Mines of SW Africa" (CDM)

Seit 1908 waren an der Südküste Namibias mehrere kleine Diamantengesellschaften entstanden, die sich in den Händen von Deutschen befanden. Diese verschiedenen Minen entlang der Küste wurden bald auf Betreiben von Ernst Oppenheimer und einem Direktor der Anglo-American Corporation, der südafrikanischer Finanzminister gewesen war, fusioniert, und 1920 kauften sie den Deutschen für 3,5 Mio. Pfund Sterling ihre properties ab. Die deutschen Gesellschaften des „Sperrgebietes" hatten angenommen, der Boden beginne Zeichen von Erschöpfung zu zeigen, nachdem 1912 durchgeführte Prospektionen zu keinem Ergebnis geführt hatten. Diese Vermutung sollte sich jedoch als falsch erweisen, denn nur einige Meter vom Prospektionsgebiet entfernt fanden sich später große Mengen Schmuckdiamanten (gem stones) von außergewöhnlichem Wert. Diese Konzessionsgebiete gehören heute der Consolidated Diamond Mines of South West Africa, Ltd. (CDM), die gegenwärtig mit Abstand die größte Gesellschaft Namibias und zugleich der größte Schmuckdiamantenproduzent der Welt ist [12]). Diamanten sind die wichtigste Ressource von Namibia, und ihre Produktion ist fast vollständig von der CDM monopolisiert.

1) *Struktur*

Die CDM ist eine Filiale der De Beers Consolidated Mines of South Africa, ihrerseits Tochter der Anglo-America Corporation of South Africa. Nach eigenen Angaben verteilt sich das Grundkapital von De Beers folgendermaßen: Südafrika 44 %, Kontinentaleuropa 27 %, England 25 %, andere Länder 4 % [13]).

Die De Beers und die Anglo-American Corporation haben beide denselben Präsidenten, und die De Beers ist ebenfalls an den verschiedenen Gesellschaften der Anglo-American-Gruppe beteiligt. Die De Beers, die südafrikanische Regierung und die Verwaltung von Südwestafrika haben jeder einen Vertreter in der Diamond Producers' Association, die das Weltmonopol für Diamanten kontrolliert.

11) Ebda.
12) „Where the strikes have hurt most", in: African Development, a. a. O.
13) Objectif: Justice, April 1970, S. 15.

Der zweitgrößte Diamantenproduzent Namibias ist die Marine Diamond Corporation, praktisch eine Tochtergesellschaft der CDM, da diese mit 83 % an ihr beteiligt ist. Allerdings verkündete die CDM im März 1971, sie wolle die Diamantenproduktion in den Gebieten der Marine Diamond Corporation, die zum Teil im Meer, zum Teil an der Küste liegen, einstellen [14]).

Außer an der Marine Diamond Corporation hält die CDM noch starke Beteiligungen an anderen kleineren Diamantengesellschaften, der Orama Holdings (91 %), Sea Diamond Corporation (53 %), Tidal Diamonds of South West Africa (66 %) und Marmora Mines and Estates (100 %).

2) Arbeitskräfte

Die CDM beschäftigt ca. 4000 Afrikaner, vorwiegend aus dem Ovamboland. Die Bezahlung ist im Vergleich zu anderen Gesellschaften außergewöhnlich hoch. Der Mindestlohn beträgt ca. 38 Dollar im Monat, der Durchschnittslohn nach Aussage von De Beers 60 Dollar. Dieser Faktor dürfte — ebenso wie die umfangreichen Sicherheitsvorkehrungen — zum Teil erklären, warum die CDM während der großen Streiks Ende 1971 relativ verschont blieb.

Das Leben der afrikanischen Arbeiter wird völlig von der Gesellschaft kontrolliert, nicht nur während der Arbeit — z. B. routinemäßig Röntgenkontrolle, Überwachung des Ein- und Ausganges aus der kontrollierten Zone —, sondern auch außerhalb: elektrische Geräte wie Radios dürfen nur mit Genehmigung von Angestellten der Gesellschaft von einem Ort zum anderen transportiert werden, private Autos dürfen in der Stadt überhaupt nicht fahren, sie müssen außerhalb der Stadt in überwachten Garagen abgestellt werden, Familienausflüge am Wochenende dürfen nur unter Benutzung gesellschaftseigener Autobusse unternommen werden [15]). Unter diesen Umständen kann es nur zynisch gemeint sein, wenn ein Journalist, der dieses Gebiet besuchte, folgendes berichtet: „Im Bereich des romantischen Hafenstädtchens Lüderitzbucht trifft man auf viele geheimnisvolle Tafeln. Hinter ihnen beginnt das sagenumwobene Reich von Oppenheimers Diamanten (CDM), das der ostpreußische Landmesser August Strauch 1908 entdeckte. Es ist das Sperrgebiet, das die seltsamste und möglicherweise verschlossenste Stadt der Welt zum Mittelpunkt hat: Oranjemund. Wer den Süden von Südwestafrika überfliegt, sieht auf eine Mondlandschaft herab, die gelegentlich Erinnerungen an den Grand Canyon auslöst" [16]).

3) Produktion

Die CDM hat bis zum Jahre 2010 gültige Förderungsrechte in einem Konzessionsgebiet von 220 Meilen Länge und 60 Meilen Breite im Süden Namibias und beherrscht aufgrund ihrer Beteiligung an der Marine Diamonds Corporation auch die Diamantenförderung vom Meeresgrund, die allerdings — wie eben erwähnt — 1971 eingestellt wurde. Zusammen mit der Tsumeb Corporation erzeugt die CDM 90 % der gesamten Metallproduktion von Namibia; die CDM allein bestreitet 95 % der Gesamtproduktion von Diamanten in Namibia und ca. 80 % von Südafrika. 1969 förderte die CDM 2 034 292 Karat; in dieser Zahl sind die 183 813 Karat der Tidal Diamonds of South West Africa enthalten. Hinzugerechnet werden müssen die 125 000 Karat der Tochtergesellschaft Marine Diamond Corporation.

[14]) „Activités des intérêts étrangèrs, économiques et autres . . ." UNO-Dokument A/8398/Add. 1, 6. Dezember 1971, S. 8.
[15]) Ruth First, South West Africa. Penguin African Library 1963, S. 155—156.
[16]) Südafrika, a. a. O., S. 17.

Dem De Beers-Bericht für 1970 zufolge förderte die CDM im Berichtsjahr 11 Mio. t Gestein mit einem Ertrag von 1,7 Mio. Karat Diamanten. Rund gerechnet liegt die durchschnittliche Karat-Ausbeute also bei 0,69 Karat pro t, obwohl, wie bekannt wurde, De Beers 1971 Schritte unternahm, die Förderung in Gebieten mit geringer Karatausbeute abzubrechen und somit den Gesamtdurchschnitt zu heben. Bestehen bleibt die Tatsache, daß aufgrund der absinkenden Karatausbeute bei CDM und der bevorstehenden Erschöpfung der Mwadin (Williamson) Mine in Tansania De Beers Bestand an Schmuckdiamanten einer bestimmten Größe im Abnehmen begriffen ist und die dringende Notwendigkeit besteht, entweder den Markt mit Hilfe der Werbung an Schmuckdiamanten unter 1 Karat zu gewöhnen oder eine neue Diamantenquelle als Ersatz für CDM zu finden. Es läßt sich schwer sagen, welches der beiden Probleme leichter zu lösen sein wird [17]).

Aus diesem Grunde führte die CDM ein Entwicklungsprogramm zur Steigerung der Diamantenförderung durch, in das sie 25 Mio. Dollar investierte [18]). Auch die Suche nach neuen Vorkommen wird intensiv betrieben. 1970 gab die CDM bekannt, neue vielversprechende Vorkommen seien entdeckt worden und Prospektionen großen Ausmaßes seien im Gange, um festzustellen, ob die Erschließung lohnend sei. Nach Meinung von Experten werden die Diamantenminen bei Beibehaltung des gegenwärtigen Ausbeutungsrhythmus in ca. 20 Jahren erschöpft sein.

4) Profite, Steuern

Die Diamantenproduktion stellt in Namibia mehr als die Hälfte des Gesamtwertes der Mineralproduktion dar. Die Diamantenförderung ist die rentabelste der Industrien, die von ausländischem Kapital unterhalten werden. Die Förderung auf dem Festland ist dabei am lohnendsten — 1969 betrug die Relation zwischen Förderungskosten und Nettoprofiten 1 zu 4,6 [19]).

Die Gewinne der CDM sind beachtlich; 1961 belief sich der Profit der Gesellschaft auf das Doppelte des gesamten namibischen Staatsbudgets. Obwohl die CDM mit einem Anfangskapital von nur rd. 15 Mio. Dollar begonnen hatte, zählten die Einlagen ihrer Aktionäre 1962 knapp 170 Mio. Dollar, während die Reserven bei 280 Mio. Dollar lagen. 1969 betrugen bei einem Profit von 73,9 Mio. Dollar die Dividenden 33,5 Mio. Dollar; diese gingen fast ausschließlich nach Südafrika [20]).

Mitte der 60er Jahre machten die Steuerzahlungen der CDM die Hälfte des gesamten Steueraufkommens von Namibia aus. Dies zeigt, in welcher Machtposition sich die Gesellschaft gegenüber der Verwaltung des Landes befindet.

Wie weit die Macht der CDM geht, läßt sich an einem Zitat aus dem Jahresbericht der De Beers Consolidated Mines Ltd. für 1969 [21]) ersehen. In seinem Bericht stellt der Präsident der De Beers fest, die Tochterfirma CDM seiner Gesellschaft habe gegenüber dem Finanzminister von Südafrika dagegen protestiert, daß die Gebühren, die sie für die Diamantenförderung zu zahlen habe, ohne vorherige Konsultation mit ihr erhöht worden seien. Weiter heißt es in dem Bericht: „Die Consolidated Diamond Mines hat — auf der Basis des Abkommens

17) Vgl. „Where the strikes hurt most", a. a. O., S. 12.
18) Vgl. „Südafrika", Nr. 2, Juli 1970, S. 17.
19) Rapport du Conseil des Nations Unies pour la Namibie, Dokument No. A/8024, S. 43.
20) Ebda.
21) Zit. in: UNO-Dokument A/8398/Add. 1, a. a. O., S. 8—9.

von 1913 zwischen dem Deutschen Reichsministerium für die Kolonien und der Deutschen Kolonialen Gesellschaft, deren direkter Nachfolger die South West Finance Corporation (100 % abhängige Tochter der CDM) ist — immer darauf bestanden, daß die Verwaltung die für die Diamantenförderung in Namibia zu zahlenden Steuern nicht ohne die Billigung dieser Gesellschaft erhöhen kann." Es ist evident, daß die CDM als wichtigster Steuerzahler solchen Ausmaßes in Namibia als das Rückgrat der südafrikanischen Herrschaft über Namibia fungiert.

Die Tsumeb Corporation, Ltd.

Im Jahre 1946 verkaufte die Custodian of Enemy Property für 1 Mio. Pfund Sterling ihre Kupfermine bei Otavi, die 1908 mit deutschem Geld erschlossen worden war. Neuer Besitzer wurde die Tsumeb Corporation, ein gigantischer Komplex US-amerikanischer Minengesellschaften.

Heute ist die Tsumeb Corporation der sechstgrößte Kupferproduzent der Welt und kontrolliert die größte Bleimine in Afrika, gleichzeitig die zweitgrößte der südlichen Hemisphäre. Nach der Diamantenförderung ist die Tsumeb Corporation, gemessen am Produktionswert, heute der zweitwichtigste Faktor der Wirtschaft Namibias. Sie beherrscht den Sektor der Nicht-Edelmetalle der namibischen Bergwerksindustrie und liefert allein 80 % der Gesamtproduktion. Sie fördert Blei, Kupfer, Zink, Vanadium, Zinn und andere Metalle. Ihre Produktion kommt aus der Hauptmine Tsumeb und den Bergwerken Matchless und Kombat, die 225 bzw. 68 Meilen von Tsumeb entfernt sind und die geförderten Erze zum Schmelzen dorthin bringen.

1) Struktur

Hauptaktionäre der Tsumeb Corporation sind ausschließlich nordamerikanische Bergwerksgesellschaften, darunter zwei, die gemeinsam die Aktienmehrheit besitzen (jeweils 29 %): die American Metal Climax, Inc., und die Newmont Mining Corporation. Andere wichtige Aktionäre sind: Selection Trust Co. (14 %), Union Corporation (9 %) und die O'Okiep Copper Company (9 %). Dieses Konsortium stellt die größten Investitionen der USA in Namibia. Der Vorsitzende des Direktoriums (Chairman of the Board of Directors) der Tsumeb ist zugleich Chairman of the Board of Directors der American Metal Climax. Tsumebs geschäftsführender Direktor (managing director) ist Manager von O'Okiep und Vize-Präsident der Newmont Mining Corporation. „The directorships and presidencies of the companies go on doubling up on one another" [22]).

2) Arbeitskräfte

Von besonderer Bedeutung ist, daß die Tsumeb Corporation der größte Arbeitgeber Namibias ist. Sie beschäftigt in den drei Minen 5000 Afrikaner (fast ausschließlich aus dem Ovamboland) und 1200 Weiße. Der Durchschnittslohn für Afrikaner beträgt im Monat 28 Dollar, für die Weißen das Zehnfache [23]).

Es kann hier nicht auf die Arbeitsbedingungen in Namibia allgemein eingegangen werden, die einer internationalen Juristenkommission zufolge „Bedingungen nahe an der Sklaverei" sind. Es sei jedoch vermerkt, daß in einem Bericht des

[22]) First, a. a. O., S. 250.
[23]) Tami Hultman und Reed Kramer, Überblick über Ausmaß und Bedeutung nordamerikanischer Investitionen in dem unter weißer Herrschaft stehenden südlichen Afrika, Dokument Nr. 3 des Cunene Dam Symposium, Arnoldshain, Februar/März 1972, veranstaltet vom Weltkirchenrat.

Rates der UNO für Namibia die Arbeitsbedingungen für Afrikaner bei der Tsumeb als besonders schlecht bezeichnet werden [24]). Die Arbeiter arbeiten auf engstem Raum zusammengedrängt, die Bedingungen sind ungesund. Der Minenkomplex ist von einer hohen Mauer umgeben. Auf Personen, die zu fliehen versuchen, wird geschossen. Hinter dem Komplex befindet sich ein Gefängnis für Befehlsverweigerer. Das gesamte Leben in der Stadt Tsumeb wird von der Tsumeb Corporation beherrscht: „The corporation runs the town: water supplies, street lighting, road tarring, the hospital, the airfield, the meat and milk supply, the cemetery" [25]).

Diese vollständige Beherrschung des Lebens der afrikanischen Bevölkerung wird von den amerikanischen Firmen als „Fürsorge" bezeichnet. Die folgende Äußerung eines Spitzenmanagers ist charakteristisch für die Einstellung der Tsumeb Corporation gegenüber dem afrikanischen Arbeiter — und sie spricht für sich selbst: „Alle Modernisierung des Werkes hat nur dann einen Sinn, wenn auch unsere Arbeitskräfte, die vorwiegend aus dem benachbarten Ovamboland kommen, geistig mitziehen. Deshalb wird hier vieles getan, um dem schwarzen Arbeiter das abstrakte Denken beizubringen" [26]).

3) Produktion

Zusammen mit der Diamond Consolidated Mines of South West Africa fördert die Tsumeb Corporation 90 % aller ausgebeuteten Mineralien. Obwohl es sich dabei um hochkomplexe Erze handelt (highly complex orebody), die entsprechend komplizierte Schmelzprozesse erfordern, hat sich die Förderung dieser Metalle (besonders die von Kupfer) in den letzten Jahren stark entwickelt. Die Nicht-Edelmetalle machen zwar nur 40 % des Wertes der Mineralienproduktion aus, doch nahmen dennoch Wert und Menge des produzierten Kupfers derart zu, daß dieses Metall nunmehr nach den Diamanten die zweite Stelle in der namibischen Wirtschaft einnimmt. Namibia ist heute einer der größten Kupferproduzenten der Welt. Sein Kupfervorkommen ist nach Meinung einiger Experten viel größer als das von Sambia, mit dem zusätzlichen Vorteil, daß es für den Export verkehrstechnisch günstiger liegt.

Zur Expansion der Kupferförderung investierte die Tsumeb Corporation 5,2 Mio. Dollar in die Matchless-Grube bei Windhoek, die Mitte 1970 ihre Tätigkeit aufnahm. Zu den wichtigsten Produkten dieser Grube gehören das Pyrit, ein schwefelhaltiges Eisenerz, das in Tsumebs Schmelzhütten verwendet wird. Dies ist für Südafrika von großer Wichtigkeit, denn bis dahin mußte dieses Metall importiert werden. Die Förderung dieses Metalls im eigenen Land trägt daher zur wirtschaftlichen Autarkie Südafrikas bei [27]).

4) Profite, Steuern

Anlagevermögen und Inventar der Tsumeb Corporation beliefen sich 1963 auf rd. 16 Mio. Dollar. Seit der erneuten Inbetriebnahme 1946 wurde Grubengut im Wert von rd. 825 Mio. Dollar gefördert. Die Nettogewinne beliefen sich 1958—1965 auf 103,6 Mio. Dollar. Im Jahre 1970 verkaufte die Tsumeb Grubengut für 75,4 Mio. Dollar und erzielte einen Nettogewinn von 29 Mio. Dollar.

---

24) Rapport du Conseil des Nations Unies pour la Namibie, Dokument A/8424, S. 36.
25) First, a. a. O., S. 154.
26) Vgl. „Südafrika", Nr. 2, Juli 1970, S. 18.
27) Hultman/Kramer, a. a. O.

Im Durchschnitt zahlt die Tsumeb Corporation rd. 10 Mio. Dollar jährlich an Steuern. Bis Juli 1969 beliefen sich die von der Gesellschaft an die namibische Verwaltung gezahlten Steuergelder auf insgesamt rd. 125 Mio. Dollar. Tsumeb-Direktor J. P. Ratledge weist darauf hin, daß sowohl die Durchführung der staatlichen „Entwicklungspläne als auch der Bau der strategisch wichtigen Straße, die Kapstadt mit der Hauptstadt der portugiesischen Kolonie Angola, Luanda, verbindet, von den Steuergeldern der Gesellschaft finanziert wurden" [28]).

Diese Angaben über Produktion, Gewinne und Steuerabgaben machen die Folgen der Präsenz des ausländischen Kapitals im heutigen Namibia deutlich. Die forcierte Förderung der Erzreichtümer führt zu einer Verarmung des Landes. Experten schätzen die Lebensdauer der Hauptgrube von Tsumeb auf nicht ganz 15 Jahre. Die Gewinne verursachen, weil sie ausländischen Firmen zufallen, eine entsprechende Kapitalflucht aus dem Lande, und die Steuerabgaben tragen aufgrund ihrer beachtlichen Höhe maßgeblich zu der Finanzierung südafrikanischer Projekte bei, deren Ziel die Einverleibung Namibias ist.

Aus ausländischen Zeitschriften

Die Sozialdemokratie in den siebziger Jahren

Von Grigori Sogomonjan

Den nachstehenden Beitrag zur gegenwärtigen Situation der sozialdemokratischen Parteien und zu einigen Tendenzen ihrer Entwicklung entnahmen wir der sowjetischen Zeitschrift „Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija" („Weltwirtschaft und internationale Beziehungen"), Heft 2/1971. D. Red.

Wie die Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien im Juni 1969 in Moskau feststellte, wird der gegenwärtige Abschnitt der historischen Entwicklung durch eine Verschärfung des Kampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen den Kräften des Fortschritts und der Reaktion charakterisiert. Schauplatz dieser Auseinandersetzung ist die ganze Welt, sind alle wesentlichen Gebiete des gesellschaftlichen Lebens. In vielen Ländern des Kapitals entsteht eine neue politische Situation.

Welchen Platz kann die heutige Sozialdemokratie in dieser Auseinandersetzung zwischen den Kräften der Reaktion und des Fortschritts in den 70er Jahren einnehmen? Diese Frage erregt um so mehr Aufmerksamkeit, als sich in den letzten Jahren die Differenzierung in der sozialdemokratischen Bewegung verstärkt hat. Die Perspektiven der Sozialdemokratie in den 70er Jahren werden nicht nur im Rahmen der Sozialistischen Internationale, sondern auch in der Parteipresse, in Reden bedeutender Repräsentanten der Sozialdemokratie zu großen ideologischen und politischen Problemen, auf theoretischen Konferenzen und Seminaren von Vertretern einer Reihe sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien erörtert.

[28]) Reklame im „Wall Street Journal", zit. in Hultman/Kramer, a. a. O., vgl. ebda.

Im Durchschnitt zahlt die Tsumeb Corporation rd. 10 Mio. Dollar jährlich an Steuern. Bis Juli 1969 beliefen sich die von der Gesellschaft an die namibische Verwaltung gezahlten Steuergelder auf insgesamt rd. 125 Mio. Dollar. Tsumeb-Direktor J. P. Ratledge weist darauf hin, daß sowohl die Durchführung der staatlichen „Entwicklungspläne als auch der Bau der strategisch wichtigen Straße, die Kapstadt mit der Hauptstadt der portugiesischen Kolonie Angola, Luanda, verbindet, von den Steuergeldern der Gesellschaft finanziert wurden" [28]).

Diese Angaben über Produktion, Gewinne und Steuerabgaben machen die Folgen der Präsenz des ausländischen Kapitals im heutigen Namibia deutlich. Die forcierte Förderung der Erzreichtümer führt zu einer Verarmung des Landes. Experten schätzen die Lebensdauer der Hauptgrube von Tsumeb auf nicht ganz 15 Jahre. Die Gewinne verursachen, weil sie ausländischen Firmen zufallen, eine entsprechende Kapitalflucht aus dem Lande, und die Steuerabgaben tragen aufgrund ihrer beachtlichen Höhe maßgeblich zu der Finanzierung südafrikanischer Projekte bei, deren Ziel die Einverleibung Namibias ist.

Aus ausländischen Zeitschriften

Die Sozialdemokratie in den siebziger Jahren

Von Grigori Sogomonjan

Den nachstehenden Beitrag zur gegenwärtigen Situation der sozialdemokratischen Parteien und zu einigen Tendenzen ihrer Entwicklung entnahmen wir der sowjetischen Zeitschrift „Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija" („Weltwirtschaft und internationale Beziehungen"), Heft 2/1971. D. Red.

Wie die Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien im Juni 1969 in Moskau feststellte, wird der gegenwärtige Abschnitt der historischen Entwicklung durch eine Verschärfung des Kampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen den Kräften des Fortschritts und der Reaktion charakterisiert. Schauplatz dieser Auseinandersetzung ist die ganze Welt, sind alle wesentlichen Gebiete des gesellschaftlichen Lebens. In vielen Ländern des Kapitals entsteht eine neue politische Situation.

Welchen Platz kann die heutige Sozialdemokratie in dieser Auseinandersetzung zwischen den Kräften der Reaktion und des Fortschritts in den 70er Jahren einnehmen? Diese Frage erregt um so mehr Aufmerksamkeit, als sich in den letzten Jahren die Differenzierung in der sozialdemokratischen Bewegung verstärkt hat. Die Perspektiven der Sozialdemokratie in den 70er Jahren werden nicht nur im Rahmen der Sozialistischen Internationale, sondern auch in der Parteipresse, in Reden bedeutender Repräsentanten der Sozialdemokratie zu großen ideologischen und politischen Problemen, auf theoretischen Konferenzen und Seminaren von Vertretern einer Reihe sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien erörtert.

[28]) Reklame im „Wall Street Journal", zit. in Hultman/Kramer, a. a. O., vgl. ebda.

Gegenstand vorliegenden Artikels sind Fragen, die mit der Tätigkeit der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien besonders der europäischen Länder des entwickelten Kapitalismus in Verbindung stehen. Gerade hier wirken die einflußreichsten und sich auf Massen stützenden sozialdemokratischen Parteien, die bis jetzt eine führende Rolle auch in der internationalen Organisation der Sozialdemokraten, der Sozialistischen Internationale, spielen.

Die Veränderungen in der Welt und der Sozialreformismus

Es ist wohl kaum nötig nachzuweisen, daß es für die internationale kommunistische Bewegung, die einflußreichste Kraft der Gegenwart, nicht gleichgültig ist, in welcher Richtung sich die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien entwickeln werden. Diese Parteien erweisen sich als wichtiger politischer Faktor an einem der wichtigsten Abschnitte des Klassenkampfes — in den Ländern des entwickelten Kapitalismus. Nach den letzten Angaben der Sozialistischen Internationale (vom Juni 1970) zählen die zu ihr gehörenden Parteien 15,4 Mill. Mitglieder und erhielten bei den letzten Parlamentswahlen 77,6 Mill. Stimmen. Sozialdemokratische Parteien stehen an der Spitze der Regierungen oder nehmen teil an den Regierungsgeschäften in der BRD, in Schweden, Österreich, Belgien, Finnland und Italien.

Die mehrjährigen Bemühungen der Führer der Sozialistischen Internationale, einen ernsthaften Einfluß auf die Entwicklungsländer zu gewinnen, führten zu keinem bedeutenden Fortschritt. Das ist auch verständlich, wenn man berücksichtigt, daß die rechten Führer der europäischen Sozialdemokratie im Laufe von Jahrzehnten (sowohl in der Theorie als auch in der Politik) Positionen einnahmen, die den Interessen der nationalen Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika feindlich gesinnt waren. Die sozialistischen Parteien dieser Gebiete sind in der Sozialistischen Internationale nur schwach vertreten. Von 8 in ihr vertretenen asiatischen Parteien ist nur die Sozialistische Partei Japans (SPJ) zu einer großen, wirklich einflußreichen politischen Kraft angewachsen. Aber auch sie vertritt eines der höchstentwickelten kapitalistischen Länder. In vielen wichtigen Fragen der Weltpolitik nimmt die SPJ linke Positionen ein. Im März 1970 gründete die Sozialistische Internaitonale zum Zweck der Koordinierung und Kontrolle ein Büro der Sozialistischen Parteien Asiens und der Länder des Stillen Ozeans, das auch Vertreter der Sozialdemokraten Australiens und Neuseelands einschließt. In diesem Augenblick ist es noch zu früh zu beurteilen, ob dieses Büro lebensfähig ist oder ob es — was sehr wahrscheinlich ist — das Schicksal der still dahingeschiedenen sogenannten Asiatischen Sozialistischen Konferenz teilen wird.

Der riesige afrikanische Kontinent ist in der Sozialistischen Internationale nur durch die Sozialdemokratische Partei der Republik Madagaskar und durch zwei kleine Parteien der Insel Mauritius vertreten.

In der Sozialistischen Internationale sind 6 lateinamerikanische Parteien vertreten. Vier von ihnen (in Peru, Venezuela, Paraguay und Costa Rica), die in die Sozialistische Internationale nur als Beobachter aufgenommen wurden, erweisen sich jedoch als bürgerlich-liberale Parteien, die an der sozialistischen Bewegung niemals teilnahmen. Viele Parteien des lateinamerikanischen Kontinents nehmen linke Positionen ein. So arbeiten in Chile die Sozialisten im Rahmen der Unidad Popular, die im September 1970 den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen errang, erfolgreich mit den Kommunisten zusammen.

Die Hauptaktionssphäre der internationalen Sozialdemokratie bleiben die Länder des entwickelten Kapitalismus.

Die Sozialdemokratie ist sich zweifellos darüber im klaren, daß es ohne die Beachtung der auf der Welt vor sich gehenden Veränderungen wie auch ohne gründliche Überprüfung ihres eigenen ideell-politischen „Gepäcks" für sie schwer würde, ihren Einfluß auf die mit ihr gehenden Massen zu halten und dabei noch zu verstärken. Die allgemeine Schwächung der Positionen der Sozialisten und der Sozialdemokraten in einer Reihe von Ländern in den 60er Jahren und zu Beginn der 70er Jahre (in Frankreich und

Italien), der Übergang von der Regierungsausübung zur Opposition im Ergebnis der Parlamentswahlen (in Dänemark, Norwegen, Holland und England) — schon diese Tatsachen allein werden von den sozialdemokratischen Führern genügend ernst genommen. Aber es geht nicht nur und nicht so sehr um solche Fakten. Die Hauptsache liegt darin, daß die sozialdemokratische Begeisterung über die Perspektiven des Imperialismus, über die seinerzeit W. I. Lenin schrieb, als er die Reformisten kritisierte, früher oder später eine Welle der Enttäuschung infolge unbegründeter Hoffnungen hervorrufen mußte. Nach dem Zweiten Weltkrieg erreichte diese Begeisterung ein besonders großes Ausmaß. Jetzt, nachdem sich die Widersprüche des Kapitalismus ernsthaft verschärft haben und sich auch in den Ländern des Kapitals eine neue politische Situation zu entwickeln begann, tritt immer offensichtlicher eine Krise vieler Konzeptionen und Vorstellungen der Reformisten, eine Krise ihrer praktischen Politik in wichtigen Fragen zutage.

Die politisch-ideologischen Positionen der Führer der Sozialdemokratie, die in den ersten 10—15 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Prägung erhielten, wurden in überarbeiteten Parteiprogrammen, in Deklarationen der Sozialistischen Internationale (1951 und 1962) und in vielen Arbeiten der Ideologen des Sozialreformismus dargelegt. Neue Programme, die in den 50er Jahren und zu Beginn der 60er Jahre angenommen wurden [1]), brachten die ideologische Anpassung an die Position zum Ausdruck, die von diesen Parteien im neuen Kräfteverhältnis in den internationalen Beziehungen und innerhalb der einzelnen kapitalistischen Länder in der Nachkriegsperiode eingenommen wurde. Die Sozialdemokratie erklärt ihre Absicht, für einen Weg zu kämpfen, der sich angeblich von dem der kapitalistischen und dem der sozialistischen Länder unterscheidet. Das rettete sie selbstverständlich nicht vor der Notwendigkeit einer Wahl zwischen dem real existierenden Kapitalismus und dem Sozialismus. Die Wahl ist zugunsten des Kapitalismus, zugunsten der bürgerlichen Politik getroffen worden. Neue Erscheinungen in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus wurden von den Sozialdemokraten als Beweis für die Richtigkeit der reformistischen Ideologie und Politik aufgefaßt. Ihre neokapitalistische Ideologie gründet sich auf die falsche Auslegung der Veränderungen, die im Kapitalismus, die in den Formen und Methoden der kapitalistischen Ausbeutung eingetreten sind. So wurden aus der Tatsache, daß das kollektive kapitalistische Eigentum (Aktiengesellschaften, verschiedene Formen des staatlichen Eigentums) gewachsen ist, Schlußfolgerungen über das Verschwinden des kapitalistischen Eigentums und der „allerschlimmsten Mängel" des Imperialismus gezogen

Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse, das Anwachsen der Zahl der Angestellten innerhalb des Personenkreises der Lohnempfänger wurden als Prozeß der Auflösung, einer Selbstliquidierung der Klassen ausgegeben.

Die Tatsache der relativen Selbständigkeit des bürgerlichen Staates und seines wachsenden Einflusses auf das ökonomische und politische Leben der Gesellschaft ergab die Grundlage für die Behauptung, daß der gegenwärtige Staat sich in eine über den Klassen stehende Kraft verwandelt habe. „Es erscheint zweifelhaft, ob man noch von Kapitalismus sprechen kann", behauptete der Theoretiker der österreichischen Sozialdemokratie, K. Czernetz [2]).

Die praktische Teilnahme der Führer der Sozialdemokratie an der Lenkung des bürgerlichen Staates trug noch mehr zu ihrer Integration in das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus bei. Das begreifen viele einfache Mitglieder dieser Parteien und die unter dem Einfluß der Sozialdemokratie stehenden parteilosen Massen immer deutlicher. Der Autor des Hauptreferates auf der theoretischen Konferenz der Sozialdemokraten einiger Länder, die im Jahre 1969 in Frankreich stattfand, gab zu, daß die junge Generation zu dem Schluß kommt: Die Führungen der sozialdemokratischen Parteien haben „heute in hohem Maße das bestehende soziale System akzeptiert, sich mit unbedeutenden Reformen zufriedengegeben und sind faktisch ein Teil des herrschenden Establishments geworden" [3]).

---

[1]) Z. B. von der SPD (1959), der SFIO (1962), der Partei der Arbeit Hollands (1959), der Belgischen Sozialistischen Partei (1959) u. a.
[2]) K. Czernetz, Vor der Entscheidung, Wien 1957, S. 72.
[3]) „Socialist International Information", März 1970, S. 35.

Aber es ist falsch, alles nur auf den Protest von Jugendlichen zurückzuführen. Die Enttäuschung über die Resultate der sozialdemokratischen Politik dringt allmählich in sehr viel breitere Bevölkerungsschichten ein, besonders in der letzten Zeit, da die herrschende Klasse in einigen Ländern mit äußerst stürmischen Formen des sozialen Protestes und mit allgemein-demokratischen Aktionen von großer Heftigkeit zusammenstieß.

Die politisch-ideologischen Positionen der Sozialdemokratie, wie sie sich Anfang der 60er Jahre entwickelten, haben sich vor allem auf die Stimmungen derjenigen Leute orientiert, die an die Perspektive der Transformation des Kapitalismus in eine sogenannte „Wohlstandsgesellschaft" und weiter in den „demokratischen Sozialismus" glaubten.

Schließlich befindet sich auch jetzt noch ein bedeutender Teil der Massen in den kapitalistischen Ländern unter dem Einfluß der bürgerlichen und reformistischen Ideologie. Jedoch wächst auch in ihren Reihen die Erkenntnis über die Unhaltbarkeit der existierenden Ordnung. Die allgemeine Verstärkung der Unzufriedenheit der arbeitenden Massen, der Jugend und der Intelligenz stellt immer heftiger die Frage nach dem Grundübel der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer sozialökonomischen und politischen Wurzeln in den Vordergrund. In dem schon erwähnten Referat auf der theoretischen Konferenz in Frankreich wurden einige Tatsachen dargelegt, die den Protest der Massen herausfordern, wenn auch die allseitige Analyse der wahren Ursachen fehlt. Dabei wurden sie in einer maximal gemilderten oder viel zu allgemeinen Form charakterisiert, die die Tiefe der Widersprüche des heutigen Kapitalismus verbirgt. Es wird z. B. davon gesprochen, daß sich in kapitalistischen Ländern „nicht die Tendenz zur Festigung" der Freiheit und Demokratie zeigt, daß die Bürokratie „zu große Rechte" erhält und die wissenschaftlich-technische Revolution neue ethische und soziale Probleme geschaffen hat [4]).

Nichtsdestoweniger wird es für die sozialdemokratischen Führer immer schwerer, von der harmonischen, konfliktlosen Entwicklung der Wohlstandsgesellschaft zum Sozialismus zu sprechen. Nach den Worten des Führers der schwedischen Sozialdemokraten, Olof Palme, „wachsen die sozialen Widersprüche" [5]) in den Ländern des Westens. Die Prognosen der Sozialdemokraten bewahrheiten sich auch nicht in bezug auf die politische Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft.

Wie bekannt, bestand das Wesen ihrer Ansichten, die sich endgültig in der Nachkriegsperiode herausgebildet haben, darin, daß in den Ländern des Westens im allgemeinen die politische Demokratie schon gewährleistet ist und sich die „nachkapitalistische Gesellschaft" erfolgreich zum Sozialismus hin entwickelt. Jedoch geraten solche Ansichten in einen immer schärferen Widerspruch mit den sich unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf der ganzen Linie verstärkenden reaktionären Tendenzen.

Nicht zufällig wurde der Kampf nicht nur für die Erhaltung, sondern auch für eine bedeutende Erweiterung der demokratischen Freiheiten, das Suchen nach neuen Formen der Demokratie auf allen Ebenen zu einer Besonderheit des Klassenkampfes in den Ländern des entwickelten Kapitalismus. Viele Sozialisten, die an die Dauerhaftigkeit der bürgerlich-demokratischen Einrichtungen glaubten, begannen sich mit Besorgnis davon zu überzeugen, daß das Großkapital bis heute gewisse demokratische Normen nur duldet, solange es sie effektiv in seinen Klasseninteressen kontrollieren kann.

Mit neuer Stärke zeigt sich das Unheilvolle in den Hoffnungen der sozialdemokratischen Führer auf eine Politik der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie, das Unheilvolle der in diesem Falle unvermeidlichen Abhängigkeit der Sozialdemokratie von der Strategie und Taktik des Monopolkapitals. In der Periode des sich verschärfenden sozialen Kampfes, da in der Politik der herrschenden Klasse die gegen die Arbeiter gerichteten Maßnahmen und Methoden des Zwangs intensiviert werden, befindet sich die Sozialdemokratie in einem schweren Dilemma: Soll sie diesen Kurs unterstützen und dabei das Anwachsen der Unzufriedenheit in ihrer Massenbasis fördern oder — wenn auch nur relativen — Widerstand gegen den Druck der Monopole bieten, was in gewissem Maße die Linie der Klassenzusammenarbeit untergräbt?

4) „Socialist International Information", März 1970, S. 35.
5) „Die Neue Gesellschaft", Mai/Juni 1970, S. 298.

Es ist charakteristisch, daß die sozialdemokratischen Führer jetzt gezwungen sind, das Ergebnis ihrer eigenen Führung der bürgerlichen Gesellschaft auch hinsichtlich des Aufbaus des „demokratischen Sozialismus" bescheidener zu werten. Sogar im Aufruf zum 1. Mai 1970, der im offiziellen Organ der Sozialistischen Internationale abgedruckt wurde, wird zugegeben, daß die industriell entwickelten Länder, wo der Einfluß der sozialdemokratischen Parteien traditionsgemäß stark ist, „noch weit (!) davon entfernt sind, sozialistische Gesellschaften zu werden" [6]).

Große Schärfe gewannen für die Sozialdemokratie die Probleme des Krieges und des Friedens, die die Interessen von Millionen und aber Millionen Menschen berühren. Lange Zeit versuchten die Führer zu beweisen, daß die USA ein Bollwerk des Friedens und der Demokratie und der Kommunismus ein Herd der Aggression seien. Die konsequente friedliebende Politik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder entlarvte das Märchen von der Aggressivität des Kommunismus auch in den Augen der Parteigänger der Sozialdemokratie, während die antinationale Politik des amerikanischen Imperialismus sogar in den USA selbst eine Massenbewegung gegen den Krieg hervorrief.

Welche Schlußfolgerungen werden in den Reihen der sozialdemokratischen Bewegung gezogen? Welche Auswirkung hat die neue politische Lage auf ihre innere Entwicklung?

Die Prozesse der Differenzierung in der Sozialdemokratie

Obwohl das Hineinwachsen der sozialdemokratischen Parteien und besonders ihrer Führungen in das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus ziemlich weit fortgeschritten ist, ist dies natürlich nicht überall in gleichem Maße und kann auch nicht vollständig der Fall sein, weil die Anstrengungen der rechten Führer nicht auf die Dauer die realen Antagonismen zwischen Kapital und Arbeit aufheben können, wenngleich sie auch zu ihrer Verschleierung beitragen. „In den Reihen der Sozialdemokratie vollzieht sich ein Differenzierungsprozeß, der sich auch in ihrer Führung widerspiegelt. Einige ihrer Führer sind auf die Positionen der Verteidigung des Monopolkapitals und des Imperialismus übergegangen. Andere dagegen sind eher geneigt, die Forderungen der werktätigen Massen auf ökonomischem und sozialem Gebiet und in der Frage des Kampfes um Frieden und Fortschritt zu berücksichtigen" [7]). Die Tatsachen bestätigen die Richtigkeit dieser Schlußfolgerung. Lenin lehrte, daß die Hauptsache beim Opportunismus die Idee der Klassenzusammenarbeit ist. Und gerade das Festhalten an dieser in der Praxis des Reformismus im Mittelpunkt stehenden Idee wird in einigen Ländern zu einer immer schwierigeren Aufgabe für die Führer der Sozialdemokratie.

Die Prozesse der Differenzierung — in den verschiedenen Ländern auch in unterschiedlichem Maße — zeigen sich sowohl in der Ideologie als auch noch mehr in der praktischen Politik. Die Linie der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie und des Antikommunismus überwiegt in der sozialdemokratischen Bewegung, wenn man von den offiziellen Positionen der Parteien spricht. Und doch gibt es in der Einschätzung des „Neokapitalismus", der Erfahrungen in der Tätigkeit der Sozialdemokratie keine Einmütigkeit. Die Schlußfolgerungen, die vorwiegend in den ersten 10—15 Jahren nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges gezogen wurden, unterliegen einer gewissen Berichtigung.

„Kapitalismus — bleibt Kapitalismus, seine Beseitigung ist nach wie vor ein Gebot der Zeit", schrieb der bekannte Funktionär der Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO) Claude Fuzier [8]). In den letzten Jahren verstärkte sich in der SFIO die Suche nach neuen Wegen, die nicht nur durch die Verschärfung des Klassenkampfes in Frankreich, sondern auch besonders durch die schweren Niederlagen diktiert wurden, die diese Partei im Ergebnis der Politik des rechten Flügels, des Schwankens und der Unschlüssigkeit der Anhänger der Aktionseinheit mit den Kommunisten erlitt. Nach heftigen Debatten nahm der Parteitag der SFIO in Issy-les-Moulinaux im Juli 1969 eine neue Programmerklärung

[6]) „Socialist International Information", Mai 1970, S. 62.
[7]) „Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969", Dietz Verlag, Berlin 1969, S. 29.
[8]) „Le Populaire de Paris", 7. 9. 1967.

an. In dem Dokument wird insbesondere festgestellt, daß die Partei sowohl in der Opposition als auch in der Regierung für die sozialistischen Ziele kämpfen muß. Im Unterschied zu früheren Erklärungen, die jede beliebige Beteiligung von Sozialisten an der Regierung für das Wohl des Sozialismus für gut hielten, zeigt das Dokument, daß solch eine Beteiligung, wenn sie „auf der Grundlage eines prinzipienlosen Kompromisses" erfolgt, nur Schaden anrichten und „Niederlagen und Enttäuschungen" hervorrufen kann. Das Vertretensein von Sozialisten in der Regierung ist nur in dem Falle angebracht, „wenn es den Fortschritt auf dem Wege zum Sozialismus fördert, der jedes Bündnis mit den politischen Kräften des Kapitalismus ausschließt, einschließlich zentristischer Kombinationen" [9]). Im Unterschied zu vielen anderen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien wird erklärt, daß der Übergang der wichtigsten Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum eine unerläßliche Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus ist.

Der bekannte Ideologe der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ), K. Czernetz, der seinerzeit Zweifel an der Existenz des Kapitalismus aussprach, ist jetzt gezwungen, ein Eingeständnis ganz anderer Art zu machen: Es vollzieht sich eine gewaltige Konzentration der Produktion in allen wichtigen kapitalistischen Ländern, die erwartete „Revolution der Manager" hat nicht stattgefunden, und sie selbst wurden zu einem Teil der kapitalistischen Klasse, wurden „Mitbeherrscher des Kapitals" [10]). Er macht kritische Bemerkungen an die Adresse anderer sozialdemokratischer Parteien, besonders der skandinavischen und der SPD, im Zusammenhang damit, daß in ihren offiziellen Programmen unrichtige Einschätzungen der Wirklichkeit enthalten sind. Seine Kritik schließt Czernetz mit der Frage: „Was bleibt dann vom Sozialismus?"

Dabei vermeidet er es sorgfältig, die Politik seiner eigenen Partei zu kritisieren. Dafür tun dies — wenn auch nicht immer konsequent — die Vertreter der linken Gruppierungen der SPÖ. So behauptet I. Hindels, daß die SPÖ — in der Opposition oder in der Regierung — keine antikapitalistische Strategie hat, und tritt für deren Ausarbeitung ein. Obwohl im Programm der SPÖ im Unterschied zu anderen sozialdemokratischen Parteien die Notwendigkeit des Aufbaus einer klassenlosen Gesellschaft erwähnt blieb, verläuft die praktische Tätigkeit der SPÖ — stellt Hindels fest — in anderer Richtung.

Alle Lehrsätze der Partei stellen die existierende Gesellschaft nicht in Frage und können „bei Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse" voll realisiert werden. Er weist auf den Zusammenhang zwischen dem Kurs auf Klassenzusammenarbeit und Abkehr von allem hin, was eine Entwicklung zum Sozialismus fördern kann: „Derjenige, der die Zusammenarbeit mit dem Kapital zur Hauptrichtung seiner Handlungen macht, sagt sich — bewußt oder unbewußt — vom Kampf für die sozialistische Gesellschaft los ..." [11])

Der Führer der schwedischen Sozialdemokraten, Olof Palme, bemerkt, daß die Vertreter des Großkapitals bereit sind, mit den Sozialdemokraten bei der Durchführung einiger Reformen bis zu einer bestimmten Grenze zusammenzuarbeiten: Die Reformen dürfen nicht ihre Privilegien, die ihre Eigentumsrechte schützen, berühren. Übrigens haben die schwedischen Sozialdemokraten bis heute in keiner Weise versucht, diese Privilegien anzutasten. Es ist kein Geheimnis, daß in Schweden und anderen Ländern, wo die Sozialdemokraten lange an der Macht waren, die Grundlagen der Herrschaft des Monopolkapitals voll erhalten geblieben sind und sich in einigen Fällen auch gefestigt haben. Die Einsicht in diese realen Tatsachen, auf die die Kommunisten immer begründet hingewiesen haben, dringt in die Reihen der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien ein. So schreibt Guy Mollet in seinem letzten Buch, daß „bis heute in den westlichen Demokratien, sogar in denen, wo die Sozialisten an der Macht waren, die Grundlagen des Kapitalismus nicht berührt wurden" [12]). Analoge Schlüsse zieht in England der

9) „Le Populaire de Paris", 15.—16. 7. 1967. Gemäß dem auf dem Parteitag angenommenen Statut nennt sich von jetzt ab die Partei Sozialistische Partei.
10) „Die Zukunft", 1968, Heft 11/12, S. 4.
11) „Die Zukunft", 1970, Heft 11, S. 38.
12) Guy Mollet, Les chances du Socialisme. Paris 1968, S. 115.

linke Labourist R. Milliband [13]). Er bemerkt auch, daß die Parteigänger der Sozialdemokratie, die eine Enttäuschung erlebten, „die echten Alternativen" zu suchen beginnen [14]). Es versteht sich von selbst, daß die historische Erfahrung dazu verpflichtet, eine solche Art in Worten gehaltener „Umprogrammierung" dieser oder jener Führer der Sozialdemokratie mit großer Vorsicht und sehr kritisch aufzunehmen. Aber diese „Umprogrammierung" selbst ist ein Zeichen der Zeit, ein Zeichen des starken Anwachsens der Schwierigkeiten der sozialdemokratischen Bewegung.

Zugleich gibt es auch eine andere Seite des Differenzierungsprozesses: Viele bekannte Funktionäre der Sozialdemokratie, die in gewissem Maße erkannt haben, daß ihre Parteien absolut nicht die Grundlagen des Sozialismus schaffen, halten doch an der traditionellen Linie, der Linie der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie und des Antikommunismus hartnäckig fest.

Die am stärksten rechtsgerichteten Führer unternehmen große Anstrengungen, um, äußerlich mit der Notwendigkeit bestimmter Korrekturen in der Politik ihrer Parteien einverstanden, mit allen Mitteln dem antiimperialistischen Kampf der Massen, dem Wachstum ihres politischen Bewußtseins und der Aktivierung der linken Kräfte in der sozialdemokratischen Bewegung entgegenzuwirken. Obwohl sie z. B. eingestehen, daß die Sozialdemokratie durchaus nicht die „soziale Gerechtigkeit" gewährleistet hat, beschwichtigen sie gleichzeitig ihre Anhänger damit, daß die Sozialdemokratie sich „ganz am Anfang ihrer Tätigkeit" befinde und daß die Errichtung des Sozialismus eine ständige, langandauernde Aufgabe sei, die niemals aufhöre zu bestehen. Gleichzeitig können die Führer der sozialdemokratischen Parteien nicht ganz die Forderungen der Werktätigen auf sozialökonomischem und politischem Gebiet und auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen ignorieren, obwohl eine weit fortgeschrittene Abhängigkeit von der bürgerlichen Ideologie und Politik den Bemühungen, die in der Welt vor sich gehenden Veränderungen zu berücksichtigen, strenge Grenzen setzt.

Seine Widerspiegelung fand dieser widersprüchliche Prozeß in der Ausarbeitung verschiedener programmatischer Erklärungen perspektivischer Art durch eine Reihe sozialdemokratischer Parteien, sei es in der Form von Parteidokumenten, von Regierungserklärungen oder von Wahl-Manifesten usw.

So deklarierten die Labourführer im Herbst 1969 eine „Tagesordnung der Generation". Dennoch gelang es ihnen nicht, sich mit Hilfe dieser von der Labour-Regierung übernommenen „Tagesordnung" an der Macht zu halten. Die SPD arbeitete 1968 die „Sozialdemokratischen Perspektiven beim Übergang zu den 70er Jahren" aus, vollendete ihr Wahl-Manifest 1969 unter der Bezeichnung „Wir schaffen das neue Deutschland" und warf dieselben Probleme auf dem Parteitag in Saarbrücken 1970 und in einigen anderen Dokumenten auf. Die SPÖ formulierte im Verlauf von 2 Jahren vor den letzten Parlamentswahlen, die im März 1970 stattfanden, mit Hilfe von 1400 Experten, einschließlich „unabhängiger Spezialisten", ein ausführliches Aktionsprogramm, das die Absicht proklamierte, ein „modernes Österreich" zu schaffen.

Die genannten Dokumente, Erklärungen und Ausarbeitungen werden als politische Alternativen der sozialistischen Parteien für die existierenden gesellschaftlichen Verhältnisse ausgegeben. Jedoch fehlt in diesen Dokumenten die Klassenanalyse der bürgerlichen Gesellschaft; sie gehen von der Praxis der „sozialen Partnerschaft" aus und orientieren sich darauf, daß die existierende Ordnung angeblich keine grundlegenden revolutionären Veränderungen benötigt.

Was ist für all diese Alternativen — abgesehen von diesen oder jenen in diesem Zusammenhang konkret gestellten Aufgaben — charakteristisch?

Ihre Hauptrichtung läßt keinen Zweifel offen: Die sozialdemokratischen Führer wollen, im Namen des „ganzen Volkes" auftretend, mit Methoden der staatsmonopolistischen

13) R. Milliband, The State in Capitalist Society. London 1969, S. 97.
14) Ebd., S. 274.

Regulierung noch effektiver die Wirtschaft der bürgerlichen Gesellschaft leiten. Dabei sind sie sichtlich darum besorgt, keine großen sozialpolitischen Erschütterungen wie in Frankreich im Mai/Juni 1968 zuzulassen [15]).

In konkrete Aktionsprogramme und Regierungserklärungen sind unter dem Druck der Massen Vorschläge zu Fragen der Verstärkung des Wohnungsbaues, der Verbesserung des Gesundheitswesens, der Lösung von Problemen der Bildung usw. aufgenommen worden.

Natürlich würden die Werktätigen, wenn die sozialistischen Parteien — wenn auch in begrenztem Maße — wirklich zur Linderung der negativen Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution und zu einer gewissen Verbesserung der Lage der Massen beitragen würden, diese Art von Maßnahmen gutheißen. Aber erstens ist eine auch nur teilweise Verbesserung des Lebensniveaus der Werktätigen ohne intensiven Klassenkampf unmöglich, zweitens existiert immer die Gefahr, daß sich ohne starken Druck der linken Kräfte die durchzuführenden Reformen im Endeffekt in Mittel zur Festigung der sozialökonomischen und politischen Grundlagen des Kapitalismus verwandeln. Und schließlich drittens lösen die von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen Maßnahmen nicht die grundlegenden gesellschaftlichen Probleme und verändern nicht die soziale Lage des Proletariats als der ausgebeuteten Klasse.

Wenn man über die Perspektiven des antiimperialistischen Kampfes und die Stellung der Sozialdemokratie spricht, dann werden die auf den Schutz und die weitere Entwicklung der demokratischen Errungenschaften und die Erfüllung der Forderungen der breiten Volksmassen gerichteten praktischen Handlungen zum Prüfstein für die guten Absichten dieser Parteien.

Unter den Werktätigen, einschließlich der Anhänger der Sozialdemokratie, wächst das Streben nach einer solchen Erweiterung der Demokratie, die objektiv eine entschiedene Begrenzung und Beseitigung der ökonomischen und politischen Macht der Monopole erfordert. So existieren Einrichtungen der Arbeitervertretungen längst in vielen kapitalistischen Ländern, jetzt aber fordern die Arbeiter eine wirkliche Erweiterung ihrer Rechte bei der Lösung von Fragen, die die Produktion betreffen. Organe der Studentenselbstverwaltung existieren schon seit langem, jetzt aber kämpfen die Studenten für eine echte Beteiligung bei der Lösung von Fragen, die sowohl die Bedingungen des Studiums als auch ihr weiteres Schicksal betreffen.

Die Jugendorganisationen vieler sozialistischer Parteien fordern sozialpolitische Reformen, die nicht die Festigung des bestehenden Systems, sondern seine Veränderung bewirken.

Während die linken Kräfte in den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften nach Wegen für die Realisierung solcher Forderungen suchen, ist der rechte Flügel mit der Suche nach Mitteln zur Zurückhaltung des Kampfes der Massen beschäftigt. Dabei verkündet er, daß diese Ziele „im Grunde mit den Prinzipien des demokratischen Sozialismus übereinstimmen". Sie erklären, daß der „demokratische Sozialismus" immer „die führende Rolle im Kampf für eine lebendigere und realere Demokratie" gespielt habe [16]). Jetzt stellten die Führer der einflußreichen sozialdemokratischen Parteien die Erklärung in den Mittelpunkt ihrer ideologischen Arbeit, daß diese Parteien in den 70er Jahren für die Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens eintreten und dies in ihrer heutigen Entwicklungsetappe zum grundlegenden Inhalt ihrer Anstrengungen machen wollen. Auf dieses Thema kommen besonders oft die Führer der SPÖ und der SPD zu sprechen, die jetzt bei der Aufstellung der Aufgaben der Sozialdemokratie für das kommende Jahrzehnt den Ton angeben. In dem umfangreichen Artikel „Sozialdemokratische Perspektiven für die siebziger Jahre", der in dem theoretischen Organ der SPD abge-

15) So erklärt die Zeitung „Vorwärts" die Gleichzeitigkeit gewisser Reformen in der BRD und der Unerläßlichkeit, die Gefahr der „erzwungenen Lösung" von Widersprüchen zu beseitigen, die in der BRD ähnliche Ereignisse hervorrufen könnten wie die Mai/Juni-Ereignisse. Einer der rechten SPD-Führer, Georg Leber, hält die vorgeschlagene Parteipolitik der „Vermögensbildung" bei den Arbeitern für die „beste Medizin" gegen die Infektion durch die revolutionäre Ideologie.

16) „Socialist International Information", 21. 9. 1968, S. 209.

druckt wurde, schreibt Bruno Kreisky, der Führer der SPÖ: „Heute geht es um das Problem der Demokratisierung aller Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens" [17]). In der Rede auf dem Parteitag in Saarbrücken im Mai 1970 formulierte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt eine analoge These: „Die jetzige Phase in der Entwicklung der deutschen und der europäischen Sozialdemokratie, die Aufgabenstellung für die siebziger Jahre, handelt von der sozialen Demokratie. Wir sind überzeugt: Ohne Demokratie in Staat und Gesellschaft, ohne Mitbestimmung und ohne Mitverantwortung in allen großen Bereichen wird es keine stabile Demokratie geben." Deshalb, so folgerte er, ist die politische Linie der Sozialdemokratie der 70er Jahre „die Verwirklichung der sozialen Demokratie, das heißt die Demokratisierung unserer Gesellschaft" [18]).

Unter den Mitgliedern und Funktionären der sozialdemokratischen Parteien erhebt sich jedoch die Frage, auf welche Weise der Kurs auf die „allgemeine Demokratisierung" verwirklicht werden wird. Schon seit mehr als einem Jahrzehnt versprechen die Führer dieser Parteien den Beginn der Ära der „sozialen Demokratie" in Ergänzung zur politischen Demokratie, die angeblich in den kapitalistischen Ländern schon längst existieren soll. Aber sogar die neueste Praxis zeugt von etwas anderem. Als die Labour-Führer an der Macht waren, versuchten sie — wenn auch angesichts des Widerstandes der Massen erfolglos — gewerkschaftsfeindliche Gesetze durchzusetzen. Als die SPD-Führer in der Regierung der „großen Koalition" waren, stimmten sie für die „Notstandsgesetzgebung" in der BRD.

Die Demokratisierung aller Seiten des gesellschaftlichen Lebens und sogar die Erhaltung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten sind ohne die Einschränkung der Macht der Monopole, ohne die Stärkung des allseitigen Einflusses der Arbeiterklasse unmöglich. Was aber wird in dieser Beziehung von den Führern der Sozialdemokratie unternommen? Willy Brandt erklärte auf dem Parteitag in Saarbrücken, daß die Demokratisierung „eine zielstrebige Abschaffung der Privilegien auf allen Gebieten" bedeutet. Das aber ist nicht realisierbar, ohne vor allem ein solches „Privileg" wie die Konzentration der Hauptproduktionsmittel in einer Handvoll von Monopolen einzuschränken.

Indessen äußern sich jetzt z. B. auch die skandinavischen sozialdemokratischen Parteien nicht nur zu einer echten Vergesellschaftung der Produktion, sondern auch zu einer gewöhnlichen bürgerlichen Nationalisierung negativ. Im Statut der englischen Labour-Partei ist noch der Punkt über die Notwendigkeit der Vergesellschaftung aller wichtigen Produktionsmittel erhalten geblieben, obwohl die Rechten Anstrengungen unternehmen, ihn zu beseitigen. Die Bedeutung dieses Punktes ist jedoch von einer Reihe anderer programmatischer Dokumente der Labour-Partei entscheidend untergraben worden. Auch Willy Brandt erklärte unlängst in einem seiner Interviews: „Die SPD und die von ihr geführte Bundesregierung denkt nicht an Sozialisierungsexperimente" [19]).

Die Grundlinie der Mehrheit der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien besteht darin, diese Fragen nur vom Standpunkt der „wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit", d. h. des Funktionierens der staatsmonopolistischen Wirtschaft aus zu entscheiden. Um der tiefen Unzufriedenheit der Werktätigen mit der Willkür und der Allmacht der Monopole gewissen Tribut zu zollen, sind die sozialdemokratischen Parteien gezwungen, davon zu sprechen, daß sie im Prinzip die Notwendigkeit irgendeiner Form der Kontrolle über die Monopole und des Hinzuziehens der Massen zur Lösung von Fragen der Produktion anerkennen. Dieses Problem wird aber ohne einen Zusammenhang mit den Eigentumsverhältnissen wie eine gewisse autonome Aufgabe betrachtet, die im Rahmen der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie gelöst werden könne.

In einzelnen Gruppen der sozialdemokratischen Bewegung bahnt sich langsam ein realistisches Herangehen an das Kräfteverhältnis in der internationalen Arena an. Der Prozeß der Differenzierung widerspiegelt sich bereits in gewissem Maße an den Positionen der sozialistischen Parteien in der Sphäre der internationalen Beziehungen. Der offizielle

17) „Die neue Gesellschaft", Mai—Juni 1970, S. 290.
18) „Vorwärts", 21. 5. 1970.
19) „Der Spiegel", 22. 6. 1970, S. 26.

außenpolitische Kurs der meisten Parteien, besonders in den Mitgliedsländern der NATO, unterlag zwar keinen grundlegenden Veränderungen und beruht auf der Unterstützung der NATO und der allgemeinen imperialistischen Politik. Jedoch gibt es in den Positionen der verschiedenen Parteien mitunter wesentliche Nuancen. Die durch die Aggression gegen die Völker Indochinas verursachte zunehmende politische Isolierung des amerikanischen Imperialismus auf der internationalen Arena zwang fast alle sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, sich von der ursprünglichen Unterstützung der USA in diesem Gebiet loszusagen. Vertreter einiger Parteien, die in der Sozialistischen Internationale sind, verurteilen ganz konsequent die amerikanische Aggression. Viele Führer anderer Parteien, die sich wegen der „atlantischen Solidarität" nicht entschließen können, die USA direkt zu kritisieren, äußern sich dennoch für eine politische Lösung der Probleme Indochinas.

Von den Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale nimmt die Sozialistische Partei Japans eine besondere Stellung zu den Fragen von Krieg und Frieden ein. Diese Partei tritt entschieden gegen das amerikanisch-japanische Sicherheitsabkommen, d. h. gegen das Militärbündnis zwischen den USA und Japan, gegen die Militärbasen auf ihrem Territorium und den Aufenthalt der amerikanischen U-Boote in ihren Häfen sowie für eine positive Neutralität des Landes auf. Die SPJ unterstützt den Kampf der Völker, die ihre Unabhängigkeit verteidigen.

Die Veränderungen der Situation, in der Stimmung der breiten Öffentlichkeit vieler Länder, die in breitem Umfang unter dem Einfluß der friedliebenden Politik der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten vor sich gegangen sind, haben einen spürbaren Einfluß auf die Stellung der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien zu den Problemen der europäischen Sicherheit ausgeübt. In vielen Parteien verstärkten sich in den 60er Jahren die Forderungen nach Anerkennung der realen Lage in Europa. Die finnischen, dänischen und holländischen Sozialdemokraten traten vor einigen Jahren für die Anerkennung der Grenzen zwischen den beiden deutschen Staaten ein. Die Holländische Arbeiterpartei hält die Anerkennung der DDR für unerläßlich. In der BRD traten die Jungsozialisten und einzelne Grundorganisationen der SPD mit der Forderung der offiziellen Anerkennung der DDR auf. Dank dem beharrlichen Kampf der UdSSR und anderer sozialistischer Länder wie auch einiger Veränderungen in realistischer Richtung in der Politik der neuen westdeutschen Regierung unter Leitung der Sozialdemokraten wurde am 12. August 1970 in Moskau ein Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD unterzeichnet. Das Wichtigste in diesem Vertrag ist die Anerkennung der Unverletzlichkeit der in Europa existierenden Grenzen, die Abkehr von der Gewaltanwendung oder -androhung und ihrer Ausnutzung bei der Lösung von Streitfragen. Das ist ein ernster Beitrag zur Sache der Entspannung in Europa. So wichtig bestimmte positive Veränderungen in den Positionen der sozialdemokratischen Parteien zu internationalen Problemen, insbesondere zur Frage der europäischen Sicherheit, auch sein mögen, es sind alles nur erste Schritte. Sie sind nicht nur inkonsequent, sondern werden auch begleitet von Rückfällen in jenen bankrotten Kurs, der charakteristisch für die Führung der Sozialdemokratie zur Zeit des „kalten Krieges" war. Namentlich zeugen davon die Absichten einiger Funktionäre, als wichtigste Aufgabe für die sozialdemokratische Politik der 70er Jahre die Ausarbeitung einer „Alternative zum Kommunismus" in den sozialistischen Ländern in den Vordergrund zu rücken. Diese Funktionäre rufen aufs neue dazu auf, die Rolle der rechten Sozialdemokratie bei der ideologischen Diversionstätigkeit gegen die sozialistischen Länder, gegen die sozialistische Staatengemeinschaft su stärken. Nicht zufällig empfiehlt Bruno Kreisky in einem seiner Interviews, sich vor allem auf diejenigen Leute in den sozialistischen Ländern zu orientieren, die sich seinen Worten nach „gegenwärtig noch als Kommunisten bezeichnen, in Wirklichkeit aber mit dem Kommunismus schon längst zu Ende sind" [20]). Es ist klar, daß sich dieser Kurs in schreiendem Widerspruch zur Politik der internationalen Entspannung befindet. Er spielt der imperialistischen Reaktion in die Hand, nützt der sozialdemokratischen Bewegung in keiner Weise und untergräbt ihren Einfluß auf die Massen.

[20]) „Die neue Gesellschaft", Sonderheft, 1. Mai 1969, S. 90.

Viele Führer der Sozialdemokratie und die Spitze der Sozialistischen Internationale sind auch jetzt in bedeutendem Maße Gefangene der Taktik der herrschenden Kreise des aggressiven NATO-Blocks. Diese Taktik besteht darin, unter Zustimmung zur Idee einer europäischen Sicherheitskonferenz deren Durchführung nach Möglichkeit zu bremsen oder überhaupt zu torpedieren. Der amerikanische Imperialismus befürchtet, daß die Entspannung in Europa die Grundlagen der NATO zerstören könnte. Die Ergebenheit gegenüber der NATO und der Politik der Festigung dieses aggressiven Blocks bremst zweifellos die weitere Entwicklung der positiven Veränderung in der sozialdemokratischen Bewegung in den Fragen von Krieg und Frieden. Der Antikommunismus in der Führung der Sozialistischen Internationale stört die Entwicklung von Kontakten zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten im Interesse der Gewährleistung des Friedens und der internationalen Sicherheit.

Ideologische Meinungsverschiedenheiten und Perspektiven für die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten

Es stellt sich die Frage: Welche Perspektiven für die Zusammenarbeit der Arbeiterparteien existieren überhaupt im Lichte jener Veränderungen, von denen oben die Rede war? Das ist ein Problem, das auch die sozialdemokratischen Parteien nicht übergehen können.

Die Herstellung der Aktionseinheit von kommunistischen und sozialistisch gesinnten Werktätigen, von verschiedenen Arbeiterparteien ist eine unerläßliche, aber immer noch schwierige Aufgabe. Es gibt Faktoren, die ihre Realisierung begünstigen, aber es gibt auch solche, die ihr entgegenwirken. Die Möglichkeiten sind natürlich in den einzelnen Ländern unterschiedlich.

Auf dem Wege zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterparteien existieren nicht geringe Schwierigkeiten. Wir beachten im gegebenen Fall nicht alle Aspekte dieses Problems, die eine spezielle Analyse erfordern, sondern betrachten nur das Verhältnis der offiziellen Leitung der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien zur Aktionseinheit der Arbeiterklasse.

Die Führer der Mehrzahl der sozialdemokratischen Parteien fahren fort zu behaupten, daß es zwischen ihnen und den Kommunisten „überhaupt nichts Gemeinsames" gibt, daß sie unversöhnliche ideologische und politische Widersprüche trennen. Die ideologischen Meinungsverschiedenheiten, so erklären sie, schließen eine Zusammenarbeit aus. Sie versuchen die Werktätigen davon zu überzeugen, daß, sobald die Mehrheit der Arbeiter in einer Reihe von Ländern die sozialdemokratischen Parteien unterstützt, das Problem der Einheit im allgemeinen dann hier als gelöst betrachtet werden kann. Diese Argumentation ist im Grunde ihres Wesens zutiefst falsch. Die Einheit soll dazu dienen, der Arbeiterklasse die Möglichkeit zur Durchführung einer selbständigen Politik zum Schutz ihrer Klasseninteressen und im Kampf für den Sozialismus zu gewährleisten. Aber gerade die Abhängigkeit der Sozialdemokratie von der bürgerlichen Politik stört dies. Die Abkehr der sozialdemokratischen Führer vom Kurs auf die Aktionseinheit mit den kommunistischen Parteien führt zur Festigung dieser Abhängigkeit.

Der rechte Flügel der Sozialistischen Internationale erreichte auf dem XI. Kongreß dieser Organisation im Juni 1969 die Annahme einer speziellen antikommunistischen Resolution, um einmal ihre auf die Vertiefung der Spaltung der Arbeiterklasse gerichtete Linie zu rechtfertigen und zum anderen das Wachstum der linken Kräfte in den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien aufzuhalten. Auf demselben Kongreß wurde diese Resolution jedoch von der Sozialistischen Partei Japans und der Finnischen Sozialdemokratischen Partei abgelehnt. Die Kampagnen gegen die Zusammenarbeit mit den Kommunisten werden dennoch unter Berufung auf ideologische Meinungsverschiedenheiten fortgesetzt. Eine aktive Rolle dabei spielt Bruno Kreisky, dessen Meinung nach „nichts gefährlicher wäre, (als) der These der Kommunisten nachzugeben, die sagen, die Sozialdemokraten wollen ... dasselbe, nur mit anderen Mitteln" [21]). Die SPD-Führung

[21]) „Die neue Gesellschaft", Sonderheft, 1. Mai 1969, S. 90.

verharrt auch auf ihrem negativen Verhalten zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Sie lehnte die mehrmaligen Aufrufe der DKP mit der Erklärung ab: „Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gibt es keine Gemeinsamkeiten. Es gibt keinerlei Anlaß für gemeinsame Gespräche oder gar gemeinsame Aktionen" [22]). Jegliche Kontakte der Sozialdemokraten mit den Kommunisten werden von der SPD-Führung unterbunden. Bruno Kreisky stellt fest, daß die Sozialdemokratie in den 70er Jahren Bündnissen nicht aus dem Wege gehen wird, aber nicht mit den Kommunisten, sondern z. B. mit den Parteigängern von J.-J. Servan-Schreiber in Frankreich, der „interessante Ideen" hat. Das Wesen dieser „interessanten Ideen" ist bekannt. Es besteht in der Schaffung eines neuen antikommunistischen Blocks der „dritten Kraft" unter Einbeziehung der französischen Sozialisten. Von analogen Ideen ließen sich auch die italienischen Sozialdemokraten leiten, als sie die Schaffung eines „linken Zentrums" unterstützten und sich den rechten Funktionären in der SPI annäherten. Sie sprachen offen von dem Bestreben, die kommunistische Partei zu isolieren.

Es ist unbestreitbar, daß zwischen den Kommunisten und den sozialdemokratischen Parteien weiterhin tiefe, prinzipielle Meinungsverschiedenheiten in Grundproblemen und vor allem in der Frage nach den Zielen der Arbeiterbewegung und den Wegen ihrer Verwirklichung bestehen bleiben. Die Ideologie und Politik der rechten Führer der Sozialdemokratie schaffen ernste Hindernisse auf dem Wege zur Zusammenarbeit und zu Kontakten zwischen kommunistisch und den sozialistisch gesinnten Werktätigen, zwischen den Arbeiterparteien. Deshalb ist eine tiefgehende und systematische Kritik der opportunistischen Theorie und Praxis ein unerläßlicher Bestandteil des Kampfes für die Einheit der Arbeiter.

Zur gleichen Zeit sind die Kommunisten nicht der Meinung, daß die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten wenigstens im allgemein-demokratischen antiimperialistischen Kampf (und gerade er steht jetzt an erster Stelle) bis zu jener Zeit verschoben werden sollte, da die hauptsächlichsten die Arbeiterparteien trennenden Meinungsverschiedenheiten beseitigt sein werden. Die Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen wird nicht nur von den Lebensinteressen der Werktätigen bestimmt, sondern auch davon, daß sich nur im Verlauf der tagtäglichen Zusammenarbeit die Bedingungen für den gemeinsamen Kampf für den Sozialismus herausbilden können. „Unsere Linie gegenüber der Sozialdemokratie ist denkbar klar", betonte der Delegationsleiter der KPdSU, Leonid Breschnew, in seinem Beitrag auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969. „Wir werden nach wie vor den Kampf gegen unsere ideologischen und politischen Gegner in ihren Reihen von den prinzipiellen Positionen des Marxismus-Leninismus aus führen; zugleich sind wir entschlossen zur Zusammenarbeit und zu einheitlichen Aktionen mit denjenigen, die tatsächlich bereit sind, gegen den Imperialismus, für den Frieden, für die Interessen der Werktätigen zu kämpfen. Es gibt brennende Fragen, in denen die Aktionseinheit zwischen den Arbeiterparteien, darunter auch denen, die für die Politik ihrer Staaten verantwortlich sind, besonders notwendig geworden ist. Das sind vor allem die Fragen, die mit der Abwendung eines Weltkrieges, mit der Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems, mit dem Kampf gegen die Gefahr des Faschismus verbunden sind" [23]).

In den allgemeinen Klasseninteressen der Werktätigen, die Anhänger der Kommunisten und der Sozialisten sind, und in den objektiven Erfordernissen des Klassenkampfes liegt im Endeffekt der Hauptbeweggrund für die Politik der Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialisten. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Übereinkunft zwischen den leitenden Organen der Parteien, sondern auch und hauptsächlich um die Einheit im praktischen Kampf auf allen Ebenen, in allen Formen.

Die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialisten bahnt sich, abgesehen von allen Schwierigkeiten, in verschiedenen Formen den Weg. Die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften verschiedener Richtungen innerhalb der einzelnen Länder und im internationalen Maßstab sind aktiviert worden. Ungeachtet der offiziellen Verbote der

22) „Vorwärts", 2. 1. 1969.
23) „Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969". Dietz Verlag, Berlin 1969, S. 205.

Sozialistischen Internationale gab es in den 60er Jahren direkte Kontakte einiger Mitgliedsparteien dieser Organisation (Finnische Sozialdemokratische Partei, SP Japans, SFIO) mit den kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder.

In einigen Ländern des entwickelten Kapitalismus wurden in den letzten Jahren gewisse Erfahrungen in der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialisten gesammelt, die sowohl von den Möglichkeiten als auch von der großen Kompliziertheit dieses Prozesses zeugen. In Finnland nahmen die Kommunisten und Sozialdemokraten an der Regierung von 1966—1970 teil, die von den Vertretern der Finnischen Sozialdemokratischen Partei geführt wurde (und nach den neuen Parlamentswahlen im März 1970 im Rahmen einer breiteren Koalition unter Leitung von Vertretern der Zentrumspartei stand). Was zeigen diese Erfahrungen? Auf dem Gebiet der Innenpolitik gelang es dieser Regierung, einige Maßnahmen im Interesse der werktätigen Massen durchzuführen (die Erhöhung der Alters- und Invalidenrente, Erhöhung der Wohnungsbaukredite, der Arbeitslosenunterstützung u. a.). Auf dem Gebiet der Außenpolitik hielt die Regierung an dem Kurs auf die Festigung der Zusammenarbeit mit der UdSSR fest und sprach sich für die Unterstützung der Initiative der sozialistischen Länder zu Fragen der europäischen Sicherheit aus. Zugleich traten auch einige Schwierigkeiten in der Arbeit dieser Regierung und auf dem Wege zur Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten in ihr auf.

In Frankreich beschritten die kommunistische und die sozialistische Partei im Laufe der 60er Jahre mehrmals den Weg gemeinsamer Aktionen. Ihre Zusammenarbeit komplizierte sich deshalb, weil innerhalb der SFIO der Kampf nicht nachließ, in dessen Verlauf bald die Parteigänger und bald die Gegner des Bündnisses mit den Kommunisten die Oberhand gewannen.

Ungeachtet der Bemühungen des rechten Flügels der Sozialistischen Partei, der die Zusammenarbeit stört und ihr während der Mai/Juni-Ereignisse 1968 einen Schlag zufügte, sind die Möglichkeiten für die Zusammenarbeit besonders dann nicht erschöpft, wenn die Sozialisten der Linie folgen werden, die auf dem Parteitag in Issy-les-Moulinaux (wenn auch mit gewissen Vorbehalten) und auf dem außerordentlichen Parteitag im Sommer 1970 vorgezeichnet wurde. Der Kampf der verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei hat nicht aufgehört. Das fand auf der letzten Tagung des Nationalrates im Oktober 1970 seine Widerspiegelung, die formal zur Festlegung der Taktik für die bevorstehenden Munizipalwahlen im Frühjahr 1971 einberufen wurde. Die Beschlüsse des Rates tragen den Charakter eines Kompromisses zwischen den verschiedenen Strömungen. Während sie die Notwendigkeit der Einheit der linken Kräfte betonen, enthalten sie aber gleichzeitig die kategorische Verurteilung zentristischer Kombinationen. Wenn sich die Sozialistische Partei nicht als fähig erweist, eine feste Linie auf das Bündnis der linken Kräfte zu verfolgen, dann sind ihre weitere Schwächung und ihr Verfall in einem solchen Lande wie Frankreich unvermeidlich [24]).

In Italien führte in einer Situation heftiger politischer Kämpfe der Drang der Masse der Sozialisten nach wirklichem Klassenkampf im Juli 1969 zum Zerfall der Vereinigten Partei PSI-PSDI (Partito Socialista Italiano und Partito Socialdemokratico Italiano), die vor 3 Jahren auf der Grundlage einer antikommunistischen Plattform geschaffen worden war. Die Sozialistische Partei Italiens (PSI) arbeitet mit den Kommunisten in den Gewerkschaften, im Friedenskampf und in den Organen der örtlichen Selbstverwaltung weiter zusammen. In der von den Sozialdemokraten neugebildeten Sozialistischen Einheitspartei (Partito Socialista Unitario — PSU), deren Führer von scharf antikommunistischen Positionen aus auftreten, wachsen die inneren Spannungen, und der Übergang einzelner ihrer Organisationen zur Sozialistischen Partei Italiens (PSI) ist zu verzeichnen.

In den letzten 10—15 Jahren führte der innere Kampf in einigen Ländern (in Frankreich, Italien, Belgien, Finnland u. a.) zur Abtrennung neuer sozialistischer Strömungen und Gruppen von den ursprünglichen Parteien. Ihre Positionen sind überwiegend schwach, ihre politische Haltung ist gegenwärtig nicht deutlich geprägt, und einige dieser Strö-

[24]) Inzwischen hat sich die SFIO bekanntlich als „Parti Socialiste" neu konstituiert und mit der FKP ein gemeinsames Regierungsprogramm ausgearbeitet. Vgl.: Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich. Von der Parti Socialiste autorisierte deutsche Ausgabe, „Hefte zu politischen Gegenwartsfragen", Band 4, Köln 1972. D. Red.

mungen erlitten danach erneut Spaltungen. In der Regel war die Bildung neuer Strömungen ein Ausdruck des Protestes gegen die Politik der rechten Führer der Sozialdemokratie.

Das Verhältnis dieser neuen Parteien und Gruppen zum Problem der Einheit der Arbeiterklasse ist durchaus nicht einheitlich. Einige von ihnen, z. B. die PSIUP (Sozialistische Partei der proletarischen Einheit Italiens), der Sozialdemokratische Bund der Arbeiter und Kleinbauern in Finnland, arbeiten mit den Kommunisten im allgemein-demokratischen Massenkampf und bei Wahlkampagnen aktiv zusammen und treten für Frieden und Sozialismus ein. Aber es gibt auch andere Situationen. In Frankreich z. B. verfiel die Vereinigte Sozialistische Partei (PSU), die sich seinerzeit von der SFIO abspaltete, in der Periode der Mai/Juni-Unruhen 1968 in Links-Extremismus und bezog scharf antikommunistische Positionen. Sehr widersprüchlich sind die programmatischen und taktischen Konzeptionen der Sozialistischen Volkspartei Norwegens.

Auf diese Weise sind die konkreten Bedingungen für die Zusammenarbeit mit den neuen sozialistischen Strömungen nicht einheitlich. Wenn die Kommunisten über Aktionseinheit mit den Sozialisten sprechen, so orientieren sie klar: Die Zusammenarbeit geschieht für die Interessen der Werktätigen mit allen jenen Parteien und Strömungen, die wirklich für diese Interessen eintreten, darunter natürlich auch mit den neuen sozialistischen Parteien.

Diese kurze Analyse der Situation in der sozialdemokratischen Bewegung zeigt, daß in ihr verschiedene Tendenzen wirksam sind. Obwohl die Positionen der Parteigänger der Klassenharmonie und des Antikommunismus immer noch eine dominierende Rolle spielen, zeigt sich auch der Prozeß der Differenzierung, der politisch-ideologischen Abgrenzung zwischen dem rechten Flügel und jenen Sozialisten, die immer beharrlicher für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus eintreten. Die Führer der europäischen Sozialdemokratie behaupten, daß sich in den 70er Jahren der Sozialdemokratie große Perspektiven eröffnen. Alle Erfahrungen der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung und die heutigen Lehren des Klassenkampfes zeugen jedoch unbestreitbar davon, daß nur diejenigen sozialistischen Parteien eine Zukunft haben, die die Bereitschaft zeigen, gemeinsam mit den Kommunisten ihren Beitrag zur Sache des Friedens und des sozialen Fortschritts zu leisten.

Hefte zu politischen Gegenwartsfragen

1 Hans-Dieter Bamberg, Über Werdegang, Aktivitäten und Ansichten des Rainer Barzel
2 Reinhard Kühnl, Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus. Ein Gutachten
3 Winfried Schwamborn und Thomas Schmitt, Wehrkunde – Militär in den Schulen
4 Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich
5 Wilfried v. Bredow, US-Kriegführung in Vietnam. Neue Dokumente und Materialien.

Jeder Band DM 3,–

Pahl-Rugenstein

Fernseh-Spalte

MARGINALIEN ZUR
ZDF-IDEOLOGIE (II)

Was unter ZDF-Ideologie zu verstehen ist und was die Verwendung dieses Begriffes rechtfertigt, versuchte ich in der letzten Ausgabe der „Blätter" zu skizzieren. Inzwischen gab ZDF-Papst Holzamer eine weitere Vorstellung seiner Ego-Show „Gespräch mit dem Zuschauer". Die Ansagerin suggerierte eine spannende Sache: um dem Verdacht einer Manipulation zu begegnen, werde man das Gespräch ungekürzt senden. Dazu häkelte sie eine höfliche Entschuldigung für die überzogene Sendezeit, was nun eine echte Novität war. Denn sonst ist man dort nicht so empfindsam in dieser Hinsicht. Es war dann wirklich spannend. Ein wißbegieriger junger Mann hatte die schweigende Mehrheit der Holzamer wie immer gebannt lauschenden Statisterie unterwandert. Auf einige wenige gezielte Fragen erhielt er keine Antwort, wenn man die ausweichenden Floskeln des Professors nicht als solche mißverstand. Wir wollen doch erst noch ein paar andere Fragen anhören, entschied mehrmals der Star der Show, und er mag dem lieben Gott heiß gedankt haben, daß sich da irgendwo im Raum ein gereckter Arm fand, dessen Inhaber dann den Mund zu rettendem Geschwafel auftun durfte. So verging die Zeit, und jener junge Mann wurde weder seine mit Sicherheit brisanten Fragen los noch mit einer Auskunft beehrt. Das ist das Gespräch mit dem Zuschauer nach Art des ZDF-Hauses: Und willst du nicht mein Bruder sein, so springt ein andrer dafür ein. Gibt es denn in diesem merkwürdigen Land tatsächlich keine Mittel und Wege, den Mainzer Gott einmal zu einer ehrlichen Auseinandersetzung mit einem kritischen Geist zu zwingen? Nein, in dieser Sendung wurde wahrlich nicht manipuliert. Hier zeigte sich einmal mehr die Institution in ihrer ganzen absolutistischen Vollkommenheit. Das ZDF inszeniert stets seine eigene „Wirklichkeit", am erbärmlichsten in den „Familiensendungen", am schlimmsten in den sogenannten Dokumentarspielen.

Es ist zwar angenehm, eine Bestätigung der kritischen Ansichten zu erfahren, die man (an dieser Stelle) seit vielen Jahren vertritt, aber wem nützt das. Ich spiele auf ein im Spiegel gezogenes Resümee dessen an, was im ZDF euphemistisch „Dokumentarspiel" genannt wird. In diesem Artikel („Spiegel", Nr. 26/1972) wird unumwunden festgestellt, daß der frühere Mainzer Hauptabteilungsleiter Wolfgang Bruhn „das ZDF-Dokumentarspiel ruiniert" habe. Dazu ist nur festzustellen, daß es nichts zu ruinieren gab, was die folgenden „Spiegel"-Zitate auch schlicht beweisen: „Ob Revolution, Spionageaffäre, Agentenstory, Kriminalfall oder zeitgeschichtlicher Skandal — stets zeigte das ZDF ‚Entertainment mit Kostümen' (Kritiker Melchior Schedler). Ob die immer gleichen Hauptdarsteller und Chargen Bismarck, Ebert oder Anastasia spielten . . ., stets kam dabei eine Romanze, eine Posse oder ein Melodrama heraus. Bei der Arbeitsweise und der Ideologie dieser ZDF-Redaktion ging es gar nicht anders." Es folgt eine stichhaltige Begründung, bezogen auf die politische ZDF-Hierarchie. Und im gleichen Artikel heißt es, daß Bruhn-Nachfolger Jürgen Neven-du Mont die Krise noch verschärft habe. Der einst doch zumindest liberale und kritische Journalist brachte als Mitgift in sein neues Amt das eigene Skript des Fernsehspiels vom „Soldatenmord in Lebach" ein und gab die Produktion frei. Trotz zahlreicher Proteste, die sich bis zum Vorwurf „moralischer Lynchjustiz" steigerten, wurde die Sendung inzwischen vom Oberlandesgericht Koblenz goutiert. So haben denn die „reaktionären Geschichtsdarstellungen" Bruhns („Spiegel") eine aktuelle Entsprechung gefunden. Wie verlautet, will Neven-du Mont spektakuläre Fälle aus jüngster Zeit abgrasen. Die evangelische Zeitschrift „medium" (Nr. 4/1972) stellt folgerichtig am Schluß eines Artikels über den skandalösen Lebach-Film die Frage, „wann denn eine dreiteilige Rekonstruktion der Taten der Baader-Meinhof-Gruppe in die Planung aufgenommen wird". Was selbst Zimmermann nicht wagte, wer weiß, vielleicht wirft es der neue Chefindeologe des ZDF-Dokumentarspiels dem gesunden Volksempfinden als kräftigen Happen zum Fernsehbier hin.

E. H. Wahl

BRD und Verfügungsgewalt über Kernwaffen

Dieter Mahncke, Nukleare Mitwirkung. Die Bundesrepublik Deutschland in der atlantischen Allianz 1954—1970. Verlag Walter de Gruyter, Berlin (W)/New York 1972, 274 S., 64,— DM.

Als Band 6 der von Richard Löwenthal und Gilbert Ziebura herausgegebenen „Beiträge zur auswärtigen und internationalen Politik" ist Dieter Mahnckes Studie ein Lehrbeispiel für die Möglichkeiten und Grenzen beschreibender Diplomatiegeschichte. Die Möglichkeiten: aufgearbeitet sind fast sämtliche erreichbaren Aufsätze und Monographien, die über das Thema verfaßt worden sind, ferner deutschsprachige und internationale Zeitungen und Zeitschriften. Da der Autor wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn ist, haben ihm darüber hinaus auch die Kontakte dieser Institution zu den aktiven Gestaltern der westdeutschen Außen- und Militärpolitik zur Verfügung gestanden. Aus diesem Material ist eine sozusagen solide, umfangreiche und mit zahlreichen Kommentaren versehene Chronologie des diplomatischen Ringens um eines der Grundprobleme der NATO geworden, das Problem der ungeteilten Entscheidungsfreiheit der US-Regierung über den Einsatz atomarer Waffen in Europa, genauer: auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Die Grenzen: die Auseinandersetzungen innerhalb der NATO über das Problem der westeuropäischen Mitwirkung an der Nuklearstrategie der USA können auf der Ebene der Diplomatie zwar verfolgt und, was ihren äußeren Verlauf betrifft, beschrieben werden. Begreifen kann man sie so aber nicht. Dazu fehlt einfach das Instrumentarium.

Die übergreifende Konzeption, von der Mahncke ausgeht und die sich mit der von den verschiedenen Bundesregierungen eingeschlagenen Politik weitgehend deckt, kann man so formulieren: die Bundesrepublik liegt an der Grenze des westlichen Machtbereichs. Bei einem hier ausbrechenden kriegerischen Konflikt muß sie gewärtigen, daß auf ihrem Gebiet atomare Waffen eingesetzt werden. Deswegen hat sie ein legitimes Interesse daran, alle diesbezüglichen Entscheidungen zu beeinflussen. Mahncke nennt dies „nukleare Mitwirkung". Da der Besitz eigener atomarer Waffen der Bundesrepublik nicht zugestanden wurde, da auch die Lösung einer westeuropäischen Atomstreitmacht für den untersuchten Zeitraum nicht realistisch war, blieb für die Bundesregierung nur der „kollektive Weg" übrig. Nukleare Mitwirkung umfaßt sowohl Mitbesitz und Mitbestimmung bei der Planung als auch laufende Information und Konsultation über alle Fragen, die mit den Nuklearwaffen zusammenhängen. Nachdem das Projekt der Multilateralen Atomstreitmacht (MLF) zu Beginn der sechziger Jahre gescheitert war, wurde mit der Nuklearen Planungsgruppe der NATO, in welcher die Bundesregierung ihren festen Platz hat, eine Institution geschaffen, die diese Bedürfnisse nach nuklearer Mitwirkung befriedigt. Die Bundesrepublik konnte, so das Fazit, im Rahmen dieser Institution ein Maximum ihrer politischen Ambitionen und ihrer Sicherheitsinteressen realisieren.

Neben der Tatsache, daß diese Darstellung ihren apologetischen Charakter dadurch gewinnt, daß sie aus ihren Prämissen alle kritischen Perspektiven a priori ausschließt, fällt bei dem Studium der vorliegenden Arbeit vor allem die antiquierte personenbezogene Betrachtungsweise des Autors ins Auge. Das Interesse von Gesellschaften ist automatisch das Interesse der Regierungen, und an ihrer Spitze stehen Männer, die die Politik machen. Das Kapitel über die ökonomischen Interessen, die auch im Spiel sein könnten, umfaßt eine Seite und wird widerwillig und „der Vollständigkeit halber" eingeschoben. Die Politik Frankreichs, unter de Gaulle mit einem kräftigen antiamerikanischen Akzent versehen und für das Schicksal der NATO von immenser Bedeutung, wird auf die persönlichen Idiosynkrasien des Staatspräsidenten der V. Republik zurückgeführt. Franz Josef Strauß erstrebte vielleicht die nationale Verfügungsgewalt über Kernwaffen, aber genau könne man das nicht sagen (S. 114). „Daß die Allianz 1961 in der nuklearen Frage keine Fortschritte machte, lag an der offenkundigen Interesselosigkeit Kennedys ..." (S. 110). Mit solchen Kategorien kann man

zwar Memoiren schreiben, aber keine sozialwissenschaftlichen Analysen. Warum die französische Regierung unter de Gaulle einen anderen außenpolitischen Kurs anstrebte, welche Politik Strauß und in wessen Interesse er sie betrieb, welcher Art die Konflikte zwischen den USA und den westeuropäischen NATO-Mitgliedern waren, all das bleibt unbeantwortet, ja taucht noch nicht einmal als Frage auf. Mahnckes Arbeit kann deshalb allenfalls Ausgangspunkt und Material für eine sinnvolle Diskussion über die Ziele und Widersprüche der nordatlantischen Nuklearpolitik sein.

Wilfried v. Bredow

Demokratische Traditionen in Deutschland

Walter Grab, Eroberung oder Befreiung? Deutsche Jakobiner und die Franzosenherrschaft im Rheinland 1792—1799. Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier 4, Trier 1971, 94 S., 2,50 DM.

Walter Grab, Uwe Friesel, Noch ist Deutschland nicht verloren. Eine historisch-politische Analyse unterdrückter Lyrik von der Französischen Revolution bis zur Reichsgründung. Carl Hanser Verlag, München 1970, 342 S., 24,80 DM.

Unsere Geschichtsbücher künden vom Ruhm Friedrichs II. von Preußen (den man hierzulande immer noch den „Großen" nennt) und seinen gewaltigen Kriegen, von den preußischen Reformern Stein und Hardenberg und von Bismarck, der mit List und Ausdauer, Blut und Eisen das Reich gegründet und damit Deutschland zu neuem Glanz geführt habe. Die Geschichtsschreibung der neueren Zeit war entstanden als Hofgeschichtsschreibung, die die Herrlichkeit der Dynastie und die Taten des Fürsten zu rühmen hatte. Erst mit dem Sturz des Absolutismus und dem Sieg der bürgerlichen Revolution konnte sich die Geschichtswissenschaft freimachen von solcher Abhängigkeit und Feudalstaat, absolute Monarchie und bürgerlich-demokratische Bewegung realistischer darstellen. (Die Begrenztheit ihrer Perspektive kam in aller Deutlichkeit erst zur Geltung in der Auseinandersetzung mit der erstarkenden Arbeiterbewegung.) In der deutschen Geschichtsschreibung aber dominierte noch lange jene Sichtweise, die Geschichte als Aktionsfeld großer Männer, Aufeinanderfolge von Kriegen und diplomatischen Verwicklungen und Auseinandersetzung zwischen mächtigen Ideenströmen begriff — eben weil hier der monarchische Obrigkeitsstaat so lange bestand, die Revolution von 1918 auf halbem Wege steckenblieb, der Faschismus diese autoritären Denkformen nochmals festigte und die Restauration nach 1947/48 einen grundlegenden Wandel erneut verhinderte.

In diesem Geschichtsbild hatten demokratische und revolutionäre Traditionen keinen Platz: Ereignisse wie der große Bauernkrieg des 16. Jahrhunderts, der Revolutionsversuch von 1848/49 und die Kämpfe der deutschen Jakobiner seit der Französischen Revolution und der deutschen Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert wurden entweder aus dem Geschichtsbild vollständig getilgt oder — wenn das nicht möglich war — in so verzerrter Form wiedergegeben, daß sie als Tradition und Vorbild für die politischen Kämpfe der Gegenwart unbrauchbar wurden. Es ist aber wichtig für das Bewußtsein der Linken hier und jetzt, daß es auch in diesem Lande demokratisch-revolutionäre Traditionen gibt; es ist also wichtig, diese bewußt zu machen. Zu den bedeutsamsten Ansätzen in dieser Richtung gehören zweifellos die Schriften von Walter Grab, der bei dem Hamburger Historiker Fritz Fischer promovierte und jetzt das Institut für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv leitet.

Schon in seiner Dissertation „Demokratische Strömungen in Hamburg und Schleswig Holstein zur Zeit der ersten französischen Republik" (Hamburg 1966) hatte er gezeigt, daß die Französische Revolution von 1789 durchaus auch in Deutschland eine beachtliche Resonanz hervorgerufen hatte. Gestützt auf eine Fülle bis dahin unbekannter publizistischer und literarischer Zeugnisse konnte er den Aufschwung der liberalen und demokratisch-revolutionären Kräfte in Norddeutschland, ihre Kontrover-

sen im Fortgang der Französischen Revolution vom Konstitutionalismus zur Jakobinerherrschaft und schließlich ihr Scheitern, das in objektiven Bedingungen — der politischen Zersplitterung und ökonomischen Rückständigkeit Deutschlands und der daraus resultierenden Schwäche der demokratischen Kräfte — begründet war, nachzeichnen.

In seinem neuen Buch befaßt sich Grab nun mit den Problemen, die für die deutschen Jakobiner aus der Besetzung des Rheinlandes durch Truppen der französischen Republik entstanden. Die Diskussion, die damals innerhalb der deutschen Linken stattfand, ist wegen ihrer prinzipiellen Fragestellung noch heute von hohem Interesse: Ist es legitim und dient es den progressiven Kräften eines Landes, wenn der gesellschaftliche und politische Fortschritt durch eine auswärtige Besatzungsmacht erzwungen wird — oder muß, wie es Georg Friedrich Rebmann 1798 formulierte, jedes Volk seine Freiheit selbst erobern? Die Aktualität dieser Frage für die internationale Politik insbesondere seit dem Ende des Ersten Weltkrieges und der russischen Revolution ist evident. Für die deutsche Entwicklung aber ist sie offensichtlich besonders bedeutsam: Schon der Sturz des monarchischen Obrigkeitsstaates 1918 hatte dessen militärische Niederlage gegen auswärtige Mächte zur Voraussetzung, wenn er auch dann von der Arbeiterklasse beschleunigt und aktiv weitergetrieben wurde. Marx und Engels hatten immer wieder darauf hingewiesen, daß die Arbeiterklasse sich erst im revolutionären Prozeß die erforderliche politische Reife erwerben und „den ganzen alten Dreck vom Halse schaffen", das heißt die alten Bewußtseinsformen überwinden könne. Dazu reichte die Revolution von 1918/19 offenkundig nicht aus. Und die Befreiung von der faschistischen Herrschaft 1945 resultierte dann ausschließlich aus der militärischen Intervention der Siegermächte. Daß es dem deutschen Volk nicht gelang, den Faschismus aus eigener Kraft zu stürzen, hatte Konsequenzen, die bis heute nachwirken.

Indem Grab die Politik der französischen Besatzungsmacht nach 1792 und die Reaktion der deutschen Bevölkerung — insbesondere der demokratischen Kräfte — analysiert, liefert er also nicht nur einen bedeutsamen Beitrag zur Aufhellung demokratisch-revolutionärer Bewegungen in Deutschland, die von den herrschenden Gewalten nach 1815 mit terroristischen Mitteln unterdrückt und von der herrschenden Geschichtswissenschaft aus dem Bewußtsein des deutschen Volkes getilgt worden sind, sondern darüber hinaus zur Diskussion revolutionärer Prozesse überhaupt.

Die radikale Tilgung demokratisch-revolutionärer Traditionen aus dem Bewußtsein wurde natürlich auch von anderen Wissenschaften vollzogen, insbesondere von der Germanistik, die bei der Mobilisierung des deutschen Volkes für Reaktion und Imperialismus eher eine noch größere Rolle gespielt hat als die Geschichtswissenschaft. Auch hier ist ein gewaltiger Berg von Schutt wegzuräumen, wozu Grab zusammen mit Uwe Friesel jetzt einen wichtigen Schritt getan hat. Am Beispiel der deutschen Lyrik von der Französischen Revolution bis zur Reichsgründung weist er nach, daß bedeutende Dichter heute gänzlich unbekannt sind — weil und sofern sie Demokraten waren — und daß große und bekannte Dichter durch die reaktionäre Interpretation der Germanisten gewissermaßen kastriert, d. h. ihrer politisch-demokratischen Komponente beraubt worden sind. Zur ersten Gruppe gehören z. B. Hebenstreit, Pfau und Weerth, den Friedrich Engels den „ersten und bedeutendsten Dichter des deutschen Proletariats" genannt hat, zur zweiten Bürger, Lenau und Platen, aber auch Heine, Herwegh und Freiligrath. Die vielen in diesem Band abgedruckten Gedichte sind wertvolle Zeugnisse für das Elend der arbeitenden Massen — der Weber und der Winzer, der Handwerker und der Industriearbeiter —, für die brutale Unterdrückung durch Feudalgewalt, Monarchie und Kirche und dann durch das Kapital, aber auch für den Kampf um Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Knappe Kommentare ordnen die Dichter und ihre Werke in den historischen Kontext ein. Über die Lage der hausindustriellen Weber beispielsweise hieß es in einem zeitgenössischen Journal:

„Der Weber muß morgens auf den Hahnenruf aufstehen und bis Mitternacht und wohl darüber arbeiten. Seine Kräfte werden schnell verbraucht, seine Sinne vor der Zeit abgestumpft. Seine Brust kann dem ununterbrochenen Zusammenhocken nicht widerstehen, seine Lungen werden krank,

Blutspeien stellt sich ein. So wird seine physische Person eine frühe Kirchhofsblume" (zit. S. 191).

Dies Elend trieb die schlesischen Weber zum Aufstand, der 1844 von der Staatsgewalt im Interesse des Kapitals grausam niedergeschlagen wurde. Danach vollzog die Justiz ihr Werk: 83 der Weber „wurden zu Strafen verurteilt, die von Peitschenhieben bis zu zehnjähriger Zwangsarbeit reichten" (S. 198). Viele demokratische Dichter der Zeit haben das Elend der Weber in ihren Werken dargestellt. Die herrschende Germanistik freilich ist der Meinung, solche Gebilde seien „werkimmanent" zu interpretieren.

Der Metzler-Verlag bereitet eine sechsbändige Dokumentation vor, die — von Grab herausgegeben — die Werke „deutscher revolutionärer Demokraten" systematisch darstellen wird. Nun ist es Aufgabe der progressiven Studenten, Assistenten und Professoren, dafür zu sorgen, daß diese Werke an den Hochschulen auch zur Kenntnis genommen und interpretiert werden, und Aufgabe der Deutschlehrer, daß sie in den Schulunterricht einbezogen werden. Die Umgestaltung des Geschichtsbildes ist eine zentrale Aufgabe demokratischer Wissenschaft in der Bundesrepublik.

Reinhard Kühnl

Zionismus und Arbeiterbewegung in Israel

Peretz Merchav, Die israelische Linke. Zionismus und Arbeiterbewegung in der Geschichte Israels. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M., 325 S., 18,— DM.

Während in der Bundesrepublik Deutschland die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung einen Aufschwung nimmt und der deutschen Linken die Rekonstruktion ihrer Genesis zu gelingen scheint, liegt die Beschäftigung mit der jüdischen Arbeiterbewegung noch im argen. Soweit sie dennoch bekannt sein sollte, bleibt sie affirmativ und brüchig. Die Gründe hierfür sind zweifach motiviert: einmal besteht kein aktuelles Bedürfnis für eine bewußte politische Rekonstruktion der Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung, weil außer in Israel keine ausgesprochen jüdische Arbeiterschaft mehr existiert; zum anderen blieb auch hier die Geschichtsschreibung der siegreichen Bewegung überlassen — in diesem Falle der zionistischen. Sie ist ihrer Natur nach also eine offizielle und wird immer bemüht sein, retrospektiv die Richtigkeit ihrer Entscheidungen zu betonen. Dieser Kategorie der Geschichtsschreibung ist Peretz Merchavs Buch „Die israelische Linke" zu subsumieren. Wie der Autor in seiner Einführung konstatiert, ist das Buch eine erweiterte Fassung von Vorlesungen, die im Rahmen des Haschomer-Hazair Seminars in Givat Haviva gehalten wurden. Diese historiographische Zusammenstellung, von der Warte der ihrem Selbstverständnis nach linkssozialistischen zionistischen Vereinigten Arbeiterpartei (MAPAM) aus bewertet, bleibt in Form einer Schulung verkürzte Selbstdarstellung der jüdischen Arbeiterbewegung in Osteuropa, Palästina und im späteren Israel.

Nach einer kurzen und kritischen Darstellung des „Bund", der jüdischen Arbeiterpartei im zaristischen Rußland und später in Polen und Litauen, die sich im Gegensatz zum Zionismus für eine national-kulturelle Autonomie, nicht aber für eine territoriale Konzentration der jüdischen Bevölkerung einsetzte, geht Merchav zur Beschreibung der einzelnen zionistischen Strömungen in den Parteien der jüdischen Arbeiterbewegung über. Dabei lassen sich, ohne auf die einzelnen Gruppierungen eingehen zu können, zwei grundsätzliche Trends in der Theorie unterscheiden: einmal verlief eine ideologische Trennungslinie zwischen marxistischen und nichtmarxistischen Sozialisten, zum anderen zwischen Territorialisten, die für Palästina optierten, und solchen, die sich in der Frage des jüdischen Territoriums geographisch nicht festlegten. Interessant in dieser Auseinandersetzung ist das irrationale Festhalten der sich als marxistisch definierenden Gruppen an Palästina, ein Festhalten, das nur durch die borochovistische Theorie, einem marxistischen Erklärungsmodell zur

nationalen Frage im allgemeinen und der jüdischen Frage im besonderen, zu verstehen ist. In der nach ihrem Begründer Borochov (1881—1917) benannten Theorie lassen sich zwei voneinander unabhängige Strukturelemente feststellen, die analytisch ohne Verbindung zueinander stehen, aber verbunden funktional eine rationalisierende Ideologie ergeben. Borochovs Auseinandersetzung mit dem nationalen Problem kann als erste materialistische Untersuchung dieser Frage überhaupt bezeichnet werden; denn im Gegensatz zu Bauer, Lenin und Stalin, ja sogar zu Marx und Engels, die die „nationale Frage" nur formelhaft gewertet und taktisch sich einmal für die eine gegen die andere Nation und vice versa entschieden haben, leitet Borochov das Entstehen der Nationen klassenanalytisch ab.

Damit wurde zum erstenmal ein marxistisches Erklärungsmodell für das nationale Problem niedergelegt, das sich nicht an politischen Kategorien orientierte, sondern den Materialismus konsequent durchhält. Die kontrapunktische Wendung von der Theorie zur Ideologie wird erst dann manifest, wenn Borochov seine Analyse programmatisch funktionalisiert, d. h. dem Erklärungsmodell über die besondere Lage des jüdischen Volkes und der jüdischen Arbeiterklasse voluntaristisch die Folgerung einer unausweichlichen Auswanderung („stichischer" Prozeß — Borochov) aufsetzt. Der sozialistisch-zionistische Borochovismus hat dieses Dogma niemals in Zweifel gezogen. Die automatische und massenhafte Auswanderung der jüdischen Arbeiter nach Palästina war a priori antizipiert worden und mußte sich endlich als Ideologie erweisen. Man vertraute geradezu religiös auf einen determinierten Automatismus. Darüber hinaus haben sich die jüdischen Arbeiter niemals mit der demographischen Situation in Palästina auseinandergesetzt. Dieser Tradition verhaftet, berücksichtigt Merchav die konstitutiven Probleme einer sozialistischen und zionistischen Arbeiterschaft in Palästina mit keinem Wort. Die Existenz einer arabischen Bevölkerung wird auch in seinem Buch ignoriert und erst spät, zu spät durch den israelisch-arabischen Konflikt entdeckt. Fragen, die sich mit der Lage der Arbeiterschaft in Palästina unter kolonialen politischen und ökonomischen Bedingungen beschäftigen, werden gar nicht erst gestellt. Welche Produktionsverhältnisse und Produktionsbedingungen waren unter diesen Umständen zu berücksichtigen? Eine Übernahme der Produktionsmittel konnte nicht propagiert werden, denn es gab weder Industrie noch einzelne Fabriken, die das jüdische Proletariat in gesellschaftliches Eigentum hätte überführen können. Ebenso blieb der von Borochov und seinen Epigonen verkündete Klassenkampf gegen die jüdische Bourgeoisie Chimäre, denn diese lebte in Europa, während in Palästina der britische Imperialismus die ottomanische Fiskalherrschaft ablöste. Um der palästinensischen Wirklichkeit entsprechen zu können, wurde Borochovs Ideologie einer Revision unterzogen: Da das jüdische Proletariat in Palästina über nichtexistierende Produktionsmittel und über nicht verfügbares Eigentum keine Macht erringen konnte, wurde es in die Lage versetzt, diese materiellen Bedingungen erst zu schaffen.

Das Problem der primären Akkumulation, das sich jeder unterentwickelten Gesellschaft stellt, bedingte auch die weitere ideologische, politische und organisatorische Orientierung der jüdischen Arbeiterschaft. Die klassenkämpferische Verpflichtung, von Borochov ohnehin ausgesprochen ökonomistisch begriffen, wurde durch das Prinzip des „Konstruktivismus" ergänzt, d. h. primäre Akkumulation durch eigene Kraft, kombiniert mit Kapitalimport. Der durch diese objektiven Bedingungen intendierte ideologische Wandel ließ noch ein Lippenbekenntnis zum Klassenkampf zu, zwang jedoch die „Konstruktivisten" über die zionistische Organisation und ihre Exekutivorgane in ein Bündnis mit der zionistischen Bourgeoisie und dem Imperialismus. Der Grund hierfür ist offensichtlich: das für den Aufbau benötigte Kapital erhielt man nicht gratis. Die ehemals industriell motivierte Arbeiterschaft schuf also Agrarkommunen. Damit sollte der Boden zur entscheidenden Produktivkraft werden — der Zusammenstoß mit der arabischen Bauernbevölkerung, den Fellachen, wurde unausweichlich. Somit mußte sich das Verhältnis der jüdischen Arbeiterbewegung zur arabischen Bevölkerung kontradiktorisch zu den Prinzipien, unter denen sie in Palästina angetreten war, entwickeln. Der jüdische Agrararbeiter verdrängte den arabischen Fellachen; die Auseinandersetzung um das Produktionsmittel Boden kulminierte in einem Nationalitätenkampf. Darüber hinaus

konnte der entwurzelte arabische Arbeiter in der Stadt keine Anstellung finden: die zionistische Gewerkschaft „Histadruth" monopolisierte den Arbeitsmarkt.

Ein Abbild der physischen Veränderung arabischer Arbeiter bietet die Darstellung Peretz Merchavs: totale psychische Verdrängung des arabischen Faktors in Palästina als eine Konstitutive für die Probleme der jüdischen Arbeiterbewegung. Mit keinem Wort geht er auf diese axiomatische Problematik ein, und erst als der arabisch-israelische Konflikt existentielle Ausmaße annimmt, muß er einen solchen konstatieren, wobei dies in einer so abstrakten und formelhaften Art und Weise geschieht, daß man den Eindruck gewinnen muß: hier sollen die wahren Hintergründe verbrämt werden. Die Verdrängung der arabischen Werktätigen, die mit der Propagierung der zionistischen Losung „Eroberung der Arbeit" eingeleitet wurde und als eigentlicher Faktor die vollständige Entfremdung von jüdischen und arabischen Arbeitern eingeleitet hat, wird von Merchav in eine winzige Fußnote verbannt (S. 53), wobei darüber hinaus das hierfür konstitutive Element, der arabische Arbeiter, gänzlich verleugnet wird. So heißt es hierzu wörtlich in der Fußnote: „Als ‚Conquest of Labor' bezeichnet man die Bemühungen jüdischer Pioniere, trotz mangelnder Erfahrung und Ausbildung und des niedrigen Lohnniveaus in den jüdischen Siedlungen zu arbeiten oder Wachdienst zu leisten."

Gerade am Verhältnis zur arabischen Bevölkerung, zur britischen Mandatsmacht und an der Einwanderungspolitik polarisierte sich die relevante Auseinandersetzung innerhalb der jüdischen Arbeiterbewegung. Es spalteten sich Gruppen, Parteien und Organisationen ab, die hinsichtlich des Sozialismus und Zionismus einen anderen als den gängigen Standpunkt einnahmen. Für den deutschen Leser wird die Gruppe „Union Internationaler Sozialisten in Palästina" von besonderem Interesse sein, da die Mehrheit der Mitglieder dieser Organisation, aus Deutschland stammend, der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) nahestanden. Im Jahre 1932 spalteten sie sich von der MAPAI, der Sozialdemokratischen Partei Palästinas, ab, weil sie, wie Peretz Merchav vermerkt, der Auffassung waren, daß die Periode des Pionier- und konstruktivistischen Sozialismus sich totgelaufen habe und daß zum wahren Sozialismus notwendig auch ein aktiver Internationalismus in allen Lebensbereichen gehöre, von einer gemeinsamen Arbeiter-Organisation für Juden und Araber bis zum Kampf um die Demokratisierung des Mandatsregimes. Eruptiver waren die Auseinandersetzungen in den Parteien, die sich von der sozialistisch-zionistischen Arbeiterpartei, der Linken Poale-Zion, abgespalten haben. Die Partei Borochovs, die Poale Zion, zerfiel als Gesamtpartei im Jahre 1920 in einen linken und rechten Flügel an der Frage, ob man der Internationale Lenins oder aber dem Zionistischen Kongreß mit allen Konsequenzen beitreten solle. Aus der Linken Poale Zion entstand eine verwirrende Anzahl von sozialistischen und kommunistischen Organisationen, die sich immer aufs neue an der nationalen Frage (dem Zionismus) zerstritten. An Gewicht gewann als jüdisch-arabische Partei nur die PCP (Palästinensische Kommunistische Partei), an deren Tradition heute in Israel wieder einige politische Gruppen anzuknüpfen versuchen.

Diese Problematik hat für Merchav aber nur marginale Bedeutung; als offizieller Repräsentant der MAPAM stellt er die Geschichte seiner Partei in den Mittelpunkt. Apologetisch zeichnet er ihre Entwicklung von der Schaffung der Haschomer-Hazaior-(Junge-Garde-)Bewegung (1919) bis zur Gründung der MAPAM im Jahre 1946 nach, wobei er für alle anderen Orientierungen nur polemische Verachtung erübrigt. Die ansonsten höchst faszinierende Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung in Palästina wird von Merchav durch die fade und trockene Darstellung so deformiert, daß der unbelastete Leser, durch eine ungeordnete Masse von Zahlen und Namen nach den ersten dreißig Seiten erschlagen, verwirrt das Buch zur Seite zu legen sich veranlaßt fühlt. Verantwortlich hierfür kann die Darstellungsweise allein nicht gemacht werden, sondern vielmehr die Verdrängung und Verfälschung der wirklichen Problematik der jüdischen Arbeiterbewegung in Palästina: nämlich die arabische Frage, die sich in Wirklichkeit als eine des Zionismus herausstellte. Solange dies in der israelischen Geschichtsschreibung nicht bewußt bewältigt wird, muß eine solche Historiographie sinnlose Apologetik bleiben. Es ist zu hoffen, daß mit Peretz Merchavs Buch das Interesse an der israelischen Arbeiterbewegung und ihren Vorläufern nicht endgültig verschüttet ist.

Dan Diner

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Lucien Séve, Marxismus und Theorie der Persönlichkeit. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 451 S., Paperback 12,80 DM.

Ekkehard Gattig/Peter Viebahn, Was ist Psychologie? Möglichkeiten und Grenzen einer jungen Wissenschaft. Verlag Schünemann, Bremen, 288 S., br. 24,— DM.

Joachim Ritter, Metaphysik und Politik. Studien zu Aristoteles und Hegel. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 358 S., Sonderausgabe 16,— DM.

Frans van der Ven, Sozialgeschichte der Arbeit. Bd. 1—3. Deutsche Erstausgabe von „Geschiedenis van de arbeid". Aus dem Holländischen übertragen von Marga E. Baumer-Thierfelder. Bd. 1: Antike und Frühmittelalter (209 S.); Bd. 2: Hochmittelalter und Neuzeit (299 S.); Bd. 3: 19. und 20. Jahrhundert (267 S.). Deutscher Taschenbuch Verlag, München, br. je Band 5,80 DM (DTV/Wissenschaftliche Reihe/Bd. 4082—84).

Hans-Ulrich Wehler, Bismarck und der Imperialismus. Zweite, überarbeitete Auflage. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 528 S., Ln. 46,— DM.

Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus. Herausgegeben von Wolfgang Abendroth. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 188 S., kart. 6,— DM.

G. Raethel/H. Keil/K. Ensslen/H. Ickstadt, Vietnamkrieg und Literatur. Amerikas Auseinandersetzung mit dem Krieg in Südostasien. Analysen und Texte. Wilhelm Finck Verlag, München, 163 S., kart. 12,80 DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

Konrad Fuchs/Heribert Raab, DTV-Wörterbuch zur Geschichte. Bd. 1—2 (A—Z). Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 893 S., br., je Band 8,80 DM (DTV Bd. 3036/7). — Die Autoren erläutern mehr als 4000 Stichworte nach Herkunft, erstem Auftreten und Begriffsgeschichte. Fachausdrücke der Geschichtswissenschaft wurden berücksichtigt. Das Lexikon enthält neben Literaturangaben zu den einzelnen Stichworten eine umfassende Bibliographie.

Geschichte Katalog IV. Veröffentlichungen schweizerischer, deutscher und österreichischer Verlage zur Geschichte aus den Jahren 1967—1971. Bearbeiter: Erwin Bentz. Verlag Herbert Lang, Bern, XIX, 556 S., br., 14,— DM. — Der neueste Fortsetzungsband dieser Katalog-Reihe (die Ausgaben I—III für die Jahre 1945—1960, 1960—1963, 1963—1967 wurden bei früherer Gelegenheit hier angezeigt) erfaßt in sorgfältiger Bearbeitung die Neuerscheinungen zur Geschichte (einschließlich Staats-, Rechts- und Verwaltungsgeschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Religionsgeschichte und Kulturgeschichte) aus den letzten fünf Jahren. Ein besonderes Kapitel weist Jahrbücher und Periodika nach.

Irmgard Bärnthaler, Die Vaterländische Front. Geschichte und Organisation. Europa Verlag, Wien, 238 S., Ln. 28,— DM.

Heinz Gittig, Illegale antifaschistische Tarnschriften 1933—1945. Röderberg-Verlag, Frankfurt, 263 S., Ln. 22,— DM. — Der Autor unternimmt den bisher ersten Versuch, die umfangreiche illegale Widerstandsliteratur aus der Zeit des Nationalsozialismus bibliographisch zu erfassen. Dem bibliographischen Teil, das Buch ist aus einer Dissertation hervorgegangen, sind eine umfangreiche historische Einleitung, ein Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein geographisches Register vorangestellt.

Aktuelle Themen

Autorenkollektiv Polizei Hessen/Universität Bremen, Aufstand der Ordnungshüter oder Was wird aus der Polizei? Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek, 248 S., br. 4,80 DM (Rororo/Aktuell/Bd. 1596).

Betrifft: Chile. Die ITT-Dokumente. US-Imperialismus in Lateinamerika. Mit einem Beitrag von Brigitte Heinrich, US-Interventionen in Lateinamerika: Chile. Übersetzung und fasimilierte Wiedergabe nach „Documentos Secretos de la ITT", Santiago 1972. FIVE-Verlag, Frankfurt, 196 S., kart. 7,80 DM. — Diese Geheimdokumente über die Aktivitäten der International Telephone and Telegraph Corporation in Chile sind vor allem durch eine Artikelserie des amerikanischen Kolumnisten Jack Anderson bekanntgeworden.

Helga Koppel, Klassenkämpfe in Italien — heute. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 106 S., br. 4,— DM.

Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, paraphiert am 8. November 1972

(Wortlaut)

Die Hohen Vertragschließenden Seiten, eingedenk ihrer Verantwortung für die Erhaltung des Friedens, in dem Bestreben, einen Beitrag zur Entspannung und Sicherheit in Europa zu leisten, in dem Bewußtsein, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind, in der Erkenntnis, daß sich daher die beiden deutschen Staaten in ihren Beziehungen der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten haben, ausgehend von den historischen Gegebenheiten und unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage, geleitet von dem Wunsch, zum Wohle der Menschen in den beiden deutschen Staaten die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen, sind wie folgt übereingekommen:

ARTIKEL 1: Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik entwickeln normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

ARTIKEL 2: Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden sich von den Zielen und Prinzipien leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, insbesondere der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung.

ARTIKEL 3: Entsprechend der Charta der Vereinten Nationen werden die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und sich der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt enthalten.

Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

ARTIKEL 4: Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gehen davon aus, daß keiner der beiden Staaten den anderen international vertreten oder in seinem Namen handeln kann.

ARTIKEL 5: Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden friedliche Beziehungen zwischen den europäischen Staaten fördern und zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beitragen.

Sie unterstützen die Bemühungen um eine Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa, ohne daß dadurch Nachteile für die Sicherheit der Beteiligten entstehen dürfen. Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden mit dem Ziel einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle der internationalen Sicherheit dienende Bemühungen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, insbesondere auf dem Gebiet der Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen, unterstützen.

ARTIKEL 6: Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gehen von dem Grundsatz aus, daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt. Sie respektieren die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten.

ARTIKEL 7: Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik erklären ihre Bereitschaft, im Zuge der Normalisierung ihrer Beziehungen praktische und humanitäre Fragen zu regeln. Sie werden Abkommen schließen, um auf der Grundlage dieses Vertrages zum beiderseitigen Vorteil die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Verkehrs, des Rechtsverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Gesundheitswesens, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes und auf anderen Gebieten zu entwickeln und zu fördern. Einzelheiten sind in dem Zusatzprotokoll geregelt.

ARTIKEL 8: Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden ständige Vertretungen austauschen. Sie werden am Sitz der jeweiligen Regierung errichtet.

Die praktischen Fragen, die mit der Einrichtung der Vertretungen zusammenhängen, werden zusätzlich geregelt.

ARTIKEL 9: Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik stimmen darin überein, daß durch diesen Vertrag die von ihnen früher abgeschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen und mehrseitigen internationalen Verträge und Vereinbarungen nicht berührt werden.

ARTIKEL 10: Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt am Tage nach dem Austausch entsprechender Noten in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Hohen Vertragschließenden Seiten diesen Vertrag unterzeichnet.

Geschehen in Berlin am ... 1972, in zwei Urschriften in deutscher Sprache.
Für die Bundesrepublik Deutschland

Für die Deutsche Demokratische Republik

Dokumente und Erläuterungen, die mit dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR in Zusammenhang stehen

(Wortlaut)

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung veröffentlichte am 8. November 1972 im „Bulletin" (Nr. 155/S. 1841 ff.) neben dem Wortlaut des „Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik" die nachstehend abgedruckten Dokumente und Erläuterungen. D. Red.

Zusatzprotokoll zum Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

I

ZU ARTIKEL 3: Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik kommen überein, eine Kommission aus Beauftragten der Regierungen beider Staaten zu bilden. Sie wird die Markierung der zwischen den beiden Staaten bestehenden

Grenze überprüfen und, soweit erforderlich, erneuern oder ergänzen sowie die erforderlichen Dokumentationen über den Grenzverlauf erarbeiten. Gleichermaßen wird sie zur Regelung sonstiger mit dem Grenzverlauf im Zusammenhang stehender Probleme, zum Beispiel der Wasserwirtschaft, der Energieversorgung und der Schadensbekämpfung, beitragen.

Die Kommission nimmt nach Unterzeichnung des Vertrages ihre Arbeit auf.

II

ZU ARTIKEL 7: 1) Der Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wird auf der Grundlage der bestehenden Abkommen entwickelt.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden langfristige Vereinbarungen mit dem Ziel abschließen, eine kontinuierliche Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern, überholte Regelungen anzupassen und die Struktur des Handels zu verbessern.

2) Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik bekunden ihren Willen, zum beiderseitigen Nutzen die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik zu entwickeln und die hierzu erforderlichen Verträge abzuschließen.

3) Die mit dem Vertrag vom 26. Mai 1972 begonnene Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrs wird erweitert und vertieft.

4) Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik erklären ihre Bereitschaft, im Interesse der Rechtsuchenden den Rechtsverkehr, insbesondere in den Bereichen des Zivil- und des Strafrechts, vertraglich so einfach und zweckmäßig wie möglich zu regeln.

5) Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik stimmen überein, auf der Grundlage der Satzung des Weltpostvereins und des Internationalen Fernmeldevertrages ein Post- und Fernmeldeabkommen abzuschließen. Sie werden dieses Abkommen dem Weltpostverein (UPU) und der Internationalen Fernmelde-Union (UIT) notifizieren.

In dieses Abkommen werden die bestehenden Vereinbarungen und die für beide Seiten vorteilhaften Verfahren übernommen werden.

6) Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik erklären ihr Interesse an einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens. Sie stimmen überein, daß in dem entsprechenden Vertrag auch der Austausch von Medikamenten sowie die Behandlung in Spezialkliniken und Kuranstalten im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten geregelt werden.

7) Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik beabsichtigen, die kulturelle Zusammenarbeit zu entwickeln. Zu diesem Zweck werden sie Verhandlungen über den Abschluß von Regierungsabkommen aufnehmen.

8) Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik bekräftigen ihre Bereitschaft, nach Unterzeichnung des Vertrages die zuständigen Sportorganisationen bei den Absprachen zur Förderung der Sportbeziehungen zu unterstützen.

9) Auf dem Gebiet des Umweltschutzes sollen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik Vereinbarungen geschlossen werden, um zur Abwendung von Schäden und Gefahren für die jeweils andere Seite beizutragen.

10) Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden Verhandlungen mit dem Ziel führen, den gegenseitigen Bezug von Büchern, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehproduktionen zu erweitern.

11) Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden im Interesse der beteiligten Menschen Verhandlungen zur Regelung des nichtkommerziellen Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs aufnehmen. Dabei werden sie im gegenseitigen Interesse vorrangig für den kurzfristigen Abschluß von Vereinbarungen unter sozialen Gesichtspunkten Sorge tragen.

Protokollvermerk

Wegen der unterschiedlichen Rechtspositionen zu Vermögensfragen konnten diese durch den Vertrag nicht geregelt werden.

Erklärungen zu Protokoll

Die Bundesrepublik Deutschland erklärt zu Protokoll: „Staatsangehörigkeitsfragen sind durch den Vertrag nicht geregelt worden."

Die Deutsche Demokratische Republik erklärt zu Protokoll: „Die Deutsche Demokratische Republik geht davon aus, daß der Vertrag eine Regelung der Staatsangehörigkeitsfragen erleichtern wird."

Briefwechsel zum Post- und Fernmeldewesen

Bundeskanzleramt
Der Staatssekretär
Bonn, den ...

An den Staatssekretär beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Dr. Michael Kohl, Berlin

Sehr geehrter Herr Kohl!
Ich beehre mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:
Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stimmen darin überein, nach Paraphierung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik Verhandlungen über ein Post- und Fernmeldeabkommen aufzunehmen. Bis zum Abschluß dieses Abkommens gelten die bestehenden Vereinbarungen und Verfahren fort.
Im Hinblick auf die notwendige gleichberechtigte Mitgliedschaft beider Staaten im Weltpostverein (UPU) und in der Internationalen Fernmelde-Union (UIT) nimmt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Kenntnis, daß die Deutsche Demokratische Republik nach Beginn der Verhandlungen die erforderlichen Schritte zur Erlangung ihrer Mitgliedschaft unternehmen wird.
Mit vorzüglicher Hochachtung, gez. Bahr

*

Staatssekretär beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik
Berlin, den ...
Staatssekretär im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Egon Bahr, Bonn

Sehr geehrter Herr Bahr!
Ich beehre mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland stimmen darin überein, nach Paraphierung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland Verhandlungen über ein Post- und Fernmeldeabkommen aufzunehmen. Bis zum Abschluß dieses Abkommens gelten die bestehenden Vereinbarungen und Verfahren fort.
Im Hinblick auf die notwendige gleichberechtigte Mitgliedschaft beider Staaten im Weltpostverein (UPU) und in der Internationalen Fernmelde-Union (UIT) gibt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Kenntnis, daß die Deutsche Demokratische Republik nach Beginn der Verhandlungen die erforderlichen Schritte zur Erlangung ihrer Mitgliedschaft unternehmen wird.
Mit vorzüglicher Hochachtung, gez. Dr. Kohl

Briefwechsel zur Familienzusammenführung, zu Reiseerleichterungen und Verbesserungen des nichtkommerziellen Warenverkehrs

Staatssekretär beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik
Berlin, den ...

Staatssekretär im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Egon Bahr, Bonn

Sehr geehrter Herr Bahr!
Anläßlich der heute erfolgten Unterzeichnung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland habe ich die Ehre, Ihnen folgendes mitzuteilen:
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird im Zuge der Normalisierung der Beziehungen nach Inkrafttreten des Vertrages Schritte zur Regelung von Fragen auf folgenden Gebieten unternehmen:
1) Lösung von Problemen, die sich aus der Trennung von Familien ergeben.
2) In Fortführung des Briefwechsels vom 26. Mai 1972 Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des grenzüberschreitenden Reise- und Besucherverkehrs einschließlich des Tourismus.
3) Verbesserung des nichtkommerziellen Warenverkehrs zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland:
— Weitere Erleichterungen des grenzüberschreitenden Geschenkpaket- und -päckchenverkehrs;
— weitere Erleichterung des Mitführens nichtkommerzieller Güter im grenzüberschreitenden Reise- und Besucherverkehr;
— entsprechende Überprüfung der bestehenden Ein- und Ausfuhrbestimmungen;
— Vereinfachung des Genehmigungsverfahrens für Umzugs- und Erbschaftsgut.
Mit vorzüglicher Hochachtung, gez. Dr. Kohl

*

Bundeskanzleramt
Der Staatssekretär
Bonn, den ...

An den Staatssekretär beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Dr. Michael Kohl, Berlin

Sehr geehrter Herr Kohl!
Ich habe die Ehre, den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:
„Anläßlich der heute erfolgten Unterzeichnung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland habe ich die Ehre, ihnen folgendes mitzuteilen:
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird im Zuge der Normalisierung der Beziehungen nach Inkrafttreten des Vertrages Schritte zur Regelung von Fragen auf folgenden Gebieten unternehmen:
1) Lösung von Problemen, die sich aus der Trennung von Familien ergeben.
2) In Fortführung des Briefwechsels vom 26. Mai 1972 Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des grenzüberschreitenden Reise- und Besucherverkehrs einschließlich des Tourismus.
3) Verbesserung des nichtkommerziellen Warenverkehrs zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland:
— Weitere Erleichterungen des grenzüberschreitenden Geschenkpaket- und -päckchenverkehrs;
— weitere Erleichterung des Mitführens nichtkommerzieller Güter im grenzüberschreitenden Reise- und Besucherverkehr;
— entsprechende Überprüfung der bestehenden Ein- und Ausfuhrbestimmungen;
— Vereinfachung des Genehmigungsverfahrens für Umzugs- und Erbschaftsgut."
Mit vorzüglicher Hochachtung, gez. Bahr

Erläuterungen zum Briefwechsel zur Familienzusammenführung, zur Reiseerleichterung und Verbesserungen des nichtkommerziellen Warenverkehrs

Mit dem Inkrafttreten des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen werden folgende Erleichterungen wirksam:

Kritische Gesellschafts-Wissenschaft

Kritische Wissenschaft

Hans Albert
Konstruktion und Kritik
Aufsätze zur Philosophie des kritischen Rationalismus
Ln. DM 29,80/Pb. DM 22,–

Werner Becker
Kritik der Marxschen Wertlehre
DM 16,–

Rudolf Hamann
Armee im Abseits?
Das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft
DM 19,80

Sontheimer/Bleek
Die DDR – Politik, Gesellschaft, Wirtschaft
DM 17,80

Wolfgang Wickler
Verhalten und Umwelt
DM 18,–

Standpunkt

Manfred Koch
Die Deutschen und ihr Staat
Ein Untersuchungsbericht
Vorwort: Conrad Ahlers
DM 8,–

Adelbert Reif (Hrsg.)
Interviews
u. a. mit Hannah Ahrendt, Ernst Bloch, Irenäus Eibl-Eibesfeldt, Werner Heisenberg, Georg Lukács und Alexander Mitscherlich
DM 10,–

Wolfgang Schmidbauer
Die sogenannte Aggression
Die kulturelle Evolution und das Böse
DM 10,–

Bodo Zeuner
Veto gegen Augstein
Der Kampf in der Spiegel-Redaktion um Mitbestimmung
DM 12,80

Reader

Dirk Berg-Schlosser (Hrsg.)
Die politischen Probleme der Dritten Welt
DM 28,–

Holzer/Steinbacher (Hrsg.)
Sprache und Gesellschaft
DM 29,50

Stephan Voets (Hrsg.)
Sozialistische Erziehung
Texte zur Theorie und Praxis
DM 16,80

Hoffmann und Campe

1) ZUR LÖSUNG VON PROBLEMEN DER ZUSAMMENFÜHRUNG VON FAMILIEN:
— Zusammenführung von Ehegatten.
— Umzug von Eltern, die sich von ihren Kindern betreuen lassen müssen, insbesondere dann, wenn nur noch ein Elternteil lebt. Entsprechendes gilt für den Umzug von Großeltern zu ihren Enkeln.
— In besonderen Ausnahmefällen Genehmigung der Eheschließung.

2) ZU VERBESSERUNGEN IM GRENZÜBERSCHREITENDEN REISE- UND BESUCHERVERKEHR:

— Ausdehnung der Reihe von dringenden Familienangelegenheiten, bei denen DDR-Bürgern Besuche in der BRD genehmigt werden können, auf Silberne und Goldene Hochzeiten.
— Erweiterung des Kreises der antragsberechtigten DDR-Bürger auf Halbgeschwister (gleiche Mutter) bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten.
— Ausdehnung des Verfahrens der Transitvisa-Erteilung im Transit zwischen der BRD und Berlin (West) auf den übrigen Transit im Eisenbahn- und Binnenschiffverkehr (Wegfall der schriftlichen Antragstellung).
— Möglichkeiten zur Unterbrechung von Transitreisen (außer im Berlin-Verkehr) bei Buchung entsprechender Leistungen des Reisebüros der DDR.
— Gewährung des Landgangs für Passagiere aus der BRD auf Frachtschiffen, die Seehäfen der DDR anlaufen, für einen Tagesaufenthalt in der betreffenden Hafenstadt (mit Übernachtung bei Inanspruchnahme des Reisebüros der DDR).

Tagesaufenthalte im grenznahen Bereich der DDR für Einwohner des grenznahen Bereichs der BRD:

— Einwohnern der in Anlage 1 aufgezählten Kreise der BRD können im Rahmen von 30 Tagen im Jahr auf *einen* Antrag hin bis zu neun Einreisen zu einem Tagesaufenthalt in den in Anlage 2 aufgezählten Städten und Gebieten der DDR genehmigt werden, wenn diese Reisen innerhalb von drei Monaten erfolgen.
— Der Antrag ist entweder durch die im grenznahen Bereich der DDR wohnenden Verwandten oder Bekannten zu stellen oder schriftlich durch den im festgelegten Bereich der BRD Wohnenden bei dem für den Besuchsort zuständigen Volkspolizei-Kreisamt.
— Bei Genehmigung wird ein „Berechtigungsschein zum Empfang eines Visums" erteilt, der zum Empfang von neun Visa für je einen Tagesaufenthalt berechtigt. Bei Vorlage des Berechtigungsscheins wird an den Grenzübergangsstellen das Visum für die Ein- und Ausreise für einen Tag erteilt.
— Im Berechtigungsschein wird der Kreis, in den die Einreise gewünscht wird, eingetragen.
— Voraussetzung für die Erteilung des Visums ist der verbindliche Mindestumtausch von Deutschen Mark entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.
— Auf der Rückseite des Berechtigungsscheins wird jeweils der Stempel „Visum erteilt" angebracht. Nach dem neunten Visum oder nach Gültigkeitsablauf wird der Berechtigungsschein einbehalten.
— Für Einwohner der BRD, die als Touristen für einen Tag einreisen, ist eine polizeiliche Anmeldung nicht erforderlich.
— Bei außergewöhnlichen Umständen (z. B. Krankheit, Unfall) kann das Visum und die notwendige Aufenthaltsgenehmigung für die erforderliche Zeit von der zuständigen Dienststelle der Volkspolizei erteilt werden.

3) ZUR VERBESSERUNG DES NICHTKOMMERZIELLEN WARENVERKEHRS:

— Im grenzüberschreitenden Reiseverkehr Erhöhung der bisherigen Einfuhrhöchstmenge von 500 auf 1000 Gramm Kaffee.

— Aufhebung der bisher im Reiseverkehr mit der BRD und Berlin (West) geltenden Einfuhrverbote für Filme, Fotoplatten, Diapositive, Fotopapier und Schallplatten (bei letzteren muß es sich um Werke des kulturellen Erbes oder des wirklichen kulturellen Gegenwartsschaffens handeln).

Grenzüberschreitender Geschenk- und Päckchenverkehr:

— Aufhebung des generellen Ausfuhrverbots der DDR für Textilien, beschränkt auf einen Wert von 60 Mark (der Deutschen Notenbank) je Sendung (gewisse Sortimente, z. B. Baby-, Kinder- und Berufskleidung, bleiben ausgenommen).
— Erhöhung der Ausfuhrfreigrenze für Geschenksendungen von 30 Mark auf 100 Mark (der Deutschen Notenbank).
— Aufhebung des generellen Verbots für die Ein- und Ausfuhr von Schallplatten (soweit diese Werke des kulturellen Erbes oder Gegenwartsschaffens umfassen).

ANLAGE 1

In der Bundesrepublik Deutschland folgende Kreise:

1) Ost-Holstein — 2) Plön — 3) Stadt Lübeck — 4) Stadt Neumünster — 5) Bad Segeberg — 6) Stormarn — 7) Herzogtum Lauenburg — 8) Harburg — 9) Stadt und Landkreis Lüneburg — 10) Lüchow-Dannenberg — 11) Uelzen — 12) Soltau — 13) Stadt und Landkreis Celle — 14) Gifhorn — 15) Burgdorf — 16) Stadt Wolfsburg — 17) Helmstedt — 18) Stadt und Landkreis Braunschweig — 19) Peine — 20) Wolfenbüttel — 21) Stadt Salzgitter — 22) Stadt Hildesheim — 23) Hildesheim Marienburg — 24) Goslar — 25) Alfeld — 26) Gandersheim — 27) Osterode — 28) Duderstadt — 29) Northeim — 30) Einbeck — 31) Göttingen — 32) Münden — 33) Stadt und Landkreis Kassel — 34) Witzenhausen — 35) Eschwege — 36) Melsungen — 37) Fritzlar-Homberg — 38) Hersfeld-Rotenburg — 39) Ziegenhain — 40) Stadt- und Landkreis Fulda — 41) Vogelsberg-Kreis — 42) Schlüchtern — 43) Bad Neustadt a. d. Saale — 44) Bad Kissingen — 45) Stadt und Landkreis Schweinfurt — 46) Haßberg-Kreis — 47) Stadt und Landkreis Coburg — 48) Lichtenfels — 49) Stadt und Landkreis Bamberg — 50) Forchheim — 51) Kronach — 52) Kulmbach — 53) Stadt und Landkreis Bayreuth — 54) Stadt und Landkreis Hof — 55) Wunsiedel — 56) Tirschenreuth.

ANLAGE 2

In der Deutschen Demokratischen Republik folgende Kreise:

1) Wismar (Stadt- und Landkreis) — 2) Grevesmühlen — 3) Gadebusch — 4) Schwerin (Stadt- und Landkreis) — 5) Hagenow — 6) Ludwigslust — 7) Parchim — 8) Perleberg — 9) Seehausen — 10) Salzwedel — 11) Osterburg — 12) Calbe — 13) Klötze — 14) Stendal — 15) Gardelegen — 16) Tangerhütte — 17) Haldensleben — 18) Wolmirstedt — 19) Wanzleben — 20) Oschersleben — 21) Staßdurt — 22) Halberstadt — 23) Aschersleben — 24) Wernigerode — 25) Quedlinburg — 26) Nordhausen — 27) Sangerhausen — 28) Worbis — 29) Heiligenstadt — 30) Sondershausen — 31) Mühlhausen — 32) Langensalza — 33) Eisenach — 34) Gotha — 35) Bad Salzungen — 36) Schmalkalden — 37) Meiningen — 38) Suhl — 39) Hildburghausen — 40) Ilmenau — 41) Neuhaus — 42) Sonneberg — 43) Rudolstadt — 44) Saalfeld — 45) Pößneck — 46) Lobenstein — 47) Schleiz — 48) Zeulenroda — 49) Greiz — 50) Plauen (Stadt- und Landkreis) — 51) Ölßnitz — 52) Reichenbach — 53) Auerbach — 54) Klingenthal.

Briefwechsel zur Öffnung weiterer Grenzübergangsstellen

Staatssekretär beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik
Berlin, den ...

Staatssekretär im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Egon Bahr, Bonn

Sehr geehrter Herr Bahr!
Ich beehre mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:
Die Deutsche Demokratische Republik wird zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen folgende Straßengrenzübergangsstellen an der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland für den Personenverkehr öffnen:
— Salzwedel
— Worbis
— Meiningen
— Eisfeld
Bitte übermitteln Sie diese Information Ihrer Regierung.
Mit vorzüglicher Hochachtung, gez. Dr. Kohl

Bundeskanzleramt
Der Staatssekretär
Bonn, den ...

An den Staatssekretär beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Dr. Michael Kohl, Berlin

Sehr geehrter Herr Kohl!
Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom ... beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:
Die Bundesrepublik Deutschland wird zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen folgende den von Ihnen mitgeteilten Straßengrenzübergangsstellen entsprechende Übergangsstellen für den Personenverkehr öffnen:
— Uelzen
— Duderstadt
— Bad Neustadt (Saale)
— Coburg
Mit vorzüglicher Hochachtung, gez. Bahr

Briefwechsel zum Antrag auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen

Bundeskanzleramt
Der Staatssekretär
Bonn, den ...

An den Staatssekretär beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Dr. Michael Kohl, Berlin

Sehr geehrter Herr Kohl!
Ich beehre mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:
Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat zur Kenntnis genommen, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht der Deutschen Demokratischen Republik die notwendigen Schritte zur Erlangung der Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen einleitet.
Beide Regierungen werden sich über den Zeitpunkt der Antragstellung informieren.
Mit vorzüglicher Hochachtung, gez. Bahr

*

Staatssekretär beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik
Berlin, den ...

Staatssekretär im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Egon Bahr, Bonn

Sehr geehrter Herr Bahr!
Ich beehre mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat zur Kenntnis genommen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht der Bundesrepublik Deutschland die notwendigen Schritte zur Erlangung der Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen einleitet.
Beide Regierungen werden sich über den Zeitpunkt der Antragstellung informieren.
Mit vorzüglicher Hochachtung, gez. Dr. Kohl

Erklärungen zu Protokoll zum Antrag auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen

ERKLÄRUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ZU PROTOKOLL

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird nach Zusammentreten des Bundestages die notwendigen Schritte zur Schaffung der innerstaatlichen Voraussetzungen für die Antragstellung auf Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen einleiten.

Maria Ossowska
Gesellschaft und Moral

Die historische und soziale Bedingtheit sittlicher Grundhaltungen
232 Seiten, DM 20,–

Maria Ossowska zeigt in dieser umfangreichen Darstellung den Zusammenhang zwischen ethischen Problemen und ihren soziologischen Bedingungen auf.

PATMOS

Ein anspruchsvolles Programm für anspruchsvolle Leser.

Gerhard Roth
Gramscis Philosophie der Praxis

Eine neue Deutung des Marxismus
252 Seiten, DM 25,–

Die vorliegende Arbeit versucht zu zeigen, daß neben der Philosophie Kants, Hegels und Freuds als „Modelle von Aufklärung" das Werk Antonio Gramscis einen wichtigen Platz in der Analyse gegenwärtiger gesellschaftlicher Probleme einnimmt. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei der Vergleich der „Philosophie der Praxis" mit den Bemühungen heutiger marxistischer Philosophen um eine Theorie des Individuums, der Gesellschaft und der Moral.

Hans Bausch (Herausgeber)
Organisation des Fernsehens und Rolle des Zuschauers

148 Seiten, DM 14,–

In Beiträgen maßgeblicher Programmgestalter und Produzenten, von Politikern und Wirtschaftlern werden erstmals in umfassender Weise die wichtigsten Aspekte der „Vermittlung" zwischen Sendeanstalt und Publikum offengelegt und zugleich unmittelbar mit der Kritik der Konsumenten konfrontiert.

Elisabeth Meier (Hrsg.)
Sprachnot und Wirklichkeitszerfall

Dargestellt an Beispielen neuerer Literatur von Eugene Ionesco, Ödön von Horvath, Thomas Bernhard, Peter Handke, Aldous Huxley u. a.

144 Seiten, DM 14,–

Die Essays zeigen an der Sprachnot der Schriftsteller die Existenznot des heutigen Menschen auf.

Dallas M. High (Hrsg.)
Sprachanalyse und religiöses Sprechen

Mit einer Einführung von Helmut Peukert
240 Seiten, DM 24,–

In diesem Band, der eine praktische Einführung in die Probleme des analytischen Umgangs mit der religiösen Sprache bietet, werden Arbeiten bekannter Wissenschaftler vorgelegt.

PATMOS - 4 Düsseldorf 1 - Postfach 6213

ERKLÄRUNG DER BEIDEN DELEGATIONSLEITER ZU PROTOKOLL

Die gegenseitige Information hat zum Ziel, daß die Antragstellung etwa zum gleichen Zeitpunkt erfolgt.

Briefwechsel mit dem Wortlaut von Noten der Bundesrepublik Deutschland an die drei Westmächte und der Deutschen Demokratischen Republik an die Sowjetunion zu Artikel 9 des Vertrages

Bundeskanzleramt
Der Staatssekretär
Bonn, den ...

An den Staatssekretär beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Dr. Michael Kohl, Berlin

Sehr geehrter Herr Kohl!
Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß das Auswärtige Amt den Botschaftern der Französischen Republik, des Vereinigten Königsreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika in der Bundesrepublik Deutschland heute folgenden Text in einer Note übermitteln wird:
„Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik stellen unter Bezugnahme auf Artikel 9 des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen vom ... fest, daß die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte und die entsprechenden diesbezüglichen vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken durch diesen Vertrag nicht berührt werden können."
Mit vorzüglicher Hochachtung, gez. Bahr

*

Staatssekretär beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik
Berlin, den ...

Staatssekretär im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Egon Bahr, Bonn

Sehr geehrter Herr Bahr:
Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten dem Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Deutschen Demokratischen Republik heute folgenden Text in einer Note übermitteln wird:
„Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland stellen unter Bezugnahme auf Artikel 9 des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen vom ... fest, daß die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte und die entsprechenden diesbezüglichen vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken durch diesen Vertrag nicht berührt werden können."
Mit vorzüglicher Hochachtung, gez. Dr. Kohl

Erklärung zu Protokoll über die Aufgaben der Grenzkommission durch die beiden Delegationsleiter

Hinsichtlich Ziffer I des Zusatzprotokolls zum Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik besteht Einvernehmen über folgendes:

1) Der Verlauf der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bestimmt sich nach den diesbezüglichen Festlegungen des Londoner Protokolls vom 12. September 1944.

Soweit örtlich die Grenze von diesen Festlegungen aufgrund späterer Vereinbarungen der damaligen Besatzungsmächte abweicht, wird ihr genauer Verlauf durch die Kommission an Ort und Stelle unter Beiziehung aller Unterlagen festgelegt und markiert.

Über den Grenzverlauf werden eine Grenzkarte und eine den praktischen Erfordernissen Rechnung tragende Grenzbeschreibung für jede der beiden Seiten gefertigt.

Die technischen Kosten für die Markierung werden von den vertragschließenden Staaten je zur Hälfte getragen.

2) Soweit erhebliche praktische Unzuträglichkeiten durch den bestehenden Grenzverlauf eintreten, soll die Kommission geeignete Maßnahmen zur Abhilfe, darunter Nutzungsvereinbarungen für Grundstücke und Wirtschaftswege, vorschlagen. Praktische Fragen von untergeordneter Bedeutung bei sonstigen mit dem Grenzverlauf im Zusammenhang stehenden Problemen soll die Kommission nach Möglichkeit unmittelbar klären.
3) Kann die Kommission in einer von ihr behandelten Frage eine Übereinstimmung nicht erzielen, so wird diese Frage von beiden Seiten ihren Regierungen unterbreitet, die sie auf dem Verhandlungswege beilegen.

Erklärung zu Protokoll über den Verwaltungsverkehr durch den Delegationsleiter der DDR

Die Deutsche Demokratische Republik beabsichtigt nicht, den bestehenden Verkehr zwischen den zuständigen Organen der Deutschen Demokratischen Republik und den zuständigen Verwaltungsbehörden der Bundesrepublik Deutschland, Unterhalts-, Vormundschafts-, Personenstands- und Sozialversicherungsangelegenheiten, zu ändern, sondern ihn beizubehalten und im Rahmen der Möglichkeiten zu beschleunigen.

Ausdehnung von Abkommen und Regelungen auf Berlin (West)

ERKLÄRUNG BEIDER SEITEN BEI UNTERZEICHNUNG

Es besteht Einvernehmen, daß die Ausdehnung von Abkommen und Regelungen, die im Zusatzprotokoll zu Artikel 7 vorgesehen sind, in Übereinstimmung mit dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 auf Berlin (West) im jeweiligen Fall vereinbart werden kann.

Die ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik wird in Übereinstimmung mit dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 die Interessen von Berlin (West) vertreten.

Vereinbarungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat bleiben unberührt.

Politische Konsultation

ERKLÄRUNG BEI UNTERZEICHNUNG

Beide Regierungen haben vereinbart, sich im Zuge der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik

und der Bundesrepublik Deutschland über Fragen von beiderseitigem Interesse, insbesondere über solche, die für die Sicherung des Friedens in Europa von Bedeutung sind, zu konsultieren.

Briefwechsel über Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten
Bundeskanzleramt
Der Staatssekretär

Bonn, den ...

An den Staatssekretär beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Dr. Michael Kohl, Berlin

Sehr geehrter Herr Dr. Kohl!

Ich habe die Ehre, Ihnen im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten der Deutschen Demokratischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland folgendes mitzuteilen:

Die Bundesrepublik Deutschland gewährt im Rahmen ihrer geltenden Rechtsordnung Journalisten aus der Deutschen Demokratischen Republik und deren Hilfspersonen das Recht zur Ausübung der beruflichen Tätigkeit und der freien Information und Bericht-

erstattung. Sie ermöglicht bei rechtmäßiger Ausübung des Berufs die Tätigkeit als Reisekorrespondent sowie unter Beachtung der Gegenseitigkeit die berufliche Niederlassung als ständiger Korrespondent.
Für ständige Korrespondenten wird zugesichert:
— Das Recht auf gleiche Behandlung wie Korrespondenten anderer Staaten;
— bei beruflicher Niederlassung das Recht der jederzeitigen Ein- und Ausreise mit allen üblichen Verkehrsmitteln;
— Arbeits- und Bewegungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der unverzüglichen Übermittlung von Nachrichten, Meinungen und Kommentaren;
— die Benutzung der Mittel der Nachrichtenübertragung, welche normalerweise der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen;
— das Recht, die der Öffentlichkeit und den Publikationsmedien allgemein zugänglich gemachten amtlichen Informationen zu erlangen und Auskünfte von den dazu beauftragten Personen und Behörden bzw. Organen einzuholen;
— das Recht zum Mitführen der zur persönlichen Berufsausübung notwendigen Gegenstände, Materialien und Unterlagen.
Für die Tätigkeit als ständiger Korrespondent der Deutschen Demokratischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland ist Voraussetzung:
— Die Akkreditierung bzw. Niederlassung entsprechend der in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Modalitäten;
— die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen, die im Interesse der Sicherheit, Verbrechensbekämpfung, zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer erlassen wurden.
Journalisten im Sinne dieser Mitteilung sind Personen, die regelmäßig und berufsmäßig als Reporter, Fotografen, Kameraleute oder Techniker der Presse, des Hörfunks, des Fernsehens oder einer Wochenschau der Deutschen Demokratischen Republik damit beschäftigt sind, Informationen einschließlich Meinungen und Kommentare für tägliche oder periodische Publikationen, Presseagenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten oder Wochenschauen der Deutschen Demokratischen Republik einzuholen, zu empfangen oder weiterzugeben.
Mit vorzüglicher Hochachtung, gez. Bahr

*

Staatssekretär beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik
Berlin, den ...

Staatssekretär im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Egon Bahr, Bonn

Sehr geehrter Herr Bahr!
Ich habe die Ehre, Ihnen im Auftrag der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Arbeitsmöglichkeiten von Journalisten der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik folgendes mitzuteilen:
Die Deutsche Demokratische Republik gewährt im Rahmen ihrer geltenden Rechtsordnung Journalisten aus der Bundesrepublik Deutschland und deren Hilfspersonen das Recht zur Ausübung der beruflichen Tätigkeit und der freien Information und Berichterstattung. Sie ermöglicht bei rechtmäßiger Ausübung des Berufs die Tätigkeit als Reisekorrespondent sowie unter Beachtung der Gegenseitigkeit die berufliche Niederlassung als ständiger Korrespondent.

Für ständige Korrespondenten wird zugesichert:
— Das Recht auf gleiche Behandlung wie Korrespondenten anderer Staaten;
— bei beruflicher Niederlassung das Recht der jederzeitigen Ein- und Ausreise mit allen üblichen Verkehrsmitteln;
— Arbeits- und Bewegungsmöglichkeiten in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der unverzüglichen Übermittlung von Nachrichten, Meinungen und Kommentaren;
— die Benutzung der Mittel der Nachrichtenübertragung, welche normalerweise der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen;

— das Recht, die der Öffentlichkeit und den Publikationsmedien allgemein zugänglich gemachten amtlichen Informationen zu erlangen und Auskünfte von den dazu beauftragten Personen und Behörden bzw. Organen einzuholen;
— das Recht zum Mitführen der zur persönlichen Berufsausübung notwendigen Gegenstände, Materialien und Unterlagen.
Für die Tätigkeit als ständiger Korrespondent der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik ist Voraussetzung:
— Die Akkreditierung bzw. Niederlassung entsprechend der in der Deutschen Demokratischen Republik geltenden Modalitäten;
— die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen, die im Interesse der Sicherheit, Verbrechensbekämpfung, zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer erlassen wurden.
Journalisten im Sinne dieser Mitteilung sind Personen, die regelmäßig und berufsmäßig als Reporter, Fotografen, Kameraleute oder Techniker der Presse, des Hörfunks, des Fernsehens oder einer Wochenschau der Bundesrepublik Deutschland damit beschäftigt sind, Informationen einschließlich Meinungen und Kommentare für tägliche oder periodische Publikationen, Presseagenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten oder Wochenschauen der Bundesrepublik Deutschland einzuholen, zu empfangen oder weiterzugeben.
Mit vorzüglicher Hochachtung, gez. Dr. Kohl

Erklärungen zu Protokoll im Zusammenhang mit dem Briefwechsel über die Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten

I. ERKLÄRUNGEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

1) Zur Tätigkeit von Reisekorrespondenten stellt die Deutsche Demokratische Republik folgendes fest:

Reisekorrespondenten der Bundesrepublik Deutschland erhalten in der Deutschen Demokratischen Republik Arbeits- und Bewegungsmöglichkeiten wie Reisekorrespondenten anderer Staaten einschließlich der Ein- und Ausreise mit allen üblichen Verkehrsmitteln und der unverzüglichen Übermittlung von Nachrichten, Meinungen und Kommentaren. Sie können die Mittel der Nachrichtenübertragung benutzen, welche normalerweise der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Sie haben weiterhin das Recht, die der Öffentlichkeit und den Publikationsmedien allgemein zugänglich gemachten amtlichen Informationen zu erlangen und Auskünfte von den dazu beauftragten Personen und Organen einzuholen. Nach Genehmigung der zuständigen Organe zur beruflichen Tätigkeit in der Deutschen Demokratischen Republik können sie die zur persönlichen Berufsausübung notwendigen Gegenstände, Materialien und Unterlagen mitführen.

2) Die nach den Rechtsvorschriften der Deutschen Demokratischen Republik für die Akkreditierung und die Tätigkeit ständiger Korrespondenten in der Regel erforderliche Wohnsitznahme wird von den Organen der Deutschen Demokratischen Republik entgegenkommend gehandhabt.

3) Die Deutsche Demokratische Republik erklärt ihren Wunsch, daß ihre ständigen Korrespondenten in der Bundesrepublik Deutschland Mitglieder des „Vereins der ausländischen Presse in der Bundesrepublik Deutschland e. V." werden.

II. ERKLÄRUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

1) Zu dem Wunsch der Deutschen Demokratischen Republik, daß ihre ständigen Korrespondenten Mitglieder des „Vereins der ausländischen Presse in der Bundesrepublik Deutschland e. V." werden, stellt die Bundesregierung fest, daß sie keinen Einfluß auf die Entscheidung des Vereins nehmen kann, d. h. die Entscheidung liegt in der alleinigen Zuständigkeit dieses Vereins.

2) Unbeschadet davon garantiert die Bundesregierung ständigen Korrespondenten der Deutschen Demokratischen Republik dieselben Arbeitsmöglichkeiten wie Korrespondenten anderer Staaten, dies heißt auch, wie Mitgliedern des „Vereins der ausländischen Presse in der Bundesrepublik Deutschland e. V.". Sie wird ihnen insbesondere alle Informationen zugänglich machen, wie sie Korrespondenten im allgemeinen erhalten. Sie wird sie bei Einladungen zu offiziellen Informationsveranstaltungen nicht diskriminieren.

3) Die Bundesregierung wird alles in ihren Möglichkeiten Stehende tun, damit die ständigen Korrespondenten der Deutschen Demokratischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland auch das Fragerecht auf Pressekonferenzen erhalten.

Erklärung beider Seiten über Ausdehnung der Vereinbarung über Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten auf Berlin (West) bei der Paraphierung

„Ich möchte auf das Einvernehmen verweisen, die Bestimmungen des heute unterzeichneten Briefwechsels über die Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten in Übereinstimmung mit dem vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 auf Berlin (West) unter der Voraussetzung sinngemäß anzuwenden, daß in Berlin (West) die Einhaltung der Bestimmungen dieses Briefwechsels gewährleistet ist.

Ferner besteht Übereinstimmung, daß durch diesen Briefwechsel die Vereinbarung zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat über Erleichterungen und Verbesserungen des Reise- und Besucherverkehrs vom 20. Dezember 1971 unberührt bleibt."

Hinweis betreffend Schreiben an die DDR zur nationalen Frage

Die Bundesregierung wird vor der Unterzeichnung des Vertrages an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ein Schreiben richten, in dem sie ihre Ziele in der nationalen Frage darlegt.

Erklärung der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika, veröffentlicht am 9. November 1972

Die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, der französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, die in einer Reihe von Konferenzen im Gebäude des ehemaligen Kontrollrats durch ihre Botschafter vertreten waren, sind übereingekommen, daß sie die Aufnahmeanträge der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in die Vereinten Nationen bei ihrer Vorlage unterstützen werden, und in diesem Zusammenhang bestätigen sie, daß diese Mitgliedschaft in keiner Weise die Rechte und Pflichten der vier Mächte oder die entsprechend zutreffenden Viermächtevereinbarungen, Entscheidungen oder Praktiken berühren wird.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,30 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Tel. 37 41 01. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,30; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/ 7300,—; dkr 42,50/85,—,—; skr 29,50/59,—; nkr 40.—/80,—,—; $ 5.65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

MATTHIESSEN, Gunnar, geb. 1939 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln, Sekretär des Initiativkreises Europäische Sicherheitskonferenz. *** *SCHILLING, Wilfrid,* geb. 1919 in Stuttgart, studierte zunächst Musik und war später als Journalist, Redakteur und Mitarbeiter beim Rundfunk beschäftigt, lebt als Publizist in Italien. Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *GORALCZYK, Dietmar,* geb. 1950 in Bodenburg, studiert Soziologie, Politik und Volkswirtschaftslehre in Marburg. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *ALBRECHT, Matthias,* geb. 1945 in Tyssa (CSSR), studiert Medizin in Bonn. Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KAISER, Hans-Rainer,* geb. 1945 in Bremen, gelernter Schiffsbau-Facharbeiter, Abitur über den Zweiten Bildungsweg; studiert Mathematik und Politikwissenschaft in Marburg und ist Mitglied des Vorstandes des Verbandes Deutscher Studentenschaften. Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *DE SOUSA FERREIRA, Eduardo,* Diplom-Volkswirt, geb. 1936 in Lissabon, studierte Jura, promoviert z. Z. in Heidelberg. Veröffentlichungen über politische und ökonomische Probleme des südlichen Afrika. *** *SOGOMONJAN, Georgi,* geb. 1919, Kandidat der Geschichtswissenschaft, ist Mitarbeiter des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen in Moskau. Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *DINER, Dan,* geb. 1946 in München, Studium der Rechtswissenschaften in Frankfurt/M., Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen Werbekarten der Bürgerinitiative Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, des Marxismus Digest sowie des Pahl-Rugenstein Verlags bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Bitte, teilen Sie dem Verlag Änderungen Ihrer Adresse rechtzeitig mit, geben Sie bitte stets Ihre Kunden-Nr. an und überweisen Sie, wenn möglich, Ihre Abonnementsgebühr per Dauerauftrag.

Es schrieben bisher u. a.:

Wolfgang Abendroth
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres †
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Friedhelm Baukloh †
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Martin Bennhold
Max Bense
Frank Benseler
Igor Bestushew
Kurt Beutler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Achim v. Borries
Lord Boyd Orr
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Harold Davies
Frank Deppe
Karlheinz Deschner
Philippe Devillers
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Fritz Eichholtz †
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Gertrud v. le Fort †
Wolfgang Friedmann
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Emil Fuchs
Hans-Jochen Gamm
Christian Geißler
Albrecht Goes
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Werner Hahlweg
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Friedrich Heer
Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Rudolf Hilf
Joachim Hirsch
Egbert Hoehl
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Victor Kadalie
Gerhard Kade
Erich Kahler
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Fritz Köhler
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Heinz Langerhans
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Carlo Levi
Hanns Linhardt
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Walther Maas
Werner Maihofer
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias †
Gunnar Matthiessen
Ernst May †
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Friedhelm Nyssen
Paul Oehlke
Reinhard Opitz
Hans Joachim Orth
Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
Claudia Pinl
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki †
Harold Rasch
A. J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Felix Rexhausen
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz R. Schick
Theo Schiller
Richard Schmid
Franz Paul Schneider †
Robert Scholl
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Hans-Adalbert Schweigart
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman †
Karl-Heinz Stanzick
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Gerhard Stuby
Stephen Swingler
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Grigori Tunkin
John E. Ullmann
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Hans Wirtz †
Claudia Wolff
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

MATTHIESSEN, Gunnar, geb. 1939 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln, Sekretär des Initiativkreises Europäische Sicherheitskonferenz. *** *SCHILLING, Wilfrid,* geb. 1919 in Stuttgart, studierte zunächst Musik und war später als Journalist, Redakteur und Mitarbeiter beim Rundfunk beschäftigt, lebt als Publizist in Italien. Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *GORALCZYK, Dietmar,* geb. 1950 in Bodenburg, studiert Soziologie, Politik und Volkswirtschaftslehre in Marburg. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *ALBRECHT, Matthias,* geb. 1945 in Tyssa (CSSR), studiert Medizin in Bonn. Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KAISER, Hans-Rainer,* geb. 1945 in Bremen, gelernter Schiffsbau-Facharbeiter, Abitur über den Zweiten Bildungsweg; studiert Mathematik und Politikwissenschaft in Marburg und ist Mitglied des Vorstandes des Verbandes Deutscher Studentenschaften. Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *DE SOUSA FERREIRA, Eduardo,* Diplom-Volkswirt, geb. 1936 in Lissabon, studierte Jura, promoviert z. Z. in Heidelberg. Veröffentlichungen über politische und ökonomische Probleme des südlichen Afrika. *** *SOGOMONJAN, Georgi,* geb. 1919, Kandidat der Geschichtswissenschaft, ist Mitarbeiter des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen in Moskau. Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *DINER, Dan,* geb. 1946 in München, Studium der Rechtswissenschaften in Frankfurt/M., Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen Werbekarten der Bürgerinitiative Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, des Marxismus Digest sowie des Pahl-Rugenstein Verlags bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Bitte, teilen Sie dem Verlag Änderungen Ihrer Adresse rechtzeitig mit, geben Sie bitte stets Ihre Kunden-Nr. an und überweisen Sie, wenn möglich, Ihre Abonnementsgebühr per Dauerauftrag.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Siebzehnter Jahrgang · Heft 12/1972

Herausgeber

HILDE BENTELE †
WILFRIED FRHR. V. BREDOW
GERHARD GOLLWITZER
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KUHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER †
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats November 1972

1. 11. — V i e t n a m. Der südvietnamesische Präsident Thieu benutzt eine Rundfunkansprache zum Nationalfeiertag, um erneut heftige Kritik an dem Text des zwischen Nordvietnam und den Vereinigten Staaten ausgehandelten Friedensabkommens zu üben und eigene Bedingungen für einen Waffenstillstand zu formulieren. Die Bedingungen Thieus werden noch am gleichen Tage von einem Sprecher der Regierung in Hanoi als „unannehmbar" abgelehnt. Die amerikanische Luftwaffe setzt ihre Bombardements auf Ziele in beiden Teilen Vietnams unvermindert fort. Im November werden rd. 5000 Einsätze geflogen. — Am 20. 11. beginnen der amerikanische Sicherheitsberater Kissinger und das Mitglied der nordvietnamesischen Delegation Le Duc Tho eine Serie weiterer vertraulicher Gespräche. Obwohl Einzelheiten nicht bekannt werden, heißt es in Paris, im Mittelpunkt der Verhandlungen stehe das Problem einer Überwachung des möglichen Waffenstillstandes.

3. 11. — C h i l e. Staatspräsident Allende bildet ein neues Kabinett, in dem erstmalig auch Militärs vertreten sind. General Prats Gonzales, bisher Generalstabschef, wird Innenminister. Konteradmiral Huerta Diaz und General Sepulveda Donoso übernehmen die Ministerien für Öffentliche Arbeiten bzw. Bergbau.

7. 11. — U S A. In den Vereinigten Staaten finden Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat statt. Präsident Richard Nixon wird als Kandidat der Republikaner (Vizepräsidentschaftskandidat Spiro T. Agnew) mit großer Mehrheit wiedergewählt. Nixon erhält 45 861 690 Stimmen (61 %) und 521 von 538 Elektorenstimmen. Für den

Gegenkandidaten der Demokraten, Senator George McGovern (Vizepräsidentschaftskandidat Sargent Shriver), werden 28 402 465 Stimmen (38 %) abgegeben. McGovern gewinnt nur die 17 Elektorenstimmen des Staates Massachusetts und des District of Columbia. In den beiden Kammern des Parlaments können die Demokraten ihre bisherige Mehrheit behaupten. Zusammensetzung des Repräsentantenhauses: 244 Demokraten, 190 Republikaner, 1 Unabhängiger; Zusammensetzung des Senats 57 Demokraten, 43 Republikaner. Die Wahlbeteiligung beträgt nur etwa 56 Prozent.

8. 11. — B R D / D D R. Die Staatssekretäre Egon Bahr vom Bundeskanzleramt und Dr. Michael Kohl vom DDR-Ministerrat paraphieren in Bonn den „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik". Zu dem Vertragswerk gehören einige Zusatzprotokolle, Erklärungen, Briefwechsel und Erläuterungen. — Am 9. 11. wird eine gemeinsame Erklärung der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR veröffentlicht, mit der sich die vier Regierungen verpflichten, die Anträge der beiden deutschen Staaten „auf Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen". — Am 14. 11. teilt Staatssekretär Ahlers vor der Presse mit, es sei beabsichtigt, nach Inkrafttreten des „Grundvertrages" zwischen dem Bundeskanzleramt in Bonn und dem Hause des Ministerrats der DDR in Berlin eine direkte Nachrichtenverbindung für unmittelbare Kontakte in dringenden Fällen einzurichten (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

9. 11. — F i n n l a n d. Staatspräsident Kekkonen erläutert in einer Rede in Turku die finnische Außenpolitik. Zu dem schon ausgearbeiteten aber noch nicht unterzeichneten Abkommen mit den Europäischen Gemeinschaften erklärt der Präsident, falls Finnlands Handel mit der Sowjetunion unter diesem Vertrag leiden sollte, müsse die Regierung von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch machen. — Am 19. 11. (wenige Tage vor Eröffnung der Vorgespräche über eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki und am Tag der Bundestagswahlen) teilt die Regierung ihren Beschluß mit, „die BRD und die DDR als selbständige Staaten anzuerkennen".

13. 11. — B e r l i n. Der Regierende Bürgermeister von Westberlin, Klaus Schütz, stattet dem sowjetischen Botschafter in der DDR Jefremow einen Besuch ab. Schütz erhält eine Einladung zu einer Reise in die UdSSR im kommenden Jahr.

15. 11. — P a k i s t a n / D D R. Die Regierungen beider Staaten vereinbaren die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Wirkung vom gleichen Tage. Ein Kommuniqué kündigt die Errichtung von diplomatischen Missionen auf der Ebene von Botschaften an.

16. 11. — N A T O. Im Hauptquartier der Organisation in Brüssel wird folgende Mitteilung veröffentlicht: „1. Angesichts der Bedeutung der Frage gegenseitiger und ausgewogener Truppenverminderungen in Zentraleuropa (MBFR) sind die Regierungen, die die Erklärung von Reykjavik abgegeben haben, übereingekommen, vorzuschlagen, daß exploratorische Gespräche über diese Frage ... aufgenommen werden. 2. Die Regierungen der BRD, Belgiens, Kanadas, Großbritanniens, Luxemburgs, der Niederlande und der USA übermitteln diesen Vorschlag derzeit den Regierungen Ungarns, Polens, der CSSR und der UdSSR. Die Regierung der BRD übermittelt ihn ferner der Regierung der DDR. 3. Die Regierungen Dänemarks, Griechenlands, Italiens, Norwegens und der Türkei bekräftigen ihre Absicht, sich bei den exploratorischen Gesprächen über die MBFR vertreten zu lassen." Als Termin für die Aufnahme der Gespräche wird der 31. Januar 1973 genannt.

— F r a n k r e i c h. Im Rahmen der Haushaltsdebatte legt Außenminister Schumann der Nationalversammlung ein umfassendes Exposé vor. Schumann begrüßt die Paraphierung des „Grundvertrages" zwischen der Bundesrepublik und der DDR und fügt hinzu, es sei selbstverständlich, daß Frankreich „in seinen bilateralen Beziehungen mit der DDR nicht das letzte Land sein wird", das die Konsequenzen aus der neuen Situation ziehen werde.

16.—17. 11. — E F T A. Der Ministerrat der Europäischen Freihandels-Assoziation (European Free Trade Association) tagt in Wien zum letzten Mal in der bisherigen Zusammensetzung; Großbritannien und Dänemark werden am 1. Januar 1973 als EWG-Mitglieder die EFTA verlassen. Der

Ministerrat faßt den Beschluß, die Arbeit der Organisation mit den übrigen sieben Mitgliedern (Österreich, Schweiz, Norwegen, Portugal, Schweden, Island und dem assoziierten Finnland) fortzusetzen.

17. 11. — Argentinien. Der ehemalige Präsident Juan Domingo Perón (Staatspräsident von Februar 1946 bis September 1955) kehrt nach 17 Jahren aus dem Exil in Spanien nach Argentinien zurück. Die Regierung unter General Lanusse hatte in der Hauptstadt Buenos Aires 35 000 Soldaten mit Panzerfahrzeugen aufgeboten, um Demonstrationen zu verhindern. Perón nimmt unverzüglich politische Konsultationen auf.

19. 11. — Bundestag. Die Wahl zum 7. Deutschen Bundestag bringt bei einer Wahlbeteiligung von 91,2 % (der höchsten seit 1949) den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten einen Stimmengewinn, den Christlichen Demokraten dagegen Verluste. Die Sozialdemokraten stellen erstmalig die stärkste Fraktion im Bundestag. Der Bundeswahlleiter gibt folgende Verteilung der Zweitstimmen auf die einzelnen Parteien bekannt: SPD 17 175 169 = 45,8 % / CDU/CSU 16 806 020 = 44,9 % (davon CSU 3 615 183 = 9,7 %) / FDP 3 129 982 = 8,4 % / DKP 113 891 = 0,3 % / NPD 207 465 = 0,6 %. Die beiden übrigen Parteien, die Europäische Föderalistische Partei (EFP) und die Freisoziale Union (FSU) bleiben weit unter 50 000 Stimmen. Zusammensetzung des neuen Bundestages: SPD 230, CDU/CSU 225 (CDU 177, CSU 48) und FDP 41 Mandate. In Westberlin bestimmt das Abgeordnetenhaus weitere 22 Abgeordnete (davon 12 SPD, 9 CDU, 1 FDP) für den Bundestag, die jedoch kein volles Stimmrecht besitzen. Noch in der Wahlnacht treffen der SPD-Vorsitzende Bundeskanzler Brandt und der FDP-Vorsitzende Außenminister Scheel zu einem Gespräch über die Fortführung der Regierungskoalition zusammen.

21. 11. — SALT. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion nehmen in Genf die zweite Runde ihrer „Strategic Arms Limitation Talks" (SALT II) auf. Gesprächspartner und Delegationschefs sind wiederum Botschafter Gerard Smith (USA) und der stellvertretende Außenminister Wladimir Semjonow (UdSSR). Die erste SALT-Runde, die zu Teilvereinbarungen über die Begrenzung strategischer Rüstungen geführt hatte, war seit dem 17. November 1969 abwechselnd in Helsinki und Wien geführt worden.

— UNESCO. Die 17. Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation) nimmt die DDR einstimmig (durch Akklamation) als 131. Mitgliedsstaat in die Organisation auf. Ein entsprechender Antrag von DDR-Außenminister Winzer war am 20. 11. bei UNESCO-Generalsekretär Maheu eingegangen.

22. 11. — KSZE. Der finnische Außenminister Karjalainen eröffnet in Helsinki die multilaterale Vorbereitungsphase für eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Auf der Zusammenkunft sind 32 europäische Staaten (darunter auch Liechtenstein, San Marino und der Vatikan) sowie die USA und Kanada vertreten; Albanien bleibt den Beratungen fern. Nach der Erörterung von Verfahrensfragen, die mehrere Tage in Anspruch nimmt, werden Grundsatzerklärungen der einzelnen Delegationen vorgetragen.

23. 11. — DDR. Die „New York Times" veröffentlicht ein Interview mit SED-Sekretär Erich Honecker. Auf eine Frage bezüglich der Wiedervereinigung Deutschlands antwortet der Parteisekretär: „Soweit ich sehe, taucht diese Frage überhaupt nicht auf. Die DDR wird sich weiterhin auf sozialistischer Basis als untrennbarer Teil der sozialistischen Gemeinschaft entwickeln. Dagegen betont nicht nur die gegenwärtige Regierung in Bonn, sondern auch deren Opposition die Notwendigkeit der westdeutschen Bindung an die westliche Allianz."

24. 11. — UNO. Die DDR erhält nach ihrer Aufnahme in die UNESCO einen offiziellen Beobachterstatus beim Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York; eine entsprechende Entscheidung trifft UN-Generalsekretär Waldheim. Damit sind DDR und Bundesrepublik bei der Weltorganisation gleichberechtigt vertreten.

30. 11. — Sowjetunion. Während des Aufenthalts einer sowjetischen Partei- und Regierungsdelegation in Ungarn äußert sich Parteisekretär Leonid Breschnew auf einer Kundgebung im Budapester Csepel-Kombinat zu internationalen Fragen und erklärt u. a.: „Der Prozeß einer Verbesserung des politischen Klimas in Europa macht es möglich, sich auch angelegentlich mit einer so wichtigen Aufgabe wie dem Abbau der Streitkräfte und der Rüstungen in Europa zu befassen."